

Ordentlicher Landesparteitag 2011

14./15. Oktober 2011

Offenburg

Antragsbuch

Landesverband Baden-Württemberg

Inhaltsverzeichnis

Gesellschaft: Familie und Integration	1 bis 5
Arbeit und Soziales	1 bis 20
Arbeitsplanung	1 bis 4
Parteireform	1 bis 32
Organisation	1 bis 7
Kommunales	1 bis 5
Innenpolitik und Recht	1 bis 5
Bildungspolitik	1 bis 2
Umwelt- und Verkehrspolitik	1 bis 6
Sonstiges	1 bis 2

Antragsbuch	1
Landesverband Baden-Württemberg	1
Inhaltsverzeichnis	1
Gesellschaft: Familie und Integration	6
Familienpolitik	6
Fachkräftemangel	25
Fachkräftemangel	36
Integration	44
Kita-Gebühren	55
Arbeit und Soziales	57
Arbeitslosenversicherung für Selbständige	57
Soloselbständige	59
Reform der Pflegeversicherung	63
Alterssicherung	68
Progression bei Sozialabgaben	72
Bedarfsgemeinschaften	73
Scheinselbständigkeit	73
Tariftreuegesetz	74
Freie Heimwahl	80
Kultursensible Pflege	82
Streikrecht	83
Tarifverträge	85
Kurzarbeitergeld	85
Energiewende	87
Mittelstandsförderung	88
Transparenz	91

Musterland guter Arbeit	93
Novellierung SGB IX	95
Praktikumsvergütung	96
SGB II-Regelungen (Hartz IV)	97
Arbeitsplanung	103
Arbeitsprogramm	103
Nachwuchsförderungskonzept	109
AK Bildung	109
Kommission Wahlrechtsreform	110
Parteireform	111
Parteireform	111
Parteireform	121
Parteireform	125
Eckpunkte zur Parteireform	130
Parteireform	131
Quorum auf Bundesebene	133
Mitgliederrechte	134
Beteiligung von Nichtmitgliedern	134
Nichtmitglieder	136
Schwusos auf Bundesebene	137
Schwusos auf Bundesebene	138
Themenforen	139
Parteirat	140
Parteirat	141
Wahl von Delegierten zum Bundesparteitag	142
Größe des Parteitages	142
Zusammenlegung von Ortsvereinen	143

Nominierung von EU-Kommissionspräsident	144
Forum Digitale Gesellschaft	148
Forum Netzpolitik	148
Vertagung der Entscheidung auf Bundesebene.....	149
Verschiebung der Entscheidung über die Parteireform.....	150
Vertagung der Entscheidung über die Parteireform	151
Beschlussbuch	151
Berichtspflicht gegenüber Delegierten	152
AG Bildung	153
Onlinevoten vor Parteitag.....	153
Quorum auf Landesebene	154
Rederecht für Mitglieder auf Parteitagen.....	155
Beratende Delegierte auf Landesparteitagen.....	156
Abschaffung der Antragskommission	157
Aufgaben der Antragskommission	158
Organisation.....	159
Gleichstellungsreferentin.....	159
Sicherung von Beschlüssen	160
Quotierte Redeliste.....	162
Termine Landesparteitage.....	162
Information der SPE.....	163
Erreichbarkeit	163
Mandatsträgerabgabe	165
Kommunales	166
Stärkung des kommunalen Ehrenamtes	166
Stärkung des kommunalen Ehrenamtes	170
Elternzeit für GemeinderätInnen	173

Bürgerbeteiligung	175
Förderung kommunalpolitischer Vereinigungen	179
Innenpolitik und Recht	180
Chancengleichheitsgesetz	180
NPD-Verbot	183
FIFA	184
Fachberatungsstellen gegen Menschenhandel	185
Quorum bei Volksabstimmungen	186
Bildungspolitik	188
LehrerInnenauswahl	188
Suchtprävention	189
Umwelt- und Verkehrspolitik	190
Landesgemeinerverkehrsfinanzierungsgesetz	190
Mischfinanzierung S21	191
Mischfinanzierung S21	192
Mitgliederbefragung S21	193
Mitgliederbefragung S21	194
Gentechnisch veränderte Pflanzen	195
Sonstiges	200
Gesellschaftsdienst	200
Bericht Regierungsbildung	201

Gesellschaft: Familie und Integration

Antragsbereich G

Antrag 1

Kennnummer 4

Landesverband Baden-Württemberg

Familienpolitik

I. Die Partnerschaftliche Familie

Annahme in veränderter Fassung

I. Die Partnerschaftliche Familie

- 5 Es ist Zeit für Familie in Baden-Württemberg. Es ist Zeit für ein Familienbild, das den Wandel der Familienstrukturen, die sich veränderte Form des Zusammenlebens aufnimmt und die althergebrachte Rollenverteilung überwindet. Wir nehmen wahr, dass nach wie vor gleichzeitig Familie eine prägende Bedeutung für den einzelnen Menschen und für unsere Gesellschaft hat.
- 10
- 15 Familie ist dort, wo Kinder sind, wo Lebenspartner oder Generationen füreinander eintreten und wo das menschliche Grundbedürfnis nach Verlässlichkeit, Annahme, Schutz und Orientierung in besonderer Weise erfahrbar wird. Das gilt für eheliche wie für nichteheliche Lebensgemeinschaften, das gilt für heterosexuelle wie gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften, das gilt in Bezug auf leibliche Eltern, neue Lebenspartner oder auf Alleinerziehende.
- 20
- 25
- Orientierung an der gesellschaftlichen Wirklichkeit**
- 30
- Wir orientieren unser Familienbild an der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Wir schreiben den Menschen kein Lebensmodell vor – aber wir haben eine klare Vorstellung vom besonderen Stellenwert der Familie für die Eröffnung von Lebenschancen, für partnerschaftliche Erfüllung, für das geschützte und gelingende Aufwachsen von
- 35
- Es ist Zeit für Familie in Baden-Württemberg. Es ist Zeit für ein Familienbild, das den Wandel der Familienstrukturen, die sich veränderte Form des Zusammenlebens aufnimmt und die althergebrachte Rollenverteilung überwindet. Wir nehmen wahr, dass nach wie vor gleichzeitig Familie eine prägende Bedeutung für den einzelnen Menschen und für unsere Gesellschaft hat.
- Familie ist dort, wo Kinder sind, ~~wo~~ Lebenspartner oder Generationen füreinander eintreten und wo das menschliche Grundbedürfnis nach Verlässlichkeit, Annahme, Schutz und Orientierung in besonderer Weise erfahrbar wird. Das gilt für eheliche wie für nichteheliche Lebensgemeinschaften, das gilt für heterosexuelle wie gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften, das gilt in Bezug auf leibliche Eltern, neue Lebenspartner oder auf Alleinerziehende.
- Orientierung an der gesellschaftlichen Wirklichkeit**
- Wir orientieren unser Familienbild an der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Wir schreiben den Menschen kein Lebensmodell vor – aber wir haben eine klare Vorstellung vom besonderen Stellenwert der Familie für die Eröffnung von Lebenschancen, für partnerschaftliche Erfüllung, für das geschützte und gelingende Aufwachsen von

40	Kindern und für die Gewährleistung sozialen Zusammenhalts in unserer Gesellschaft.	Kindern und für die Gewährleistung sozialen Zusammenhalts in unserer Gesellschaft.
45	Wir sehen die Partnerschaftliche Familie als eine entscheidende Leitlinie unseres politischen Handelns in Baden-Württemberg. In der Partnerschaftlichen Familie erfahren Menschen neben Geborgenheit und Halt Orientierung und gegenseitige Unterstützung, verspüren Sicherheit und tragen Verantwortung füreinander.	Wir sehen die Partnerschaftliche Familie als eine entscheidende Leitlinie unseres politischen Handelns in Baden-Württemberg. In der Partnerschaftlichen Familie erfahren Menschen neben Geborgenheit und Halt Orientierung und gegenseitige Unterstützung, verspüren Sicherheit und tragen Verantwortung füreinander.
50	Dafür braucht es Zeit und Unterstützung. Wir wollen auf dem Hintergrund unseres Bildes der Partnerschaftlichen Familie die Politik in Baden-Württemberg so weiterentwickeln, dass sie die familiären Lebensweisen und -wege von heute systematisch und strukturell fördert. Staat, Gesellschaft und Wirtschaft müssen dazu die Rahmenbedingungen setzen. Ein Blick zu unserem Nachbarn Frankreich zeigt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann erfolgreicher gelöst werden und macht jungen Menschen den Wunsch nach eigenen Kindern leichter.	Dafür braucht es Zeit und Unterstützung. Wir wollen auf <u>vor</u> dem Hintergrund unseres Bildes der Partnerschaftlichen Familie die Politik in Baden-Württemberg so weiterentwickeln, dass sie die familiären Lebensweisen und -wege von heute systematisch und strukturell fördert. Staat, Gesellschaft und Wirtschaft müssen dazu die Rahmenbedingungen setzen. Ein Blick <u>nach Skandinavien und</u> zu unserem Nachbarn Frankreich zeigt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann erfolgreicher gelöst werden und macht jungen Menschen den Wunsch nach eigenen Kindern leichter.
65	Richtige Rahmenbedingungen setzen	Richtige Rahmenbedingungen setzen
70	Familien brauchen materielle Unterstützung, Infrastruktur und Zeit füreinander. Wir wollen die richtigen steuer- und finanzpolitischen Anreize in Bund und Land, um Familien gezielt zu unterstützen. Wir wollen gute und verlässliche Betreuungs- und Bildungsangebote, um Beruf und Familie miteinander vereinbaren zu können. Wir wollen familiengerechte, flexible Arbeitszeiten, um Benachteiligungen von Frauen in der Arbeitswelt entgegenzuwirken und echte Partnerschaft zu verwirklichen. Wir wollen generationenübergreifendes, bezahlbares Wohnen und häusliche Pflege fördern, um gemeinschaftliches Älterwerden zu ermöglichen.	Familien brauchen materielle Unterstützung, Infrastruktur und Zeit füreinander. Wir wollen die richtigen steuer- und finanzpolitischen Anreize in Bund und Land, um Familien gezielt zu unterstützen. Wir wollen gute und verlässliche Betreuungs- und Bildungsangebote, um Beruf und Familie miteinander vereinbaren zu können. Wir wollen familiengerechte, flexible Arbeitszeiten, um Benachteiligungen von Frauen in der Arbeitswelt entgegenzuwirken und echte Partnerschaft zu verwirklichen. Wir wollen generationenübergreifendes, bezahlbares Wohnen und häusliche Pflege fördern, um gemeinschaftliches Älterwerden zu ermöglichen.
85	Was wir wollen, sind gute Rahmenbedingungen für junge Paare und für	Was wir wollen, sind gute Rahmenbedingungen für junge Paare und für

<p>90 Familien, die ihnen ermöglichen, ihr Lebensmodell zu verwirklichen. Wir wollen ihnen zuverlässige Bedingungen bieten, die sie nicht in ein bestimmtes Verhalten lenken. Dabei hilft unser Leitbild der Partnerschaftlichen Familie Raum und Zeit für Familie zu schaffen.</p>	<p>Familien, die ihnen ermöglichen, ihr Lebensmodell zu verwirklichen. Wir wollen ihnen zuverlässige Bedingungen bieten, die sie nicht in ein bestimmtes Verhalten lenken. Dabei hilft unser Leitbild der Partnerschaftlichen Familie Raum und Zeit für Familie zu schaffen.</p>
<p>95 <u>II. Familien finanziell absichern</u></p>	<p><u>II. Familien finanziell absichern</u></p>
<p>100 Partnerschaftliche Familien brauchen verlässliche finanzielle Grundlagen. Die Entscheidung für eine Familiengründung hängt oft auch davon ab, ob junge Menschen an eine sichere Zukunft glauben.</p>	<p>Partnerschaftliche Familien brauchen verlässliche finanzielle Grundlagen. Die Entscheidung für eine Familiengründung hängt oft auch davon ab, ob junge Menschen an eine sichere Zukunft glauben.</p>
<p>Steuerpolitik reformieren</p>	<p>Steuerpolitik reformieren</p>
<p>105 Mit dem bisherigen steuerlichen Familienleistungsausgleich ist durch die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts ein System entstanden, durch das Eltern mit sehr hohem Einkommen eine höhere Entlastung erhalten als Familien mit geringem oder mittlerem Einkommen. Wir halten dieses System nicht mehr für zukunftsfähig. Es muss abgelöst werden durch eine Regelung, die dafür sorgt, dass die steuerliche Entlastung nicht mehr mit steigendem Einkommen steigt.</p>	<p>Mit dem bisherigen steuerlichen Familienleistungsausgleich ist durch die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts <u>sowie die strukturkonservative Politik von Union und FDP</u> ein System entstanden, durch das Eltern mit sehr hohem Einkommen eine höhere Entlastung erhalten als Familien mit geringem oder mittlerem Einkommen. Wir halten dieses System nicht mehr für zukunftsfähig. Es muss abgelöst werden durch eine Regelung, die dafür sorgt, dass die steuerliche Entlastung nicht mehr mit steigendem Einkommen steigt.</p>
<p>120 Mit dem Ausbau von Rechtsansprüchen auf kostenlose oder kostengünstige Betreuungs- und Bildungsangebote kann der progressiv wirkende Freibetrag für Betreuung, Ausbildung und Erziehung abgesenkt werden. Einkommensschwächere Familien sind dabei stärker als bisher zu unterstützen.</p>	<p>Mit dem Ausbau von Rechtsansprüchen auf kostenlose oder kostengünstige Betreuungs- und Bildungsangebote kann der progressiv wirkende Freibetrag für Betreuung, Ausbildung und Erziehung abgesenkt werden. Einkommensschwächere Familien sind dabei stärker als bisher zu unterstützen.</p>
<p>130 Das bestehende System der Besteuerung von Ehegatten (Splitting) ist unabhängig vom Vorhandensein von Kindern und ermöglicht nicht die freie Entscheidung, auf welche Weise die Paare ihre Erwerbstätigkeit und ihre Familienarbeit aufteilen. Denn es begünstigt</p>	<p><u>Einkommensschwache Familien werden dadurch stärker als bisher unterstützt</u></p> <p>Das bestehende System der Besteuerung von Ehegatten (Splitting) ist unabhängig vom Vorhandensein von Kindern und ermöglicht nicht die freie Entscheidung, auf welche Weise die Paare ihre Erwerbstätigkeit und ihre Familienarbeit aufteilen. Denn es begünstigt</p>

135	sehr stark eine Arbeitsteilung, bei der eine Partnerin oder ein Partner ein deutliches höheres Erwerbseinkommen hat – und diese Bevorzugung hängt ausschließlich vom Trauschein ab.	sehr stark eine Arbeitsteilung, bei der eine Partnerin oder ein Partner ein deutliches höheres Erwerbseinkommen hat – und diese Bevorzugung hängt ausschließlich vom Trauschein ab.
140	Deshalb unterstützen wir die Entscheidung der Bundes-SPD vom Hamburger Bundesparteitag, hier zu einer entscheidenden Veränderung zu kommen: In Zukunft sollen die Partner individuell besteuert werden, wobei das gegenseitige Entstehen für den Unterhalt steuerlich berücksichtigt werden muss.	Deshalb unterstützen wir die Entscheidung der Bundes-SPD vom Hamburger Bundesparteitag, hier zu einer entscheidenden Veränderung zu kommen: In Zukunft sollen die Partner individuell besteuert werden, wobei das gegenseitige Entstehen für den Unterhalt steuerlich berücksichtigt werden muss.
145	Eltern, die sich entschieden haben, gemeinsam einer Erwerbstätigkeit nachzugehen und sich die Familienarbeit zu teilen, brauchen ein besonders flexibles Angebot an Kinderbetreuung. Dies erfordert häufig einen hohen finanziellen Aufwand, der sich durch die partnerschaftliche Teilung zwangsläufig ergibt. Deshalb wollen wir diese finanzielle Aufwendung bis zu einer Obergrenze als Werbungskosten anerkennen.	Eltern, die sich entschieden haben, gemeinsam einer Erwerbstätigkeit nachzugehen und sich die Familienarbeit zu teilen, brauchen ein besonders flexibles Angebot an Kinderbetreuung. Dies erfordert häufig einen hohen finanziellen Aufwand, der sich durch die partnerschaftliche Teilung zwangsläufig ergibt. Deshalb wollen wir diese finanzielle Aufwendung bis zu einer Obergrenze als Werbungskosten anerkennen. <u>Unsere Arbeitswelt erfordert zunehmend ein flexibles Angebot an Kinderbetreuung. Dies geht immer noch mit einem hohen finanzielle Aufwand einher. Diesen wollen wir bis zu einer Obergrenze als Werbungskosten anerkennen.</u>
150		
155		
160		
165		
170	Die SPD Baden-Württemberg spricht sich in aller Entschiedenheit gegen die Einführung eines Betreuungsgeldes aus. Keinem Kind darf die Chance auf das Zusammensein mit anderen Kindern und Bildungserfahrungen in den ersten Jahren dadurch genommen werden, dass das Fernbleiben von einer Kindertagesstätte mit Geld „belohnt“ wird!	Die SPD Baden-Württemberg spricht sich in aller Entschiedenheit gegen die Einführung eines Betreuungsgeldes aus. Keinem Kind darf die Chance auf das Zusammensein mit anderen Kindern und Bildungserfahrungen in den ersten Jahren dadurch genommen werden, dass das Fernbleiben von einer Kindertagesstätte mit Geld „belohnt“ wird!
175	Elterngeld partnerschaftlich teilen – Ungerechtigkeiten beseitigen	Elterngeld partnerschaftlich teilen – Ungerechtigkeiten beseitigen
180	Durch die Elternzeit und das Elterngeld des Bundes erhalten Väter und Mütter vor allem im ersten Lebensjahr ihres Kindes die Möglichkeit, sich partnerschaftlich um ihr	Durch die Elternzeit und das Elterngeld des Bundes erhalten Väter und Mütter vor allem im ersten Lebensjahr ihres Kindes die Möglichkeit, sich partnerschaftlich um ihr

185 Kind zu kümmern. In der Praxis nehmen
jedoch nur etwa ein Viertel der Väter
überhaupt Elternzeit und die meisten davon
lediglich den Zeitraum von zwei Monaten, auf
den die Mutter keinen Anspruch mehr hat,
wenn sie bereits zwölf Monate Elternzeit
erhalten hat.

190 Wir wollen das Elterngeld daher künftig so
gestalten, dass die Elternzeit
partnerschaftlicher als bisher aufgeteilt
werden kann. Dabei muss eine flexible
195 Regelung die verschiedensten von Eltern
gewünschten Kombinationen der Arbeitszeit
ermöglichen; zum Beispiel auch die
Inanspruchnahme des Elterngelds bei
gemeinsamer Teilzeitarbeit.

200 Die von der schwarz-gelben Bundesregierung
eingeführte Regelung, dass das
Mindestelterngeld bei bedürftigen Familien
auf das ALG II angerechnet wird, dies aber
205 weiterhin den nicht erwerbstätigen Partnern
auch in Familien mit sehr hohem Einkommen
zusteht, ist sozial ungerecht. Dieses
Auseinanderklaffen muss wieder beseitigt
werden.

210 **Wohnraumförderung neu ausrichten**

215 Familien haben besondere Wohnbedürfnisse,
insbesondere in der Gründungsphase, aber
auch im Hinblick auf die älter werdende
Gesellschaft. Wir wollen die
Wohnraumförderung des Landes so
220 ausrichten, dass am Wohnungsmarkt
benachteiligte Gruppen auf besonders
schwierigen Wohnungsmärkten sozial
gebundenen und vergünstigten Wohnraum
geboten werden kann. Wir werden künftig
einen Förderschwerpunkt im
225 Mietwohnungsbereich im Verhältnis 4:1 zur
Eigentumsförderung setzen, was vorrangig
Familien zu Gute kommt.

230

Kind zu kümmern. In der Praxis nehmen
jedoch nur etwa ein Viertel der Väter
überhaupt Elternzeit und die meisten davon
lediglich den Zeitraum von zwei Monaten, auf
den die Mutter keinen Anspruch mehr hat,
wenn sie bereits zwölf Monate Elternzeit
erhalten hat.

Wir wollen das Elterngeld daher künftig so
gestalten, dass die Elternzeit
partnerschaftlicher als bisher aufgeteilt
werden kann. Dabei muss eine flexible
Regelung die verschiedensten von Eltern
gewünschten Kombinationen der Arbeitszeit
ermöglichen; zum Beispiel auch die
Inanspruchnahme des Elterngelds bei
gemeinsamer Teilzeitarbeit.

Die von der schwarz-gelben Bundesregierung
eingeführte Regelung, dass das
Mindestelterngeld bei bedürftigen Familien
auf das ALG II angerechnet wird, dies aber
weiterhin den nicht erwerbstätigen Partnern
auch in Familien mit sehr hohem Einkommen
zusteht, ist sozial ungerecht. ~~Dieses
Auseinanderklaffen muss wieder beseitigt
werden.~~ Diese Regelung muss
zurückgenommen werden.

Wohnraumförderung neu ausrichten

Familien haben besondere Wohnbedürfnisse,
insbesondere in der Gründungsphase, aber
auch im Hinblick auf die älter werdende
Gesellschaft. Wir wollen die
Wohnraumförderung des Landes so
ausrichten, dass am Wohnungsmarkt
benachteiligte Gruppen auf besonders
schwierigen Wohnungsmärkten sozial
gebundenen und vergünstigten Wohnraum
geboten werden kann. Wir werden künftig
einen Förderschwerpunkt im
Mietwohnungsbereich ~~im Verhältnis 4:1 zur
Eigentumsförderung~~ setzen, was vorrangig
Familien zu Gute kommt. Wir werden künftig
einen Förderschwerpunkt im
Mietwohnungsbau setzen, der vorrangig

		<u>Familien zugute kommt.</u>
235	Diese Neuausrichtung geht einher mit der räumlichen Fokussierung auf Projekte in den Ballungsräumen. Gerade dort gibt es wenige angemessene und bezahlbare Mietwohnungen, was Familienbildung erheblich erschwert.	Diese Neuausrichtung geht einher mit der räumlichen Fokussierung auf Projekte in den Ballungsräumen. Gerade dort gibt es wenige angemessene und bezahlbare Mietwohnungen, was Familienbildung erheblich erschwert- <u>oder Familien zum Wegzug in das Umland zwingt.</u>
240	Wir streben an, die Mittel für die Wohnraumförderung zu erhöhen, zum Beispiel indem wir die Zweckbindung der Rückflüsse aus Darlehen stärker berücksichtigen. Die Kommunen sollen wieder die Möglichkeit bekommen, bei Bedarf die Zweckentfremdungsverordnung und die Kündigungssperrfrist anzuwenden.	Wir streben an, die Mittel für die Wohnraumförderung zu erhöhen, zum Beispiel indem wir die Zweckbindung der Rückflüsse aus Darlehen stärker berücksichtigen. Die Kommunen sollen wieder die Möglichkeit bekommen, bei Bedarf die Zweckentfremdungsverordnung und die Kündigungssperrfrist anzuwenden.
245		
250	Die Landeswohnraumförderung muss zudem den Herausforderungen des demografischen Wandels – zum Beispiel durch mehr Barrierefreiheit bei Neubauten und Sanierungen – stärker Rechnung tragen. In diesem Zusammenhang muss auch das KfW-Programm „Altersgerecht umbauen“ nach 2011 verlässlich fortgeführt werden.	Die Landeswohnraumförderung muss zudem den Herausforderungen des demografischen Wandels – zum Beispiel durch mehr Barrierefreiheit bei Neubauten und Sanierungen – stärker Rechnung tragen. In diesem Zusammenhang muss auch das KfW-Programm „Altersgerecht umbauen“ nach 2011 verlässlich fortgeführt werden.
255		
260	<u>III. Arbeitswelt gestalten, um Partnerschaft zu ermöglichen</u>	<u>III. Arbeitswelt gestalten, um Partnerschaft zu ermöglichen</u>
265	Lebenspartner müssen Familie sowie Beruf und Karriere tatsächlich partnerschaftlich teilen können. Beide wollen sich in ihrem Beruf verwirklichen, sich qualifizieren und aufsteigen. Dabei benötigen sie genügend Ressourcen, sich gemeinsam um die Erziehung der Kinder und den familiären Alltag zu kümmern. So können sie Freude und Belastungen in der Familie teilen.	Lebenspartner müssen Familie sowie Beruf und Karriere tatsächlich partnerschaftlich teilen können. Beide wollen sich in ihrem Beruf verwirklichen, sich qualifizieren und aufsteigen. Dabei benötigen sie genügend Ressourcen, sich gemeinsam um die Erziehung der Kinder und den familiären Alltag zu kümmern. So können sie Freude und Belastungen in der Familie teilen.
270		
275	In den letzten zehn Jahren haben Veränderungen am Arbeitsmarkt zu Schief lagen geführt, die vor allem zu Lasten von Frauen mit allen negativen Auswirkungen auf Familien und Partnerschaften gehen. Im Schnitt kam es zu keinen nennenswerten Lohnzuwächsen; bei den unteren	In den letzten zehn Jahren haben Veränderungen am Arbeitsmarkt zu Schief lagen geführt, die vor allem zu Lasten von Frauen mit allen negativen Auswirkungen auf Familien und Partnerschaften gehen. Im Schnitt kam es zu keinen nennenswerten Lohnzuwächsen; bei den unteren

280 Einkommensgruppen sogar zu merklichen Einkommenseinbußen. Einkommensgruppen sogar zu merklichen Einkommenseinbußen.

Gute Arbeit schaffen

285 Wir wollen mit einer Reform der Arbeitswelt gute Arbeit statt prekärer Beschäftigung. Wir wollen mehr Anreize für reguläre und sozial abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse schaffen und den Niedriglohnsektor zurückdrängen. Das ist auch ein wichtiges
290 Element der Familienpolitik; denn Paare in prekären Beschäftigungsverhältnissen verzichten häufig darauf, ihren Kinderwunsch zu realisieren oder verschieben ihn.

295

Deshalb wollen wir flächendeckende gesetzliche Mindestlöhne von mindestens 8,50 Euro einführen. Deshalb wollen wir die ausufernden Mini- und Midijobs einschränken, indem wir die wöchentlich zulässige Arbeitszeit für diese Jobs wieder begrenzen und Lohndumping verhindern. Deshalb wollen wir die gesetzlichen
300 Befristungsmöglichkeiten für Arbeitsverträge wieder auf die wirklich begründeten Fälle beschränken. Und deshalb wollen wir den gerade in Baden-Württemberg ausufernden Missbrauch in der Leih- und Zeitarbeit bekämpfen. Für uns gilt: Gleicher Lohn für
305 gleiche Leistung – für Frauen und Männer, aber auch für Stammebelegschaft und Leiharbeitnehmer!

315 Noch immer verdienen Frauen in Deutschland 23 Prozent weniger als Männer. Baden-Württemberg liegt mit einem Lohnabstand von 28,5 Prozent bundesweit sogar an der Spitze dieser Einkommensungleichheit. Wir
320 wollen uns nicht damit abfinden, dass Frauen für gleichwertige Arbeit noch immer deutlich weniger verdienen. Wir wollen endlich Lohngleichheit schaffen. Der Mindestlohn hilft dabei, weil viele Frauen immer noch in
325 strukturell gering bezahlten Bereichen arbeiten. Weil freiwillige Vereinbarungen mit

Gute Arbeit schaffen

Wir wollen mit einer Reform der Arbeitswelt gute Arbeit statt prekärer Beschäftigung. Wir wollen mehr Anreize für reguläre und sozial abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse schaffen und den Niedriglohnsektor zurückdrängen. Dazu gehört für uns auch die Überwindung prekärer Beschäftigung. Das ist auch ein wichtiges Element der Familienpolitik; denn Paare in prekären Beschäftigungsverhältnissen verzichten häufig darauf, ihren Kinderwunsch zu realisieren oder verschieben ihn.

Deshalb wollen wir flächendeckende gesetzliche Mindestlöhne von mindestens 8,50 Euro einführen. Deshalb wollen wir die ausufernden Mini- und Midijobs einschränken, indem wir die wöchentlich zulässige Arbeitszeit für diese Jobs wieder begrenzen und Lohndumping verhindern. Deshalb wollen wir die gesetzlichen Befristungsmöglichkeiten für Arbeitsverträge wieder auf die wirklich begründeten Fälle beschränken. Und deshalb wollen wir den gerade in Baden-Württemberg ausufernden Missbrauch in der Leih- und Zeitarbeit bekämpfen. Für uns gilt: Gleicher Lohn für gleiche Leistung – für Frauen und Männer, aber auch für Stammebelegschaft und Leiharbeitnehmer!

Noch immer verdienen Frauen in Deutschland 23 Prozent weniger als Männer. Baden-Württemberg liegt mit einem Lohnabstand von 28,5 Prozent bundesweit sogar an der Spitze dieser Einkommensungleichheit. Wir wollen uns nicht damit abfinden, dass Frauen für gleichwertige Arbeit noch immer deutlich weniger verdienen. Wir wollen endlich Lohngleichheit schaffen. Der Mindestlohn hilft dabei, weil viele Frauen immer noch in strukturell gering bezahlten Bereichen arbeiten. Weil freiwillige Vereinbarungen mit

	der Wirtschaft gescheitert sind, wollen wir ein Entgeltgleichheitsgesetz im Bund durchsetzen, um die gleiche Bezahlung durchzusetzen.	der Wirtschaft gescheitert sind, wollen wir ein Entgeltgleichheitsgesetz im Bund durchsetzen, um die gleiche Bezahlung durchzusetzen.
330	Um Zeit für Partnerschaftliche Familie zu schaffen, müssen flexible Arbeitszeitformen wie Langzeitkonten, partnerschaftliche Arbeitszeitmodelle, Teilzeitarbeit und	Um Zeit für Partnerschaftliche Familie zu schaffen, müssen flexible Arbeitszeitformen wie Langzeitkonten, partnerschaftliche Arbeitszeitmodelle, Teilzeitarbeit und
335	Telearbeit ausgebaut bzw. durchgesetzt werden. Wir wollen den Beschäftigten einen rechtlichen Anspruch auf befristete Teilzeit geben, die von der Stundenzahl her der Vollzeit nahe kommt. Gleichzeitig wollen wir	Telearbeit ausgebaut bzw. durchgesetzt werden. Wir wollen den Beschäftigten einen rechtlichen Anspruch auf befristete Teilzeit geben, die von der Stundenzahl her der Vollzeit nahe kommt. Gleichzeitig wollen wir
340	im Teilzeitbereich gleichen Lohn, gleiche Qualifizierungsmöglichkeiten und gleiche Aufstiegschancen von Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten durchsetzen. Das Land	im Teilzeitbereich gleichen Lohn, gleiche Qualifizierungsmöglichkeiten und gleiche Aufstiegschancen von Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten durchsetzen. Das Land
345	wird hier – auch gemeinsam mit den Kommunen – das Leitbild der Partnerschaftlichen Familie in seiner Personalführung berücksichtigen und so deutliche Zeichen einer neuen Kultur des	wird hier – auch gemeinsam mit den Kommunen – das Leitbild der Partnerschaftlichen Familie in seiner Personalführung berücksichtigen und so deutliche Zeichen einer neuen Kultur des
350	Miteinanders von Arbeitgeber und Arbeitnehmer anstreben.	Miteinanders von Arbeitgeber und Arbeitnehmer anstreben.
	In kaum einem anderen europäischen Land gibt es so wenige Frauen in Führungspositionen. Die freiwillige	In kaum einem anderen europäischen Land gibt es so wenige Frauen in Führungspositionen. Die freiwillige
355	Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Wirtschaftsverbänden hat daran nichts gebessert. Wir treten daher auf Bundesebene für ein Gleichstellungsgesetz für	Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Wirtschaftsverbänden hat daran nichts gebessert. Wir treten daher auf Bundesebene für ein Gleichstellungsgesetz für
360	die Privatwirtschaft inklusive einer Mindestquote von 40 Prozent Frauen für Vorstände und Aufsichtsräte ein.	die Privatwirtschaft inklusive einer Mindestquote von 40 Prozent Frauen für Vorstände und Aufsichtsräte ein.
	Wir setzen uns für Gender Mainstreaming und Gender Budgeting in Politik und Verwaltung	Wir setzen uns für Gender Mainstreaming und Gender Budgeting in Politik und Verwaltung
365	ein.	ein.
	<u>IV. Familie und Beruf vereinbaren</u>	<u>IV. Familie und Beruf vereinbaren</u>
370	In erster Linie sind Frauen aufgrund fehlender Kinderbetreuungsmöglichkeiten oftmals gezwungen, ihre Vollzeitbeschäftigung aufzugeben, was zu Abhängigkeit vom Partner sowie zu Einbußen bei den Rentenansprüchen führt. Dies entspricht nicht unserem Bild der	In erster Linie sind Frauen aufgrund fehlender Kinderbetreuungsmöglichkeiten oftmals gezwungen, ihre Vollzeitbeschäftigung aufzugeben, was zu Abhängigkeit vom Partner sowie zu Einbußen bei den Rentenansprüchen führt. Dies entspricht nicht unserem Bild der

375 Partnerschaftlichen Familie.

Es ist es an der Zeit, die politischen Prioritäten vorrangig auf den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur zu legen. Nur so erreichen wir, dass Familie und Beruf vereinbar werden und alle Kinder die besten Startchancen bekommen.

380

Bildung und Betreuung ausbauen

385

Wir brauchen den Ausbau einer finanzierbaren und qualitativ hochwertigen Betreuung, Erziehung und Bildung insbesondere im frühkindlichen Bereich. Wir wollen einen „Pakt mit den Kommunen für Familien mit Kindern“, der zwischen dem Land, den kommunalen Landesverbänden und den verantwortlichen Trägern der Kindertageseinrichtungen vereinbart wird. Bestehende sinnvolle Projekte und Modelle werden in ein Gesamtkonzept überführt und flächendeckend umgesetzt.

390

395

400

Neben dem Ausbau von Ganztagsangeboten wollen wir den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz von 1 bis 3 Jahren ab dem Kindergartenjahr 2013/14 sicherstellen. Sofern z.B. in Ballungszentren die angestrebte Versorgungsquote von 34% nicht ausreichend ist, muss der Ausbau der Betreuungsplätze für Kleinkinder weiter vorangetrieben werden. Aufgrund des dramatischen Fachkräftemangels müssen dafür mehr pädagogische Fachkräfte – insbesondere auch junge Männer – gewonnen werden; unter anderem durch mehr Plätze an Fachschulen, mehr Studienplätze für Frühpädagogik an Hochschulen und den Ausbau der Fort- und Weiterbildungsangebote.

405

410

415

Wir werden den Orientierungsplan verbindlich einführen und die dafür notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, insbesondere hinsichtlich der Fachkraft-Kind-Relation, der Arbeitszeit der Erzieherinnen und Erzieher und Einrichtungsleitungen sowie der

420

~~Partnerschaftlichen~~ Familie.

Es ist es an der Zeit, die politischen Prioritäten vorrangig auf den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur zu legen. Nur so erreichen wir, dass Familie und Beruf vereinbar werden und alle Kinder die besten Startchancen bekommen.

Bildung und Betreuung ausbauen

Wir brauchen den Ausbau einer finanzierbaren und qualitativ hochwertigen Betreuung, Erziehung und Bildung insbesondere im frühkindlichen Bereich. Wir wollen einen „Pakt mit den Kommunen für Familien mit Kindern“, der zwischen dem Land, den kommunalen Landesverbänden und den verantwortlichen Trägern der Kindertageseinrichtungen vereinbart wird. Bestehende sinnvolle Projekte und Modelle werden in ein Gesamtkonzept überführt und flächendeckend umgesetzt.

Neben dem Ausbau von Ganztagsangeboten wollen wir den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz von 1 bis 3 Jahren ab dem Kindergartenjahr 2013/14 sicherstellen. Sofern z.B. in Ballungszentren die angestrebte Versorgungsquote von 34% nicht ausreichend ist, muss der Ausbau der Betreuungsplätze für Kleinkinder weiter vorangetrieben werden. Aufgrund des dramatischen Fachkräftemangels müssen dafür mehr pädagogische Fachkräfte – insbesondere auch junge Männer – gewonnen werden; unter anderem durch mehr Plätze an Fachschulen, mehr Studienplätze für Frühpädagogik an Hochschulen und den Ausbau der Fort- und Weiterbildungsangebote- und letztlich auch eine bessere Bezahlung.

Wir werden den Orientierungsplan verbindlich einführen und die dafür notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, insbesondere hinsichtlich der Fachkraft-Kind-Relation, der Arbeitszeit der Erzieherinnen und Erzieher und Einrichtungsleitungen sowie der

<p>425 Qualitätsmessung und -entwicklung. Darüber hinaus werden wir den Auftrag der UN-Behindertenrechtskonvention auch in der Bildung und Betreuung konsequent umsetzen (Inklusion).</p>	<p>Qualitätsmessung und -entwicklung. Darüber hinaus werden wir den Auftrag der UN-Behindertenrechtskonvention auch in der Bildung und Betreuung konsequent umsetzen (Inklusion).</p>
<p>430 Unsere Kindertageseinrichtungen werden wir schrittweise zu Kinder- und Familienzentren ausbauen. Die Kooperation von Kindergarten und Grundschule wollen wir verbessern und dabei die Erfahrungen aus den „Bildungshäusern“ allen Einrichtungen zukommen lassen. Dabei stärken wir auch die Zusammenarbeit mit den Eltern. So organisieren wir soziales Lernen aller Beteiligten.</p>	<p>Unsere Kindertageseinrichtungen werden wir schrittweise zu Kinder- und Familienzentren ausbauen. Die Kooperation von Kindergarten und Grundschule wollen wir verbessern und dabei die Erfahrungen aus den „Bildungshäusern“ allen Einrichtungen zukommen lassen. Dabei stärken wir auch die Zusammenarbeit mit den Eltern. So organisieren wir soziales Lernen aller Beteiligten.</p>
<p>440 Neben dem quantitativen Ausbau und qualitativen Verbesserungen ist uns Gebührenfreiheit bei der Kinderbetreuung wichtig. Vor dem Hintergrund der bestehenden Finanzierungslücken wollen wir 445 zunächst den qualitativ hochwertigen Ausbau voranbringen. Bei den Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden streben wir eine Vereinbarung an, dass 450 Kindergartengebühren in Zukunft in allen Gemeinden sozial gestaffelt werden. Mittel- und langfristig halten wir an unserem Ziel gebührenfreier Krippen und Kindergärten fest.</p>	<p>Neben dem quantitativen Ausbau und qualitativen Verbesserungen ist uns <u>der schrittweise Ausbau der</u> Gebührenfreiheit bei der Kinderbetreuung wichtig. Vor dem Hintergrund der bestehenden Finanzierungslücken wollen wir zunächst den qualitativ hochwertigen Ausbau voranbringen. Bei den Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden streben wir eine Vereinbarung an, dass Kindergartengebühren in Zukunft in allen Gemeinden sozial gestaffelt werden. Mittel- und langfristig halten wir an unserem Ziel gebührenfreier Krippen und Kindergärten fest.</p>
<p>455 Gemeinschaftsschulen und Ganztageschulen schaffen</p>	<p>Gemeinschaftsschulen und Ganztageschulen schaffen</p>
<p>460 Zur Sicherung wohnortnaher und damit familienfreundlicher Schulstandorte und zur optimalen individuellen Förderung werden wir unser Modell der Gemeinschaftsschule umsetzen; vor Ort und gemeinsam! Ganztageschulen wollen wir als Lern- und Lebensort ausbauen und damit Familien 465 entlasten. Schulsozialarbeit wollen wir in Verantwortung des Landes flächendeckend ausbauen.</p>	<p>Zur Sicherung wohnortnaher und damit familienfreundlicher Schulstandorte und zur optimalen individuellen Förderung werden wir unser Modell der Gemeinschaftsschule umsetzen; vor Ort und gemeinsam! Ganztageschulen wollen wir als Lern- und Lebensort ausbauen und damit Familien entlasten. Schulsozialarbeit wollen wir in Verantwortung des Landes flächendeckend ausbauen.</p>
<p>470 Übergänge ins Berufsleben verbessern</p>	<p>Übergänge ins Berufsleben verbessern</p>

Junge Menschen haben ein Recht auf allgemeine und berufliche Bildung. Eine berufliche Ausbildung im dualen oder im schulischen System ist Grundlage für eine gelingende soziale Integration und für ein eigenständiges und unabhängiges Leben – und damit auch zentrale Voraussetzung zur Gründung einer Familie und zur Entscheidung für Kinder. Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien gehören zu den am stärksten vernachlässigten Zielgruppen. Damit alle ausbildungsbereiten jungen Menschen eine Chance auf Ausbildung und Beschäftigung erhalten, benötigen sie qualifizierte Unterstützung und Begleitung. Alle jungen Frauen und Männer sollen durch ein vom Land koordiniertes Programm unter Beteiligung der Sozialpartner und Verbände die Chancen auf einen Ausbildungsplatz erhalten. Dazu sind die berufsvorbereitenden Angebote der Berufsschulen, der Jugendberufshilfe sowie Angebote der assistierten Ausbildung und der Teilzeitausbildung weiterzuentwickeln und auszubauen.

V. Familien mit Rat und Tat zur Seite stehen

Familien in Baden-Württemberg sind vielfältig. Für die verschiedenen Lebensweisen, -wege und -abschnitte brauchen sie Rat, Hilfe und Unterstützung; die einen mehr, die anderen weniger. Eltern müssen insbesondere darin unterstützt werden, dass Kinder und Jugendliche zu starken und eigenständigen Persönlichkeiten heranwachsen.

Dabei kommt es gerade auf den Anfang an. Wir wollen neue Impulse bei den Frühen Hilfen setzen und die Hilfen für alle Familien durch die Arbeit von Familienhebammen und die Weiterentwicklung des Landesprogramms STÄRKE ausbauen. Gleichzeitig müssen die Ressourcen von Familien gestärkt werden, wie dies in Eltern-Kind-Zentren oder Familienzentren der Fall ist. Der Nachfrage

Junge Menschen haben ein Recht auf allgemeine und berufliche Bildung. Eine berufliche Ausbildung im dualen oder im schulischen System ist Grundlage für eine gelingende soziale Integration und für ein eigenständiges und unabhängiges Leben – und damit auch zentrale Voraussetzung zur Gründung einer Familie und zur Entscheidung für Kinder. Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien gehören zu den am stärksten vernachlässigten Zielgruppen. Damit alle ausbildungsbereiten jungen Menschen eine Chance auf Ausbildung und Beschäftigung erhalten, benötigen sie qualifizierte Unterstützung und Begleitung. Alle jungen Frauen und Männer sollen durch ein vom Land koordiniertes Programm unter Beteiligung der Sozialpartner und Verbände die Chancen auf einen Ausbildungsplatz erhalten. Dazu sind die berufsvorbereitenden Angebote der Berufsschulen, der Jugendberufshilfe sowie Angebote der assistierten Ausbildung und der Teilzeitausbildung weiterzuentwickeln und auszubauen.

V. Familien mit Rat und Tat zur Seite stehen

Familien in Baden-Württemberg sind vielfältig. Für die verschiedenen Lebensweisen, -wege und -abschnitte brauchen sie Rat, Hilfe und Unterstützung; die einen mehr, die anderen weniger. Eltern müssen insbesondere darin unterstützt werden, dass Kinder und Jugendliche zu starken und eigenständigen Persönlichkeiten heranwachsen.

Dabei kommt es gerade auf den Anfang an. Wir wollen neue Impulse bei den Frühen Hilfen setzen und die Hilfen für alle Familien durch die Arbeit von Familienhebammen und die Weiterentwicklung des Landesprogramms STÄRKE ausbauen. Gleichzeitig müssen die Ressourcen von Familien gestärkt werden, wie dies in Eltern-Kind-Zentren oder Familienzentren der Fall ist. Der Nachfrage

520	nach Orientierung und Stärkung von Familien durch Eltern- und Familienbildung vor Ort wollen wir bedarfsgerecht begegnen. Wir wollen die vorhandenen Strukturen und vielfältigen Angebote der Träger von Familienbildung, -beratung und -erholung	nach Orientierung und Stärkung von Familien durch Eltern- und Familienbildung vor Ort wollen wir bedarfsgerecht begegnen. Wir wollen die vorhandenen Strukturen und vielfältigen Angebote der Träger von Familienbildung, -beratung und -erholung
525	verlässlich ausgestalten. Und wir stehen für den Erhalt und Ausbau der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg.	verlässlich ausgestalten. Und wir stehen für den Erhalt und Ausbau der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg.
530	Familien in schwierigen Lebenslagen und besonderen Belastungssituationen brauchen die Solidarität von Staat und Gesellschaft. Wo Eltern mit der Erziehung und Betreuung ihrer Kinder überfordert sind oder gar das Wohl des Kindes gefährdet ist, brauchen wir öffentliche	Familien in schwierigen Lebenslagen und besonderen Belastungssituationen brauchen die Solidarität von Staat und Gesellschaft. Wo Eltern mit der Erziehung und Betreuung ihrer Kinder überfordert sind oder gar das Wohl des Kindes gefährdet ist, brauchen wir öffentliche
535	Angebote der Jugendhilfe. Die Familienunterstützenden, -entlastenden oder auch -ersetzenden Leistungen der Erziehungshilfe sind bedarfsgerecht vorzuhalten und weiterzuentwickeln. Mit den verantwortlichen kommunalen	Angebote der Jugendhilfe. Die Familienunterstützenden, -entlastenden oder auch -ersetzenden Leistungen der Erziehungshilfe sind bedarfsgerecht vorzuhalten und weiterzuentwickeln. Mit den verantwortlichen kommunalen
540	Gebietskörperschaften wollen wir dafür sorgen, dass Beratungsangebote und ambulante und stationäre Hilfen den bedürftigen Kindern, Jugendlichen und deren Familien zur Verfügung stehen und die Hilfen angemessen finanziert werden. Zum Schutz der Kinder und zur Unterstützung von Eltern müssen die Regelungen des Kinderschutzes ausgebaut werden.	Gebietskörperschaften wollen wir dafür sorgen, dass Beratungsangebote und ambulante und stationäre Hilfen den bedürftigen Kindern, Jugendlichen und deren Familien zur Verfügung stehen und die Hilfen angemessen finanziert werden. Zum Schutz der Kinder und zur Unterstützung von Eltern müssen die Regelungen des Kinderschutzes ausgebaut werden.
545		
550	Kinderarmut bekämpfen	Kinderarmut bekämpfen
555	Auch in unserem Land leben Kinder in Armut. Es gilt, die Ursachen für Kinderarmut zu bekämpfen und gleichzeitig Kinder für ihr späteres Leben stark zu machen. Ursache für Kinderarmut ist oft, dass Eltern wegen fehlender Betreuungsangebote keine oder keine ausreichende Erwerbstätigkeit annehmen können – dies darf in Zukunft so nicht mehr vorkommen. Neben besseren Bildungschancen brauchen wir hierfür auch ein effizienteres Familienfördersystem.	Auch in unserem Land leben Kinder in Armut. Es gilt, die Ursachen für Kinderarmut zu bekämpfen und gleichzeitig Kinder für ihr späteres Leben stark zu machen. Ursache für Kinderarmut ist oft, dass Eltern wegen fehlender Betreuungsangebote keine oder keine ausreichende Erwerbstätigkeit annehmen können – dies darf in Zukunft so nicht mehr vorkommen. Neben besseren Bildungschancen brauchen wir hierfür auch ein effizienteres Familienfördersystem.
560		
565	Dazu gehören für uns ein flächendeckendes Beratungssystem, der Ausbau des Bildungs-	Dazu gehören für uns ein flächendeckendes Beratungssystem, der Ausbau des Bildungs-

570	und Teilhabepakets der Bundesregierung sowie die stärkere Unterstützung von Alleinerziehenden. Hierbei bauen wir auf die Erfahrungen der Alleinerziehendenprojekte in Baden-Württemberg auf.	und Teilhabepakets der Bundesregierung sowie die stärkere Unterstützung von Alleinerziehenden. Hierbei bauen wir auf die Erfahrungen der Alleinerziehendenprojekte in Baden-Württemberg auf.
575	Denn während sich Paare Aufgaben und Einkommen teilen können, müssen alleinerziehende Eltern mehrere Rollen gleichzeitig erfüllen und ihren Lebensunterhalt allein verdienen. Ihr	Denn während sich Paare Aufgaben und Einkommen teilen können, müssen alleinerziehende Eltern mehrere Rollen gleichzeitig erfüllen und ihren Lebensunterhalt allein verdienen. Ihr
580	Armutrisiko hat sich in den letzten Jahren nachweislich erhöht. Deshalb wollen wir die Familienförderung für Alleinerziehende ausbauen, speziell ausrichten und eigenständige Kinderregelsätze schaffen. Außerdem fordern wir, Alleinerziehenden einen Rechtsanspruch auf ganztägige	Armutrisiko hat sich in den letzten Jahren nachweislich erhöht. Deshalb wollen wir die Familienförderung für Alleinerziehende ausbauen, speziell ausrichten und eigenständige Kinderregelsätze schaffen. Außerdem fordern wir, Alleinerziehenden
585	Kinderbetreuung zu geben und ihre Betreuung in den Arbeitsagenturen und Jobcentern zu spezialisieren.	einen Rechtsanspruch auf ganztägige Kinderbetreuung zu geben und ihre Betreuung in den Arbeitsagenturen und Jobcentern zu spezialisieren.
590	Im Zuge des schwarzgelben Sparpaketes hat sich der Bund aus der Familienförderung weiter zurückgezogen. Wir wollen gerade bei Familien mit sehr jungen Kindern Sorge tragen.	Im Zuge des schwarzgelben Sparpaketes hat sich der Bund aus der Familienförderung weiter zurückgezogen. Wir wollen gerade bei Familien mit sehr jungen Kindern Sorge tragen.
595	Mit einem reformierten Landeserziehungsgeld werden wir einkommensschwachen Familien mit Kindern in Baden-Württemberg bis zu einem Alter von 13 Monaten besonders unterstützen.	Mit einem reformierten Landeserziehungsgeld werden wir einkommensschwachen Familien mit Kindern in Baden-Württemberg bis zu einem Alter von 13 Monaten besonders unterstützen.
600	Wir werden einen Armuts- und Reichtumsbericht mit besonderem Fokus auf Kinderarmut einführen, um so ein Instrument für eine zielgerichtete Bekämpfung von	Wir werden einen Armuts- und Reichtumsbericht mit besonderem Fokus auf Kinderarmut einführen, um so ein Instrument für eine zielgerichtete Bekämpfung von
605	Kinderarmut zu haben.	Kinderarmut zu haben.
	Familien mit Migrationshintergrund unterstützen	Familien mit Migrationshintergrund unterstützen
610	Baden-Württemberg ist das Flächenland mit dem höchsten Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund. Viele Familien leben und arbeiten seit Jahrzehnten und in nunmehr vierter Generation in unserem Land. Ihr	Baden-Württemberg ist das Flächenland mit dem höchsten Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund. Viele Familien leben und arbeiten seit Jahrzehnten und in nunmehr vierter Generation in unserem Land. Ihr

615	wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und kultureller Beitrag zum Wohlstand verdient unsere Achtung und Anerkennung. Diese Vielfalt ist Stärke und Potential für unsere gemeinsame Zukunft. Im Interesse der	615	wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und kultureller Beitrag zum Wohlstand verdient unsere Achtung und Anerkennung. Diese Vielfalt ist Stärke und Potential für unsere gemeinsame Zukunft. Im Interesse der
620	Familien und unseres Landes gilt es, ihnen in den Bereichen der Bildung, der Arbeit und der Wirtschaft mehr Beteiligung und Teilhabe zu ermöglichen.	620	Familien und unseres Landes gilt es, ihnen in den Bereichen der Bildung, der Arbeit und der Wirtschaft mehr Beteiligung und Teilhabe zu ermöglichen.
625	Kinder mit Migrationshintergrund haben das Recht auf gleiche Startchancen. Um gleiche Teilhabe- und Entfaltungsmöglichkeiten zu schaffen, müssen diese Familien deshalb unterstützt und Kinder gezielt gefördert	625	Kinder mit Migrationshintergrund haben das Recht auf gleiche Startchancen. Um gleiche Teilhabe- und Entfaltungsmöglichkeiten zu schaffen, müssen diese Familien deshalb unterstützt und Kinder gezielt gefördert
630	werden. Genau hier setzt unsere Bildungspolitik der Chancengleichheit an; mit Ganztagesangeboten und früher Förderung. Dabei ist Sprache nach wie vor der Schlüssel zu Integration und Teilhabe. Wir wollen konsequente Sprachförderung in allen Formen der Kinderbetreuung; zum einen integriert in den Kindertagesstättenalltag, zum anderen bei Bedarf ergänzt durch individuelle Sprachförderung, die dann gegebenenfalls in der Grundschule fortgeführt wird. Auch Sprachkurse für Eltern wie „Mama lernt deutsch“ werden wir fördern.	630	werden. Genau hier setzt unsere Bildungspolitik der Chancengleichheit an; mit Ganztagesangeboten und früher Förderung. Dabei ist Sprache nach wie vor der Schlüssel zu Integration und Teilhabe. Wir wollen konsequente Sprachförderung in allen Formen der Kinderbetreuung; zum einen integriert in den Kindertagesstättenalltag, zum anderen bei Bedarf ergänzt durch individuelle Sprachförderung, die dann gegebenenfalls in der Grundschule fortgeführt wird. Auch Sprachkurse für Eltern wie „Mama lernt deutsch“ werden wir fördern.
645	Die Zahl der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die unsere Schulen ohne einen Abschluss oder nur mit dem Hauptschulabschluss verlassen, ist signifikant	645	Die Zahl der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die unsere Schulen ohne einen Abschluss oder nur mit dem Hauptschulabschluss verlassen, ist signifikant
650	höher als bei Gleichaltrigen ohne Migrationshintergrund. Diese unbewusste Diskriminierung wollen wir bekämpfen. Erfolgreiche Programme wie die Bildungspaten wollen wir stärken und die	650	höher als bei Gleichaltrigen ohne Migrationshintergrund. Diese unbewusste Diskriminierung wollen wir bekämpfen. Erfolgreiche Programme wie die Bildungspaten wollen wir stärken und die
655	Förderung des Übergangs von Schule in den Beruf verbessern.	655	Förderung des Übergangs von Schule in den Beruf verbessern.
660	Die beruflichen Qualifikationen der Einwandernden werden in Deutschland zu wenig anerkannt. Damit fördern wir die prekären Verhältnisse für Familien mit Migrationshintergrund. Des Weiteren können	660	Die beruflichen Qualifikationen der Einwandernden werden in Deutschland zu wenig anerkannt. Damit fördern wir die prekären Verhältnisse für Familien mit Migrationshintergrund. Des Weiteren können

wir es uns aus wirtschafts- und
fiskalpolitischer Sicht nicht leisten, auf diese
665 Ressourcen zur verzichten. Es besteht bereits
ein Fachkräftemangel, welcher aus dem
eigenen Land nicht allein beglichen werden
könnte. Die Reform des
670 Bundesanerkennungsgesetzes für berufliche
Abschlüsse und das dafür notwendige
Landesanerkennungsgesetz bieten uns die
Chance, wirtschaftliche Sicherheit und das
Ausschöpfen der wirtschaftlichen Potentiale
zu fördern. Hier müssen wir im Interesse der
675 Familien und der Wirtschaft tätig werden.“

Immer mehr Menschen mit
Migrationshintergrund wollen ihren
Lebensabend in ihrer neuen Heimat bei den
680 Kindern und Enkelkindern verbringen. Der
Anspruch auf kultursensible Pflege muss
daher in der Pflegeberatung und durch die
Angebotsstruktur zur Unterstützung bei
Pflegebedürftigkeit garantiert werden. Wir
685 wollen, dass sich in unserem Land alle
Menschen, die bei uns viele Jahre gearbeitet
und gelebt haben, auch im Alter zu Hause
fühlen.

690 **Regenbogenfamilien anerkennen**

Regenbogenfamilien sind auch in Baden-
Württemberg keine Ausnahme mehr.
695 Deutschlandweit gibt es derzeit rund 700 000
Kinder in Lesben-, Schwule-, Bi- und
Transsexuelle (LSBT) Familien. Wir wollen
diese „anderen“ familiären Lebensweisen in
der Gesellschaft als selbstverständlich
etablieren.

700 Die Stiefkindadoption ermöglicht den
gleichgeschlechtlichen Lebenspartnern,
Verantwortung für ein Kind zu übernehmen.
Wir fordern daher ein Adoptionsrecht für
705 eingetragene Lebenspartneränderungen im
Hinterbliebenengesetz sowie steuerliche
Gleichstellung.

710

wir es uns aus wirtschafts- und
fiskalpolitischer Sicht nicht leisten, auf diese
Ressourcen zur verzichten. Es besteht bereits
ein Fachkräftemangel, welcher aus dem
eigenen Land nicht allein beglichen werden
könnte. Die Reform des
Bundesanerkennungsgesetzes für berufliche
Abschlüsse und das dafür notwendige
Landesanerkennungsgesetz bieten uns die
Chance, wirtschaftliche Sicherheit und das
Ausschöpfen der wirtschaftlichen Potentiale
zu fördern. Hier müssen wir im Interesse der
Familien und der Wirtschaft tätig werden.“

Immer mehr Menschen mit
Migrationshintergrund wollen ihren
Lebensabend in ihrer neuen Heimat bei den
Kindern und Enkelkindern verbringen. Der
Anspruch auf kultursensible Pflege muss
daher in der Pflegeberatung und durch die
Angebotsstruktur zur Unterstützung bei
Pflegebedürftigkeit garantiert werden. Wir
wollen, dass sich in unserem Land alle
Menschen, die bei uns viele Jahre gearbeitet
und gelebt haben, auch im Alter zu Hause
fühlen.

Regenbogenfamilien anerkennen

Regenbogenfamilien sind auch in Baden-
Württemberg keine Ausnahme mehr.
Deutschlandweit gibt es derzeit rund 700 000
Kinder in Lesben-, Schwule-, Bi- und
Transsexuelle (LSBT) Familien. Wir wollen
diese „anderen“ familiären Lebensweisen in
der Gesellschaft als selbstverständlich
etablieren.

Die Stiefkindadoption ermöglicht den
gleichgeschlechtlichen Lebenspartnern,
Verantwortung für ein Kind zu übernehmen.
Wir fordern ~~daher~~ darüber hinaus ein
705 generelles ein Adoptionsrecht für eingetragene
Lebenspartneränderungen im
Hinterbliebenengesetz sowie steuerliche
Gleichstellung.

VI. Gemeinsam älter werden

715 Es gehört zu unserem Bild der Partnerschaftlichen Familie – dort, wo Kinder sind und wo Lebenspartnerinnen und -partner oder Generationen füreinander einstehen –, dass Menschen gemeinsam älter werden können. Für uns ist dies keine Vorstellung von

720 gestern, sondern ein fortschrittlicher Gedanke in einer differenzierten Gesellschaft. Ältere Menschen können durch ihre Erfahrung und ihre Zeit Familie und Gesellschaft bereichern – und dadurch selbst Teilhabe erfahren. Immer mehr Menschen suchen nach alternativen

725 Wohnmöglichkeiten. Sie wollen in Gemeinschaft mit älteren und jüngeren Menschen wohnen und sich in der Gemeinschaft engagieren. Wohnprojekte für gemeinschaftliches

730 generationenübergreifendes Wohnen bei gegenseitiger Unterstützung wollen wir fördern.

735 Dass der demografische Wandel Familien aber auch vor neue Herausforderungen stellt, ist unbestritten; ob in psychischer, sozialer, zeitlicher, räumlicher oder finanzieller Hinsicht. Insbesondere die Zahl der Pflegebedürftigen wird in den kommenden

740 Jahren erheblich ansteigen. Prognosen gehen davon aus, dass 2030 in Baden-Württemberg mehr als 350.000 Menschen pflegebedürftig sein werden.

745 Reform der Pflegeversicherung

750 Angehörige wollen ihre Partner, Eltern und Großeltern und auch Freunde gut versorgt wissen. Pflegebedürftige möchten so lange wie möglich in der eigenen Häuslichkeit bei ihrer Familie verbleiben können – und pflegende Angehörige wollen Familie und Beruf vereinbaren. Daher ist eine umfassende Reform der Pflegeversicherung gerade aus

755 familienpolitischer Sicht essentiell. Zu dieser Reform gehört vor allem, Pflegepersonen zu entlasten, denn ohne dieses Engagement stünde unsere Gesellschaft vor noch größeren

VI. Gemeinsam älter werden

Es gehört zu unserem Bild der Partnerschaftlichen Familie – dort, wo Kinder sind und wo Lebenspartnerinnen und -partner oder Generationen füreinander einstehen –, dass Menschen gemeinsam älter werden können. Für uns ist dies keine Vorstellung von

gestern, sondern ein fortschrittlicher Gedanke in einer differenzierten Gesellschaft. Ältere Menschen können durch ihre Erfahrung und ihre Zeit Familie und Gesellschaft bereichern – und dadurch selbst Teilhabe erfahren. Immer mehr Menschen suchen nach alternativen Wohnmöglichkeiten. Sie wollen in Gemeinschaft mit älteren und jüngeren Menschen wohnen und sich in der Gemeinschaft engagieren. Wohnprojekte für gemeinschaftliches

generationenübergreifendes Wohnen bei gegenseitiger Unterstützung wollen wir fördern.

Dass der demografische Wandel Familien aber auch vor neue Herausforderungen stellt, ist unbestritten; ob in psychischer, sozialer, zeitlicher, räumlicher oder finanzieller Hinsicht. Insbesondere die Zahl der Pflegebedürftigen wird in den kommenden Jahren erheblich ansteigen. Prognosen gehen davon aus, dass 2030 in Baden-Württemberg mehr als 350.000 Menschen pflegebedürftig sein werden.

Reform der Pflegeversicherung

Angehörige wollen ihre Partner, Eltern und Großeltern und auch Freunde gut versorgt wissen. Pflegebedürftige möchten so lange wie möglich in der eigenen Häuslichkeit bei ihrer Familie verbleiben können – und pflegende Angehörige wollen Familie und Beruf vereinbaren. Daher ist eine umfassende Reform der Pflegeversicherung gerade aus familienpolitischer Sicht essentiell. Zu dieser Reform gehört vor allem, Pflegepersonen zu entlasten, denn ohne dieses Engagement stünde unsere Gesellschaft vor noch größeren

	Herausforderungen.	Herausforderungen.
760	Pflegepersonen brauchen mehr Unterstützung für kleinere Auszeiten und erweiterte Ansprüche auf Kurzzeit- und Verhinderungspflege. Hierzu wollen wir die Ansprüche von 1510 Euro auf 3020 Euro für acht Wochen je Kalenderjahr erhöhen. Angehörige sollen analog zum Kinderkrankengeld bei zum Beispiel plötzlich eintretender Pflegebedürftigkeit oder	Pflegepersonen brauchen mehr Unterstützung für kleinere Auszeiten und erweiterte Ansprüche auf Kurzzeit- und Verhinderungspflege. Hierzu wollen wir die Ansprüche von 1510 Euro auf 3020 Euro für acht Wochen je Kalenderjahr erhöhen. Angehörige sollen analog zum Kinderkrankengeld bei zum Beispiel plötzlich eintretender Pflegebedürftigkeit oder
765	veränderter Pflegesituation einen Anspruch auf Lohnersatzleistung für die bis zu zehn Tagen bestehende Freistellungsmöglichkeit beanspruchen können.	veränderter Pflegesituation einen Anspruch auf Lohnersatzleistung für die bis zu zehn Tagen bestehende Freistellungsmöglichkeit beanspruchen können.
770		
775	Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir einen Rechtsanspruch auf ein flexibles Zeitbudget von 1000 Stunden einführen. Es soll mit einem Anspruch auf Lohnersatzleistung verbunden sein. Der Arbeitnehmer oder die Arbeitnehmerin muss während dieser Phase ein Recht auf Kündigungsschutz haben. Pflegezeiten sollen rentenrechtlich höher bewertet werden. Bei zunehmend brüchigen Erwerbsbiografien schaffen wir damit neben dem Elterngeld erneut eine Brücke über eine Lücke im Lebenslauf, die von der Solidargemeinschaft getragen besonderen Lebenssituationen Rechnung trägt.	Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir einen Rechtsanspruch auf ein flexibles Zeitbudget von 1000 Stunden einführen. Es soll mit einem Anspruch auf Lohnersatzleistung verbunden sein. Der Arbeitnehmer oder die Arbeitnehmerin muss während dieser Phase ein Recht auf Kündigungsschutz haben. Pflegezeiten sollen rentenrechtlich höher bewertet werden. Bei zunehmend brüchigen Erwerbsbiografien schaffen wir damit neben dem Elterngeld erneut eine Brücke über eine Lücke im Lebenslauf, die von der Solidargemeinschaft getragen besonderen Lebenssituationen Rechnung trägt.
780		
785		
790	Darüber hinaus wollen wir gewährleisten, dass Pflegebedürftige und pflegende Angehörige umfassend und aufsuchend Beratung erhalten. Deshalb wollen wir die wohnortnahe, trägerunabhängige Pflegeberatung durch Pflegestützpunkte und andere Beratungsstellen ausbauen.	Darüber hinaus wollen wir gewährleisten, dass Pflegebedürftige und pflegende Angehörige umfassend und aufsuchend Beratung erhalten. Deshalb wollen wir die wohnortnahe, trägerunabhängige Pflegeberatung durch Pflegestützpunkte und andere Beratungsstellen ausbauen.
795		
800	Außerdem werden wir einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff einführen, denn das bisherige Verständnis trägt insbesondere den Bedürfnissen von Menschen mit so genannter eingeschränkter Alltagskompetenz kaum Rechnung.	Außerdem werden wir einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff einführen, denn das bisherige Verständnis trägt insbesondere den Bedürfnissen von Menschen mit so genannter eingeschränkter Alltagskompetenz kaum Rechnung.
805	Einführung einer Bürgerversicherung	Einführung einer Bürgerversicherung

Pfleger	Pfleger
810	Nur eine solidarische und nachhaltige Finanzierung der Pflegeversicherung garantiert, dass sich Menschen auf die Leistungen der Versicherung verlassen können. Bei Eintritt von Pflegebedürftigkeit darf niemand ins Abseits geraten.
815	Wir wollen die solidarische und paritätische Umlagefinanzierung der Pflegeversicherung ausbauen.
820	Wir wollen eine Bürgerversicherung Pflege einführen. Mit der Bürgerversicherung schaffen wir in der Finanzierung ein gerechtes System, das alle entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit einbezieht, die Bemessungsgrundlage verbreitert und die Lasten fairer verteilt.
825	Wir wollen eine einkommensabhängige Finanzierung der Pflegeversicherung, in die alle gerecht entsprechend ihres Einkommens einzahlen, an der sich die Arbeitgeber paritätisch beteiligen und in der die unterschiedliche Risikoverteilung zwischen privater und sozialer Pflegeversicherung ausgeglichen wird.
830	Wir wollen eine einkommensabhängige Finanzierung der Pflegeversicherung, in die alle gerecht entsprechend ihres Einkommens einzahlen, an der sich die Arbeitgeber paritätisch beteiligen und in der die unterschiedliche Risikoverteilung zwischen privater und sozialer Pflegeversicherung ausgeglichen wird.
835	
<u>VII. Stärkung des ehrenamtlichen Engagements</u>	<u>VII. Stärkung des ehrenamtlichen Engagements</u>
840	Baden-Württemberg braucht eine neue, an den vielfältigen Lebensrealitäten von Eltern und Kindern orientierte Familienpolitik. Für uns ist die Partnerschaftliche Familie im 21. Jahrhundert der Ort, wo Menschen unterschiedlicher Generationen verbindlich füreinander Verantwortung übernehmen. Dabei spielt insbesondere auch das ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement eine wesentliche Rolle für diesen sozialen Zusammenhalt. Wir wollen dieses Engagement aufnehmen, unterstützen und befördern. Wir setzen uns dafür ein, dass politisches Ehrenamt so ausgestaltet wird,
845	
850	

855 dass es familienfreundlich ist.

Dazu gehört zum einen, die Potentiale des Alters zu nutzen. Gerade im Bereich der Pflege und der ehrenamtlichen Kinderbetreuung können ältere Menschen eine große Stütze für Familien sein. Deshalb setzen wir uns dafür ein, generationenübergreifende Freiwilligendienste in der Verantwortung der Länder, Kommunen und der freien Wohlfahrtspflege zu verstetigen und Infrastruktur wie Seniorenbüros und Seniorenbeiräte auszuweiten. Dazu gehört zum anderen, die Teilhabe von jungen Menschen zu stärken; zum Beispiel durch mehr Beteiligungsrechte. Wir wollen Partizipationsformen wie Jugendgemeinderäte aufwerten und das Wahlalter bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre absenken.

875 Und dazu gehört vor allem, die Begegnung zwischen den Generationen zu fördern; etwa durch die Stärkung des Sports als Teil unserer Alltagskultur, aber auch durch innovative konzeptionelle Ansätze wie Mehrgenerationenhäuser. Gerade in diesen Häusern wird eine Vielzahl von gesellschaftspolitischen Aufgaben im Ehrenamt wahrgenommen; von der Kinderbetreuung bis hin zu Angeboten für Senioren und Familien. Das Bundesprogramm zur Förderung dieser Häuser muss daher im Herbst dieses Jahres mit einer Anschlussfinanzierung versehen und weiterentwickelt werden.

Mut machen

895 Die SPD steht für einen Aufbruch in der Familienpolitik in Baden-Württemberg. Wir sorgen dafür, dass sich Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren lassen und sich die Partner gemeinsam an der Familienarbeit beteiligen. Wir arbeiten daran, dass die Arbeitswelt familienbewusster wird. Wir unterstützen Familien gezielt finanziell und verbessern die Förderung der

dass es familienfreundlich ist.

Dazu gehört zum einen, die Potentiale des Alters zu nutzen. Gerade beim Miteinander der Generationen im Bereich der Pflege und der ehrenamtlichen Kinderbetreuung können ältere Menschen eine große Stütze für Familien sein. Deshalb setzen wir uns dafür ein, generationenübergreifende Freiwilligendienste in der Verantwortung der Länder, Kommunen und der freien Wohlfahrtspflege zu verstetigen und Infrastruktur wie Seniorenbüros und Seniorenbeiräte auszuweiten. Dazu gehört zum anderen, die Teilhabe von jungen Menschen zu stärken; zum Beispiel durch mehr Beteiligungsrechte. Wir wollen Partizipationsformen wie Jugendgemeinderäte aufwerten und das Wahlalter bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre absenken.

Und dazu gehört vor allem, die Begegnung zwischen den Generationen zu fördern; etwa durch die Stärkung des Sports als Teil unserer Alltagskultur, aber auch durch innovative konzeptionelle Ansätze wie Mehrgenerationenhäuser. Gerade in diesen Häusern wird eine Vielzahl von gesellschaftspolitischen Aufgaben im Ehrenamt wahrgenommen; von der Kinderbetreuung bis hin zu Angeboten für Senioren und Familien. Das Bundesprogramm zur Förderung dieser Häuser muss daher im Herbst dieses Jahres mit einer Anschlussfinanzierung versehen und weiterentwickelt werden.

Mut machen

Die SPD steht für einen Aufbruch in der Familienpolitik in Baden-Württemberg. Wir sorgen dafür, dass sich Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren lassen und sich die Partner gemeinsam an der Familienarbeit beteiligen. Wir arbeiten daran, dass die Arbeitswelt familienbewusster wird. Wir unterstützen Familien gezielt finanziell und verbessern die Förderung der

905	Entwicklung von Kindern und Jugendlichen von klein auf. Wir wollen Mut machen, Zeit für Familie zu nehmen und Partnerschaftliche Familien in unserem Land zu gründen.	Entwicklung von Kindern und Jugendlichen von klein auf. Wir wollen Mut machen, Zeit für Familie zu nehmen und Partnerschaftliche Familien in unserem Land zu gründen.
910		
915		
920		
925	<i>Antragsbereich G</i> Antrag 2 <i>Kennnummer 6</i> <i>AGS Baden-Württemberg</i>	

Fachkräftemangel

	Antragsteller: AGS Baden-Württemberg	Annahme in folgender Fassung
5	Empfänger: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion	
10	Betr.: Fachkräfte – Wirtschaftsfaktor der Zukunft Gute Arbeit zu fördern und den Menschen den sozialen Aufstieg in Eigenverantwortung zu ermöglichen, ist für uns ein zentraler Gedanke sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. Für uns leisten gute Arbeit nicht nur Menschen mit Arbeitsvertrag, sondern auch Selbständige und Unternehmer, indem sie Arbeit für sich	Fachkräfte – Wirtschaftsfaktor der Zukunft Gute Arbeit zu fördern und den Menschen den sozialen Aufstieg in Eigenverantwortung zu ermöglichen, ist für uns ein zentraler Gedanke sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. Für uns leisten gute Arbeit nicht nur Menschen mit Arbeitsvertrag, sondern auch Selbständige und Unternehmer, indem sie Arbeit für sich
15	und Arbeitsplätze für andere in unserem Land schaffen – sowohl mit ihrer eigenen Schaffenskraft wie auch als Arbeitgeber und Ausbilder. Wir werben für eine Kultur der	und Arbeitsplätze für andere in unserem Land schaffen – sowohl mit ihrer eigenen Schaffenskraft wie auch als Arbeitgeber und

20	Selbständigkeit in Verantwortung für gute Arbeit.	Ausbilder.
25	Gute Arbeit bedeutet für uns aber auch Arbeit, die dem Menschen gerecht wird. Die Veränderung der Lebens- und Arbeitswelt ist heute zu einem festen Bestandteil unseres Alltags geworden. Hierbei zeigt insbesondere	Gute Arbeit bedeutet für uns aber auch Arbeit, die dem Menschen gerecht wird. Die Veränderung der Lebens- und Arbeitswelt ist heute zu einem festen Bestandteil unseres Alltags geworden. Hierbei zeigt insbesondere
30	der demographische Wandel die Chancen und Risiken der Zukunft unserer Wirtschaftswelt auf: Wir leben in einer alternden und von Geburtenrückgängen	der demographische Wandel die Chancen und Risiken der Zukunft unserer Wirtschaftswelt auf: Wir leben in einer alternden und von Geburtenrückgängen
35	gezeichneten Gesellschaft. Immer weniger Erwerbstätige müssen für die Finanzierung unserer gesellschaftlichen Leistungen aufkommen. Wir werden die Erwerbstätigenquote erhöhen, länger arbeiten und den Wert unserer Arbeit steigern müssen. Dies ist ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft wie auch der sozialen und der Generationengerechtigkeit.	gezeichneten Gesellschaft. Immer weniger Erwerbstätige müssen für die Finanzierung unserer gesellschaftlichen Leistungen aufkommen. Wir werden die Erwerbstätigenquote erhöhen, länger arbeiten und den Wert unserer Arbeit steigern müssen. Dies ist ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft wie auch der sozialen und der Generationengerechtigkeit.
40	Ansatzpunkte zur Steigerung des Fachkräfteangebots in Baden-Württemberg sehen wir in der Anhebung des allgemeinen Bildungsniveaus, der Erhöhung des Arbeitsvolumens von Frauen und der	
45	Förderung der Zuwanderung nach Baden-Württemberg.	
50		Für den baden-württembergischen Wirtschaftsstandort, mit seinen starken industriellen Kernen und der hohen Dichte an kleinen und mittleren Unternehmen, wird der Zugang zu qualifizierten und hochmotivierten Fachkräften von entscheidender Bedeutung sein in der Wettbewerbssituation dieses Jahrzehnts. Wir müssen unseren Standort weltoffener und attraktiver machen. Bereits heute zeigen sich in einigen Branchen Probleme, Arbeitsplätze mit passgenauen Qualifikationen zu besetzen, insbesondere in der Informationstechnologie - mit unmittelbaren Auswirkungen auf die Produktivität und Auftragsgenerierung der Unternehmen. Deutliche Auswirkungen wird der Fachkräftemangel aber auch auf die sozialen Berufe und die Pflege haben. Baden-
55		
60		
65		

70

Württemberg hat beim demografiebedingten Fachkräftemangel in den kommenden Jahren, oberflächlich betrachtet, noch keine gravierenden Probleme zu befürchten. Jedoch hat die wirtschaftliche Dynamik im Land im Rückblick der vergangenen 15 Jahre deutlich nachgelassen. Wenn Baden-Württemberg seine wirtschaftliche und technologische Spitzenstellung im Sinne eines hohen Lebensstandards und hervorragender sozialer Infrastruktur halten will, dann bedarf es eines höheren Wachstums. Nach Berechnungen des IAW Tübingen benötigt das Land dazu eine zusätzliche Mobilisierung von rund 400.000 bis 600.000 gut ausgebildeten Fachkräften.

75

80

85

Ansatzpunkte zur Steigerung des Fachkräfteangebots in Baden-Württemberg sehen wir in der Anhebung des allgemeinen Bildungsniveaus, der Erhöhung des Arbeitsvolumens von Frauen und der Förderung der qualifizierten Zuwanderung nach Baden-Württemberg.

90

Aus- und Weiterbildung

Aus- und Weiterbildung

95

Die jungen Menschen tragen immer mehr Lasten, ohne dass ihnen eine ausreichende Zukunftsperspektive in der Wirtschaft geboten wird. Verantwortungsvolle Wirtschaftspolitik hat die Rahmenbedingungen zu setzen, um jungen Menschen ein dauerhafter Einstieg in die Arbeitswelt zu ermöglichen. Hiervon profitieren Unternehmen und Beschäftigte gleichermaßen. Denn Produktivitätsgewinne werden wir in Zukunft mehr als heute über gesteigerte Innovationen erzielen müssen. Dafür braucht es besser gebildete und höher qualifizierte Mitarbeiter. Hier hat die deutsche Wirtschaft in den letzten Jahren zu wenig investiert und damit ebenso zu ihrer Innovationsschwäche beigetragen wie der Reformstau in unserem Bildungswesen. Der Abstand zu anderen Ländern hat sich besonders bei den akademisch Qualifizierten vergrößert und damit eine Fachkräftelücke entstehen lassen.

100

105

110

Die jungen Menschen tragen immer mehr Lasten, ohne dass ihnen eine ausreichende Zukunftsperspektive in der Wirtschaft geboten wird. Verantwortungsvolle Wirtschaftspolitik hat die Rahmenbedingungen zu setzen, um jungen Menschen ein dauerhafter Einstieg in die Arbeitswelt zu ermöglichen. Hiervon profitieren Unternehmen und Beschäftigte gleichermaßen. Denn Produktivitätsgewinne werden wir in Zukunft mehr als heute über gesteigerte Innovationen erzielen müssen. Dafür braucht es besser gebildete und höher qualifizierte Mitarbeiter. Hier hat die deutsche Wirtschaft in den letzten Jahren zu wenig investiert und damit ebenso zu ihrer Innovationsschwäche beigetragen wie der Reformstau in unserem Bildungswesen. Der Abstand zu anderen Ländern hat sich besonders bei den akademisch Qualifizierten vergrößert und damit eine Fachkräftelücke entstehen lassen. Aus diesem Grund sind die

115		Finanzierungsgrundlagen	und
		Rahmenbedingungen des Bildungssystems zu stärken und die privaten und öffentlichen Bildungsinvestitionen bis 2015 auf sieben Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu erhöhen.	
120			
	Es sind nicht nur tiefgreifende Strukturveränderungen der globalisierten Arbeitswelt und die Knappheit an	Es sind nicht nur tiefgreifende Strukturveränderungen der globalisierten Arbeitswelt und die Knappheit an	
125	Erwerbstätigen, die nach Erhöhung des gesellschaftlichen Bildungskapitals verlangen, um wettbewerbsfähig und innovationsfreudig bleiben zu können. Auch dem Einzelnen wird eine stetige Höher- und Weiterqualifizierung	Erwerbstätigen, die nach Erhöhung des gesellschaftlichen Bildungskapitals verlangen, um wettbewerbsfähig und innovationsfreudig bleiben zu können. Auch dem Einzelnen wird eine stetige Höher- und Weiterqualifizierung	
130	abverlangt, damit er berufsfähig wird und bleibt und mit der dynamischen Entwicklung einer zunehmend wissensbasierten Wirklichkeit Schritt halten kann.	abverlangt, damit er berufsfähig wird und bleibt und mit der dynamischen Entwicklung einer zunehmend wissensbasierten Wirklichkeit Schritt halten kann.	
135	Gegenwärtig erreichen zu viele Jugendliche kaum die für gesellschaftliche Teilhabe nötigen sprachlichen und mathematischen Basiskompetenzen und bleiben damit ohne	Gegenwärtig erreichen zu viele Jugendliche kaum die für gesellschaftliche Teilhabe nötigen sprachlichen und mathematischen Basiskompetenzen und bleiben damit ohne	
140	Aussicht auf eine berufliche Zukunft, die ihnen Arbeit und Einkommen sichert. Das belastet den Sozialstaat, vergeudet	Aussicht auf eine berufliche Zukunft, die ihnen Arbeit und Einkommen sichert. Das belastet den Sozialstaat, vergeudet	
	Steuerausgaben und entzieht dem Arbeitsmarkt den qualifizierten Nachwuchs. Die Zahl an Bildungsverlierern ist zu hoch.	Steuerausgaben und entzieht dem Arbeitsmarkt den qualifizierten Nachwuchs. Die Zahl an Bildungsverlierern ist zu hoch.	
145		Gerade Baden-Württemberg mit seinem hohen Anteil an ungelernten Arbeitskräften muss dies als strategische Herausforderung	
		sehen. Dazu schlagen wir die Einsetzung einer direkt beim Ministerpräsidenten angesiedelten	
150		und ihm berichtenden Organisationseinheit vor, die mit den lokalen Schulbehörden individuelle Ziele und Kennzahlen zur	
		Hebung des Bildungsniveaus für die Schulen vor Ort vereinbart und nachhält. Die	
155		Behörden sollen, wenn Ziele wiederholt deutlich nicht erreicht werden, auf Basis dieses engen Informationsaustauschs in letzter	
		Instanz dazu berechtigt sein, direkt mit geeigneten Maßnahmen in die	
160		Schulautonomie einzugreifen. Vorbilder aus anderen Ländern zeigen, dass diese Struktur	
		in kurzer Zeit zu messbaren Erfolgen führen	

		kann.
165	Wir wollen das Bildungssystem individualisieren, um keinen durch mangelnde Förderung zurückzulassen. Zugunsten von Bildungsmobilität werden wir es durchlässiger und vor allem gebührenfrei gestalten. Es ist für uns selbstverständlich, auch das Personal an unseren Bildungseinrichtungen den neuen Aufgaben entsprechend zu professionalisieren.	Wir wollen das Bildungssystem individualisieren, um keinen durch mangelnde Förderung zurückzulassen. Zugunsten von Bildungsmobilität werden wir es durchlässiger und vor allem gebührenfrei gestalten. Es ist für uns selbstverständlich, auch das Personal an unseren Bildungseinrichtungen den neuen Aufgaben entsprechend zu professionalisieren.
175	Bildung darf nicht erst in der Schule beginnen. Kindergärten und Kindertagesstätten sehen wir nicht als Betreuungseinrichtungen, sondern gehören nach unserem Verständnis zur Bildungslaufbahn. Vor diesem Hintergrund fordern wir die Einführung eines pädagogischen Konzepts, überprüfbarer Bildungsstandards und eines Evaluationsverfahren zur Bewertung der Entwicklungsfortschritte der Kinder, welches über die bestehenden Bildungspläne hinausgeht. Weil wir niemanden als Bildungsverlierer zurücklassen wollen, setzen wir uns für eine Gebührenfreiheit vom Kindergarten bis zum qualifizierten Berufsabschluss ein. Gleichmaßen fordern wir aber auch die verpflichtende Teilnahme insbesondere im vorschulischen Bereich.	Bildung darf nicht erst in der Schule beginnen. Kindergärten und Kindertagesstätten sehen wir nicht als Betreuungseinrichtungen, sondern gehören nach unserem Verständnis zur Bildungslaufbahn. Vor diesem Hintergrund fordern wir die Einführung eines pädagogischen Konzepts, überprüfbarer Bildungsstandards und eines Evaluationsverfahren zur Bewertung der Entwicklungsfortschritte der Kinder, welches über die bestehenden Bildungspläne hinausgeht. Weil wir niemanden als Bildungsverlierer zurücklassen wollen, setzen wir uns für eine Gebührenfreiheit vom Kindergarten bis zum qualifizierten Berufsabschluss ein. Gleichmaßen fordern wir aber auch die verpflichtende Teilnahme insbesondere im vorschulischen Bereich.
180		
185		
190		
195	Nur durch die Anhebung des allgemeinen Bildungsniveaus und einer deutlichen Steigerung der Zahl der Schulabgänger mit einem möglichst hohen Bildungsabschluss, lässt sich die Grundlage für eine gute Facharbeiterausbildung legen.	Nur durch die Anhebung des allgemeinen Bildungsniveaus und einer deutlichen Steigerung der Zahl der Schulabgänger mit einem möglichst hohen Bildungsabschluss, lässt sich die Grundlage für eine gute Facharbeiterausbildung legen.
200		
205	Wir setzen uns für eine verstärkte Förderung von Kooperationen zwischen Bildungseinrichtungen und Unternehmen ein. Projekte, wie das Bündnis für Ausbildung und das Projekt Jugendberufshelfer, sind weiter zu verbessern und landesweit auszubauen.	Wir setzen uns für eine verstärkte Förderung von Kooperationen zwischen Bildungseinrichtungen und Unternehmen ein. Projekte, wie das Bündnis für Ausbildung und das Projekt Jugendberufshelfer, sind weiter zu verbessern und landesweit auszubauen.
210	Um die Ausbildungsquote unter den Betrieben	

zu steigern, ist das eingeführte externe
Ausbildungsmanagement zu intensivieren.
Ziel des externen Ausbildungsmanagement ist
es, insbesondere kleineren Unternehmen im
215 Bereich der Ausbildung Entlastung
anzubieten. Das Ausbildungsmanagement soll
die Unternehmen bei der Bewerberauswahl,
der Erledigung administrativer Aufgaben, der
Erarbeitung von Ausbildungsplänen und beim
220 Coaching von Ausbildern unterstützen.
Außerdem soll es eng mit den Berufsschulen
zusammenarbeiten, die Auszubildenden in der
Prüfungsvorbereitung unterstützen und
Zusatzqualifikationen im Hinblick auf die
225 speziellen Anforderungen des ausbildenden
Betriebes vermitteln.

230 Unser Ziel ist es, dass alle Jugendlichen einen
Ausbildungsplatz bekommen. Um die
Ausbildungsquote unter den Betrieben zu
steigern, ist das eingeführte externe
Ausbildungsmanagement zu intensivieren.
Ziel des externen Ausbildungsmanagement ist
es, insbesondere kleineren Unternehmen im
Bereich der Ausbildung Entlastung
235 anzubieten. Das Ausbildungsmanagement soll
die Unternehmen bei der Bewerberauswahl,
der Erledigung administrativer Aufgaben, der
Erarbeitung von Ausbildungsplänen und beim
Coaching von Ausbildern unterstützen.
240 Außerdem soll es eng mit den Berufsschulen
zusammenarbeiten, die Auszubildenden in der
Prüfungsvorbereitung unterstützen und
Zusatzqualifikationen im Hinblick auf die
speziellen Anforderungen des ausbildenden
245 Betriebes vermitteln.

Wir wollen mehr Berufs- und
Ausbildungsberater mit
250 Migrationshintergrund und die verpflichtende
Fort- und Weiterbildung des
Beratungspersonals hinsichtlich
interkultureller Kompetenzen. Um die
Ausbildungschancen junger Migrantinnen und
Migranten zu stärken, wollen wir
255 Qualifizierungsangebote für betriebliches
Ausbildungspersonal zur spezifischen
Förderung von Auszubildenden mit
Migrationshintergrund, Sprachförderung für

260		Auszubildende, Nutzung des Ausbildungsbonus für förderungsbedürftige Altbewerber und des Instruments für Berufseinstiegsbegleitung zur individuellen Übergangsbegleitung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund (Ausbildungspatenschaften), Einwerben von Ausbildungsplätzen für Migrantinnen und Migranten, auch bei Unternehmen mit Migrationshintergrund, im Rahmen einer Ausbildungskampagne.
265		
270		Die duale Ausbildung hat sich bewährt, aber
	Die duale Ausbildung hat sich bewährt, aber	dem Mangel an Lehrkräften an den
	dem Mangel an Lehrkräften an den	beruflichen Schulen ist entgegenzuwirken.
	beruflichen Schulen ist entgegenzuwirken.	Die Einführung von zweijährigen
275	Die Einführung von zweijährigen	Ausbildungsberufen ist sinnvoll, sofern den
	Ausbildungsberufen ist sinnvoll, sofern den	Beschäftigten entsprechende weiterführende
	Beschäftigten entsprechende weiterführende	Qualifikationsmöglichkeiten eröffnet werden.
	Qualifikationsmöglichkeiten eröffnet werden.	
280	Ohne ein steigendes Potenzial an	Ohne ein steigendes Potenzial an
	Akademikern und Facharbeitern werden wir	Akademikern und Facharbeitern werden wir
	auf den Zukunftsmärkten nicht bestehen. Eine	auf den Zukunftsmärkten nicht bestehen. Eine
	Erhöhung der Studierendenquote lässt sich	Erhöhung der Studierendenquote lässt sich
	hier am wirksamsten durch eine stärkere	hier am wirksamsten durch eine stärkere
285	Durchlässigkeit zum gebührenfreien	Durchlässigkeit zum gebührenfreien
	Hochschulstudium erzielen. Es gilt,	Hochschulstudium erzielen. Es gilt,
	insbesondere auch den Zugang zu den	insbesondere auch den Zugang zu den
	Hochschulen zu vereinfachen.	Hochschulen zu vereinfachen. Ferner wollen
	Hochschulen zu vereinfachen.	wir MINT-Studiengänge fördern und
		gemeinsam mit der Wirtschaft die Gründung
290		einer Software-Hochschule initiieren.
	Vereinbarkeit von Familie und Beruf	Vereinbarkeit von Familie und Beruf
295	Die Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben	Die Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben
	liegt in Deutschland traditionell unter der von	liegt in Deutschland traditionell unter der von
	Vergleichsländern. Zur Sicherung eines	Vergleichsländern. Zur Sicherung eines
	ausreichenden Angebots an Fachkräften in	ausreichenden Angebots an Fachkräften in
	Baden-Württemberg wird die Erhöhung des	Baden-Württemberg wird die Erhöhung des
300	Arbeitsvolumens insbesondere von Frauen	Arbeitsvolumens insbesondere von Frauen
	essentiell sein. Die im europäischen Vergleich	essentiell sein. Die im europäischen Vergleich
	gute Erwerbstätigenquote von Frauen mit 78	gute Erwerbstätigenquote von Frauen mit 78
	Prozent täuscht über die wahre Beteiligung	Prozent täuscht über die wahre Beteiligung
	von Frauen am Erwerbsleben hinweg. Die	von Frauen am Erwerbsleben hinweg. Die
305	durchschnittliche Wochenarbeitszeit von	durchschnittliche Wochenarbeitszeit von
	Frauen in Baden-Württemberg liegt lediglich	Frauen in Baden-Württemberg liegt lediglich
	bei 29,4 Stunden. Um eine Erhöhung der	bei 29,4 Stunden. Um eine Erhöhung der

<p>Arbeitszeit zu erreichen, ist auf eine gezielte Förderung der ganztägigen Kinderbetreuung in Krippe, Kindergarten und Schule und auf den Abbau von Negativanreizen hinzuwirken.</p> <p>310 Dass wir qualifizierte Frauen, die eine höhere Ausbildung hinter sich haben, für den Arbeitsmarkt verlieren oder Jahre später nur unter Wert, häufig auf Teilzeitbasis</p> <p>315 unzulänglich in die Erwerbstätigkeit integrieren, ist eine volkswirtschaftliche Verschwendung.</p>	<p>Arbeitszeit zu erreichen, ist auf eine gezielte Förderung der ganztägigen Kinderbetreuung in Krippe, Kindergarten und Schule und auf den Abbau von Negativanreizen hinzuwirken.</p> <p>Dass wir qualifizierte Frauen, die eine höhere Ausbildung hinter sich haben, für den Arbeitsmarkt verlieren oder Jahre später nur unter Wert, häufig auf Teilzeitbasis unzulänglich in die Erwerbstätigkeit integrieren, ist eine volkswirtschaftliche Verschwendung.</p>
<p>Für Baden-Württemberg ist die</p> <p>320 Ganztagesbetreuung ein wichtiger Ansatzpunkt, um die Teilzeitquote von Frauen zu verringern. Der Mangel an flexiblen Einrichtungen der Kinderbetreuung ist mitverantwortlich dafür, dass Frauen</p> <p>325 hierzulande Familie und Beruf eher nach- statt nebeneinander vereinbaren. Dabei ist die Ganztagesbetreuung auf die Realitäten in der Arbeitswelt abzustimmen. Eine Betreuung bis</p> <p>330 15 Uhr ist nicht ausreichend, um einer durchschnittlichen Vollerwerbstätigkeit nachzukommen.</p>	<p>Für Baden-Württemberg ist die Ganztagesbetreuung ein wichtiger Ansatzpunkt, um die Teilzeitquote von Frauen zu verringern. Der Mangel an flexiblen Einrichtungen der Kinderbetreuung ist mitverantwortlich dafür, dass Frauen hierzulande Familie und Beruf eher nach- statt nebeneinander vereinbaren. Dabei ist die Ganztagesbetreuung auf die Realitäten in der Arbeitswelt abzustimmen. Eine Betreuung bis 15 Uhr ist nicht ausreichend, um einer durchschnittlichen Vollerwerbstätigkeit nachzukommen.</p>
<p>Auch bei der Ganztagesbetreuung im vorschulischen Bereich hat Baden-</p> <p>335 Württemberg einen Nachholbedarf. Vor dem Hintergrund der Erhöhung der Erwerbstätigenquote sollten Kinderbetreuungsplätze zunächst bevorzugt an Eltern vergeben werden, die beide</p> <p>340 berufstätig sind oder eine Arbeit aufzunehmen planen.</p>	<p>Auch bei der Ganztagesbetreuung im vorschulischen Bereich hat Baden-Württemberg einen Nachholbedarf. Vor dem Hintergrund der Erhöhung der Erwerbstätigenquote sollten Kinderbetreuungsplätze zunächst bevorzugt an Eltern vergeben werden, die beide berufstätig sind oder eine Arbeit aufzunehmen planen.</p>
<p>Konsequenterweise ist von dem geplanten Betreuungsgeld in Höhe von monatlich 150</p> <p>345 Euro für Eltern, die keinen Betreuungsplatz für ihr Kind in Anspruch nehmen wollen, Abstand zu nehmen. Ein solches Instrument verhindert die Erwerbstätigkeit von Müttern und führt dazu, dass besonders Kinder aus</p> <p>350 bildungsfernen Schichten zu Hause bleiben.</p>	
<p>Unser veraltetes Steuersystem fördert durch das Ehegattensplitting den Rückzug von Frauen aus dem Erwerbsleben und</p>	

355 benachteiligt Familien, in denen beide
Elternteile arbeiten. Das Ehegattensplitting
wie auch die beitragsfreie Mitversicherung in
der gesetzlichen Krankenversicherung sind
unter beschäftigungspolitischen
360 Gesichtspunkten falsche Anreize. Statt der
gemeinsamen Besteuerung von Ehepartnern
ist ein System der Individualbesteuerung
einzuführen. Durch einen solchen
Paradigmenwechsel ergeben sich auch
365 beschäftigungspolitische Effekte. Anreize
können motivieren, bis sie Einstellungsmuster
und Verhaltensweisen ändern, dauert es aber.
Die zusätzlichen Steuereinnahmen aus dem
wegfallenden Splittingvorteil müssten der
370 Allgemeinheit über eine Senkung des
Steuertarifs wieder zurückgegeben werden.

Einwanderung und Integration

375 Darüber hinaus kann und muss der Bedarf an
Fachkräften über die Anwerbung
hochqualifizierter Zuwanderer gedeckt
werden. Deutschland gehört zu jenen
Ländern, die die höchste Nettozuwanderung
380 brauchen, um den Bestand der Bevölkerung
im arbeitsfähigen Alter konstant zu halten.
Dennoch tun wir uns traditionell schwer mit
Zuwanderern. Dies zeigt sich deutlich an
jenen, die schon hier sind. Obwohl kein
385 anderes europäisches Land so viele
Zuwanderer beherbergt wie wir, gelingt es uns
bisher nicht, ihre Kinder über eine
qualifizierte Bildungsbeteiligung zu
integrieren.

390 Es gilt, die kulturelle Vielfalt unserer
Gesellschaft als Chance zu begreifen. In einer
globalisierten Welt eröffnen
395 Mehrsprachlichkeit und das Verständnis für
kultureller Zusammenhänge Marktchancen
gerade auch für kleinere und mittelständische
Unternehmen. Neben der gezielten Förderung
von Fremdsprachen und
Austauschprogrammen auch für Menschen
400 ohne Migrationshintergrund ist die
Sicherstellung der Beherrschung der
deutschen Sprache für den Zusammenhalt in

Für eine zielgerichtete Steuerung der Migration von ausländischen Fachkräften und eine moderne Integrationspolitik

Darüber hinaus kann und muss der Bedarf an
Fachkräften über die Anwerbung
hochqualifizierter Zuwanderer gedeckt
werden. Deutschland gehört zu jenen
Ländern, die die höchste Nettozuwanderung
brauchen, um den Bestand der Bevölkerung
im arbeitsfähigen Alter konstant zu halten.
Dennoch tun wir uns traditionell schwer mit
Zuwanderern. Dies zeigt sich deutlich an
jenen, die schon hier sind. Obwohl kein
anderes europäisches Land so viele
Zuwanderer beherbergt wie wir, gelingt es uns
bisher nicht, ihre Kinder über eine
qualifizierte Bildungsbeteiligung zu
integrieren.

unserer Gesellschaft essentiell.

405 Wenn wir ein ernst zu nehmender
Mitbewerber um hochqualifizierte Migranten
werden wollen, dann müssen wir die
rechtlichen Hürden des Zugangs modifizieren
und dürfen uns einer ehrlichen,
410 gesellschaftlichen Debatte über Zuwanderung
und Integration nicht weiter verschließen. Im
Wettbewerb um qualifizierte Migranten sind
wir aufgrund starrer Vorschriften für
dauerhafte Aufenthaltsbewilligungen und
415 einer rückwärtsgewandten
Zuwanderungsdebatte der internationalen
Konkurrenz hoffnungslos unterlegen.

420 Die Alterung und Schrumpfung der
Bevölkerung können durch Zuwanderung
nicht verhindert werden. Gleichwohl kann
eine gezielte Zuwanderungspolitik, die für
eine dauerhafte Einwanderung junger und gut
qualifizierter Menschen sorgt, zur Milderung
425 der Folgen des demographischen Wandels
beitragen.

430 Bei der Steuerung der Arbeitsmigration nach
Deutschland wollen wir den Wechsel hin zu
einem modernen und kohärenten System
vollziehen. Daher streben wir die Einführung
eines Punktesystems für die Anwerbung von
Hochqualifizierten und eine
435 Engpasszuwanderung für andere Fachkräfte
an. Wir wollen beim Punktesystem auf die
Vorrangprüfung verzichten. Beim
Engpassverfahren soll keine individuelle,
sondern eine globale Vorrangprüfung unter
Berücksichtigung der
440 Arbeitsmarktentwicklung einzelner
Wirtschaftssektoren stattfinden. Das
Punktesystem ist ein wesentlich besseres
Instrument zur gezielten
Zuwanderungssteuerung als die von CDU und
445 Grünen geforderte Absenkung der
Mindestgehaltsgrenzen. Mit dem Werben um
hochqualifizierte Fachkräfte muss auch die
Erleichterung des Zuzugs von Ehegatten und
Kindern einhergehen. Der Familienzuzug soll
450 auf Wunsch der Betroffenen stattfinden

können und mit verpflichtenden Sprachkursen in Deutschland verbunden werden.

455 Wir wissen, dass die Migration aus
Entwicklungs- und Schwellenländern nach
Deutschland weit reichende Auswirkungen
auf die Herkunftsländer hat, ihre Wirkung ist
ambivalent. Viele ärmere Länder haben ein
460 Interesse daran, dass ihre Staatsbürger für eine
bestimmte Zeit im Ausland arbeiten können,
um später vom Wissenstransfer der
Rückkehrer zu profitieren. Es gibt aber auch
andere Beispiele, bei denen gezielte
Auswanderung zum „Brain Drain“ in
465 Entwicklungsländern geführt, zum Beispiel
die massive Auswanderung von Ärzten aus
afrikanischen Staaten. Daher muss aus unserer
Sicht Migrationspolitik auch immer mit
Entwicklungspolitik verbunden werden, damit
470 die Ursachen für starke Abwanderung von
qualifizierten Kräften aus
Entwicklungsländern verringert werden.
Erstrebenswert ist die „Brain Circulation“, ein
reguler Austausch, von dem sowohl Herkunftsländer
475 als auch Zielländer profitieren.

Es gilt, die kulturelle Vielfalt unserer
Gesellschaft als Chance zu begreifen. In einer
480 globalisierten Welt eröffnen
Mehrsprachlichkeit und das Verständnis für
kultureller Zusammenhänge Marktchancen
gerade auch für kleinere und mittelständische
Unternehmen. Neben der gezielten Förderung
von Fremdsprachen und
485 Austauschprogrammen auch für Menschen
ohne Migrationshintergrund ist die
Sicherstellung der Beherrschung der
deutschen Sprache für den Zusammenhalt in
490 unserer Gesellschaft essentiell.

Wenn wir ein ernst zu nehmender
Mitbewerber um hochqualifizierte Migranten
werden wollen, dann müssen wir die
rechtlichen Hürden des Zugangs modifizieren
und dürfen uns einer ehrlichen,
495 gesellschaftlichen Debatte über Zuwanderung
und Integration nicht weiter verschließen. Im
Wettbewerb um qualifizierte Migranten sind

500 wir aufgrund starrer Vorschriften für
dauerhafte Aufenthaltsbewilligungen und
einer rückwärtsgewandten
Zuwanderungsdebatte der internationalen
Konkurrenz hoffnungslos unterlegen.

505

510

Antragsbereich G

Antrag 3

Kennnummer 5

Migrationsbeirat

Fachkräftemangel

5	Den Fachkräftebedarf langfristig abdecken - Bildung und Integration sind der Schlüssel	Erledigt durch Annahme von G2 in der Fassung der Antragskommission
10	Für den baden-württembergischen Wirtschaftsstandort, mit seinen starken industriellen Kernen und der hohen Dichte an kleinen und mittleren Unternehmen, wird der Zugang zu qualifizierten und hochmotivierten Fachkräften von entscheidender Bedeutung sein in der Wettbewerbssituation dieses Jahrzehnts. Wir müssen unseren Standort weltoffener und attraktiver machen für mehr qualifizierte Zuwanderung nach Deutschland. Wir benötigen eine neue Aufnahmekultur.	
15	Aktuelle wissenschaftliche Studien und Erhebungen von Branchenverbänden weisen gemeinschaftlich darauf hin, dass bereits ab Mitte dieser Dekade in weiten Gebieten der	
20	Bundesrepublik Deutschland eine schmerzhaft Mangelsituation an Fachkräften, Meistern und Technikern, sowie an hochqualifizierten Akademikern entstehen wird. Bereits heute zeigen sich in einigen Branchen Probleme,	
25	Arbeitsplätze mit passgenauen Qualifikationen	

zu besetzen, insbesondere in der Informationstechnologie - mit unmittelbaren Auswirkungen auf die Produktivität und Auftragsgenerierung der Unternehmen.
30 Deutliche Auswirkungen wird der Fachkräftemangel aber auch auf die sozialen Berufe und die Pflege haben.

Der Wanderungssaldo von Migrantinnen und Migranten (Zuzüge und Fortzüge) betrug im Durchschnitt der Jahre 2004-2008 für Deutschland ca. 67.000 Personen jährlich, bei der deutschen Bevölkerung war er negativ und zwar im Durchschnitt dieser Jahre ca. -33.000
40 Personen. 2008 wurde der Aufenthalt von ca. 23.700 Drittstaatsangehörigen wegen beruflicher Qualifizierung und Anforderung von Unternehmen genehmigt, im selben Jahr sind aber zum Vergleich ca. 17.100
45 Drittstaatsangehörige mit Studium oder Hochschulabschluss in ihre Heimatländer China, Indien, Kroatien, Russische Föderation, Türkei und Vereinigte Staaten zurückgekehrt.

50 Mehrere Entwicklungen wirken auf die Fachkräftesituation in Deutschland ein:

- Der demografische Wandel, der mit einem überproportional starken Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bei gleichzeitig steigendem Anteil älterer Erwerbspersonen verbunden ist. Die OECD weist darauf hin, dass die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland bereits bis 2020 um 6 Prozent sinken wird, und dass Deutschland neben Japan und Italien der einzige OECD-Staat ist, in dem auch heute schon der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung abnimmt. Um diesen Zugang durch Zuwanderung auszugleichen, hätte die Nettozuwanderung bereits bis 2010 auf 150.000 Personen ansteigen müssen.
55
60
65

70 - Der wirtschaftliche Strukturwandel hin zu wissensintensiven Industrien und Dienstleistungen, der in Verbindung mit anhaltenden Globalisierungsprozessen zu

75 steigenden Anforderungen an die Qualifikation
der Beschäftigten und einem zunehmenden
internationalen Wettbewerb um
Hochqualifizierte führt.

80 - Die im internationalen Vergleich mangelnde
Dynamik des Bildungssystems, die etwa mit
Blick auf die Chancengleichheit in der
Bildung, die Qualität der schulischen Bildung,
die Studienanfänger- und Absolventenquoten
85 sowie den Bereich der Weiterbildung zu
erheblichem Nachholbedarf in Deutschland
geführt hat. Besonders junge Migrantinnen und
Migranten werden durch das deutsche
Bildungssystem benachteiligt, daher setzt für
uns die Integrationspolitik vor allem an den
90 Mängeln im Bildungsbereich an.

Baden-Württemberg hat beim
demografiebedingten Fachkräftemangel in den
kommenden Jahren, oberflächlich betrachtet,
95 noch keine gravierenden Probleme zu
befürchten. Jedoch hat die wirtschaftliche
Dynamik im Land im Rückblick der
vergangenen 15 Jahre deutlich nachgelassen.
Wenn Baden-Württemberg seine
100 wirtschaftliche und technologische
Spitzenstellung im Sinne eines hohen
Lebensstandards und hervorragender sozialer
Infrastruktur halten will, dann bedarf es eines

105 höheren Wachstums. Nach Berechnungen des
IAW Tübingen benötigt das Land dazu eine
zusätzliche Mobilisierung von rund 400.000 bis
600.000 gut ausgebildeten Fachkräften.

110 Kontrastierend zum prognostizierten und zum
Teil heute schon bestehenden
Fachkräftemangel ist die Zahl der Akademiker
ohne Job 2009 um über 11 Prozent auf 167.000
gestiegen, auch bedingt durch die
115 Wirtschaftskrise. Die Arbeitslosenquote der
Migrantinnen und Migranten mit
akademischem Abschluss ist doppelt so hoch
wie der deutschen Absolventen, da
ausländische Abschlüsse bislang oft nicht
120 anerkannt wurden.

125 Es müssen erhebliche Anstrengungen mit dem
Schwerpunkt Bildung und Integration
einsetzen, mit denen wir auf den
Fachkräftebedarf wirksam reagieren. Wir
wollen die Potenziale im Inland nutzen und
gleichzeitig für mehr qualifizierte
Zuwanderung werben. Wir fordern konkret:

130 1.) Ein systematisches Fachkräfte-Monitoring
zu etablieren, um die Entwicklung des
Fachkräftebedarfs auf einer wissenschaftlichen
Grundlage kontinuierlich zu erheben. Das führt
zu einer Früherkennung von
135 Branchenentwicklungen und des
entsprechenden Qualifizierungsbedarfs.

140 2.) Die Finanzierungsgrundlagen und
Rahmenbedingungen des Bildungssystems zu
stärken und die privaten und öffentlichen
Bildungsinvestitionen bis 2015 auf 7 Prozent
des Bruttoinlandsproduktes zu erhöhen.
Demographiebedingte finanzielle
145 Entlastungseffekte müssen zur Verbesserung
der Qualität des Bildungswesens genutzt
werden. Wir wollen das dreigliedrige
Schulsystem abschaffen.

150 3.) Die Schulabbrecherquoten systematisch zu
senken. Gerade Baden-Württemberg mit
seinem hohen Anteil an ungelernten
Arbeitskräften muss dies als strategische
Herausforderung sehen. Dazu schlagen wir die
Einsetzung einer direkt beim
155 Ministerpräsidenten angesiedelten und ihm
berichtenden Organisationseinheit vor, die mit
den lokalen Schulbehörden individuelle Ziele
und Kennzahlen zur Hebung des
Bildungsniveaus für die Schulen vor Ort
160 vereinbart und nachhält. Die Behörden sollen,
wenn Ziele wiederholt deutlich nicht erreicht
werden, auf Basis dieses engen
Informationsaustauschs in letzter Instanz dazu
berechtigt sein, direkt mit geeigneten
165 Maßnahmen in die Schulautonomie
einzugreifen. Vorbilder aus anderen Ländern
zeigen, dass diese Struktur in kurzer Zeit zu
messbaren Erfolgen führen kann.

170 4.) Das Fachkräftepotenzial durch gezielte
Integrationspolitik auszuschöpfen. Die
Maßnahmen dazu müssen in einem neu zu
175 schaffenden Bundesministerium für Bildung
und Integration und einem entsprechenden
Landesministerium in Baden-Württemberg
gebündelt werden. Wir wollen mehr
Berufsberater mit eigenem
180 Migrationshintergrund und die verpflichtende
Fort- und Weiterbildung des
Beratungspersonals hinsichtlich interkultureller
Kompetenzen. Um die Ausbildungschancen
junger Migrantinnen und Migranten zu stärken,
185 wollen wir Qualifizierungsangebote für
betriebliches Ausbildungspersonal zur
spezifischen Förderung von Auszubildenden
mit Migrationshintergrund, Sprachförderung
für Auszubildende, Nutzung des
190 Ausbildungsbonus für förderungsbedürftige
Altbewerber und des Instruments für
Berufseinstiegsbegleitung zur individuellen
Übergangsbegleitung von Schülerinnen und
Schülern mit Migrationshintergrund
(Ausbildungspatenschaften), Einwerben von
195 Ausbildungsplätzen für Migrantinnen und
Migranten, auch bei Unternehmen mit
Migrationshintergrund, im Rahmen einer
Ausbildungskampagne.

200 5.) Ein Anerkennungsgesetz, das einen
Rechtsanspruch auf ein bundeseinheitliches
Anerkennungsverfahren für alle ausländischen
Aus- und Fortbildungsberufe sowie
akademischen Abschlüsse schafft. Wenn
205 ausländische Zertifikate vorliegen, sollen die
Antragsteller durch Anerkennung bei
Gleichwertigkeit des Abschlusses oder
Teilanerkennung möglichst eine Tätigkeit im
erlernten Beruf ausüben können. Wird der im
210 Ausland erlangte Abschluss nur teilweise
anerkannt, soll zur Erlangung der vollen
Anerkennung zwischen einer
Kompetenzprüfung und einer zusätzlichen
Qualifizierung gewählt werden können. Die
215 Qualifizierungsmaßnahmen sollen nicht mehr
als zwei Jahre dauern. Auch, wenn keine
Zertifikate vorliegen, soll nach Feststellung der

Fähigkeiten und Kenntnisse die Möglichkeit
zum Erwerb eines Berufsabschlusses gegeben
220 sein. Neben einem verbesserten
Anerkennungsverfahren kommt es
entscheidend darauf an, dass fehlende
Qualifikationen nachträglich erworben werden
können.

225 6.) Die Studienkapazitäten bis 2015 auf
200.000 zusätzliche Studienplätze auszubauen.
Die Abschaffung von Studiengebühren ist
dafür eine unerlässliche Voraussetzung. Der
230 Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte
muss deutlich ausgeweitet werden mit dem
Ziel, die Zahl der Studierenden ohne Abitur bis
2015 auf 30.000 zu verdreifachen.

235 7.) Den Wissenschaftsstandort noch attraktiver
zu machen. Wir wollen junge, talentierte
Akademikerinnen und Akademiker durch den
Ausbau Juniorprofessuren, 200 neue
Professuren in den Bereichen Mathematik,
240 Informatik, Naturwissenschaften und Technik
initiieren (MINT) und die Gründung einer
Software-Hochschule gemeinsam mit der
Wirtschaft auf den Weg bringen, um mehr
Programmierer und Software-Ingenieure
245 auszubilden und im internationalen
Wettbewerb zu den Vereinigten Staaten
aufzuschließen.

250 8.) Das Arbeitsvolumen von Frauen im
Arbeitsmarkt zu erhöhen. Die Betreuungsquote
bei Kindern korreliert dabei mit dem Anteil der
voll- und teilzeitbeschäftigten Frauen in
internationalen Vergleichsstudien. Gerade
Baden-Württemberg muss seine politischen
255 Prioritäten dabei anders setzen. Dies zeigt der
im bundesweiten Vergleich
unterdurchschnittliche Wert bei der
Beschäftigungsquote von Frauen parallel zu
einer schlechten Ganztagesbetreuungsquote bei
260 0-3 jährigen und 3-6 jährigen Kindern. Daher
muss Baden-Württemberg seine Investitionen
in den Ausbau von Ganztagesbetreuung in
Krippen, Kindergärten, Horten und
Ganztageschulen massiv erhöhen.

265

9.) Den Weiterbildungsbereich systematisch zur 4. Säule des Bildungssystems auszubauen. Dazu muss die Weiterbildungsbeteiligung von Fachkräften und Geringqualifizierten signifikant erhöht werden. Die Rahmenbedingungen für Weiterbildung wollen wir wesentlich verbessern durch die Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung, die Weiterbildung in allen Lebensphasen finanzieren soll. Wir wollen einen bundesweit einheitlichen und umfassenden gesetzlichen Anspruch auf Weiterbildung erreichen. Die Ausbildungsförderung muss auf neue Bildungsbiographien umgestellt werden durch Herstellung der Förderfähigkeit von berufsbegleitendem Studium und Aufbaustudiengängen.

10.) Den steigenden Bedarf an qualifizierten Fachkräften im Sozial- und Gesundheitswesen mittel- und langfristig zu decken. Allein in Baden-Württemberg wird die Zahl der Pflegebedürftigen nach Berechnungen des Statistischen Landesamtes bis 2020 um weitere 75.000 auf 300.000 ansteigen. Dazu muss die gesellschaftliche Anerkennung und Attraktivität der Sozial- und Gesundheitsberufe gesteigert werden. Dazu wollen wir eine Imagekampagne in Baden-Württemberg durchführen und für die Erweiterung der Kompetenzfelder in diesen Berufen sorgen, beispielsweise durch bessere Verbindung von ambulanter und stationärer Versorgung. Außerdem können gezielte Investitionen in den Ausbau der technikgestützten Pflege die knappen Ressourcen im Pflegefachkräftemarkt entlasten.

11.) Bei der Steuerung der Arbeitsmigration nach Deutschland den Wechsel hin zu einem modernen und kohärenten System zu vollziehen. Daher streben wir die Einführung eines Punktesystems für die Anwerbung von Hochqualifizierten und eine Engpasszuwanderung für andere Fachkräfte an. Wir wollen beim Punktesystem auf die

Vorrangprüfung verzichten. Beim
315 Engpassverfahren soll keine individuelle,
sondern eine globale Vorrangprüfung unter
Berücksichtigung der Arbeitsmarktentwicklung
einzelner Wirtschaftssektoren stattfinden. Das
320 Punktesystem ist ein wesentlich besseres
Instrument zur gezielten
Zuwanderungssteuerung als die von CDU und
Grünen geforderte Absenkung der
Mindestgehaltsgrenzen. Mit dem Werben um
hochqualifizierte Fachkräfte muss auch die
325 Erleichterung des Zuzugs von Ehegatten und
Kindern einhergehen. Der Familienzuzug soll
auf Wunsch der Betroffenen stattfinden können
und mit verpflichtenden Sprachkursen in
Deutschland verbunden werden. Die Alterung
330 und Schrumpfung der Bevölkerung können
durch Zuwanderung nicht verhindert werden.
Gleichwohl kann eine gezielte
Zuwanderungspolitik, die für eine dauerhafte
Einwanderung junger und gut qualifizierter
335 Menschen sorgt, zur Milderung der Folgen des
demographischen Wandels beitragen.

Wir wissen, dass die Migration aus
Entwicklungs- und Schwellenländern nach
340 Deutschland weit reichende Auswirkungen auf
die Herkunftsländer hat, ihre Wirkung ist
ambivalent. Viele ärmere Länder haben ein
Interesse daran, dass ihre Staatsbürger für eine
bestimmte Zeit im Ausland arbeiten können, um
345 später vom Wissenstransfer der Rückkehrer zu
profitieren. Es gibt aber auch andere Beispiele,
bei denen gezielte Auswanderung zum „Brain
Drain“ in Entwicklungsländern geführt, zum
Beispiel die massive Auswanderung von
350 Ärzten aus afrikanischen Staaten. Daher muss
aus unserer Sicht Migrationspolitik auch immer
mit Entwicklungspolitik verbunden werden,
damit die Ursachen für starke Abwanderung
von qualifizierten Kräften aus
355 Entwicklungsländern verringert werden.
Erstrebenswert ist die „Brain Circulation“, ein
regler Austausch, von dem sowohl Herkunfts-
als auch Zielländer profitieren.

360

365

370

375

Antragsbereich G

Antrag 4

Kennnummer 8

Kreisverband Heidelberg

Integration

	<i>Überweisung vom LPT Stuttgart vom 22.01.2011</i>	Annahme in folgender Fassung
	<i>Antragsbereich I&W</i>	
	<i>Antrag 2</i>	
5		Wird Begründung
10	Als Einwanderungsland gleichwohl wie Geburtsort zahlreicher EmmigrantInnen und Gründungsmitglied der Europäischen Gemeinschaft ist Deutschland dem Anspruch verpflichtet, ein multikultureller und weltoffener Staat zu sein, beziehungsweise zu diesem zu werden.	
15	Dabei verstehen wir „Multikulturalismus“ als positive, aktive Form des Zusammenlebens und gegenseitigen Lernens von Menschen unterschiedlicher kultureller Hintergründe. Wir stehen für eine Gesellschaft ein, die kulturelle Unterschiede als Bereicherung und Spiegelbild einer globalisierten Welt ansieht	
20	und lehnen den von rechtskonservativen Kräften propagierten, anachronistischen Leitkulturbegriff entschieden ab.	

25 Das Thema Migration und Integration muss ein
zentraler Bestandteil der Entscheidungen aller
gesellschaftlicher und politischer Akteure sein.
Insbesondere fühlen wir Jusos uns verpflichtet,
für a) eine multikulturelle Gesellschaft, b)
30 Integration an Stelle von Assimilation und c)
Freiheit und Gleichheit aller Menschen,
unabhängig von Herkunft oder Geschlecht,
einzutreten. Dabei lehnen wir explizit
selbsternannte „kulturelle“ Strömungen ab,
35 welche die unveräußerlichen Rechte eines
jeden Menschen, nämlich das Recht auf Leben,
Unversehrtheit, Freiheit und Gleichheit in
Frage stellen oder abschaffen wollen.

40 Neben Migration und Integration müssen
unbedingt die Rechte von Asylsuchenden
gestärkt werden. Dies kann zum Teil auf
nationaler Ebene erfolgen, ist jedoch vor allem
als europäische Aufgabe zu verstehen. Aus
45 diesem Grund wird der Themenkomplex
„Asylrecht“ in diesem Antrag ausgeklammert.

Im Folgenden stellen wir Forderungen zu
Migration und Integration:

50 **Integration durch Bildung: für ein
inklusives Bildungssystem**

Das deutsche Bildungssystem ist hochselektiv.
55 Menschen mit Migrationshintergrund, Kinder
aus sozial schwachen Haushalten, wie auch
Menschen mit Beeinträchtigungen werden im
großen Stil, über die verschiedenen
Selektionsmechanismen, von der
60 Grundschulempfehlung bis zu Abitur und
darüber hinaus, aus dem Bildungssystem
ausgesiebt. Jedes Jahr verlassen über 80.000
Jugendliche das Bildungssystem ohne
Abschluss, viele von ihnen haben einen
65 Migrationshintergrund.

Wenn auch der Begriff "Integration" für die
gesamtgesellschaftliche Debatte der sicherlich
treffende ist, so sollte im Bereich der Bildung
70 der Begriff der "Inklusion" zentral sein.
Erfolgreich kann eine Politik hier nur sein,
wenn der Bildungserfolg der SchülerInnen

unabhängig von der ethnischen, religiösen und sozialen Herkunft garantiert werden kann.
75 Auch SchülerInnen mit Beeinträchtigungen dürfen nicht länger vom Besuch der Regelschulen abgehalten werden. Wie auch Menschen, deren einziger Nachteil es ist, dass sie Deutsch nicht als ihre Muttersprache
80 sprechen, nichts auf Sonderschulen zu suchen haben.

Deshalb fordern wir:

85 - **bilinguale Sprachförderung bereits in der frühkindlichen Bildung:**

Die bilinguale Sprachförderung muss bereits bei den Kleinsten beginnen. Dabei sollen alle
90 Kinder mit Sprachdefiziten, was nicht nur Kinder mit Migrationshintergrund betrifft, gefördert werden. Die individuelle Förderung muss hier im Zentrum stehen. Die Bilingualität soll durch die Möglichkeit, die Sprache der
95 MigrantInnen als Wahlfach zu wählen, aufgewertet werden.

100 - **Verpflichtender Kindergarten und mehr kostenfreie Kindertagesstättenplätze:**

Wir wollen ein verpflichtendes letztes Kindergartenjahr einführen. Um mehr
105 benachteiligten Kindern - mit und ohne Migrationshintergrund - den Besuch einer Betreuungseinrichtung zu ermöglichen müssen kostenlose Angebote endlich die Regel werden.

Mehr LehrerInnen mit Migrationshintergrund einstellen

110 Wir fordern mehr LehrerInnen mit Migrationshintergrund einzustellen. Sie können eine Vorbildfunktion für SchülerInnen mit Migrationshintergrund übernehmen und
115 verfügen über die interkulturellen Kompetenzen, um Integration fördern zu können. Zudem sollen solche Kompetenzen bereits im Lehramtsstudium stärker gefördert werden.
120

Annahme

Erledigt durch Annahme von G1 in der Fassung der Antragskommission

(Abschnitt "Bildung und Betreuung ausbauen)

Annahme

<p>- Längeres gemeinsames Lernen ermöglichen:</p>	<p>Erledigt durch Beschlusslage</p>
<p>125 Ziel sollte es sein, gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse zu gewährleisten.</p>	
<p>- Separate Übergangsklassen:</p>	<p>Ablehnung</p>
<p>130 Kinder von MigrantenInnen soll der Einstieg in den Regelschulbetrieb erleichtert werden, indem sie in Deutschland zunächst vorbereitende Übergangsklassen in ihrer Muttersprache (Beispiel Dänemark/Schweden) besuchen, anstatt direkt in Unterricht in einer ihnen fremden Sprache geschickt zu werden oder individuelle Förderung erhalten, die ihnen erlauben, den Regelschulbetrieb zu besuchen.</p>	
<p>Integration in den Arbeitsmarkt</p>	
<p>140 Integration findet nicht nur über das Bildungssystem, sondern auch über den Arbeitsmarkt statt. Wir müssen daher sicherstellen, dass Menschen mit Migrationshintergrund gleiche Zugangschancen zu einem Arbeitsplatz haben. Laut Statistischem Bundesamt lag die Arbeitslosenquote unter BildungsausländerInnen im Jahr 2008 bei 14,6 % 145 während sie bei Deutschen mit deutschem Abschluss 3,0% und bei in Deutschland lebenden MigrantInnen mit deutschem Abschluss 6,9% betrug. Ein Grund für die höhere Arbeitslosigkeit besteht in der Tatsache, 150 dass ausländische Abschlüsse und Berufsausbildungen häufig nicht in Deutschland anerkannt werden.</p>	<p>Annahme</p>
<p>160 Der Vergleich mit unseren Nachbarstaaten zeigt uns mögliche Herangehensweisen zur Integration in den Arbeitsmarkt auf. So werden MigrantInnen in Dänemark beispielsweise mittels eines 4-Stufen-Modells gefördert. Dieses umfasst Sprachkurse, staatlich bezahlte Praktika im früheren Berufsfeld, teils durch den Staat geförderte Arbeitsverträge und ein Mentoringprogramm am Arbeitsplatz. In 165 Frankreich und den Niederlanden gibt es</p>	

170 umfassende und erfolgreiche staatliche
Programme zur Eingliederung von
SchulabgängerInnen mittels
Mentoringprogrammen.

175 Deshalb fordern wir:

- Ausländische Abschlüsse anerkennen:

180 Die Nichtanerkennung ausländischer
Schulabschlüsse und Qualifikationen führt für
die Betroffenen häufig zu Arbeitslosigkeit oder
zur Annahme von Arbeitsplätzen weit unter
ihrer Qualifikation. Grundsätzlich muss die
Anerkennungspraxis transparenter und offener
werden. Fehlende Qualifikationen müssen
185 durch Weiterbildungsmaßnahmen ausgeglichen
werden, ohne die gesamte Ausbildung
wiederholen zu müssen.

Erledigt durch Beschlusslage

190 **- Mehrsprachigkeit fördern und nutzen:**

Gerade im öffentlichen Dienst können
mehrsprachige MitarbeiterInnen
Kommunikationshürden mit MigrantInnen
überwinden helfen. Der Migrationshintergrund
195 von Beschäftigten ist hier eine Bereicherung
für alle Beteiligten und kein Nachteil.

- Quote im öffentlichen Dienst:

200 Der Staat steht in der Verantwortung, die
Gesellschaft auch unter seinen Beschäftigten
im öffentlichen Dienst abzubilden. Vielfach
findet, ebenso wie in der Privatwirtschaft, eine
versteckte Diskriminierung statt. Der Staat
205 muss mit gutem Beispiel voran gehen und
dieser Einstellungspraxis eine klare Absage
erteilen. Deshalb fordern wir, MigrantInnen
entsprechend ihres Anteils an der Bevölkerung
innerhalb der jeweiligen Gebietskörperschaft
210 einzustellen.[1]

Ablehnung

**- Anonymisierte Bewerbungen im
öffentlichen Dienst:**

215 Mehrfach haben Studien belegt, dass bei
Bewerbungsverfahren allein schon Name, Bild

Annahme und Überweisung an die
Landtagsfraktion und die
sozialdemokratischen Mitglieder der

oder Geschlecht - bei gleicher Qualifikation - eine Diskriminierung zur Folge haben. Wie in Belgien könnte hier die gesetzliche Verpflichtung, Bewerbungen für öffentliche Stellen zu anonymisieren, diese Diskriminierungen vermeiden. Eine solche gesetzliche Verpflichtung sollte in Deutschland für alle ArbeitgeberInnen für eine bestimmte Zeit eingeführt werden, um zu überprüfen, ob dadurch mehr MigrantInnen, Frauen, ältere Menschen, etc. zu Vorstellungsgesprächen eingeladen und eingestellt werden.

230 **Rechtliche Voraussetzungen schaffen**

Seit langem leben in der Bundesrepublik und speziell in Baden-Württemberg Menschen ausländischer Herkunft, die von den staatsbürgerlichen Rechten ausgeschlossen sind. Viele dieser Menschen sind hier auch geboren worden. Im Verlauf der letzten Jahre ist zudem die Zahl der Einbürgerungen kontinuierlich gesunken.

240
So kann es nicht weiter gehen!

245 Deshalb fordern wir:

- Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft vereinfachen:

Wir fordern eine Umkehr von der bestehenden Ausgrenzungspolitik und machen uns stark für eine Einbürgerung, die unabhängig vom sozialen Status oder dem Einkommen der Einwanderer ist! Zudem treten wir dafür ein, dass Einbürgerungswillige ihre alte Staatsbürgerschaft behalten dürfen (vgl. Doppelte Staatsbürgerschaft).

250
255
260 Des Weiteren verlangen wir die Einbürgerung, von in den kommenden Jahren nach Deutschland ziehenden Menschen, bereits nach fünf Jahren zu ermöglichen.

- Doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen:

Landesregierung

Überweisung an die Landtagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung

265 In diesem Zusammenhang erscheint uns auch
die Thematik der doppelten Staatsbürgerschaft
als äußerst wichtig. Viele ausländische
MitbürgerInnen in Deutschland identifizieren
sich nicht nur mit ihrer neuen, sondern auch
270 mit ihrer alten Heimat. Integration bedeutet
nicht, dass die Herkunft abgelegt werden muss.
Im Gegenteil: Es sollte selbstverständlich sein,
dass sie ihre Kultur mit in ihre neue Umwelt
einbringen können. Die SPD fordert daher
275 bereits seit mehreren Jahren einen Ausbau der
Möglichkeiten zum Erwerb der
Zweistaatlichkeit. In anderen EU-
Nachbarländern, beispielsweise Ungarn, dem
Vereinigten Königreich oder Zypern ist die
280 doppelte Staatsbürgerschaft schon heute
gängige Praxis.

Wir fordern nun endlich auch in Deutschland
Taten folgen zu lassen! Ein generelles
285 Einführen des Rechts auf doppelte oder
mehrfache Staatsbürgerschaft hat nicht nur
positive Effekte auf den Integrationswillen von
Einwanderern zur Folge - es ermöglicht ihnen
auch, sich weiterhin mit ihrem Herkunftsland
290 zu identifizieren.

**- Ein ganzheitliches ius soli ohne
Optionspflicht:**

295 Ein wichtiger Meilenstein bei der Reform des
Staatsangehörigkeitenrechts war die von der
rot-grünen Bundesregierung im Jahr 2000
durchgesetzte Staatsangehörigkeitsreform. Mit
dem Gesetz war auch die Einführung einer
300 sogenannten „Optionspflicht“ verbunden. Nach
dieser Regelung müssen sich in Deutschland
geborene Kinder von AusländerInnen, mit
Erreichen der Volljährigkeit zwischen der
deutschen Staatsangehörigkeit und der ihrer
305 Eltern entscheiden. Das Optionsmodell ist
jedoch in höchstem Maße
integrationshemmend, da Jugendliche, welche
seit ihrer Geburt in der Bundesrepublik leben,
mit Eintritt in die Volljährigkeit eine
310 Entscheidung treffen müssen, die ihre
Zugehörigkeit in Frage stellt. Gleichmaßen
ist es auch noch mit immensen Problemen für

315 die Verwaltungsbehörden verbunden. Ferner ist unklar, was mit denjenigen der jährlich ca. 40 000 betroffenen Jugendlichen geschehen soll, die für ihre ausländische Staatsbürgerschaft votieren.

320 Wir finden, dass dieser Zustand nicht weiter tragbar ist! Die Reform von 2000 war ein wichtiger Schritt - doch muss es unser Ziel sein, das 1914 eingeführte und noch heute größtenteils geltende „Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz“ weiter zu reformieren und endlich das Geburtsortsprinzip (ius soli) für alle hier geborenen Kinder einzuführen. Hiermit verbinden wir beifolgend die Forderung nach einer Streichung der Optionspflicht.

330 - **EhepartnerInnennachzug nach Deutschland erleichtern:**

335 Der Nachzug eines ausländischen Ehepartners, oder einer ausländischen Ehepartnerin, zum, beziehungsweise zur, in Deutschland lebenden PartnerIn ist noch immer mit hohen Hürden verbunden. So dürfen beispielsweise Ehegatten aus sogenannten Nicht-EU-Staaten nur dann in die Bundesrepublik nachziehen, wenn sie über „einfache Deutschkenntnisse“ verfügen. Diese Regelung des Gesetzgebers macht ein geregeltes Familienleben oft nicht mehr möglich und verhindert eine freie Ausübung der Partnerwahl. Hierdurch erfolgt eine Verletzung von Artikel 6 des Grundgesetzes. Ferner stellt die Koppelung an „einfache Deutschkenntnisse“ ein weiteres Hindernis dar, da es vielen Einwanderungswilligen oft nicht möglich ist, Sprachkurse im Ausland zu besuchen. Denn um diese belegen zu können, müssen die Betroffenen oftmals ihren Wohnort verlassen, in einen anderen Landesteil ziehen, sich dort eine neue Unterkunft suchen, etc.

340

345

350

355

360

Erledigt durch Annahme von G2 in der Fassung der Antragskommission

(Abschnitt "Für eine zielgerichtete Steuerung der Migration ...")

	Situation schlichtweg nicht möglich.	
365	Wir fordern daher, dass dieser familienfeindliche Missstand behoben und der Nachzug des/der EhepartnerIn nicht nur erleichtert, sondern auch unabhängig vom Nachweis deutscher Sprachkenntnisse gemacht wird.	
370	Partizipation/Partei	
	Partizipation ausbauen Beteiligungsmöglichkeiten erweitern	- - Repräsentation stärken – notfalls mit Quote
375	Wir fordern: - Repräsentation stärken – notfalls mit Quote	Die SPD darf sich beim Thema Integration nicht auf bloßen Absichtserklärungen, die Integration in der eigenen Partei voranzutreiben, ausruhen, sondern muss aktiv werden. Personen mit Migrationshintergrund müssen auf kommunalen Wahllisten, Wahllisten allgemein, in Vorständen und sonstigen parteilichen Gremien angemessen vertreten und repräsentiert sein. Die Einführung einer Quote soll diskutiert werden, um zu zeigen, dass die SPD wirklich die Partei der Integration ist und bleibt.
380	Die SPD darf sich beim Thema Integration nicht auf bloßen Absichtserklärungen, die Integration in der eigenen Partei voranzutreiben, ausruhen, sondern muss aktiv werden. Personen mit Migrationshintergrund	
385	müssen auf kommunalen Wahllisten, Wahllisten allgemein, in Vorständen und sonstigen parteilichen Gremien angemessen vertreten und repräsentiert sein. Die Einführung einer Quote soll diskutiert werden,	
390	um zu zeigen, dass die SPD wirklich die Partei der Integration ist und bleibt.	
	- Ausländische Vereine einbinden	
395	Die SPD muss demokratische ausländische und deutsch-ausländische Vereinigungen/ Vereine unterstützen und den Kontakt mit ihnen suchen, um deren Belange mit in ihre Politik einfließen zu lassen und damit Partizipation	Ablehnung
400	offen in der Partei zu leben.	
	- Stimmrecht auf der kommunalern Ebene ausbauen	
405	Migrationsräte/Ausländerräte sollen nicht nur beratende Funktionen haben, sondern müssen Mitspracherecht/Stimmrecht in allen sie direkt betreffenden Gremien auf kommunale Ebene	

410 haben. Solange Nicht-EU-Bürger kein
Stimmrecht auf kommunale Ebene haben,
muss ihnen diese Option über die
Migrationsräte/ Ausländerräte gegeben sein.
Wir fordern deswegen das Stimmrecht der
415 Migrationsräte/Ausländerräte in allen
Kommunen.

- AG Migration

420 Die SPD muss die Bildung und Ausarbeitung
einer Arbeitsgemeinschaft für Migration/
Integration vorantreiben, um BürgerInnen mit
Migrationshintergrund ein breites Forum in der
SPD zu geben. Wir brauchen ein Forum
425 innerhalb der SPD, welches nicht nur einzelne
Nationalitäten auffängt, sondern für alle da ist,
welches nicht nur mobilisiert, politisiert und
wirbt, sondern eine inhaltlich stärkere und
fundierte Vertretung für die Interessen von
MigrantInnen darstellt.

430

Koordinierung der Integrationspolitik

Oftmals scheitern Integrationsprogramme an
der großen Unübersichtlichkeit der zuständigen
435 Behörden und Ämter. Eine
Ministeriumsabteilung, die verschiedenen
Ansätze und Akteure zusammenbringt und
koordiniert, ist daher unumgänglich. In
anderen europäischen Ländern wie Schweden,
440 Dänemark, Portugal und Frankreich gibt es
bereits eigene Integrationsministerien. Mit
Hilfe eines Ministeriums kann die
Koordinierung wichtiger Integrationsvorhaben
effektiv durchgeführt werden. Auf lange Sicht
445 soll die Zentralisierung zu einem einheitlichen
Programm auf allen Ebenen führen. Zudem
führt ein Integrationsministerium zu einer
Aufwertung der Integrationspolitik und der
Anerkennung, dass die Integration eine der
450 wichtigsten politischen Fragen unserer Zeit ist.

Deshalb fordern wir:

- Integration ins Integrationsministerium

455

Bisher ist der Bereich Integration im Land

Baden-Württemberg, wie auch im Bund, beim
Innenministerium angesiedelt. Zusammen mit
460 „Glücksspielfragen“ ist die Integration im
Referat 43 in der „Abteilung 4: Ausländer;
Aussiedler; Ordnungsrecht und
Verfassungsschutz“ angesiedelt. Dies zeigt uns
den Stellenwert, den Integration derzeit von
465 Seiten der Landesregierung zugemessen
bekommt, sowie den Blick auf das Thema als
rein rechtliche Angelegenheit. Die Verlegung
der Zuständigkeit für Integration in ein eigenes
Ministerium würde der Wichtigkeit der
470 Integrationsbemühungen Rechnung tragen und
wäre darüber hinaus ein erster Schritt, um
Integration aus dem Umfeld der rein
rechtlichen Behandlung im Innenministerium
in den Zusammenhang mit Bildung,
Ausbildung, Arbeit und Sozialem zu bringen.
475 Schließlich sind dies die Politikbereiche, die
für Integration in Anspruch genommen werden
müssen und nicht nur die Aufenthalts- und
Arbeitslaubnis.

480 [1] Folgende Definition des Begriffs
„Migrationshintergrund“ des Statistischen
Bundesamtes erscheint uns als sinnvoll: „alle
nach 1949 auf das heutige Gebiet der
Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten,
485 sowie alle in Deutschland geborenen
Ausländer und alle in Deutschland als
Deutsche Geborenen mit zumindest einem
zugewanderten oder als Ausländer in
Deutschland geborenen Elternteil“.

490

495

500

505

510

Antragsbereich G

Antrag 5

Kennnummer 9

AsF Baden-Württemberg

Kita-Gebühren

Wir fordern die Landtagsfraktion auf, die Beschlusslage des Landesparteitags vom 7. Mai 2011 in Sindelfingen zur Gebührenfreiheit von Kinderbetreuung noch in der laufenden Legislaturperiode umzusetzen.

Erledigt durch Annahme von G1 in der Fassung der Antragskommission (Abschnitt "Bildung und Betreuung ausbauen")

5

Begründung:

10 Auf Seite 14 des Wahlprogramms der SPD Baden-Württemberg findet sich folgende Aussage:

15 „Auf den Anfang kommt es an Bildung entscheidet immer stärker über Lebens- und Berufschancen. Deswegen müssen alle die gleichen Chancen haben, an Bildung teilzuhaben – von Anfang an und unabhängig von der sozialen Herkunft. Daher werden wir

20 die Kommunen bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr unterstützen und die Betreuung- und Bildungsangebote für Null- bis Dreijährige bedarfsgerecht

25 ausbauen. Dabei werden wir die Kommunen nach dem Konnexitätsprinzip (Wer bestellt, bezahlt) unterstützen. Wir werden Schritt für Schritt bis 2016 die beitragsfreien Kindergärten einführen. Wir fordern eine

30 komplett kostenlose Betreuung in der Krippe und im Kindergarten ... Dies zu gewährleisten ist Aufgabe des Landes, das den Kommunen die entstehenden

35 Einnahmeausfälle gänzlich erstatten muss.“

Bei den Gesprächen zur Bildung einer grün-roten Koalition in Baden-Württemberg konnten diese Ziele nicht realisiert werden. In der Arbeitsgruppe für die frühkindliche Bildung konnten sich die Fachleute beider Parteien nicht auf eine beitragsfreie Kinderbetreuung einigen.

45 Bereits im Februar 2007 wurde von der ASF Baden-Württemberg zur Förderung der Familien ein Konzept für einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung erstellt.

50 Dieses Konzept verbunden mit dem Anspruch laut Wahlprogramm der SPD in Baden-Württemberg soll hiermit weiter verfolgt werden.

55 Da diese Forderungen des Wahlprogramms die unabdingbare Basis darstellen für das gemeinsame Lernen von Klasse 1-13 fordern wir

60 - die zügige Verbesserung von Quantität und Qualität der Angebote für Betreuung, Bildung und Erziehung

65 - durch einen Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Betreuungsplatz für alle Kinder vom 1. Geburtstag bis zum Schuleintritt bei schrittweiser Realisierung ab 2013

70 - ebenso schrittweise Gebührenfreiheit für Kindergärten und Kindertagesstätten.

Arbeit und Soziales

Antragsbereich A&S

Antrag 1

Kennnummer 10

AGS Baden-Württemberg

Arbeitslosenversicherung für Selbständige

	Antragsteller: AGS Baden-Württemberg	Empfehlung erfolgt mündlich
5	Empfänger: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion	
	Betr.: Erwerbsversicherung - Arbeit versichern	
10	Wir werden die bisher bestehende, freiwillige Weiterversicherung in der Arbeitslosenversicherung zu einer freiwilligen Erwerbsversicherung weiterentwickeln. Ein Eintritt in die Versicherung soll beruflich Selbständigen ohne Fristbindung ermöglicht werden.	
15	Nachdem beruflich Selbständige Beiträge innerhalb einer Rahmenfrist in die Versicherung eingezahlt haben, sollen sie zukünftig im Falle der Beendigung der selbständigen Tätigkeit –	
20	entsprechend der bisherigen Arbeitslosenversicherung – Zahlungen und Leistungen der Agentur für Arbeit erhalten.	
25	Während der Zeit der Gründungsförderung wird lediglich der hälftige Beitrag aus der für die Existenzgründer festgelegten Bezugsgröße veranschlagt. Nach Ablauf der Gründungsförderung ist hieraus mindestens der volle Beitrag zu entrichten.	
30	Begründung:	
35	Bisher konnten sich beruflich Selbständige, deren Tätigkeit 15 Stunden wöchentlich umfasst, in der Arbeitslosenversicherung freiwillig (weiter)versichern. Voraussetzung dafür ist u.a., dass der Antragsteller innerhalb der letzten 24 Monate vor Aufnahme der selbständigen	

40 Tätigkeit mindestens 12 Monate
sozialversicherungspflichtig beschäftigt war. Der
Antrag musste innerhalb eines Monats nach
Aufnahme der selbständigen Tätigkeit bei der
Agentur für Arbeit gestellt werden. Für das Jahr
45 2010 belief sich der Beitrag für die freiwillige
Arbeitslosenversicherung für Selbständige in
Westdeutschland auf 17,89 Euro monatlich und
für Selbständige in Ostdeutschland auf 15,19
Euro.

50 Aus der bisherigen "freiwilligen
Weiterversicherung" in der
Arbeitslosenversicherung wird durch eine neue
gesetzliche Regelung der schwarz-gelben
Bundesregierung "ein
55 Versicherungspflichtverhältnis auf Antrag", bei
dem die Voraussetzungen für die Beantragung
der Arbeitslosenversicherung weitgehend
unverändert bleiben. Neben einer Verlängerung
der Antragsfrist von einem auf drei Monate wird
60 jedoch in den Jahren 2011 und 2012 auch
jeweils eine Verdoppelung der Beiträge
erfolgen.

Wir werden den beruflich Selbständigen
65 zukünftig die Möglichkeit eröffnen, sich
freiwillig und unabhängig von der Frage der
Existenzgründung gegen Zeiten der
Erwerbslosigkeit zu versichern. Ein Eintritt in
die Versicherung soll ohne Fristbindung
70 ermöglicht werden. Wir wollen den Übergang
von der Arbeitnehmerwelt in die
Selbstständigkeit ebnen und eine zusätzliche
Möglichkeit der wirtschaftlichen Absicherung
schaffen, die der Lebensrealität der
75 Soloselbständigen auch gerecht wird.

Soloselbständige

5	<p>Wir werden mehr Menschen den Schritt in die Selbständigkeit ermöglichen. Denn wir wollen gute Arbeit fördern und nicht die Arbeitslosigkeit finanzieren. Dazu müssen wir gute Existenzgründungen fördern:</p>	
10	<p>1. Auf den Gründungszuschuss besteht wieder ein Rechtsanspruch.</p>	Ablehnung
15	<p>2. Der Antrag zur Gewährung eines Gründungszuschusses muss zukünftig innerhalb der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes gestellt werden.</p>	Annahme
20	<p>3. Die Bewilligung des Gründungszuschusses ist von der Vorlage eines Businessplanes und entsprechenden Qualifikationsnachweisen (beides geprüft durch eine fachkundige Stelle) sowie von der Begleitung durch einen qualifizierten Berater abhängig zu machen.</p>	Annahme in folgender Fassung: 3. Die Bewilligung des Gründungszuschusses ist von der Vorlage eines Businessplanes und entsprechenden Qualifikationsnachweisen (beides geprüft durch eine fachkundige Stelle) sowie von der Begleitung durch einen qualifizierten Berater abhängig zu machen.
25	<p>4. Der Förderzeitraum des Gründungszuschusses ist auf maximal drei Jahre auszuweiten.</p>	Annahme
30	<p>und Soloselbständige wie Gründer richtig absichern:</p> <p>1. Erwerbsversicherung:</p>	
35	<p>Wir werden die bisher bestehende, freiwillige Weiterversicherung in der Arbeitslosenversicherung zu einer freiwilligen Erwerbsversicherung weiterentwickeln. Ein Eintritt in die Versicherung soll beruflich Selbständigen ohne Fristbindung ermöglicht werden. Es ist ein Mindestbeitrag einzuführen. Darüber hinaus sollen sich die</p>	Empfehlung erfolgt mündlich

40 Beiträge an der Geschäftsentwicklung des Gründers/Selbständigen orientieren.

2. Kranken-/Pflegeversicherung:

45 Für Gründer und Soloselbständige wird ein ermäßigter Beitrag zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung eingeführt.

Annahme in folgender Fassung:

Für im Rahmen des Gründungszuschusses geförderte Gründer wird ein ermäßigter Beitrag zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung eingeführt.

50 3. Rentenversicherung:

Empfehlung erfolgt mündlich

55 a. Soloselbständige sind in der Gründerzeit (die ersten drei Jahre) zur obligatorischen Sicherung für das Alter in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen. Hierzu ist § 2 S. 1 Nr. 9 b) SGB VI entsprechend zu ergänzen.

60 b. Der Zugang zur Riesterförderung ist für Gründer in den ersten drei Jahren sowie für Soloselbständige zu ermöglichen.

Begründung:

65 In Deutschland sind weit mehr als zwei Millionen Menschen für sich alleine selbständig. Damit machen sie mehr als die Hälfte aller Selbständigen in Deutschland aus. Unter den sogenannten Soloselbständigen
70 findet sich ein bunter Strauß an Berufsgruppen, der über Handwerker, Künstler, Journalisten und Taxifahrern bis zu Landwirten und freiberuflichen Lehrern reicht. Allein im Dienstleistungssektor wuchs
75 die Zahl der Soloselbständigen aufgrund zahlreicher Existenzgründungen in den letzten Jahren um eine halbe Million. Viele haben den Schritt in die Selbständigkeit mehr oder weniger freiwillig gewagt. Oft wird die
80 Selbständigkeit als letzte Chance gesehen, dem Bezug von Arbeitslosengeld II zu entgehen.

85 Wir erkennen die Risiken der Soloselbständigen. Denn die Soloselbständigkeit ist anders: Prekäre Arbeitsverhältnisse sind für Soloselbständige

keine Seltenheit. Zwischen Scheinselbständigkeit und erfolgreichem Start-up liegt oft nur ein wenig Glück. Mehr als ein Drittel der Soloselbständigen verfügt über ein monatliches Einkommen von weniger als 1.100 Euro. Sie arbeiten oft ohne Rücklagen und ohne Angestellte. Und trotzdem beleben die Soloselbständigen mit ihren kreativen und unkonventionellen Ideen auch unsere Wirtschaft. Gute Wirtschaftspolitik erkennt Potentiale, setzt Schwerpunkte und fördert Ideen.

Wir begreifen die Soloselbständigen als eigenen Wirtschaftsfaktor. Denn gut zwei Drittel von ihnen sind auch fünf Jahre nach der Gründung noch im Geschäft, nur zehn Prozent sind wieder arbeitslos. Außerdem schaffen zuvor arbeitslose Existenzgründer nicht nur ihren eigenen Arbeitsplatz, sondern geben in bis zu 40 Prozent der Fälle auch anderen Menschen wieder Arbeit.

Die Bundesregierung hat massiv in die Förderung der Existenzgründungen eingegriffen und etwa den Gründungszuschuss von einem Rechtsanspruch in eine Ermessensleistung umgewandelt. Ferner wurde der Bezug des Gründerzuschusses erschwert und die Maximalförderung gekürzt. Wir werden gute Existenzgründungen fördern und das Programm entsprechend dem vorgelegten Antrag ausbauen. Um gute Existenzgründungen zu ermöglichen, fordern wir neben einem Businessplan und entsprechenden Qualifikationsnachweisen auch die Einführung von qualifizierten Beratern, die die Gründung begleiten. Diese müssen eine Berufserfahrung in der Praxis und betriebswirtschaftliche sowie unternehmerische Kenntnisse nachgewiesen haben.

Wir werden den „neuen Selbständigen“ Sicherheit ermöglichen. Denn wer rund um die Uhr mit seinem Idee und deren Umsetzung beschäftigt ist, mag die Vorsorge

für Zeiten der Krankheit und im Alter vergessen oder sie sich schlicht nicht leisten können. Die derzeitigen staatlichen Sozialsicherungssysteme orientieren sich an der Erwerbstätigkeit. Die Gruppe der Erwerbstätigen, die nicht den verkammerten Berufen angehört, fällt aber durch alle Maschen dieses Systems. Durch die oft geringen Einkommen der Soloselbständigen fällt es schwer, einen angemessenen Beitrag für die eigene Vorsorge zurückzulegen. Der allgemeine Zugang zu einer Erwerbsversicherung hilft Risiken abzufedern. Die Beiträge zur Kranken- und Rentenversicherung für Gründer sind in einem ersten Schritt bedarfs- und leistungsgerecht anzupassen. Das Festhalten an der Parität bewirkt, dass Selbständige regelmäßig den gesamten Beitrag (also sowohl den Arbeitgeber- wie auch den Arbeitnehmeranteil) zu tragen haben. Es ist im Hinblick auf die Thematik der Abkehr vom Normalarbeitsverhältnis zu empfehlen, die Soloselbständigkeit insbesondere während der Gründerzeit über die Kranken- und Pflegeversicherung sowie in der Altersvorsorge abzusichern. Mit unserem Vorschlag wäre die Soloselbständigkeit, die nicht anderweitig, namentlich in berufsständigen Versorgungswerken, abgesichert ist, von der gesetzlichen Rentenversicherung zumindest in der Gründerzeit erfasst. Mittelfristig sind die sozialen Sicherungssysteme vollständig über Steuern zu finanzieren und den Soloselbständigen der Zugang zum Aufbau einer privaten Rentenversicherung über das Riester-Modell zu ermöglichen. Dank der staatlichen Zulagen ist die Riesterförderung gerade für einkommensschwache und kinderreiche Selbständige in besonderem Maße geeignet.

Wir werden mehr Menschen den Schritt in die Selbständigkeit ermöglichen. Denn wir wollen Arbeit und nicht die Arbeitslosigkeit finanzieren. Gründern bei der Realisierung ihrer Idee zu unterstützen, ist die Umsetzung

185 des sozialdemokratischen Versprechens, den
sozialen Aufstieg zu ermöglichen.

190

Antragsbereich A&S

Antrag 3

Kennnummer 12

Arbeitsgemeinschaften

Reform der Pflegeversicherung

5

**Antragssteller: ASG – ASF –AG 60plus –
AFA (Arbeitsgemeinschaften) Ba-Wü**

10

Der Landesparteitag möge beschließen: Der
SPD-Bundesparteitag stellt fest, eine Reform
der Pflegeversicherung ist dringend
notwendig, um die Versorgungsdefizite
insbesondere bei Demenzkranken durch die
Einführung einer zusätzlichen Pflegestufe
finanziell abzusichern. Des Weiteren fordert
der SPD-Bundesparteitag die Einführung
einer für Alle geltenden Kranken- und
Pflegebürgerversicherung, ausgestattet als
einheitliches Leistungs- und Beitragsrecht
nach dem Sozialgesetzbuch .

15

**Das Einnahmeproblem der
Pflegeversicherung**

20

Die Ausgaben der gesetzlichen
Pflegeversicherung bewegen sich
weitestgehend im Rahmen der
volkswirtschaftlichen Gesamtentwicklung,
während die Einnahmen ein dauerhaftes
Problem sind. Der Hauptgrund hierfür ist die
Koppelung an die Bruttoentgelte und Renten,
die in den letzten Jahren nur geringe
Steigerung oder Nullrunden zu verzeichnen
hatten. Nach wie vor wirkt sich die
Massenarbeitslosigkeit auf die Einnahmen aus
und der sich immer stärker ausufernde prekäre
Beschäftigungssektor, mit Minijobs,
geringfügiger Entlohnung, Zeit- und

30

Annahme in folgender Fassung

**Antragssteller: ASG – ASF –AG 60plus –
AFA (Arbeitsgemeinschaften) Ba-Wü**

~~Der Landesparteitag möge beschließen: Der
SPD-Bundesparteitag stellt fest, eine Reform
der Pflegeversicherung ist dringend
notwendig, um die Versorgungsdefizite
insbesondere bei Demenzkranken durch die
Einführung einer zusätzlichen Pflegestufe
finanziell abzusichern. Des Weiteren fordert
der SPD-Bundesparteitag die Einführung
einer für Alle geltenden Kranken- und
Pflegebürgerversicherung, ausgestattet als
einheitliches Leistungs- und Beitragsrecht
nach dem Sozialgesetzbuch .~~

~~**Das Einnahmeproblem der
Pflegeversicherung**~~

~~Die Ausgaben der gesetzlichen
Pflegeversicherung bewegen sich
weitestgehend im Rahmen der
volkswirtschaftlichen Gesamtentwicklung,
während die Einnahmen ein dauerhaftes
Problem sind. Der Hauptgrund hierfür ist die
Koppelung an die Bruttoentgelte und Renten,
die in den letzten Jahren nur geringe
Steigerung oder Nullrunden zu verzeichnen
hatten. Nach wie vor wirkt sich die
Massenarbeitslosigkeit auf die Einnahmen aus
und der sich immer stärker ausufernde prekäre
Beschäftigungssektor, mit Minijobs,
geringfügiger Entlohnung, Zeit- und~~

35 Leiharbeit. Durch die derzeitige Konjunktur und deren positive Arbeitsmarktentwicklung zeichnet sich eine verbesserte Einnahmesituation ab. Das darf jedoch nicht den Blick dafür verstellen, dass sich für die
40 Zukunft aus dem steigenden Anteil der Rentnerinnen und Rentner nicht nur durch deren Zahl weiterer Finanzierungsbedarf ergibt, sondern zusätzlich geringere Einnahmen durch die weiter Absenkung des
45 gesetzlichen Rentenniveaus von Heute 53 % auf 43 % im Jahre 2030 (Standartrente mit 45 Versicherungsjahren und Durchschnittsverdienst) für die Pflegeversicherung damit vorprogrammiert
50 sind.

Deshalb ist als erster und vordringlicher Schritt ein Risiko- und Finanzausgleich mit der privaten Pflegeversicherung herbeizuführen. Des Weiteren ist eine Verbreiterung der Beitragsbemessungsgrundlage um Kapitaleinkünfte, Mieten und Pachten und es ist ein finanzieller Ausgleich von nicht
55 beitragsgedeckten, versicherungsfremden gesamtgesellschaftlichen Aufgaben aus allgemeinen Steuermitteln zur Finanzierung zusätzlich notwendig, um damit die alleinige Lohn- und Rentenbezogenheit zu überwinden.
60

65 **Dynamisierung dringend erforderlich**

Die Leistungen der Pflegeversicherung blieben seit deren Einführung 1995 bis zum
70 Jahre 2008 eingefroren. Erst mit dem Pflegereformgesetz von 2007 wurde eine stufenweise Anhebung bis 2012 beschlossen. Dies reicht jedoch nicht aus ist um den Wertverfall der Pflegeversicherungsleistungen
75 dauerhaft zu stoppen. Dies zeigt sich an dem seit Jahren wieder wachsenden pflegebedingten Sozialhilfebezug. Deshalb ist eine dauerhafte Dynamisierung der Leistungen – Experten sprechen von
80 schätzungsweise zwei Prozent - notwendig, um den Realwerterhalt der Pflegeleistungen

	sicherzustellen.	sicherzustellen.
85	Neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff zur Absicherung von Demenz	Neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff zur Absicherung von Demenz
90	Der Hilfebedarf von Demenzkranken wird bisher in der Pflegeversicherung nur sehr unzureichend berücksichtigt. Ausschlaggebend für die Festsetzung der Pflegestufen ist der Bedarf bei Ernährung, Mobilität, Körperpflege und Hauswirtschaft. Der Pflege- und Betreuungsaufwand bei demenzieller Pflege ist besonders hoch. Die fehlende Einstufung und die dadurch nicht gewährten Leistungen sind in vielen Fällen eine zentrale Ursache für den Umzug in das Pflegeheim. Deshalb muss der	Der Hilfebedarf von Demenzkranken wird bisher in der Pflegeversicherung nur sehr unzureichend berücksichtigt. Ausschlaggebend für die Festsetzung der Pflegestufen ist der Bedarf bei Ernährung, Mobilität, Körperpflege und Hauswirtschaft. Der Pflege- und Betreuungsaufwand bei demenzieller Pflege ist besonders hoch. Die fehlende Einstufung und die dadurch nicht gewährten Leistungen sind in vielen Fällen eine zentrale Ursache für den Umzug in das Pflegeheim. Deshalb muss der
95	Pflegebedürftigkeitsbegriff neu definiert und neben den körperlichen sind auch die geistigen und psychischen Einschränkungen zu berücksichtigen.	Pflegebedürftigkeitsbegriff neu definiert und neben den körperlichen sind auch die geistigen und psychischen Einschränkungen zu berücksichtigen.
100	Um die teurere Heimpflege zu vermeiden und um die häuslichen Pflegesituationen zu stützen, sind Entlastungsangebote notwendig. Notwendig ist zudem eine Anhebung der Rentenbeiträge für pflegende Angehörige. So sind beispielsweise die Rentenansprüche, die pflegender Angehörige erwerben, geringer, als die während der Elternzeit. Die Mehrkosten belaufen sich schätzungsweise auf 220 Millionen Euro /Jahr.	Um die teurere Heimpflege zu vermeiden und um die häuslichen Pflegesituationen zu stützen, sind Entlastungsangebote notwendig. Notwendig ist zudem eine Anhebung der Rentenbeiträge für pflegende Angehörige. So sind beispielsweise die Rentenansprüche, die pflegender Angehörige erwerben, geringer, als die während der Elternzeit. Die Mehrkosten belaufen sich schätzungsweise auf 220 Millionen Euro /Jahr.
105		
110	Einführung der Bürgerpflegeversicherung	Einführung der Bürgerpflegeversicherung
115	Das Nebeneinander von gesetzlicher- und privater Kranken- und Pflegeversicherung entspricht nicht mehr dem zeitgemäßen Leitbild eines modernen Sozialstaats. Deshalb fordert die SPD ein einheitliches Leistungs- und Beitragsrecht nach dem Modell der sozialen Bürgerversicherung für alle. In diesem einheitlichen, öffentlich-rechtlichen Kranken- und Pflegeversicherungssystem sind alle Bürgerinnen und Bürger auf der Basis eines medizinisch umfassenden Pflichtleistungskatalog nach dem SGB zu einheitlichen Konditionen gegen das Risiko	Das Nebeneinander von gesetzlicher- und privater Kranken- und Pflegeversicherung entspricht nicht mehr dem zeitgemäßen Leitbild eines modernen Sozialstaats. Deshalb fordert die SPD ein einheitliches Leistungs- und Beitragsrecht nach dem Modell der sozialen Bürgerversicherung für alle. In diesem einheitlichen, öffentlich-rechtlichen Kranken- und Pflegeversicherungssystem sind alle Bürgerinnen und Bürger auf der Basis eines medizinisch umfassenden Pflichtleistungskatalog nach dem SGB zu einheitlichen Konditionen gegen das Risiko
120		
125		
130		

Krankheit und Pflege pflichtversichert. Die
Versicherungspflichtgrenze und damit die
Entsolidarisierungs-Option für
135 Besserverdienende entfallen dabei ebenso wie
die Sonderzugangsrechte für Beamte,
Freiberufler und Selbständige in die PKV. Die
Finanzierung erfolgt überwiegend durch
Beiträge die nach dem Solidaritätsprinzip
erhoben werden, wobei auch Einkünfte des
140 Mitglieds aus Kapitalerträgen, Vermietung
und Verpachtung in die Beitragspflicht zur
Verbreiterung der Bemessungsgrundlage mit
berücksichtigt werden. Bei Sparguthaben sind
Freibeträge vorzusehen.

145 Die Finanzierung erfolgt paritätisch zu
gleichen Teilen von Mitgliedern und
Arbeitgebern. Dabei ist sicherzustellen, dass
das zusätzliche Beitragsaufkommen durch die
150 Verbreiterung der Bemessungsgrundlage bei
den Versicherten um Kapitalerträge, Mieten
und Pachten entsprechend beim
Arbeitgeberbeitrag durch unterschiedliche
Beitragssatzhöhen berücksichtigt wird.

155 Eindeutig abgrenzbare
gesamtgesellschaftliche Aufgaben und damit
Ausgaben, sind aus allgemeinen Steuermitteln
zu finanzieren. Dazu gehört jedoch nicht die
160 beitragsfreie Familienmitversicherung, als
zentrales konstitutives Element der
Sozialversicherung.

Aus Bestandsschutzgründen können mit
165 Inkrafttreten der allgemeinen
Bürgerversicherung diejenigen Personen die
weiterhin in der PKV und der pPflV versichert
sein wollen, weiterhin sich dort versichern.
Machen von diesem Wechselrecht bis zum 55.
170 Lebensjahr PKV-Versicherte Gebrauch, hat
ihre bisherige private Kranken- und
Pflegeversicherung, die Altersrückstellung in
voller Höhe an die von der / dem Versicherten
gewählten Kranken- und Pflegekasse zu
175 überweisen.

Zur Entlastung des Faktors Arbeit bei
lohnintensiven Unternehmen ist zu prüfen,

180	inwieweit die aufkommensneutrale Umstellung auf einen Wertschöpfungsbeitrag dazu sinnvoll sein könnte.
	Übernahme aus G1
185	<u>Einführung einer Bürgerversicherung Pflege</u>
190	<u>Nur eine solidarische und nachhaltige Finanzierung der Pflegeversicherung garantiert, dass sich Menschen auf die Leistungen der Versicherung verlassen können. Bei Eintritt von Pflegebedürftigkeit darf niemand ins Abseits geraten.</u>
195	<u>Wir wollen die solidarische und paritätische Umlagefinanzierung der Pflegeversicherung ausbauen.</u>
200	<u>Wir wollen eine Bürgerversicherung Pflege einführen. Mit der Bürgerversicherung schaffen wir in der Finanzierung ein gerechtes System, das alle entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit einbezieht, die Bemessungsgrundlage verbreitert und die Lasten fairer verteilt.</u>
210	<u>Wir wollen eine einkommensabhängige Finanzierung der Pflegeversicherung, in die alle gerecht entsprechend ihres Einkommens einzahlen, an der sich die Arbeitgeber paritätisch beteiligen und in der die unterschiedliche Risikoverteilung zwischen privater und sozialer Pflegeversicherung ausgeglichen wird.</u>
215	

Alterssicherung

5	Die gesetzliche Alterssicherung schützt heute einen Großteil der Erwerbstätigen nicht zuverlässig vor Armut im Alter. Daraus ergibt sich zunehmend Ausgrenzung und Prekarisierung.	- Überweisung an Rentenreformkommission beim PV - Einsetzung einer AG Rentenreform des Landesverbandes im Arbeitsprogramm
10	Die Voraussetzung für eine auskömmliche Altersrente – ein durchgängiger Erwerbsverlauf bis zur Altersgrenze bei einem durchschnittlichen Vollerwerbseinkommen – kann von immer weniger Versicherten erfüllt werden. Beispiele sind Geringverdiener (z.B. bei Praktika, Minijobs, manche Formen selbständiger Arbeit) und unstetig Beschäftigte.	
15		
20	Das bestehende System ist anfällig für wirtschaftliche und demographische Veränderungen.	
25	Die Sicherstellung der Versorgung und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben der altersbedingt nicht mehr Erwerbstätigen kann nur als gesamtgesellschaftliche Aufgabe gewährleistet werden. Wir erwarten von einem Alterssicherungssystem:	
30	Solidarität gegenüber Personen mit unregelmäßigen Lebens- und Erwerbsbiographien	
35	Stabilität bei demographischen Veränderungen und wirtschaftlichen Krisen Berücksichtigung wichtiger gesellschaftlicher Aufgaben mehr Unabhängigkeit bei der individuellen	

40 Lebensplanung

Anreize zur beruflichen Weiterbildung.

Die Rentenversicherung soll sich zu einem
45 sozialen und solidarischen Sicherungssystem
durch und für alle wandeln
(Bürgerversicherung). Seine Leistungen
müssen einerseits vom Grundbedarf einer
hinreichenden Altersversorgung bestimmt und
50 andererseits der Gesamtlebensleistung des
Einzelnen gerecht werden.

Gleichzeitig muss der Produktionsfaktor
Arbeit entlastet werden. Zuschüsse des
55 Bundes müssen entfallen.

Unser Modell zur Alterssicherung beruht auf
drei Säulen, die durch ihre unterschiedliche
Funktions- und Wirkungsweise das
60 Gesamtsystem robuster gegenüber
konjunkturellen Schwankungen und
demographischen Veränderungen machen.

Die **Erste und Zweite Säule** bilden eine
65 erweiterte Erwerbstätigenversicherung, in der
jeder Bürger/jede Bürgerin pflichtversichert
ist:

Die **Erste Säule (Altersrente I)** ist ein
70 Rentenanwartschaftssystem im
Umlageverfahren mit Generationenvertrag zur
Sicherung der Lebensgrundlage: Der
Anspruch auf Altersrente I entsteht durch die
Einbringung der eigenen Leistung und
75 Fähigkeiten in unsere Gesellschaft, er ist nicht
von der Höhe des erzielten Einkommens
abhängig.

Neben der abhängigen und selbständigen
80 Erwerbstätigkeit werden ebenso die
Kindererziehung, die Pflege von Angehörigen,
Ausbildung und Weiterbildung sowie
ehrenamtliche Tätigkeiten berücksichtigt. Aus
sozialen Gründen sind auch Arbeitslose und
85 Erwerbsunfähige weiterversichert. Die
Regelungen stärken Familien, dadurch dass
die Anwartschaften aus Kindererziehung

- 90 zwischen Eltern aufgeteilt werden, und sie stärken Frauen durch einen sofortigen Versorgungsausgleich während der Ehe bei gleichzeitigen Anreizen zur eigenen Berufstätigkeit.
- 95 Durch eine Gesamtversicherungsdauer von 50 Jahren – unter Berücksichtigung aller genannten Lebensumstände – wird der Anspruch auf die leicht über-auskömmliche „Normrente“ (erster Vorschlag: € 1200,-) erworben, welche sich entsprechend der
- 100 Einkommen entwickeln soll. Es gibt eine Untergrenze (Vorschlag: 800€, also zwe Drittel der Normrente). Diese Mindestrente steht jedem und jeder zu.
- 105 Die Erste Säule verwirklicht das Solidaritätsprinzip und dient der Sicherung des Lebensunterhalts und der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben.
- 110 Die **Zweite Säule (Altersrente II)** stellt ein Rentenanwartschaftssystem im Kapitaldeckungsverfahren mit individueller Kontoführung dar: Die Altersrente II errechnet sich aus dem bei Renteneintritt zur Verfügung stehenden persönlichen Kapitalanlagekonto,
- 115 der sich aus der Summe der eigenen auf das Gesamteinkommen entrichteten Beiträge ergibt. Die Beitragsbemessungsgrenze wird angehoben.
- 120 Die Zweite Säule verwirklicht das Äquivalenzprinzip und dient der Sicherung des relativen Lebensstandards.
- 125 Für die **Erste Säule (Altersrente I)** und für die **Zweite Säule (Altersrente II)** gilt die gleiche Bemessungsgrundlage, die Beiträge sind grundsätzlich immer für beide Säulen zu entrichten: Der für alle Versicherte gleiche
- 130 Beitragssatz wird auf alle Einkunftsarten erhoben, dadurch wird der Faktor Kapital belastet. Durch die Senkung des Beitragssatzes wird der Produktionsfaktor Arbeit entlastet. Der Arbeitgeber/die
- 135 Arbeitgeberin muss die aus dem

- Systemwechsel entstehende Differenz dem Arbeitnehmer/der Arbeitnehmerin gegenüber ausgleichen.
- 140 Eine Beitragsbemessungsgrenze gibt es nur noch in der zweiten Säule. Generell fallen Beträge ab den ersten Euro an. Die Beitragssätze stehen im Verhältnis von 2:1 (überschlägig: 8% in RV I und 4% in RV II).
- 145 Die entrichteten Beiträge reduzieren die Summe der Einkünfte und stellen damit die Beitragszahlungen vollständig steuerfrei. Leistungen aus der Ersten und Zweiten Säule werden hingegen voll besteuert (ggf. als Quellensteuer bei beschränkter Steuerpflicht). Dies entspricht dem bereits bei der Einkommensteuer praktizierten Prinzip der nachgelagerten Besteuerung.
- 155 Die Träger der Ersten und Zweiten Säule sind voneinander unabhängige öffentlich-rechtliche Versicherungsanstalten[1]. Sie werden durch die Versicherten selbst verwaltet (gestärkte Selbstverwaltung mittels Sozialwahl) – die Arbeitgeber und deren Verbände sind an der Selbstverwaltung der ersten und zweiten Säule nicht beteiligt.
- 160 Die **Dritte Säule** umfasst jede sonstige Altersvorsorge wie z.B. Betriebsrenten, berufsständische Versorgungssysteme und sonstige Formen der Geld- und Vermögensanlagen. Die Teilnahme an Systemen der Dritten Säule unterliegt der Eigenverantwortung bzw. den betrieblichen Vereinbarungen oder berufsständischen Regelungen. Besondere staatliche Förderung (z.B. Zuschüsse oder Steuervorteile) werden nicht (mehr) gewährt. Die Dritte Säule verwirklicht das Eigenverantwortungsprinzip und ermöglicht eine Steigerung des Lebensstandards für das Alter.
- 175
- 180 [1] z.B. Erste Säule → DRV; Zweite Säule → VBL

Antrag 5

Kennnummer 16

Kreisverband Karlsruhe Stadt

Progression bei Sozialabgaben

Wir bitten den SPD-Landesvorstand, ein
Arbeitspapier zu erstellen für eine umfassende
Positionierung des Landesverbandes
hinsichtlich der Reform des
5 Sozialabgabensystems. Dabei soll geprüft
werden, inwiefern eine Progression der
Sozialabgaben herbeigeführt werden kann.
Dieses Papier soll Grundlage sein für die
Impulsgebung des Landesverbandes auf dem
10 kommenden Bundesparteitag.

Begründung:

Grundlage unserer Forderung ist ein vom
15 Ortsverein Karlsruhe-Oststadt beschlossener
Antrag, der auf unserer
Kreisdelegiertenkonferenz diskutiert wurde:

20 „Einführung von progressiven
Sozialversicherungsbeiträgen

Die Sozialversicherungsbeiträge im Bereich
gering entlohnter Beschäftigung werden
gezielt gesenkt durch die Einführung eines
25 Progressiv-Modells:

- Danach sollen die Sozialabgabensätze für
Arbeitnehmer mit dem Einkommen ansteigen
und der entstehende Differenzbetrag u.a. durch
30 Steuermittel und eine Anhebung der
Beitragsbemessungsgrenzen in der
Sozialversicherung refinanziert werden.

- Erst ab einem Bruttoeinkommen oberhalb
35 von 2 000 Euro soll die volle Last der
Sozialversicherungsabgaben von zusammen
rund 42 Prozent (Arbeitgeber- und
Arbeitnehmeranteil) anfallen.

40 - Für alle Einkommen bis 2 000 Euro sollen
die Beitragssätze langsam und stufenlos

Überweisung an Rentenreformkommission
beim PV

ansteigen.

45 - Die bisherigen Mini- und Midi-Job-Regelungen gehen im Progressiv-Modell auf. Bisherige Mini-Jobber sind in Zukunft grundsätzlich Mitglieder in den Sozialversicherungen.

50 Zur Finanzierbarkeit des Konzeptes soll eine schrittweise Einführung geprüft werden.“

Antragsbereich A&S

Antrag 6

Kennummer 15

AsF Baden-Württemberg

Bedarfsgemeinschaften

5 - Partner- bzw. Partnerinnen können Unterhaltszahlungen für den bzw. die Langzeitarbeitslose und Mitglieder der Haushaltsgemeinschaft steuerlich geltend machen.

10 - Und zu prüfen, die Bedarfsgemeinschaften abzuschaffen. Stattdessen wird Partnereinkommen im Rahmen der Haushaltsgemeinschaft wie bei Ehepartnern angerechnet (vergleichbar der Struktur des Sozialhilferechts- BSHG alt)

Überweisung an die Bundestagsfraktion

Antragsbereich A&S

Antrag 7

Kennummer 17

Ortsverein Kehl

(Kreisverband Ortenau)

Scheinselbständigkeit

5 Durch Scheinselbständigkeit entgehen den Sozialversicherungen Beiträge in erheblichem Maße. Scheinselbständige haben oftmals keine Rentenversicherung mit allen negativen Auswirkungen im Alter (Altersarmut, öffentliche Ausgaben). Ferner gilt für diese Scheinselbständigen kein Mindestlohn. Es gibt in Deutschland leider keine klaren gesetzlichen Regelungen, wer selbständig ist und wer nicht.

Erledigt durch Gesetzeslage

10 Deshalb müssen klare gesetzliche Regelungen
her, um dem Missbrauch der Selbständigkeit
zu entgegnen.

Antragsbereich A&S

Antrag 8

Kennnummer 18

AfA Baden-Württemberg

Tariftreuegesetz

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, bei Annahme
der Ausarbeitung eines Tariftreuegesetzes einen
Gesetzesentwurf mit folgenden Maßgaben
einzubringen:

5

**1. Der Anwendungsbereich des Gesetzes
umfasst alle öffentlichen Bau- und
Dienstleistungsaufträge**

10

**2. Die Vergabe der Aufträge wird davon
abhängig gemacht, dass sich die Unternehmen
verpflichten, ihre Arbeitnehmer und die der
Subunternehmer bei Ausführung dieser
Leistungen nach den jeweils in Baden-
Württemberg für Tarifvertragsparteien
geltenden Lohntarifen zu entlohnen.**

15

Ziel des Antrags:

20

Das Gesetz verfolgt die Zielsetzung,
Sozialdumping und Wettbewerbsverzerrungen
bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu
verhindern und eine Minderung der Belastung
der sozialen Sicherungssysteme herbeizuführen.

25

Durch die bewusst weit erfolgte Fassung des
Anwendungsbereiches (vgl. Entwurf unten) soll
das Gesetz einen größtmöglichen Schutz bieten.

30

Dieses Gesetz soll die Vereinbarung des
Koalitionsvertrag von „Grün-Rot“ vom
27.04.2011 zum Koalitionsvertrag umsetzen:
Hier ist auf S. 22 und 23 unter der Überschrift
„Mit dem Tariftreuegesetz Mittelstand und
Beschäftigten schützen“ zwischen SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN festgelegt, dass

35

ein Tariftreuegesetz für Baden-Württemberg verabschiedet werden soll.

40 **Begründung:**

I. rechtspolitisch:

45 Niemand soll über Dumpinglöhne einen Wettbewerbsvorteil erlangen. Dieser Grundsatz galt in Deutschland seit Jahrzehnten. Heute wird er immer häufiger missachtet. Der freie Wettbewerb mag Innovationen vorantreiben und sich auf die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens konzentrieren. Das darf aber nicht zu Lasten der sozialen Standards in Unternehmen und der sozialen Sicherung der Arbeitnehmer geschehen.

55 Die sozialen Standards waren lange Zeit flächendeckend über Tarifverträge gesichert, Diese haben zunehmend durch Flucht der Unternehmen aus den Flächentarifverträgen an Bedeutung verloren Vielfach sind Unternehmen nicht tarifgebunden und bezahlen ihren Arbeitnehmern Löhne, die so niedrig sind, dass der Staat durch Aufstockungsleistungen die Existenz dieser Menschen sichern muss.

65 Insbesondere kleine oder mittelständische Handwerksbetriebe spüren einen enormen Druck, wenn es darum geht, sich bei der Bewerbung im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung durchzusetzen. Die Konkurrenz durch Unternehmen, die mit Billiglöhnen ihre Arbeitskräfte auch durch das System der Weitergabe von (Teil-)Aufträgen an Sub-(sub-)Unternehmer ausbeuten, ist groß. Die Angebote der Unternehmen und Handwerksbetriebe, die ihren Mitarbeitern Tariflöhne zahlen, sind regelmäßig deutlich höher als von solchen, die lediglich mit Mindestlöhnen kalkulieren. Im Ergebnis wird diesen billigeren Unternehmen meist den Zuschlag erteilt. Das ist eine Bestrafung der Arbeitgeber, die ihren Mitarbeitern gutes Geld für gute Arbeit zahlen und führt zu einer nachhaltigen Schädigung des Mittelstands und des Handwerks in Baden-Württemberg. Die öffentliche Hand muss sich

85 ihrer Vorbildfunktion, sowie ihrer Marktmacht
bewusst sein und gegen solche Entwicklungen
nachhaltig vorgehen. Letztlich ist es wiederum
die öffentliche Hand, die z.B. in Form von
Aufstockungsbeiträgen Geringverdienern ein
90 (schlechtes) Leben auf Hartz IV-Niveau
ermöglichen muss.

Notwendig ist, Rahmenbedingungen zu schaffen,
die gerechte Lohnbedingungen und einen fairen
95 Wettbewerb bei öffentlichen Ausschreibungen
ermöglichen. Diesem Ziel dient die Einführung
des Tariftreuegesetzes.

II. rechtlich:

100 Auf den ersten Blick scheint dem hier
vorliegenden Entwurf die Rechtsprechung des
EuGH entgegenzustehen.

105 Mit Urteil vom 03.04.2008, Rs. C-346/06
(Rüffert gegen das Land Niedersachsen) hat
dieser Entschieden, dass eine Tariftreue Regelung,
die die Zahlung örtlich geltender Tarifentgelte
zum Gegenstand hat, gegen die Richtlinie 96/71
110 (Entsenderichtlinie) verstößt. Von der Richtlinie
vorgesehen ist lediglich ein Mindestlohn in Form
von gesetzlichen Vorschriften und/oder in Form
eines allgemeinverbindlichen Tarifvertrages
(Art. 3 Abs. 1 Satz 1 der Richtlinie). Die
115 örtlichen Tariflöhne fallen nicht unter diese
Kategorien.

Bei Auslegung der Richtlinie im Lichte der
Dienstleistungsfreiheit gemäß Art. 49 EGV
120 ergebe sich, dass diese im Verhältnis zum Ziel
des Arbeitnehmerschutzes vorrangig sei.

Allerdings lässt sich aus der Richtlinie nicht
entnehmen, dass den Mitgliedsstaaten nur die
125 Einhaltung eines Schutzminimums erlaubt sein
soll. Dass sich aus der Richtlinie ein
Schutzmaximum für die Dienstleistungsfreiheit
ergeben soll ist ebenso wenig ersichtlich.
Vielmehr folgt aus Art. 3 Abs. 7 Satz 1 der
130 Richtlinie, dass sie der Anwendung für
Arbeitnehmer günstigerer Beschäftigungs- und

Arbeitsbedingungen nicht entgegen stehen.

135 Auch dürfte die Entscheidung des EuGH
inzwischen anders zu bewerten sein.

140 Am 01.12.2009 ist der Vertrag von Lissabon in
Kraft getreten. Damit ist auch die **Charta der
Grundrechte der Europäischen Union (GRC)**
zu einem verbindlichen Bestandteil des
europäischen Rechts geworden. Sie bindet die
Europäische Union sowie alle Mitgliedstaaten
bei der Durchführung von europäischem Recht.
145 Artikel 31 der Charta hat die Überschrift
„gerechte und angemessene
Arbeitsbedingungen“. Art. 31 Abs. 1 GRC
fordert: „Jede Arbeitnehmerin und jeder
Arbeitnehmer hat das Recht auf gesunde, sichere
150 und würdige Arbeitsbedingungen.“

Das **führt zu einer deutlichen Aufwertung des
Arbeitnehmerschutzes**. Ein solcher Schutz ist
mehr, als einfacher Minimalschutz, den der
155 EuGH in seiner Entscheidung vom 3.4.2008 für
geboten hält. Gesunde, sichere und würdige
Arbeitsbedingungen gehen über die einfache
Sicherung des Existenzminimums hinaus. Solche
Bedingungen erfassen auch die Förderung eines
160 ortsüblichen Lohnniveaus, das die Teilnahme am
gesellschaftlichen Leben ermöglicht . Daraus
folgt im Ergebnis das Recht des Staates, bei der
Vergabe öffentlicher Aufträge nicht nur auf die
Zahlung von Mindestlöhnen zu bestehen,
165 sondern darüber hinaus die Beachtung der
einschlägigen Tarife zu fordern.

Hinzukommt, dass auch ohne eine gesetzliche
Verpflichtung z.B. Kommunen eine
170 **Tariftreueerklärung im Rahmen des
Vergabeverfahrens** verlangen können. Die
gemeinschaftsrechtliche Zulässigkeit solcher
vergabefremder Kriterien misst sich zunächst an
den Vergaberichtlinien, inbes. an der RL
175 2004/18/EG. Artikel 18 der Richtlinie stellt klar,
dass „**soziale und umweltbezogene Aspekte**“
**bei der Auftragsvergabe berücksichtigt
werden dürfen**. Art. 53 I der Richtlinie erlaubt
die Berücksichtigung weiterer, nicht
180 abschließend aufgezählter „vergabefremder

Kriterien“. Der EuGH akzeptiert beispielsweise in dem Urteil „Beentjes“ eine Bedingung des öffentlichen Auftraggebers, sonach ein geeigneter Bewerber für den öffentlichen Auftrag in Lage sein müsse, Langzeitarbeitslose einzustellen. Diese und andere Entscheidungen des EuGH sprechen auch dafür, dass eine Tariftreuerklärung, die einem beschäftigungspolitischen und arbeitnehmerschützenden Zweck verfolgen, als „vergabefremdes Kriterium“ gemeinschaftsrechtlich zulässig ist. Sofern dem Transparentsgebot folgend die entsprechende Tariftreuerklärung deutlich macht, auf welchen Tarifvertrag Bezug genommen wird.

Deshalb umfasst der vorgeschlagene Entwurf neben den öffentlichen Bauaufträgen auch alle öffentlichen Dienstleistungsaufträge und damit mehr Branchen als bereits bestehende Tariftreuegesetze in anderen Bundesländern, die lediglich die Branchen nach § 4 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes erfassen.

Durch den Verweis auf die örtlich jeweils geltenden Tariflöhne wird ein deutlich höherer sozialer Schutz erreicht, als er durch den bisherigen Entwurf erreicht worden wäre, welcher lediglich auf die allgemeinverbindlichen Tariflöhne verwies. Die Tariflöhne in allgemeinverbindlichen Tarifverträgen sind regelmäßig deutlich niedriger als in örtlich einschlägigen Tarifverträgen vereinbarte.

Der Anwendungsbereich des Tariftreuegesetzes soll alle öffentliche Aufträge ab einem geschätzten Schwellenwert von 5.000 € erfassen. Der bisherige Entwurf hatte einen Schwellenwert von 20.000 € zum Gegenstand.

Der DGB forderte nachvollziehbar eine Herabsetzung dieses Wertes, da dadurch ein Großteil der öffentlichen Aufträge nicht unter dieses Gesetz gefallen wäre.

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt führt an, dass ca. 85% aller öffentlichen Bauaufträge bundesweit lediglich bei einem

230 Auftragswert von bis zu 10.000 € liegen. Daher
ist ein Schwellenwert von 5.000 € eher geeignet
eine größtmögliche Anzahl von öffentlichen
Aufträgen zu erfassen, ohne dabei jeden
Kleinauftrag einzubeziehen.

235 III. Formulierungsvorschlag eines
entsprechenden Gesetzentwurf

§ 1 Anwendungsbereich

240 Dieses Gesetz gilt für öffentliche Bau- und
Dienstleistungsaufträge im Sinn von § 99 des
Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen
(GWB) des Landes Baden- Württemberg. Es gilt
245 ferner für öffentliche Bau- und
Dienstleistungsaufträge

1. der Gemeinden, Gemeindeverbände und
sonstigen der Aufsicht des Landes Baden-
Württemberg unterstehenden juristischen
250 Personen des öffentlichen Rechts.

2. der Vereinigungen, Einrichtungen und
Unternehmen, deren Anteile sich unmittelbar
oder mittelbar ganz oder überwiegend in der
255 Hand des Landes Baden-Württemberg oder
juristischen Personen nach Nummer 1 befinden,
soweit diese öffentliche Auftraggeber im Sinn
von § 98 GWB sind.

260 die dadurch betroffenen Unternehmen und
Nachunternehmen ab einem geschätzten
Auftragswert von 5.000 €. Für die Schätzung gilt
§ 3 der Vergabeordnung in der Fassung vom
11.2.2003 in der jeweils geltenden Fassung.

265 § 2 Weitergehende Anforderungen

Öffentliche Bau- oder Dienstleistungsaufträge
der in § 1 genannten Auftraggeber dürfen nur an
270 Unternehmen vergeben werden, die sich bei
Angebotsvergabe verpflichten, ihre
Arbeitnehmer bei der Ausführung dieser
Leistungen nach den jeweils in Baden-
Württemberg für Tarifvertragsparteien geltenden
275 Lohntarifen zu entlohnen und dies auch bei ihren
Nachunternehmern sicherzustellen.

280

285

290

295

300

Antragsbereich A&S

Antrag 9

Kennnummer 19

Kreisverband Heidenheim

Freie Heimwahl

Der Parteitag fordert, dass durch Ergänzungen in den entsprechenden Gesetzen, durch Erlasse und durch Ausführungsbestimmungen, sowie durch konkrete Interventionen vor Ort das Recht auf freie Heimwahl gesichert, und der Wettbewerb zwischen privaten und öffentlichen Einrichtungen über Dumping-Löhne verhindert wird. Dabei muss auch erreicht werden, dass zur Ermittlung der notwendigen Kosten für eine angemessene Unterbringung und bei der Definition von „unverhältnismäßigen Mehrkosten“ Einrichtungen, die aufgrund niedriger Entlohnung billiger anbieten können, nicht berücksichtigt werden.

Das geplante Tariftreuegesetz muss auch die

Empfehlung erfolgt mündlich

Finanzierung von Sozialleistungen umfassen und dort zur Durchsetzung des Niveaus der tariflichen Regelungen des öffentlichen Dienstes (TVUK, TV-L, TVöD) führen. Es darf nicht hingenommen werden, dass Sozialleistungen in privaten Einrichtungen zu „Dumping-Löhnen“ erbracht werden müssen, und diese Einrichtungen dann öffentliche Gelder erhalten.

Aufgrund der Dringlichkeit für die betroffenen Bewohner, insbesondere pflegebedürftige Sozialhilfeempfänger, und der Dauer, die die verschiedenen politischen Prozesse benötigen, müssen beide Ansätze, Sozialgesetzgebung und Tariftreuegesetz parallel verfolgt werden.

Unter anderem muss eine Praxis wie in Mannheim, wo eine Liste von Einrichtungen für Sozialhilfeempfänger erstellt wurde, in der keine öffentliche Einrichtung enthalten ist, möglichst sofort unterbunden werden.

40 **Begründung:**

Dieser Antrag wurde gemeinsam mit betroffenen Kolleginnen und Kollegen und Vertretern der Gewerkschaft ver.di entwickelt.

Aktuell führt die Praxis vieler Sozialämter zu unzumutbaren Härten für die Betroffenen, denen z.B. eine Unterbringung in der Nähe ihres sozialen Umfelds verwehrt wird. Das war zum Beispiel nach der Schließung des Heims im Lindenweg in Heidelberg der Fall, als der Rhein-Neckar-Kreis die gemeinsame Verlegung aller Bewohner in ein anderes Heim im selben Stadtteil verweigert hat.

Darüber hinaus führt die Konkurrenz der Heime über den Preis dazu, dass private Träger, die Löhne unterhalb des Tarifniveaus des öffentlichen Dienstes bezahlen, bevorzugt werden.

Auch bei knappen öffentlichen Mitteln ist es nicht akzeptabel, dass die Finanz-Probleme der öffentlichen Hand auf die Pflegebedürftigen und

65 die sie Pflegenden abgewälzt werden.
Der große Adressatenkreis trägt der Tatsache Rechnung, dass das Problem auf allen Ebenen, vom Bund bis in die einzelnen Gemeinden
70 thematisiert und angegangen werden muss.

75

Antragsbereich A&S

Antrag 10

Kennummer 20

AsF Baden-Württemberg

Kultursensible Pflege

Die Landesregierung Baden-Württemberg und der Landtag von Baden-Württemberg werden zur Kontrolle der Agenturen, die ausländische Pflege- und Betreuungskräfte vermitteln, aufgefordert. Darüber hinaus fordern wir im Zuge der angekündigten Implementierung von kultursensibler Pflege Maßnahmen zu ergreifen, um der fortschreitenden Absenkung der Standards im Arbeit- und Sozialschutz von Pflege- und Betreuungskräften Einhalt zu gebieten.

Überweisung an die Landtagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung

Begründung:

15 Besonders die in Privathaushalten beschäftigten Pflege- und Betreuungskräfte aus Osteuropa sind häufig Arbeitsbedingungen ausgesetzt, die nicht den gesetzlichen Vorgaben entsprechen: Sie müssen rund um die Uhr zur Verfügung stehen und besitzen keine in Deutschland gültige Krankenversicherung. Von rund
20 120.000 osteuropäischen Betreuungskräften in Deutschland sind nur etwa 1000 über die
25 ZAV (die zentrale Vermittlungsstelle der Agentur für Arbeit) angemeldet und damit zu vollkommen legalen Bedingungen hier. Die Freizügigkeit seit dem 01.05.2011 erleichtert

30 die legale Beschäftigung, verhindert jedoch nicht illegale Arbeitsverhältnisse. Hier sind Parlament und Regierung gefragt.

Antragsbereich A&S

Antrag 11

Kennnummer 21

AsF Baden-Württemberg

Streikrecht

Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, eine Gesetzesinitiative zu starten, in der der grundsätzliche Ausschluss der Religionsgesellschaften und ihrer Einrichtungen zur Anwendbarkeit der einzelgesetzlichen Regelungen zum kollektiven Arbeitsrecht aufgehoben wird, und dass das Streikrecht aus Artikel 9 Absatz 3 GG auch für Beschäftigte von Kirchen, kirchlichen Einrichtungen und sonstigen Religionsgesellschaften gewährleistet wird.

Annahme und Überweisung an die Bundestagsfraktion

Begründung:

15 In Artikel 140 des Grundgesetzes (der so genannte „Kirchenartikel“), noch aus der Verfassung der Weimarer Republik stammend, heißt es:

20 [...] „Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes.“ [...]

25 Auf Grundlage dieses Artikels haben die großen deutschen Kirchen ein eigenes Arbeitsrechtssystem geschaffen, das sie als „Dritter Weg“ bezeichnen. Kircheninterne Kommissionen regeln die arbeitsrechtlichen Beziehungen und die Entlohnung unabhängig vom außerhalb der Kirchen geltenden Tarifvertragsrecht. Die Kirchen sehen jeden ihrer Mitarbeiter als Teil einer „Dienstgemeinschaft“, die gemeinschaftlich den Grundauftrag der Verkündigung in Wort und Tat ausführt. Daher ist ein Arbeitskampf, mit Aussperrung und Streik, nicht vorgesehen.

40 Diese seit den 1950er Jahren geltende
Regelung wurde von Beginn an von den
Gewerkschaften kritisiert.

45 Die Kirchen sicherten in den damaligen
Verhandlungen zu, dass sie ihre Mitarbeiter,
das Entgelt und die arbeitsrechtlichen
Bedingungen betreffend, nicht schlechter
stellen würde als die Angestellten im
Öffentlichen Dienst. Die Lohnerhöhungen des
öffentlichen Dienstes wurden meist für die
hausinternen, kirchlichen Tarifverträge
50 übernommen.

Davon kann aber heute keine Rede mehr sein.
Einrichtungen wie z.B. Caritas und Diakonie
55 (die beiden größten privaten Arbeitgeberinnen
Deutschlands mit zusammen ca. 1,3 Millionen
Angestellten) setzen immer häufiger
schlechtere Arbeitsbedingungen und geringere
Entlohnung gegenüber den
Mitarbeitervertretungen durch. Dies wird – wie
60 in jedem anderen privat geführten
Unternehmen – mit Konkurrenz und
Kostendruck begründet. Die kirchlichen
Arbeitgeber agieren wie private Arbeitgeber
und verstehen sich als Unternehmer. Dies
65 untergräbt ihre Position unter Verweis auf die
kirchliche Dienstgemeinschaft einen
Arbeitskampf in kirchlichen Einrichtungen
nicht zulassen zu wollen.

70 Es ist also nur recht und billig, dass die
Mitarbeitervertretungen mit den gleich starken
Instrumenten des Arbeitskampfes wie ein
Betriebsrat in der privaten Wirtschaft,
mindestens jedoch mit denen eines Personalrats
75 im öffentlichen Dienst ausgestattet werden.

Eine Übernahme des Tarifvertragssystems mit
dem Recht auf Streik für Beschäftigte bei den
Kirchen, ist daher nur die konsequente Folge.
80

Antrag 12

Kennnummer 22

AfA Baden-Württemberg

Tarifverträge

Für die SPD BW ist nur eine DGB-Nichtbefassung
Gewerkschaft oder der DGB eine
Tarifvertragspartei.

5 **Begründung:**

Immer mehr vermeintliche
Arbeitnehmersvertreter gründen eine
Gewerkschaft. Oft gehen diese Gründungen
10 auf Initiativen aus dem Unternehmerlager
zurück. Gelbe Gewerkschaften haben leider in
Deutschland eine lange Tradition zu Lasten
aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
Die Erfahrungen im Postgewerbe oder bei den
15 Pflegediensten zeigen, wie wichtig eine solche
Regelung ist, um den Betroffenen einen
gerechten Lohn zu sichern und Unternehmen,
die Tariflohn bezahlen, nicht einer
Schmutzkonkurrenz auszusetzen.

20

Antrag 13

Kennnummer 23

AfA Baden-Württemberg

Kurzarbeitergeld

Die SPD Baden-Württemberg fordert den Erhalt
der Kurzarbeiterregelung auf dem bisherigen
Stand oder eine Regelung, die es ermöglicht
diese kurzfristig wieder über eine
5 Rechtsverordnung in Kraft setzen zu können.
Die SPD-Regierungsmitglieder in Baden-
Württemberg werden sich für eine
Bundesratsinitiative einsetzen.

10 **Begründung:**

Die letzte Krise war die schwerste der
Nachkriegszeit. Trotz des gewaltigen

15 Konjunkturreinbruchs konnte durch schnelles
Handeln der SPD – allen voran der damalige
Arbeits- und Sozialminister Olaf Scholz – der
große Einbruch bei den Arbeitsplätzen und
dadurch ein massiver Anstieg der
20 Arbeitslosigkeit verhindert werden. Jedem ist
noch bewusst, dass Teile der CDU und
besonders der FDP Gegner dieses
professionellen Handeln waren. Die Krise wurde
gemeistert, der Aufschwung kam fast so schnell
und so stark wie der Abschwung. Durch die
25 verbesserte Kurzarbeiterregelung und die darauf
aufbauenden Tarifverträge und
Betriebsvereinbarungen waren die
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im
Unternehmen und nicht auf der Straße. Sie
30 waren sofort in der Lage, beim Aufschwung die
Produktionssteigerungen abzarbeiten. Die
deutsche Arbeitsmarktpolitik war mustergültig.
Die Regelung beim Kurzarbeitergeld
ermöglichte Qualifizierungsmaßnahmen
35 während der Kurzarbeit. Die Betriebe, die dies
nutzten um ihre Belegschaft für die Zukunft zu
rüsten, bekamen die Sozialversicherungsbeiträge
der Arbeitnehmer – die sie bei Kurzarbeit zu
tragen haben – von der Arbeitsagentur erstattet.
40 Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen bauen
darauf auf und gestalten die Kosten für
Arbeitnehmer und Arbeitgeber gerecht.

45 Nun hat die schwarz-gelbe Regierung in Berlin
beschlossen, diese so erfolgreiche Regelung
vorzeitig am 31.12.2011 aus dem Gesetz zu
streichen. Damit verlieren alle Tarifverträge und
Betriebsvereinbarungen, die darauf aufbauen,
ihre Wirkung.

50 Für uns als Industrieland Baden-Württemberg
hat dies gewaltige Nachteile. Die Flexibilität der
Kurzarbeiterregelung werden sich die
Unternehmen an anderer Stelle bei den
55 Beschäftigungsverhältnissen in Form von
Leiharbeit und befristeten Arbeitsverhältnissen
holen.

60

Energiewende

Die SPD BW arbeitet mit den Betriebsräten und der Gewerkschaft von Energieversorgungsunternehmen in Baden-Württemberg eng und dialogorientiert zusammen, um die Energiewende zum Motor für Innovationen und gesicherte Arbeitsplätze zu machen.

Ferner fordert die SPD BW alle Verantwortungsträger auf, bei der Gründung von Kommunalen Versorgungseinrichtungen sicherzustellen, dass die beim bisher zuständigen Energieversorgungsunternehmen beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vom neuen Versorger übernommen werden oder ein Übernahmeangebot auf der Basis ihrer bisherigen Tätigkeit erhalten.

Begründung:

Die Energiewende ist richtig und überfällig. Sie schafft Arbeitsplätze, dennoch gibt es in einigen Energieversorgungsunternehmen Sorgen der Mitarbeiter um die Zukunft. Diese Sorgen nehmen wir sehr ernst. Viele, vor allem große Versorgungsunternehmen, haben in der Vergangenheit zu wenig in die Energieversorgung der Zukunft investiert. Jetzt versuchen sie, Ängste unter ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verstärken. Diese Ängste sind unbegründet, denn die Energiewende benötigt gute Fachkräfte. Um den Wandel gut zu gestalten, bedarf es aber einer offenen Kommunikation und gemeinsam erarbeiteter Lösungen einer sozialen und gerechten Umsetzung.

Annahme

Mittelstandsförderung

	Zur Verbesserung des Zugangs zu alternativen Finanzierungsformen für den „kleinen Mittelstand“, also im Bereich der Kleinst- und Kleinunternehmen, sind die nachfolgenden Handlungsoptionen einzuführen bzw. auf deren Umsetzung hinzuwirken:	Empfehlung erfolgt mündlich
5		
	1. Die Schaffung einer Möglichkeit zur Direktantragstellung bei den Förderinstituten (u.a. L-Bank) durch Unternehmen des „kleinen Mittelstandes“	
10		
	2. Die Ausweitung von Förderprogrammen mit einer Haftungsfreistellung für die Hausbank	
15		
	3. Die Absenkung von Mindestvolumina bei Beteiligungs- und Mezzaninprogrammen der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft (MBG)	
20		
	4. Die Absenkung von Mindestvolumina bei den L-EA-Mittelstandsfonds der L-Bank bzw. die Auflegung eines entsprechenden Fonds oder Programms gezielt für den geringeren Finanzierungsbedarf	
25		
	Begründung:	
	Im Bereich von Klein- und Kleinstunternehmen wird im Zuge der Investitionsfinanzierung neben „echtem“ Eigenkapital aus Mitteln des Unternehmens (Cash-Flow-Finanzierung) oder aus dem Privatvermögen des Unternehmers hauptsächlich die Fremdfinanzierung via regulärem Bankdarlehen respektive hausbankvermitteltem Förderdarlehen vorgefunden.	
30		
	Bereits heute klagen viele Unternehmen der betrachteten Größenordnung berechtigt über Situationen, in welchen Aufträge und	
40		

Investitionen mangels flexibler
Finanzierungsmöglichkeiten nicht angegangen
werden können. Der wachsende internationale
45 Wettbewerb lässt eben diese Flexibilität in den
Finanzierungsstrukturen stetig bedeutungsvoller
werden.

Die in den letzten Jahren markant angestiegenen
50 Anforderungen für die Kreditaufnahme bei
Banken und Sparkassen (Sicherheiten, etc.)
sowie die laufende Erweiterung von
Offenlegungspflichten und
Offenlegungswünschen, erschweren die
55 Bankfinanzierung vor allem für den kleinen
Mittelstand zusehends. Die durch die
Umsetzung von Basel III zu erwartende weitere
Verschärfung der Kreditvergaberichtlinien lässt
erwarten, dass sich dieser Trend in den
60 kommenden Jahren weiter dynamisiert.

Eine Rücknahme der Auswirkungen von
internationalen Beschlüssen zur Stabilisierung
des Finanzsystems ist weder sinnvoll noch
65 möglich.

Als wichtiger und prüfenswerter Weg erscheint
daher die Verbesserung des Zugangs zu
alternativen Finanzierungsformen für den
70 „kleinen Mittelstand“:

1) Direktantragstellung bei den Förderinstituten

Eine wichtige Säule im bestehenden
75 Förderungssystem stellen zinsverbilligte
Darlehen der L-Bank dar. Diese werden jedoch
auf Grund des „Hausbank-Prinzips“ nur bei
Antragstellung über ein reguläres Kreditinstitut
i.d.R. als Weiterleitungsdarlehen bereitgestellt.

80 Maßgebliche Anforderungen hinsichtlich
Sicherstellung etc. sind hier von dem
durchleitenden Institut mit dem Kreditnehmer
zu vereinbaren. Dies kann insbesondere im Falle
85 eines bereits bestehenden hohen
Sicherungsbedarfs seitens der Hausbank
problematisch werden.

2) Ausweitung von Förderprogrammen mit

90 Haftungsfreistellung für die Hausbanken

Die Ausweitung von Förderprogrammen mit Haftungsfreistellung bzw. teilweiser Haftungsfreistellung stellt vor dem Hintergrund der, im Zuge der Umsetzung von Basel III zu erwartenden, Verschärfung der Besicherungsanforderungen einen zielführenden Schritt zur Sicherung der Kapitalbeschaffung insbesondere für den „kleinen Mittelstand“ dar.
95 Die haftungsfreigestellten Anteile einer Fremdkapitalfinanzierung belasten die ohnehin häufig bereits sehr strapazierten Sicherstellungsmöglichkeiten der Kreditnehmer nicht.
100

105 3) Absenken von Mindestvolumina bei der MBG

Beteiligungen bzw. andere Mezzanin-Finanzierungsinstrumente seitens der MBG stellen i.d.R. die Anforderung nach einem Mindestvolumen von 1 Mio. Euro. Damit kommt diese Finanzierungsquelle erst bei Investitionsvolumina ab ca. 3 Mio. Euro in Frage und scheidet als Instrument für den kleinen Mittelstand somit häufig aus.
110
115

4) Absenken von Mindestvolumina bei den L-EA-Mittelstandsfonds der L-Bank
120

Bei diesem Beteiligungsprogramm der L-Bank gelten derzeit folgende Mindestvolumina: Beteiligungen 2,5 Mio. Euro, Mezzanin-Finanzierung 1,5 Mio. Euro.
125

130

Antrag 16

Kennnummer 26

Ortsverein Kehl

(Kreisverband Ortenau)

Transparenz

Der Parteitag stellt fest:

Annahme

5 Im deutschen Einzelhandel verdrängen
Niedriglohn- und Minijobs zunehmend die
regulären Arbeitsverhältnisse. Grundlegende
Arbeitsrechte von Beschäftigten werden missachtet
und das Organisationsrecht von
Arbeitnehmervertreter/innen behindert. Unbezahlte
Überstunden in den Filialen deutscher Discounter
10 sind keine Seltenheit.

15 Gleichzeitig steigern Supermarktketten ihren
Umsatz und vergrößern ihre Marktanteile. 85
Prozent des Absatzmarktes liegen inzwischen in
den Händen der vier größten Handelsunternehmen.
Dies geht nicht nur zu Lasten von
Arbeitnehmer/innen in Deutschland. Mit ihrer
Marktmacht drücken Supermarktketten die Preise
gegenüber ihren Lieferanten und diktieren ihnen
20 unfaire Bedingungen in die Verträge. Um mit ihren
Produkten in die Regale der Discounter zu
kommen, zahlen viele Hersteller eine
Leistungsgebühr. Auch unangemessene
Rabattforderungen und nachträgliche Zahlungen
25 bei Übernahmen sind an der Tagesordnung.

30 Diesen Preis- und Kostendruck geben die
Lieferanten weiter an den Anfang der
Lebensmittelkette. Leidtragende sind Erzeuger und
Arbeitnehmer/innen im In- und Ausland, denn für
sie bedeutet das: unbezahlte Überstunden und
Löhne, die nicht ausreichen, um ihre Familie zu
ernähren, und gewerkschaftliche Organisation wird
behindert.

35 Doch nicht nur an Beschäftigungsentgelt und
Lohnnebenkosten wird gespart, sondern auch an
den Zutaten und der Produktionsweise – zu Lasten
von Tieren und Umwelt, und auf Kosten der
Qualität. Verbraucherinnen und Verbraucher
40 werden über Produktinhalte und

Herstellungsbedingungen im Unklaren gelassen
oder gar getäuscht.
In der Landwirtschaft wird über den massiven
Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln die
45 industrielle Massenproduktion vorangetrieben.
Darunter leiden nicht nur die Arbeiter/innen und
Anwohner/innen, die lebensgefährlichen
Chemikalien ausgesetzt sind, sondern auch die
Umwelt und das Klima.

50 Auf EU-Ebene wird derzeit die Verbesserung der
Offenlegung von Informationen nicht finanzieller
Art diskutiert. Mit dem "Single Market Act" hat die
europäische Kommission angekündigt, bis
55 Jahresende einen Gesetzesvorschlag für eine
entsprechende Erweiterung der
Offenlegungspflichten von Unternehmen
vorzulegen. So muss im Rahmen der anstehenden
Reform der Richtlinie 2003/51/EG zur Änderung
60 und Modernisierung der Jahresabschlüsse diese
dahingehend geändert werden, dass Unternehmen
verpflichtet werden, im Rahmen ihrer
Jahresberichte neben den bisher üblichen
Berichtspflichten über finanzielle Aspekte auch
65 umfassend über menschenrechtliche, soziale und
ökologische Bedingungen in Handel und
Zulieferketten, unabhängig von der Auswirkung
auf den Geschäftsbetrieb der Unternehmen, zu
informieren. Einige Nationalstaaten haben in diese
70 Richtung gehende Berichtspflichten bereits
verankert. Deutschland gilt als Nachzügler.

Transparenz ist notwendig, um Unternehmen zu
gesellschaftlich verantwortlichen Verhalten zu
75 bewegen, Verbraucher/innen eine informierte
Entscheidung bei der Wahl ihrer Produkte zu
ermöglichen, und Investoren die Möglichkeit zu
geben, Unternehmen auch in Bezug auf die
sozialen und ökologischen Auswirkungen ihrer
80 Geschäftstätigkeit zu bewerten und entsprechend
investieren zu können.

Der Parteitag fordert,

- 85
- dass Unternehmen, unabhängig von ihrer
Rechtsform, gesetzlich verpflichtet werden,
 - Informationen zur Geschäftspraxis
in Bezug auf Arbeitnehmer- und

- 90 Menschenrechte, Umwelt- und Klimaschutz bei sich und ihren Lieferanten zu veröffentlichen.
- die Hauptlieferanten und Produktionsstandorte offenzulegen und die Herkunft ihrer Produkte zu kennzeichnen.
- 95
- dass unabhängige Stellen die veröffentlichten Informationen regelmäßig überprüfen und Verstöße gegen die Offenlegungspflicht mit Sanktionen belegt werden.
- 100
- dass von Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen Betroffene das Recht erhalten, von den Unternehmen die Offenlegung der relevanten Informationen einzufordern.
- 105

110

115

120

Antragsbereich A&S

Antrag 17

Kennnummer 27

Kreisverband Heidelberg

Musterland guter Arbeit

5 Der Parteitag fordert die Landesregierung und das Parlament auf, durch entsprechende Gesetze, Verordnungen, Erlasse und in den Aufsichtsräten zu erreichen, dass öffentliche Einrichtungen als einheitliche Unternehmen mit einer gemeinsamen Vertretung und einheitlichen tariflichen Regelungen für alle Beschäftigten geführt werden. Die bestehenden Ausgründungen müssen zurück

Überweisung an die Landtagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung

10 geführt werden. Dabei sind alle Beschäftigten
in die Muttergesellschaft zu übernehmen.

Wir erwarten von einer Landesregierung, die
in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart,
15 „Baden-Württemberg zum Musterland Guter
Arbeit (zu) machen“, dass sie dafür sorgt, dass
alle Beschäftigte, die in und für öffentlichen
Einrichtungen arbeiten, auch von den
tariflichen Regelungen des öffentlichen
20 Dienstes (TVUK, TV-L, TVöD) profitieren
und sich an tariflichen Auseinandersetzungen
gemeinsam und gleichberechtigt beteiligen
können.

25 Das im Koalitionsvertrag vereinbarte
Tariftreuegesetz, muss im Ergebnis dazu
führen, dass bei Dienst- und Werkverträgen
das Tarifniveau der vergebenden Einrichtung
nicht unterlaufen wird.

30

Begründung:

Dieser Antrag wurde gemeinsam mit
betroffenen Kolleginnen und Kollegen und
35 Vertretern der Gewerkschaft ver.di entwickelt.

Zur Zeit wird die Möglichkeit, Beschäftigte in
privatrechtlich geführte Töchter öffentlicher
Einrichtungen auszulagern zu massiver
40 Lohndrückerei missbraucht. So wurde von der
Heidelberger Uniklinik im Jahr 2004 eine
„Klinik Service GmbH“ gegründet. Bei den
seither eingestellten Kolleginnen und
Kollegen kommt es zu gravierenden
45 Einkommensverlusten gegenüber dem
Tarifvertrag der Uni-Kliniken Baden
Württemberg (TVUK). Beispielsweise
erhalten vollzeitbeschäftigte Küchenhilfen,
Pforten-, Steri-, Wäscherei-, und andere
50 Mitarbeiter bei Vollzeit und mindestens 6
jähriger Betriebszugehörigkeit 1.722€
monatlich. Damit liegen sie um 526 € unter
dem TVUK, obwohl ihre Wochenarbeitszeit
mit 40 Stunden um fast 4% länger ist. Dabei
55 sind weder Sonderzahlungen, Zuschläge und
Zulagen noch Beiträge zur Altersvorsorge und
Vermögensbildung berücksichtigt, die zu noch

größeren Differenzen führen.

- 60 Die Zersplitterung der Beschäftigten und Ihrer
formalen Arbeitgeber behindert auch die
betriebliche und gewerkschaftliche
Interessenvertretung, weil kollektive
Verhandlungen für alle an einer Einrichtung
65 tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
unmöglich werden.

70

Antragsbereich A&S

Antrag 18

Kennummer 28

Ortsverein Kehl

(Kreisverband Ortenau)

Novellierung SGB IX

- Bisher werden Schwerbehindertenvertretungen
bei organisatorischen und personellen
Tatbeständen lediglich gehört, ohne rechtlich
verbindliche Wirkung für die Arbeitgeber.
5 Deshalb müssen Mitbestimmungstatbestände
(analog zur Betriebsverfassung und dem
Personalvertretungsrecht) für
Schwerbehindertenvertretungen geschaffen
werden. Zudem sind die Vertrauenspersonen
10 der Schwerbehinderten „Einzelkämpfer“. Es
müssen Gremien, analog zu Betriebs- und
Personalräte) in den
Schwerbehindertenvertretungen ab einer
15 bestimmten Anzahl von schwerbehinderten
Beschäftigten gebildet werden können, um die
Arbeit überhaupt noch leisten zu können.
Mit diesen Maßnahmen wird ein Beitrag für
mehr Mitbestimmung in Betrieben und
Behörden geleistet. Somit können die Vorgaben
20 der UN Behindertenrechtskonvention, die
Deutschland ratifiziert hat, in den Betriebe und
Behörden konsequent umgesetzt werden.

25

Überweisung an die sozialdemokratischen
Mitglieder der Landesregierung

Antrag 19

Kennnummer 29

Ortsverein Kilsheim

(Kreisverband Main Tauber)

Praktikumsvergütung

5 In unserer heutigen Bildungsgesellschaft sind Praktika etwas Notwendiges und vielfach auch Voraussetzung für den weiteren Bildungsweg. Sie sorgen dafür dass man einen Einblick in die Arbeitswelt bekommt und stärken die Chancen auf einen guten Arbeitsplatz nach der Ausbildung. Vielfach ersetzen Praktikanten eine Vollzeitkraft über einen längeren Zeitraum. Daher müssen Praktika auch anständig bezahlt werden. 400€ im Monat, wie 10 in der Landesvertretung Baden-Württembergs in Brüssel gezahlt, ist viel zu wenig. 400 Euro reichen gerade so für die Miete. Praktikanten, insbesondere in Landesinstitutionen, dürfen 15 nicht länger als billige Arbeitskräfte ohne Rechte ausgebeutet werden.

20 *Der SPD Landesparteitag möge daher folgende Punkte beschließen:*

In Land sollen folgende Punkte seitens der Regierung umgesetzt werden:

25 1. Den Praktikanten die in den Landesvertretungen in Brüssel oder Berlin ihr Praktikum absolvieren, muss eine Unterkunft gestellt werden,

30 2. Falls das Land keine Unterkunft stellen kann, sollten mindestens 1000€ im Monat gezahlt werden.

35 3. Wenn eine Unterkunft vom Land gestellt wird müssen mindestens 600€ im Monat gezahlt werden.

40 4. Praktikanten in den Landesbehörden Baden-Württembergs müssen mindestens 600€ im Monat erhalten.

Überweisung an die Landtagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung

Begründung:

Wir, die SPD, stehen von jeher für gerechte Löhne und eine gute Behandlung der Arbeiter/innen und Angestellten und treten für Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit ein. Eine monatliche Vergütung von nur 400 Euro macht es schon Studenten und Azubis aus „normalen“ Familien schwer, ein Praktikum in Brüssel oder Berlin zu absolvieren. Von sozialbenachteiligten Bewerbern ganz zu schweigen. Ohne massive finanzielle Unterstützung der Eltern ist dies unmöglich. Kann man auf diese Unterstützung nicht zurückgreifen, und kann keine Praktika vorweisen, ist man bei der späteren Arbeitssuche oder Bewerbung an Universitäten stark benachteiligt. Dies verstößt gegen das Prinzip der Chancengleichheit.

Weiterhin muss sich Leistung auch für Praktikanten lohnen. Sie werden oft sehr schlecht bezahlt obwohl sie mehr als 40 Stunden arbeiten und häufig Vollzeitkräfte ersetzen. Dies muss sich in den Institutionen des Landes Baden-Württemberg ändern. Die SPD hat in BW die Regierungsverantwortung übernommen und kann jetzt endlich solche Ungerechtigkeiten abschaffen.

Antragsbereich A&S

Antrag 20

Kennnummer 30

Ortsverein Tamm

(Kreisverband Ludwigsburg)

SGB II-Regelungen (Hartz IV)

Der Ortsverein Tamm fordert die Bundestagsfraktion auf, ein Gesetz zu formulieren und in den Bundestag einzubringen mit dem Ziel der Unterstützung der Kernpunkte des SPD-Konzeptes „Fairness auf dem Arbeitsmarkt“ vom 15. März 2010 mit den folgenden Ergänzungen:

	?? Keine Heranziehung von selbstgenutztem Wohneigentum bei Hartz-IV-Bezug	Erledigt durch geltendes Recht
10	?? Der längere Bezug von Arbeitslosengeld 1 über das heutige Niveau im SGB II soll abhängig sein von den vorhandenen Arbeitsplätzen am Arbeitsmarkt. Es muss folgende Regel gelten: Solange die Arbeitslosigkeit höher als 5% in den Arbeitsamtsbezirken im Umkreis von 50 km ist, wird Arbeitslosengeld 1 gezahlt.	Ablehnung
15	?? Ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens EUR 8,50 mit Anpassung an die Lohnentwicklung wird eingeführt.	Erledigt durch Beschlusslage
20	?? Leiharbeiter dürfen nur zu gleichem Entgelt und zu gleichen Arbeitsbedingungen beschäftigt werden wie die Stammebelegschaft (Synchronisationsverbot, keine Arbeit unter Tarif). Darüber hinaus schlagen wir die Einführung von betrieblichen bzw. überbetrieblichen Beschäftigungspools vor.	Annahme
25	?? Es werden Hartz-IV-Regelleistungen bezahlt, die eine angemessene Teilhabe am Leben in Deutschland ermöglichen. Dies sind EUR 540 monatlich für Erwachsene.	Erster Satz Annahme Zweiter Satz Ablehnung
30	?? Die Wiedereinführung der früheren Zumutbarkeitsregelung wird angestrebt. Der Grundsatz: „Jede Arbeit ist zumutbar“ (§10 SGB II) entfällt.	Ablehnung
35	?? Die Regelleistung für Kinder soll so hoch sein, dass Kinder davon leben können und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.	Erledigt durch Beschlusslage
40	?? Die Renten- und Krankenversicherungsbeiträge müssen von der Agentur für Arbeit übernommen werden.	
45	?? Das Kindergeld wird nicht auf die Regelleistung angerechnet.	Ablehnung
50	?? Der Mindestbetrag des Elterngeldes (EUR 300,00) wird nicht auf die Regelleistung angerechnet.	Erledigt durch Annahme von G 1 in der Fassung der Antragskommission
	?? Der Ortsverein fordert eine Diskussion der Änderungen der Hartz-Gesetze in allen Gliederungen der Partei.	Nichtbefassung

55 **Begründung:**

Wir benötigen eine kritische Überprüfung der
Arbeitsmarktformen (Änderungen an den

60 Hartz-IV-Gesetzen). Die Kernpunkte des SPD-
Konzeptes „Fairness auf dem Arbeitsmarkt“ wurden im
einzelnen wie folgt entweder geändert oder ergänzt:

65	Kernpunkte <i>SPD-Konzept</i> „Fairness auf dem Arbeitsmarkt“ vom 15. März 2010	OV-Antrag
70	Keine Prüfung des Vermögens bei Hartz-IV- Bezug.	geändert
75	Das Arbeitslosengeld 1 soll statt 12 Monate bis zu 24 Monate gezahlt werden. Voraussetzung: Der Arbeitslose bildet sich beruflich weiter.	geändert
80	Ausbau des sozialen Arbeitsmarktes: 200.000 sozialversicherungspflichtige Jobs für schwer vermittelbare Arbeitslose. Die Annahme der neuen Jobs ist „selbstverständlich freiwillig“.	übernommen
85		
90	Bei Ablehnung zumutbarer Arbeit sollten aber alle bereits vorhandenen Sanktionsmöglichkeiten gelten.	Geändert
95	Den Übergang vom Arbeitslosengeld 1 zu Hartz IV will die SPD	übernommen
100	ebenfalls stärker abfedern. Der bisherige, auf zwei Jahre begrenzte	

105	Übergangszuschlag von bis zu EUR 160,00 im Monat soll so „weiter	
110	entwickelt" werden, dass sich lange Beschäftigungszeiten von Arbeitnehmern darin niederschlagen.	
115	Gesetzlicher Mindestlohn von EUR 8,50.	ergänzt
	Leih- und Zeitarbeit begrenzen durch strengere Regulierung der Zeitarbeit.	geändert

120 **Begründung zu den einzelnen Änderungen der Kernpunkte SPD-Konzept „Fairness auf dem Arbeitsmarkt" vom 15. März 2010:**

125 ?? Uns ist es wichtig, das selbstgenutzte Eigenheim bzw. die Eigentumswohnung zu schützen; damit ist es wichtig, das selbstgenutzte Immobilien bei der Prüfung zum Bezug der Hartz-IV-Regelleistung nicht berücksichtigt wird.

130 ?? Der Bezug von Arbeitslosengeld 1 soll abhängig sein von den vorhandenen Arbeitsplätzen am Arbeitsmarkt. Bei einer regionalen Arbeitslosenquote unter 5% gibt es die Regelleistung. Bei einer Arbeitslosigkeit über 5% soll das Arbeitslosengeld 1 unbeschränkt bezahlt werden; damit werden die Kosten von Arbeitslosigkeit paritätisch zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern geteilt.

140 ?? Der gesetzliche Mindestlohn müsste bei EUR 14,40 liegen, damit es keine Aufstocker gibt. Ein gesetzlicher Mindestlohn EUR 8,50 mit Anpassung an die Lohnentwicklung ist der erste Schritt in die richtige Richtung.

145 ?? Leiharbeit soll nur dazu dienen, Auftragsspitzen abzufangen. Heute dient Leiharbeit vor allem zum Lohndumping; dies ist nicht länger akzeptabel.

150 ?? Die Regelleistung sollte sich am Existenzminimum orientieren. Vor der Regelleistung soll jeder Betroffene

in unserer Gesellschaft überleben können. Darüber hinaus soll die Regelleistung auch die Teilhabe am gesellschaftlichen und sozialen Leben fördern. Diese Regelleistung müsste zwischen EUR 768,00 (Mindestrente) und EUR 989,99 (pfändungsfreies Existenzminimum) liegen. Wir sollten einen Schritt in diese Richtung gehen und stellen daher den oben genannten Antrag und fordern eine Regelleistungen von EUR 540.

160 ?? Der Grundsatz; „Jede Arbeit ist zumutbar“ (§10 SGB II) kann nicht akzeptiert werden, da dies die Betroffenen zu Arbeiten zwingt, für die sie ggf. völlig ungeeignet sind. Dies kann weder im Interesse der Betroffenen noch der Beitragszahler sein. Die Vermittlung muss die Bedürfnisse und Möglichkeiten des einzelnen Arbeitssuchenden berücksichtigen. Die Vermittler sollen sich um die richtige Arbeit für die Arbeitssuchenden bemühen. Dies ist sowohl aus ökonomischer Sicht für unser Staatswesen besser, als auch für den Einzelnen und die Familie des Arbeitssuchenden.

175 ?? Die §23 SGB II (zusätzlich benötigte Leistungen) und 23 SGB II (Abweichende Erbringung von Leistungen) müssen so geändert werden, dass die Agentur für Arbeit besser auf die Bedürfnisse des Einzelnen, insbesondere bei individuellen Härten, eingehen kann. Insbesondere bei Kindern ist eine pauschale Bezifferung der Regelleistung sehr schwierig. Hier sollten wir der Agentur für Arbeit eine Möglichkeit zur Einzelfallregelung an die Hand geben.

185 ?? Die Regelleistung für Kinder muss neu berechnet werden. Sie soll so hoch sein, dass Kinder hiervon leben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Der Bereich der Regelleistung für Kinder soll zwischen EUR 320,00 und EUR 420,00 monatlich liegen. Die Hinzuverdienstgrenze für Kinder muss an die neue Höhe der Regelleistung angepasst werden.

195 ?? Die Ausgestaltung der Leistungen für Arbeitslosengeld-2-Bezieher nach Kassenlage muss beendet werden. Die Rechtssicherheit der Arbeitslosengeld-2-Bezieher und deren Gleichbehandlung mit der arbeitenden Bevölkerung müssen gewahrt werden. Deshalb müssen wir in staatliche Leistungen alle mit einbeziehen. Dies gilt

200 insbesondere für Kinder- und Elterngeld. Auch die
Renten- und Krankenversicherungsbeiträge der
Bezieher von ALG II müssen von der Agentur für
Arbeit übernommen werden.

205 ?? Die Arbeitsmarktreformen wurden und werden in
unserer Partei nicht ausreichend diskutiert. Daher fehlt
es auch an Akzeptanz. Hinzu kommen Probleme sozial
engagierter SPD-Mitglieder, die sich in der SPD oft
nicht mehr verstanden fühlen. Wir fordern daher eine
210 Rückkehr zur offenen Diskussionskultur und sollten
hier mit der Diskussion der Hartz-Gesetze anfangen.

215 ?? Wir sind der Meinung, dass durch eine
Reaktivierung der sozialen Kerninhalte der SPD die
Akzeptanz in der Bevölkerung für die SPD wieder
steigen wird. Ohne Rückbesinnung auf unsere
angestammten sozialdemokratischen Werte ist zu
befürchten, dass die Talfahrt der SPD bei Mitglieder-
und Wählerzahlen weiter gehen wird.

220

225

230

235

240

245

Arbeitsplanung

Antragsbereich AP

Antrag 1

Kennnummer 53

Arbeitsprogramm

			Annahme in folgender Fassung
5	Arbeitsprogramm des SPD Landesverbands 2011-2013		Arbeitsprogramm des SPD Landesverbands 2011-2013
	Motivation und Struktur		Motivation und Struktur
10	Die Mitglieder unserer Partei erhalten durch die Formulierung eines Arbeitsprogramms die Möglichkeit, an der Festlegung der inhaltlichen Leitlinien des SPD Landesverbands für die kommenden zwei		Die Mitglieder unserer Partei erhalten durch die Formulierung eines Arbeitsprogramms die Möglichkeit, an der Festlegung der inhaltlichen Leitlinien des SPD Landesverbands für die kommenden zwei
15	Jahre mitzuwirken, sowie Ideen zur Umsetzung der Diskussion einzubringen.		Jahre mitzuwirken, sowie Ideen zur Umsetzung der Diskussion einzubringen.
20	Im Rahmen der Erstellung und des Beschlusses des Regierungsprogramms wurden umfangreiche inhaltliche Diskussionen geführt unser landespolitischen Ziele für die nächsten fünf Jahre festgelegt. Vieles davon findet sich im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung wieder. Die		Im Rahmen der Erstellung und des Beschlusses des Regierungsprogramms wurden umfangreiche inhaltliche Diskussionen geführt unser landespolitischen Ziele für die nächsten fünf Jahre festgelegt. Vieles davon findet sich im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung wieder. Die
25	Diskussion des Arbeitsprogramms auf dem Landesparteitag bildet den Auftakt für die inhaltlichen Diskussionen der kommenden zwei Jahre und für das Ausfüllen unserer Rolle als Regierungspartei.		Diskussion des Arbeitsprogramms auf dem Landesparteitag bildet den Auftakt für die inhaltlichen Diskussionen der kommenden zwei Jahre und für das Ausfüllen unserer Rolle als Regierungspartei.
30	Die Gliederungen haben über den Sommer die Möglichkeit, sich in den Diskussionsprozess einzubringen, indem sie das Arbeitsprogramm beraten und sich in den		Die Gliederungen haben über den Sommer die Möglichkeit, sich in den Diskussionsprozess einzubringen, indem sie das Arbeitsprogramm beraten und sich in den
35	Diskussionsprozess einbringen. Es muss sichergestellt werden, dass dies auch für Mitglieder ohne „Internetaffinität“ möglich ist. Durch die geänderten Antragsfristen können diese bereits früh in den Gliederungen		Diskussionsprozess einbringen. Es muss sichergestellt werden, dass dies auch für Mitglieder ohne „Internetaffinität“ möglich ist. Durch die geänderten Antragsfristen können diese bereits früh in den Gliederungen zur

40 zur Verfügung gestellt werden.

Das Arbeitsprogramm legt einerseits die inhaltlichen Schwerpunkte fest, skizziert aber auch andererseits die Umsetzung der
45 Diskussionsprozesse innerhalb der Partei und darüber hinaus. Partei, Landtagsfraktion und Regierungsmitglieder bringen sich gemeinsam ein und erarbeiten Ideen zur Verzahnung von Partei, Fraktion und
50 Regierung.

Inhaltliche Schwerpunkte

In den kommenden zwei Jahren werden wir uns fokussiert mit zwei inhaltlichen
55 Schwerpunkten beschäftigen. Wir schlagen folgende inhaltliche Schwerpunkte vor:

• **(Dezentrale) Energieversorgung und
60 Wirtschaftspolitik:** Gemeinsam mit unserem Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid wollen wir den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg als Partner der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie
65 der verantwortlich handelnden innovativen Unternehmen in unserem Land gestalten und stärken. Dabei setzen wir auf die Wachstums- und Zukunftsfelder, wie z.B. Energie- und Umwelttechnik.

Wir wollen eine weitgehend dezentral
70 aufgebaute Energiewirtschaft, bei der große Energieversorger, Stadtwerke und Strom erzeugende Bürgerinnen und Bürger partnerschaftlich und gleichberechtigt eine
75 stabile und preiswerte Stromversorgung sicherstellen. Dazu bedarf es neuer Kooperationen bei Bau und Betrieb der vorhandenen Netze sowie neuer
80 Netzstrukturen (Verstärkung der Mittel- und Niederspannungsnetze). So schaffen wir die Voraussetzungen für einen fairen Wettbewerb unter den zahlreichen kleinen, mittleren und kleinsten Energieeinspeisern der Zukunft, die
85 Strom auf Basis von Kleiner und Großer Windenergie, Photovoltaik, Wasserkraft, Geothermie, Biomasse und Mini-

~~Verfügung gestellt werden.~~

Das Arbeitsprogramm legt einerseits die inhaltlichen Schwerpunkte fest, skizziert aber auch andererseits die Umsetzung der
Diskussionsprozesse innerhalb der Partei und darüber hinaus. Partei, Landtagsfraktion und
Regierungsmitglieder bringen sich gemeinsam ein und erarbeiten Ideen zur Verzahnung von
Partei, Fraktion und Regierung.

Inhaltliche Schwerpunkte

In den kommenden zwei Jahren werden wir uns fokussiert mit zwei inhaltlichen Themen
beschäftigen.

• **(Dezentrale) Energieversorgung und
Wirtschaftspolitik:** Gemeinsam mit unserem Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid wollen wir den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg als Partner der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie
der verantwortlich handelnden innovativen Unternehmen in unserem Land gestalten und stärken. Dabei setzen wir auf die Wachstums- und Zukunftsfelder, wie z.B. Energie- und Umwelttechnik.

Wir wollen eine weitgehend dezentral
aufgebaute Energiewirtschaft, bei der große Energieversorger, Stadtwerke und Strom erzeugende Bürgerinnen und Bürger partnerschaftlich und gleichberechtigt eine
stabile und preiswerte Stromversorgung sicherstellen. Dazu bedarf es neuer Kooperationen bei Bau und Betrieb der vorhandenen Netze sowie neuer
Netzstrukturen (Verstärkung der Mittel- und Niederspannungsnetze). So schaffen wir die Voraussetzungen für einen fairen Wettbewerb unter den zahlreichen kleinen, mittleren und kleinsten Energieeinspeisern der Zukunft, die
Strom auf Basis von Kleiner und Großer Windenergie, Photovoltaik, Wasserkraft, Geothermie, Biomasse und Mini-

	Blockheizkraftwerken erzeugen.
90	<u>Wir setzen uns für eine bezahlbare Energie, insbesondere für Geringverdienerinnen und Geringverdiener ein. Darüber hinaus wollen wir die Auswirkungen der Energiewende auf die individuelle Nutzung prüfen.</u> Wir setzen auf
95	den Dialog mit den Akteuren, insbesondere auch auf kommunaler Ebene, z.B. in Form von Zukunftskongressen <u>über die Förderung der Wachstumsbranchen</u> sowie regionalen und lokalen Wirtschaftsdialogen.
100	Wir setzen für uns eine bezahlbare Energie, insbesondere für Geringverdienerinnen und Geringverdiener ein. Darüber hinaus wollen wir die Auswirkungen der Energiewende auf die individuelle Nutzung prüfen.
105	
110	<p>• Bildung: Unser zentrales landespolitisches Thema ist Bildung. In Regierungsverantwortung haben wir nun die Gestaltungsmöglichkeit, unsere bildungspolitischen Überzeugungen umzusetzen. Wir werden den Prozess des längeren gemeinsamen Lernens, die Überwindung verkrusteter Strukturen und die Erneuerung der schulischen Ausrichtung regelmäßig mit den Mitgliedern der SPD Baden-Württemberg diskutieren, neue Wege beleuchten und den Sachverstand unserer Mitglieder einbeziehen.</p>
115	
120	
125	Darüber hinaus werden wir uns mit dem Thema der Medien- und Netzpolitik beschäftigen. Wir werden den mit der LDK 2.0 begonnenen Dialog im Rahmen des Forums Netzpolitik fortsetzen.
130	Die derzeitige Schuldenkrise in der Europäischen (Währungs-)Union macht deutlich, dass wir Sozialdemokraten und verstärkt dafür einsetzen müssen, dass unsere Forderung, dass die Mitgliedsstaaten mehr als eine gemeinsame Währungspolitik verbinden muss, um zukunftsfähig zu sein. Wir werden hier den Diskussionsprozess zur Zukunft der
135	<u>Forderung nach einer gemeinsamen europäischen Wirtschaftspolitik mehr denn je</u>

	Europäischen Union aktiv begleiten.	<u>von Bedeutung</u> ist. Wir werden hier den Diskussionsprozess zur Zukunft der Europäischen Union aktiv begleiten.
140	Bei der Diskussion dieser Themen setzen wir auf den Sachverstand unserer Mitglieder, das Wissen aus den Ministerien, der Fraktionen und der kommunalen Verantwortungsträger.	Bei der Diskussion dieser Themen setzen wir auf den Sachverstand unserer Mitglieder, das Wissen aus den Ministerien, der Fraktionen und der kommunalen Verantwortungsträger.
145	Regelmäßig werden wir im Rahmen von Landesvorstandssitzungen einzelne Schwerpunktbereiche diskutieren. Wir werden uns aber auch für externen Sachverstand öffnen und in Kooperation mit der Landtagsfraktion Fachtagungen durchführen. Wir werden zuhören, diskutieren und dann Entscheidungen treffen.	Regelmäßig werden wir im Rahmen von Landesvorstandssitzungen einzelne Schwerpunktbereiche diskutieren. Wir werden uns aber auch für externen Sachverstand öffnen und in Kooperation mit der Landtagsfraktion Fachtagungen durchführen. Wir werden zuhören, diskutieren und dann Entscheidungen treffen.
150	Wir werden zuhören, diskutieren und dann Entscheidungen treffen.	Wir werden zuhören, diskutieren und dann Entscheidungen treffen.
	Mitgliederpartei - Regierungspartei	Mitgliederpartei - Regierungspartei
155	Die SPD in Baden-Württemberg steht in der Tradition einer starken Mitgliederpartei, die aktive Beteiligung ermöglicht. Wir nehmen unsere Mitglieder ernst und sind uns der Herausforderung bewusst, dass vor allem in „schnellen“ Regierungszeiten unsere Mitglieder stets beteiligt und informiert werden. Wir werden unsere Mitglieder daher regelmäßig über einen Email-Newsletter über die aktuellen Themen und Aktivitäten der Landtagsfraktion und Landesregierung informieren.	Die SPD in Baden-Württemberg steht in der Tradition einer starken Mitgliederpartei, die aktive Beteiligung ermöglicht. Wir nehmen unsere Mitglieder ernst und sind uns der Herausforderung bewusst, dass vor allem in „schnellen“ Regierungszeiten unsere Mitglieder stets beteiligt und informiert werden. Wir werden unsere Mitglieder daher regelmäßig über einen Email-Newsletter über die aktuellen Themen und Aktivitäten der Landtagsfraktion und Landesregierung informieren.
160	Die SPD in Baden-Württemberg steht in der Tradition einer starken Mitgliederpartei, die aktive Beteiligung ermöglicht. Wir nehmen unsere Mitglieder ernst und sind uns der Herausforderung bewusst, dass vor allem in „schnellen“ Regierungszeiten unsere Mitglieder stets beteiligt und informiert werden. Wir werden unsere Mitglieder daher regelmäßig über einen Email-Newsletter über die aktuellen Themen und Aktivitäten der Landtagsfraktion und Landesregierung informieren.	Die SPD in Baden-Württemberg steht in der Tradition einer starken Mitgliederpartei, die aktive Beteiligung ermöglicht. Wir nehmen unsere Mitglieder ernst und sind uns der Herausforderung bewusst, dass vor allem in „schnellen“ Regierungszeiten unsere Mitglieder stets beteiligt und informiert werden. Wir werden unsere Mitglieder daher regelmäßig über einen Email-Newsletter über die aktuellen Themen und Aktivitäten der Landtagsfraktion und Landesregierung informieren.
165	Die SPD in Baden-Württemberg steht in der Tradition einer starken Mitgliederpartei, die aktive Beteiligung ermöglicht. Wir nehmen unsere Mitglieder ernst und sind uns der Herausforderung bewusst, dass vor allem in „schnellen“ Regierungszeiten unsere Mitglieder stets beteiligt und informiert werden. Wir werden unsere Mitglieder daher regelmäßig über einen Email-Newsletter über die aktuellen Themen und Aktivitäten der Landtagsfraktion und Landesregierung informieren.	Die SPD in Baden-Württemberg steht in der Tradition einer starken Mitgliederpartei, die aktive Beteiligung ermöglicht. Wir nehmen unsere Mitglieder ernst und sind uns der Herausforderung bewusst, dass vor allem in „schnellen“ Regierungszeiten unsere Mitglieder stets beteiligt und informiert werden. Wir werden unsere Mitglieder daher regelmäßig über einen Email-Newsletter über die aktuellen Themen und Aktivitäten der Landtagsfraktion und Landesregierung informieren.
170	Der SPD Landesverband veranstaltet regelmäßig mitgliederoffene Diskussionsveranstaltungen zur Verzahnung von Landtagsfraktion, Regierungsmitgliedern und Partei. Die Mitglieder der SPD Baden-Württemberg erhalten auf diesem Weg die Möglichkeit, sich über die aktuellen Themen von Fraktion und Regierung zu informieren und diese zu diskutieren.	Der SPD Landesverband veranstaltet regelmäßig mitgliederoffene Diskussionsveranstaltungen zur Verzahnung von Landtagsfraktion, Regierungsmitgliedern und Partei. Die Mitglieder der SPD Baden-Württemberg erhalten auf diesem Weg die Möglichkeit, sich über die aktuellen Themen von Fraktion und Regierung zu informieren und diese zu diskutieren.
175	Der SPD Landesverband veranstaltet regelmäßig mitgliederoffene Diskussionsveranstaltungen zur Verzahnung von Landtagsfraktion, Regierungsmitgliedern und Partei. Die Mitglieder der SPD Baden-Württemberg erhalten auf diesem Weg die Möglichkeit, sich über die aktuellen Themen von Fraktion und Regierung zu informieren und diese zu diskutieren.	Der SPD Landesverband veranstaltet regelmäßig mitgliederoffene Diskussionsveranstaltungen zur Verzahnung von Landtagsfraktion, Regierungsmitgliedern und Partei. Die Mitglieder der SPD Baden-Württemberg erhalten auf diesem Weg die Möglichkeit, sich über die aktuellen Themen von Fraktion und Regierung zu informieren und diese zu diskutieren.
180	Wir richten eine zentrale Emailadresse ein, an die sich Mitglieder bei Anregungen und Fragen wenden können. Die Anfragen werden dann zielgerichtet weitergeleitet. Wir setzen uns das Ziel, dass Emailanfragen von Mitgliedern innerhalb von zwei Werktagen	Wir richten eine zentrale Emailadresse ein, an die sich Mitglieder bei Anregungen und Fragen wenden können. Die Anfragen werden dann zielgerichtet weitergeleitet. Wir setzen uns das Ziel, dass Emailanfragen von Mitgliedern innerhalb von zwei Werktagen

	beantwortet werden.	beantwortet werden.
185	Parteireform	Parteireform
190	Die SPD Baden-Württemberg bringt sich aktiv in den Diskussionsprozess um die Reform der Partei ein. Dies gilt auch über den Bundesparteitag im Dezember hinaus. Insbesondere werden wir aber auch dafür Sorge tragen, dass die Beschlüsse des Bundesparteitags in der Partei kommuniziert werden. Wir unterstützen Kreisverbände und Ortsvereine dabei, wenn diese sich für innovative Ansätze bei der Einbindung von Mitgliedern, aber auch von Nichtmitgliedern, entscheiden.	Die SPD Baden-Württemberg bringt sich aktiv in den Diskussionsprozess um die Reform der Partei ein. Dies gilt auch über den Bundesparteitag im Dezember hinaus. Insbesondere werden wir aber auch dafür Sorge tragen, dass die Beschlüsse des Bundesparteitags in der Partei kommuniziert werden. Wir unterstützen Kreisverbände und Ortsvereine dabei, wenn diese sich für innovative Ansätze bei der Einbindung von Mitgliedern, aber auch von Nichtmitgliedern, entscheiden.
200	Landesvorstand	Landesvorstand
205	Wir werden den Landesvorstand als inhaltliches Gremium stärken. Dazu werden wir regelmäßig externe und interne Referenten zu aktuellen politischen Themen in den Landesvorstand einladen. Die Ergebnisse der Diskussionen werden festgehalten und den Mitgliedern des erweiterten Landesvorstandes zur Verfügung gestellt. Erarbeitete Diskussionspapiere können die Grundlage für Anträge des Landesvorstands zu den Landesparteitag darstellen.	Wir werden den Landesvorstand als inhaltliches Gremium stärken. Dazu werden wir regelmäßig externe und interne Referenten zu aktuellen politischen Themen in den Landesvorstand einladen. Die Ergebnisse der Diskussionen werden festgehalten und den Mitgliedern des erweiterten Landesvorstandes zur Verfügung gestellt. Erarbeitete Diskussionspapiere können die Grundlage für Anträge des Landesvorstands zu den Landesparteitag darstellen.
210	Die Mitglieder der Landesregierung berichten in den Landesvorstandssitzungen regelmäßig über die aktuellen Themen und Entwicklungen der Landespartei.	Die Mitglieder der Landesregierung berichten in den Landesvorstandssitzungen regelmäßig über die aktuellen Themen und Entwicklungen der Landespartei.
215	Für jedes SPD-geführte Ministerium sowie für strategisch zentrale andere Themenbereiche werden wir einen Fachbeirat einrichten, der jeweils von einem Landesvorstandsmitglied verantwortlich geleitet wird. Dem Fachbeirat sollen jeweils angehören: Der/die Minister/in sowie vertretungsweise Staatssekretär/innen oder Ministerialdirektor/innen, die zuständigen Sprecher/innen der Landtagsfraktion, Vertreter/innen der Kreisverbände und der Arbeitsgemeinschaften und weitere vom	Für jedes SPD-geführte Ministerium sowie für strategisch zentrale andere Themenbereiche werden wir einen Fachbeirat einrichten, der jeweils von einem Landesvorstandsmitglied verantwortlich geleitet wird. Dem Fachbeirat sollen jeweils angehören: Der/die Minister/in sowie vertretungsweise Staatssekretär/innen oder Ministerialdirektor/innen, die zuständigen Sprecher/innen der Landtagsfraktion, Vertreter/innen der Kreisverbände und der Arbeitsgemeinschaften und weitere vom
220		
225		
230		

<p>Landesvorstand benannte Personen. Dabei sollen neben internen auch externe Experten/innen – beispielsweise aus Wissenschaft, Gewerkschaften und Verbänden – einbezogen werden. Zielsetzung muss hierbei sein, inhaltliche Kompetenz aus Partei, Landtagsfraktion und Regierung sowie externe Expertise zusammenzuführen und Regierungspolitik konkret vorzubereiten und zu begleiten.</p>	<p>sollen neben internen auch externe Experten/innen – beispielsweise aus Wissenschaft, Gewerkschaften und Verbänden – einbezogen werden. Zielsetzung muss hierbei sein, inhaltliche Kompetenz aus Partei, Landtagsfraktion und Regierung sowie externe Expertise zusammenzuführen und Regierungspolitik konkret vorzubereiten und zu begleiten.</p>
	<p><u>Der Landesvorstand setzt eine Arbeitsgruppe zur Reform der Rentenversicherung ein.</u></p>
	<p><u>Wie auf dem Landesparteitag im Mai in Sindelfingen beschlossen, wird der Landesvorstand eine Kommission unter Beteiligung der unterschiedlichen Ebenen und Gliederungen einrichten, die einen Vorschlag für ein neues faires und geschlechtergerechtes Wahlrecht auf Landes- und kommunaler Ebene erarbeiten soll.</u></p>
<p>Weitere Arbeitsfelder des Arbeitsjahres 2011-2013</p>	<p>Weitere Arbeitsfelder des Arbeitsjahres 2011-2013</p>
<p>Das Arbeitsjahr 2011 bis 2013 umfasst auch die Vorbereitung der Bundestagswahl 2013, sowie der Kommunal- und Europawahl 2014. Wir werden frühzeitig diskutieren, wie wir uns vor allem thematisch für diese Wahlen aufstellen. Dies bedeutet für uns auch, das Wahlergebnis der Landtagswahl 2011 zu analysieren, um daraus Lehren für die zukünftige Aufstellung der SPD Baden-Württemberg zu ziehen.</p>	<p>Das Arbeitsjahr 2011 bis 2013 umfasst auch die Vorbereitung der Bundestagswahl 2013, sowie der Kommunal- und Europawahl 2014. Wir werden frühzeitig diskutieren, wie wir uns vor allem thematisch für diese Wahlen aufstellen. Dies bedeutet für uns auch, das Wahlergebnis der Landtagswahl 2011 zu analysieren, um daraus Lehren für die zukünftige Aufstellung der SPD Baden-Württemberg zu ziehen.</p>
<p>Darüber hinaus stehen wir an der Seite der Kreisverbände und Ortsvereine, wenn es darum geht, geeignete Kandidatinnen und Kandidaten für Oberbürgermeister- und Bürgermeisterwahlen zu finden.</p>	<p>Darüber hinaus stehen wir an der Seite der Kreisverbände und Ortsvereine, wenn es darum geht, geeignete Kandidatinnen und Kandidaten für Oberbürgermeister- und Bürgermeisterwahlen zu finden.</p>
	<p><u>Mit Blick auf kommende Wahlen werden wir ein Nachwuchsförderungskonzept mit einem Schwerpunkt auf der Förderung von jungen Frauen auf den Weg bringen.</u></p>

280

285

Antragsbereich AP

Antrag 2

Kennnummer 54

AsF Baden-Württemberg

Nachwuchsförderungskonzept

5 Der SPD-Landesvorstand wird aufgefordert, ein gezieltes Frauen-Nachwuchsförderungskonzept innerhalb der SPD Baden-Württemberg zu erarbeiten und auf allen SPD-Ebenen unverzüglich zu implementieren. Erledigt durch Annahme von AP 1 in der Fassung der Antragskommission (unter weitere Arbeitsfelder in leicht veränderter Fassung übernommen)

Begründung:

10 Da in Gremien der SPD und vor laufenden Kameras permanent gefordert wird, das Gesicht der SPD weiblicher zu gestalten, müssen endlich konkrete Schritte unternommen werden.

15

Antragsbereich AP

Antrag 3

Kennnummer 55

Kreisverband Rottweil

AK Bildung

Überwiesen vom LPT Ulm vom 16.10.2010 Erledigt durch Annahme von AP 1 in der Fassung der Antragskommission.

Antragsbereich P&O

5 Antrag3 (Bildung als inhaltlicher Schwerpunkt, Einrichtung von Beiräten für jedes SPD-geführte Ministerium unter Landesvorstand)

(Kennnummer: 16)
Kreisverband Rottweil

10 Einrichtung eines Arbeitskreis Bildung

"Der Landesparteitag möge die Einrichtung

15 eines „Arbeitskreis Bildung“ im SPD-Landesverband Baden-Württemberg beschließen.“

Begründung:

20 Seit Jahren ist die Bildungspolitik eines der zentralen Politikfelder, in denen die baden-württembergische SPD aktiv ist. Das Thema durchdringt alle Ebenen vom Landesverband bis zum Ortsverein. Aufgrund der Wichtigkeit des Themas haben viele Untergliederungen
25 eigene Bildungs-Arbeitskreise gegründet, um in ihrer Raumschaft gegen die Bildungspolitik der Landesregierung zu Felde zu ziehen und die sozialdemokratischen Konzepte einer modernen Bildungspolitik zu verbreiten.
30 Derzeit fehlt es jedoch noch an einer Struktur auf Landesebene, die diese Initiativen bündelt sowie ihnen Raum zum Austausch ihrer Ideen und Erfahrungen gibt und sie nicht zuletzt an der Weiterentwicklung der Konzepte sowie
35 Strategien zur Verbreitung der sozialdemokratischen Bildungspolitik beteiligt.

40

Antragsbereich AP

Antrag 4

Kennummer 56

AsF Baden-Württemberg

Kommission Wahlrechtsreform

5 Der SPD-Landesvorstand setzt zeitnah, mindestens bis zum Ende des Jahres 2011 eine quotiert besetzte Kommission ein, die sich – wie lt. Beschluss des Landesparteitags vom 7. Mai 2011 festgelegt – mit der Erarbeitung eines Vorschlages für ein neues faires und geschlechtergerechtes Wahlrecht auf Landes- und kommunaler Ebene befasst.

10 **Begründung:**

Auf dem Landesparteitag am 7. Mai 2011 in Sindelfingen ist die Einsetzung dieser

Erledigt durch Annahme von AP 1 in der Fassung der Antragskommission

(Unter Landesvorstand ergänzt gemäß der Beschlusslage vom 7. Mai 2011)

15 Kommission beschlossen und die Zuständigkeit
des Landesvorstands festgelegt worden. Jetzt
gilt es, den Parteitagsbeschluss auch
umzusetzen. Wir können es uns nicht länger
leisten, in Fragen der Gleichstellung lediglich
Lippenbekenntnisse abzugeben und
20 abzuwarten. Gewünscht wird – so war es auch
in der Antragsbegründung vom 7. Mai zu
vernehmen – ein breiter Dialog in der Partei
und auf allen politischen Ebenen. Dieser ist
umso wichtiger, da die Änderung des
25 Wahlrechts letztendlich in die Zuständigkeit
der (unzureichend quotierten) Landtagsfraktion
fällt und deshalb nicht nur die
Wahlrechtsänderung, sondern auch das Thema
„Mangelnde Partizipation bzw. Repräsentation
30 von Frauen in öffentlichen Ämtern“ beinhaltet.

Wenn die SPD nicht weiterhin Wählerinnen
verlieren möchte, sollte sie sich dringend und
möglichst schnell diesem Diskussionsprozess
35 stellen und die notwendigen Grundlagen für die
Gestaltung eines neuen fairen und
geschlechtergerechten Wahlrechts schaffen.
Dafür braucht es Transparenz,
Partizipationsmöglichkeiten und einen breiten
40 Dialog.

Parteireform

Antragsbereich PR

Antrag I

Kennnummer 57

Landesverband Baden-Württemberg

Parteireform

Annahme in folgender Fassung

Mitmachen beim Politikwechsel –

Mitmachen beim Politikwechsel –

5 Demokratie braucht Demokratinnen und Demokratie braucht Demokratinnen und

Demokraten

10 Jede Zeit braucht ihre eigenen Antworten. Für uns als SPD Baden-Württemberg bedeutet dies, dass wir die Vorschläge zur Parteireform begleiten, diskutieren und unter Beteiligung der Mitglieder den Blick nach vorn wagen. Wir haben uns auf den Weg gemacht, die
15 organisationspolitischen Fragen unserer Partei anzugehen.

Demokratische Tradition und demokratischer Fortschritt

20 Die SPD in Baden-Württemberg bringt einen großen Erfahrungsschatz ein. Wir stehen in der Tradition Carlo Schmid, der prägend für die Ausarbeitung der demokratischen
25 Verfassung nach dem Krieg war. Im Jahr 2000 haben die Mitglieder der SPD Baden-Württemberg die Spitzenkandidatur zur Landtagswahl per Urwahl entschieden. 2009 folgte die Urwahl zum Landesvorsitz. Unsere
30 Landtagsfraktion startete schon früh Initiativen für mehr direkte Demokratie. Auch für Nicht-Mitglieder waren und sind wir offen, ob auf Kommunalwahllisten oder bei den Arbeitsgemeinschaften. Im
35 Landtagswahlkampf 2011 setzten wir mit unserer Forderung nach einer Volksabstimmung zu „Stuttgart 21“ und unserer Dialog-Tour neue Akzente. Der Koalitionsvertrag wurde per Mitgliedervotum
40 angenommen. Der Landesvorstand hat zudem beschlossen, regelmäßig Sachentscheidungen durch die Mitgliedschaft herbeizuführen. Unser Wille, Mitglieder stärker an Personal- und Sachentscheidungen zu beteiligen soll
45 auch in der Bundes-SPD Gewicht bekommen. Wir wollen, dass die SPD häufiger ihre Mitglieder fragt und bei Personalentscheidungen alle Mitglieder beteiligt werden. Wichtig ist uns eine enge
50 Verzahnung von Partei und Fraktionen.

Wir werden unsere repräsentative Demokratie durch mehr direkte Demokratie ergänzen. Dies bedeutet, dass wir auf stärkere

Demokraten

Jede Zeit braucht ihre eigenen Antworten. Für uns als SPD Baden-Württemberg bedeutet dies, dass wir die Vorschläge zur Parteireform begleiten, diskutieren und unter Beteiligung der Mitglieder den Blick nach vorn wagen. Wir haben uns auf den Weg gemacht, die
15 organisationspolitischen Fragen unserer Partei anzugehen.

Demokratische Tradition und demokratischer Fortschritt

20 Die SPD in Baden-Württemberg bringt einen großen Erfahrungsschatz ein. Wir stehen in der Tradition Carlo Schmid, der prägend für die Ausarbeitung der demokratischen
25 Verfassung nach dem Krieg war. Im Jahr 2000 haben die Mitglieder der SPD Baden-Württemberg die Spitzenkandidatur zur Landtagswahl per Urwahl entschieden. 2009 folgte die Urwahl zum Landesvorsitz. Unsere
30 Landtagsfraktion startete schon früh Initiativen für mehr direkte Demokratie. Auch für Nicht-Mitglieder waren und sind wir offen, ob auf Kommunalwahllisten oder bei den Arbeitsgemeinschaften. Im
35 Landtagswahlkampf 2011 setzten wir mit unserer Forderung nach einer Volksabstimmung zu „Stuttgart 21“ und unserer Dialog-Tour neue Akzente. Der Koalitionsvertrag wurde per Mitgliedervotum
40 angenommen. Der Landesvorstand hat zudem beschlossen, regelmäßig Sachentscheidungen durch die Mitgliedschaft herbeizuführen. Unser Wille, Mitglieder stärker an Personal- und Sachentscheidungen zu beteiligen soll
45 auch in der Bundes-SPD Gewicht bekommen. Wir wollen, dass die SPD häufiger ihre Mitglieder fragt und bei Personalentscheidungen alle Mitglieder beteiligt werden. Wichtig ist uns eine enge
50 Verzahnung von Partei und Fraktionen.

Wir werden unsere repräsentative Demokratie durch mehr direkte Demokratie ergänzen. Dies bedeutet, dass wir auf stärkere

55 Bürgerbeteiligung wertlegen und uns dafür einsetzen, die Hürden für Volksbegehren abzusenkten. Wir werden das Petitionsrecht weiterentwickeln und die Online-Petition ermöglichen. Landrätinnen und Landräte
60 sollen in Baden-Württemberg zukünftig direkt gewählt werden.

Außerdem werden wir das Wahlalter in einem ersten Schritt bei kommunalen Wahlen auf 16
65 Jahre absenkten. Jugendgemeinderäte werden künftig ein verbindliches Rede- und Antragsrecht im Gemeinderat erhalten.

70 **Die demokratischste Partei für die modernste Demokratie**

Wir streben eine neue Beteiligungskultur an. Damit meinen wir den Willen zu echter, kontinuierlicher Beteiligung mit klaren
75 Regeln und einem transparenten Verfahren. Wir werden neue Beteiligungsmöglichkeiten sowohl für unsere Mitglieder, als auch für uns nahe stehende Mitbürgerinnen und Mitbürger schaffen. Wir wollen alle vorhandenen
80 Fähigkeiten und das Wissen unser Mitglieder und unserer Gesellschaft abrufen. Dies bedeutet, dass niemand aufgrund seiner sozialen Situation ausgeschlossen werden darf. Zugleich müssen Arbeitsformen, Veranstaltun-
85 gszeiten und unsere Sprache größtmögliche Teilhabe sicher stellen. Das Demokratische und das Soziale gehören für uns zusammen.

90 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen um das Primat der Politik. Nicht von Märkten und für Märkte sondern von Menschen und für die Menschen in unserem Land muss Politik gestaltet
95 werden.

Unsere Position zur Parteireform der SPD

100 Wir unterstützen die Parteireform der SPD als Schritt in einen kontinuierlichen Prozess.

Was wir erreichen wollen	Was wir erreichen wollen
<p>105 Wir wollen die SPD als Mitgliederpartei stärken, unseren Mitgliedern mehr Wertschätzung entgegenbringen und sie in Sach- und Personalfragen stärker beteiligen. Nur unter dieser Voraussetzung wollen wir</p> <p>110 auch eine stärkere Öffnung und mehr, auch projektformige Beteiligungsmöglichkeiten von Sympathisantinnen und Sympathisanten, sowie Stammwählerinnen und Stammwählern.</p>	<p>Wir wollen die SPD als Mitgliederpartei stärken, unseren Mitgliedern mehr Wertschätzung entgegenbringen und sie in Sach- und Personalfragen stärker beteiligen. Nur unter dieser Voraussetzung wollen wir auch eine stärkere Öffnung und mehr, auch projektformige Beteiligungsmöglichkeiten von Sympathisantinnen und Sympathisanten, sowie Stammwählerinnen und Stammwählern.</p>
<p>115 Wir wollen Strukturveränderungen vor Ort gemeinsam entwickeln und nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg entscheiden. Unsere Partei hat wie viele andere Organisationen deutlich weniger Mitglieder</p> <p>120 als noch in den 70ern und 80ern. Wir wollen daher nicht mehr Gremien, sondern weniger Gremien.</p>	<p>Wir wollen Strukturveränderungen vor Ort gemeinsam entwickeln und nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg entscheiden. Unsere Partei hat wie viele andere Organisationen deutlich weniger Mitglieder als noch in den 70ern und 80ern. Wir wollen daher nicht mehr Gremien, sondern weniger Gremien.</p>
<p>Wir wollen mit der Reform der Partei mehr</p> <p>125 Mitgliederbeteiligung ermöglichen. Unsere Beteiligungskultur ändern wir durch handeln. Satzungsänderungen sind hierfür kein Selbstzweck sondern dienen diesem Ziel.</p>	<p>Wir wollen mit der Reform der Partei mehr Mitgliederbeteiligung ermöglichen. Unsere Beteiligungskultur ändern wir durch handeln. Satzungsänderungen sind hierfür kein Selbstzweck sondern dienen diesem Ziel.</p>
<p>130</p>	
<p>Mehr Wertschätzung und Beteiligungsrechte für Mitglieder, mehr Beteiligungsangebote für 135 Sympathisantinnen und Sympathisanten</p>	<p>Mehr Wertschätzung und Beteiligungsrechte für Mitglieder, mehr Beteiligungsangebote für Sympathisantinnen und Sympathisanten</p>
<p>Konkret wollen wir...</p>	<p>Konkret wollen wir...</p>
<p>140 ...dass die Kreisverbände, wo sinnvoll und möglich, Delegiertenversammlungen durch Mitgliedervollversammlungen ersetzen.</p>	<p>(1) dass die Kreisverbände, wo sinnvoll und möglich, Delegiertenversammlungen durch Mitgliedervollversammlungen ersetzen.</p>
<p>145 ...dass der Bundesparteitag vergrößert wird. Die Vergrößerung des Bundesparteitages muss aber zu einer Verbreiterung der Basisbeteiligung und nicht zu einer verstärkten Vertretung durch Mandatsträger in diesem höchsten Gremium der Partei führen.</p>	<p>(2) dass der Bundesparteitag vergrößert wird. Die Vergrößerung des Bundesparteitages muss aber zu einer Verbreiterung der Basisbeteiligung und nicht zu einer verstärkten Vertretung durch Mandatsträger in diesem höchsten Gremium der Partei führen.</p>
<p>150</p>	<p>(3) <u>einen kleinen Parteitag, dem 200 von den</u></p>

155		<u>Bezirks- und Landesverbänden zu wählende Delegierte angehören. Der Parteikonvent tagt in Jahren, in denen kein Bundesparteitag statt findet, mindestens zweimal im Jahr. In den anderen Jahren findet er mindestens einmal statt. Er ist das höchste Beschlußgremium zwischen den Parteitag.</u>
160	...dass Delegiertenwahlen zu Kongressen und Parteitag der Europäischen Sozialdemokratie auf dem Bundesparteitag erfolgen.	(4) dass Delegiertenwahlen zu Kongressen und Parteitagen <u>den Räten</u> der Europäischen Sozialdemokratie auf dem Bundesparteitag erfolgen.
165	...lebendigere Parteitage durch Diskussionsforen auch außerhalb des Plenums (z.B. durch Arbeitsforen zu Themen), verbindliche Redezeiten für alle, mit Pausen um konzentriertes Arbeiten zu ermöglichen	(5) lebendigere Parteitage durch Diskussionsforen auch außerhalb des Plenums (z.B. durch Arbeitsforen zu Themen), verbindliche Redezeiten für alle, mit Pausen um konzentriertes Arbeiten zu ermöglichen
170	und Parteitage, die an Wochenenden stattfinden, um Berufstätigen die Teilnahme zu erleichtern.	und Parteitage, die an Wochenenden stattfinden, um Berufstätigen die Teilnahme zu erleichtern.
175	... Mitgliederinitiativen um wichtige Themen auf die Agenda setzen zu können. Das Antragsrecht für Mitglieder wird nach einem definierten Schlüssel je nach Ebene festgelegt zum Beispiel für Ortsvereine 5 Mitglieder, für Kreisparteitage mindestens 10 Mitglieder,	(6) Mitgliederinitiativen um wichtige Themen auf die Agenda setzen zu können. Das Antragsrecht für Mitglieder wird nach einem definierten Schlüssel je nach Ebene festgelegt zum (Beispiel für Ortsvereine 5 Mitglieder, für Kreisparteitage mindestens 10 Mitglieder,
180	zum Landesparteitag 100 Mitglieder und auf Bundesparteitagen 1000 Mitglieder.	zum Landesparteitag 100 Mitglieder und auf Bundesparteitagen 1000 Mitglieder.)
185	... Mitgliederbefragungen und öffentliche Anhörungen zur Orientierung während der Willensbildung.	(7) Mitgliederbefragungen und öffentliche Anhörungen zur Orientierung während der Willensbildung.
190	... Mitgliederentscheide zu Sachfragen als Abschluss eines Diskussionsprozesses. Hierfür wollen wir die Absenkung des Quorums auf 20 Prozent und die Möglichkeit der Briefwahl eröffnen.	(8) Mitgliederentscheide zu Sachfragen als Abschluss eines Diskussionsprozesses. Hierfür wollen wir die Absenkung des Quorums auf 20 Prozent und die Möglichkeit der Briefwahl eröffnen. <u>Dabei soll zukünftig ein Mitgliederbegehren zustande kommen, wenn dieses von 5% der Mitglieder unterstützt wird. Die Frist zum Sammeln der</u>
195		<u>Unterschriften wird auf 6 Monate erhöht. Für den Mitgliederentscheid ist eine Beteiligung der stimmberechtigten Parteimitglieder von 1/4 zukünftig ausreichend. Gleichzeitig soll</u>

200		<u>der Bundesvorstand ein Verfahren erarbeiten, welches die neuen Kommunikationsmedien für solche Abstimmungen stärker einbindet.</u>
205	... Urwahlen von Kandidierenden für öffentliche Ämter und Spitzenfunktionen in der Partei mit der Möglichkeit der Brief- wie auch der Urnenwahl.	(9) Urwahlen von Kandidierenden <u>wo sinnvoll und möglich</u> für öffentliche Ämter und Spitzenfunktionen in der Partei mit der Möglichkeit der Brief- wie auch der Urnenwahl. <u>Das gilt entsprechend für die SPE, insbesondere für die Aufstellung eines/r Spitzenkandidaten/in für das Amt des/r</u>
210		<u>Kommissionspräsidenten/in</u>
215	... beteiligungsorientierte Veranstaltungsformate auf allen Ebenen, wie wir sie unter anderem in der Kommunalakademie, der 100-Dialoge-Tour oder bei den Regionalkonferenzen zur Parteireform erprobt haben.	(10) beteiligungsorientierte Veranstaltungsformate auf allen Ebenen, wie wir sie unter anderem in der Kommunalakademie, der 100-Dialoge-Tour oder bei den Regionalkonferenzen zur Parteireform erprobt haben.
220	... dass Mitglieder bei allen Sach- und Personalentscheidungen das Letztentscheidungsrecht haben. Als offene und diskussionsfreudige Partei will die SPD es den Kreis- und Landesverbänden ermöglichen, auch Nichtmitglieder an	(11) dass Mitglieder bei allen Sach- und Personal-entscheidungen das Letzt-entscheidungsrecht haben. Als offene und diskussionsfreudige Partei will die SPD es den Kreis- und Landesverbänden ermöglichen, auch Nichtmitglieder an
225	Personalentscheidungen im Vorfeld zu beteiligen. Zur Umsetzung dieser Beteiligung bis hin zu Vorwahlen gibt es ein Regelwerk der SPD, welches geeignet ist, Missbrauch auszuschließen. Ob Vorwahlen durchgeführt werden, wird in dem für die Wahl zuständigen Gremium entschieden.	Personalentscheidungen im Vorfeld zu beteiligen. Zur Umsetzung dieser Beteiligung bis hin zu Vorwahlen gibt es ein Regelwerk der SPD, welches geeignet ist, Missbrauch auszuschließen. Ob Vorwahlen durchgeführt werden, wird in dem für die Wahl zuständigen Gremium entschieden.
230		
235	... projektförmiges, zeitlich befristetes, ergebnisorientiertes Mit-Arbeiten anbieten auch über alle Parteiebenen hinweg – sei es thematisch oder aktionsbezogen, für Mitglieder und Nicht-Mitglieder gemeinsam. Eine Möglichkeit der Unterstützung hierfür bietet der Innovationsfonds.	(12) projektförmiges, zeitlich befristetes, ergebnisorientiertes Mit-Arbeiten anbieten auch über alle Parteiebenen hinweg – sei es thematisch oder aktionsbezogen, für Mitglieder und Nicht-Mitglieder gemeinsam. Eine Möglichkeit der Unterstützung hierfür bietet der Innovationsfonds. <u>Durch den Innovationsfonds dürfen Ortsvereine und Kreisverbände finanziell nicht belastet werden.</u>
240		
245	... als debattenoffene Partei auch von unseren	(13) als debattenoffene Partei auch von

<p>Gremien eingesetzten Projektgruppen und VertreterInnen uns nahestehender Organisationen Antragsrecht auf der jeweiligen Parteiebene geben. Selbstverständlich müssen die Anträge mit den Grundsätzen unserer Partei vereinbar sein. Antragstellerinnen und Antragsteller haben Rederecht in unseren Gremien.</p>	<p>unseren Gremien eingesetzten Projektgruppen <i>und VertreterInnen uns nahestehender Organisationen</i> Antragsrecht auf der jeweiligen Parteiebene geben. <u>Ein themenbezogenes Antrags- und Rederecht für Verbände und Gewerkschaften ist grundsätzlich positiv zu bewerten und soll eingeführt werden.</u> zu welcher Konferenz bzw. zu welchem Parteitag es eingesetzt wird, entscheidet die jeweilige Ebene autonom (also zum Beispiel der Kreisverband). <i>Selbstverständlich müssen die Anträge mit den Grundsätzen unserer Partei vereinbar sein. Antragstellerinnen und Antragsteller haben Rederecht in unseren Gremien.</i></p>
<p>250</p> <p>255</p> <p>260</p>	<p>bzw. zu welchem Parteitag es eingesetzt wird, entscheidet die jeweilige Ebene autonom (also zum Beispiel der Kreisverband). <i>Selbstverständlich müssen die Anträge mit den Grundsätzen unserer Partei vereinbar sein. Antragstellerinnen und Antragsteller haben Rederecht in unseren Gremien.</i></p>
<p>265</p> <p>... mehr Unterstützungsangebote für unsere Funktionsträgerinnen und Funktionsträger: Schulungen nicht nur von Ortsvereinsvorsitzenden, sondern von gesamten Vorständen – und dies nicht nur organisatorisch, sondern auch inhaltlich</p>	<p>(14) mehr Unterstützungsangebote für unsere Funktionsträgerinnen und Funktionsträger: Schulungen nicht nur von Ortsvereinsvorsitzenden, sondern von gesamten Vorständen – und dies nicht nur organisatorisch, sondern auch inhaltlich</p>
<p>270</p> <p>Wir verstehen die Reform unserer Partei als einen dauerhaften Prozess, der nicht mit den jetzigen Parteitagen abgeschlossen sein kann. Alle offenen und offen bleibenden Fragen aus den bisherigen Diskussionen zur Parteireform</p> <p>275</p> <p>in Baden-Württemberg sollen daher durch den Landesvorstand in das Arbeitsprogramm für die kommende Amtszeit aufgenommen und weiterbearbeitet werden.</p>	<p>Wir verstehen die Reform unserer Partei als einen dauerhaften Prozess, der nicht mit den jetzigen Parteitagen abgeschlossen sein kann. Alle offenen und offen bleibenden Fragen aus den bisherigen Diskussionen zur Parteireform in Baden-Württemberg sollen daher durch den Landesvorstand in das Arbeitsprogramm für die kommende Amtszeit aufgenommen und weiterbearbeitet werden.</p>
<p>280</p> <p>Was wir nicht wollen</p> <p>Wir lehnen es ab, noch mehr dauerhafte Strukturen zu schaffen oder gar eine Parallelstruktur mit Zweiklassencharakter.</p>	<p>Was wir nicht wollen</p> <p>Wir lehnen es ab, noch mehr dauerhafte Strukturen zu schaffen oder gar eine Parallelstruktur mit Zweiklassencharakter.</p>
<p>285</p> <p>Die Zukunft der SPD</p> <p>Veränderungen hin zu mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität erreichen wir nur, wenn wir viele für unsere Ziele begeistern, mitnehmen und zum Mitmachen gewinnen. Schon die Gründungsgeneration der SPD wusste: Es geht zuerst um die Demokratie. Das ist unser Auftrag und unsere</p> <p>290</p>	<p>Die Zukunft der SPD</p> <p>Veränderungen hin zu mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität erreichen wir nur, wenn wir viele für unsere Ziele begeistern, mitnehmen und zum Mitmachen gewinnen. Schon die Gründungsgeneration der SPD wusste: Es geht zuerst um die Demokratie. Das ist unser Auftrag und unsere</p>

295 Verpflichtung – und eine schöne und spannende Aufgabe zugleich!

Begründung:

300 Die SPD Baden-Württemberg hat zunächst einen Lenkungskreis eingesetzt, um den Diskussionsprozess zu organisieren. Daraufhin fanden in allen Bezirken
305 Kreis- und Ortsvereinen haben wir die Vorschläge der organisationspolitischen Kommission der Bundespartei zur Parteireform diskutiert. Viele Mitglieder haben sich bei den Veranstaltungen, in den
310 Online-Foren und Blogs der Partei eingebracht, sowie Briefe und Emails geschrieben. Über den Vorwärts haben wir unsere Mitglieder breit eingebunden und über Termine und den aktuellen Diskussionsstand
315 informiert und zum Mitmachen aufgefordert.

Viele unserer Mitglieder haben sich mit wertvollen Beiträgen, Bedenken und konstruktiver Kritik eingebracht. Wir haben
320 diese vielen verschiedenen Beiträge strukturiert und aufgegriffen, um gemeinsam den nun vorliegenden Antragsentwurf zu formulieren. Diesen Entwurf stellen wir nun zur Diskussion.

325 Die SPD hat den Menschen in Baden-Württemberg einen Politikwechsel angeboten. Einen echten Wechsel auch im Stil, Politik zu machen. Wir haben die modernste Demokratie
330 für das modernste Land versprochen. Daran werden wir uns messen – in Baden-Württemberg und auch innerhalb unserer Partei.

335 Ein neuer demokratischer Aufbruch in Baden-Württemberg tut Not. Die Menschen sind nicht politikverdrossen, sondern verdrossen davon, wie in unserem Land lange Zeit Politik gemacht wurde. Dies äußert sich in
340 abnehmendem Vertrauen in Politik, sinkender Wahlbeteiligung, schwindenden Mitgliedszahlen der Parteien, in Protest, aber

Verpflichtung – und eine schöne und spannende Aufgabe zugleich!

Begründung:

Die SPD Baden-Württemberg hat zunächst einen Lenkungskreis eingesetzt, um den Diskussionsprozess zu organisieren. Daraufhin fanden in allen Bezirken
Kreis- und Ortsvereinen haben wir die Vorschläge der organisationspolitischen Kommission der Bundespartei zur Parteireform diskutiert. Viele Mitglieder haben sich bei den Veranstaltungen, in den
Online-Foren und Blogs der Partei eingebracht, sowie Briefe und Emails geschrieben. Über den Vorwärts haben wir unsere Mitglieder breit eingebunden und über Termine und den aktuellen Diskussionsstand
informiert und zum Mitmachen aufgefordert.

Viele unserer Mitglieder haben sich mit wertvollen Beiträgen, Bedenken und konstruktiver Kritik eingebracht. Wir haben diese vielen verschiedenen Beiträge strukturiert und aufgegriffen, um gemeinsam den nun vorliegenden Antragsentwurf zu formulieren. Diesen Entwurf stellen wir nun zur Diskussion.

Die SPD hat den Menschen in Baden-Württemberg einen Politikwechsel angeboten. Einen echten Wechsel auch im Stil, Politik zu machen. Wir haben die modernste Demokratie für das modernste Land versprochen. Daran werden wir uns messen – in Baden-Württemberg und auch innerhalb unserer Partei.

Ein neuer demokratischer Aufbruch in Baden-Württemberg tut Not. Die Menschen sind nicht politikverdrossen, sondern verdrossen davon, wie in unserem Land lange Zeit Politik gemacht wurde. Dies äußert sich in abnehmendem Vertrauen in Politik, sinkender Wahlbeteiligung, schwindenden Mitgliedszahlen der Parteien, in Protest, aber

	auch in neuen Beteiligungswünschen.	auch in neuen Beteiligungswünschen.
345	Die SPD ist Demokratiepartei. Wer, wenn nicht wir, sind dazu berufen, diesen neuen demokratischen Aufbruch zu schaffen? Die Durchsetzung der Demokratie im 19. Jahrhundert, die Einführung des	Die SPD ist Demokratiepartei. Wer, wenn nicht wir, sind dazu berufen, diesen neuen demokratischen Aufbruch zu schaffen? Die Durchsetzung der Demokratie im 19. Jahrhundert, die Einführung des
350	Frauenwahlrechts, Willy Brandts „Mehr Demokratie wagen“ – untrennbar ist die Geschichte der Sozialdemokratie verwoben mit der Demokratisierung unseres Landes.	Frauenwahlrechts, Willy Brandts „Mehr Demokratie wagen“ – untrennbar ist die Geschichte der Sozialdemokratie verwoben mit der Demokratisierung unseres Landes.
355	Die Wahl vom 27. März 2011 hat den Wechsel in Baden-Württemberg gebracht. Wir haben den Bürgerinnen und Bürgern ein neues politisches Klima versprochen – versprochen und gehalten: Der Volksentscheid zu Stuttgart	Die Wahl vom 27. März 2011 hat den Wechsel in Baden-Württemberg gebracht. Wir haben den Bürgerinnen und Bürgern ein neues politisches Klima versprochen – versprochen und gehalten: Der
360	21 kommt noch in diesem Jahr. Und auch in der Bildungspolitik setzen wir neue Akzente: Verantwortliche in den Kommunen, Schülerinnen und Schüler mit ihren Eltern und Lehrerinnen und Lehrer können nun	Volksentscheid zu Stuttgart 21 kommt noch in diesem Jahr. Und auch in der Bildungspolitik setzen wir neue Akzente: Verantwortliche in den Kommunen, Schülerinnen und Schüler mit ihren Eltern und Lehrerinnen und Lehrer können nun
365	Bildungspolitik von unten gestalten. Wir stülpen nichts über, sondern entwickeln passende Lösungen mit den Betroffenen vor Ort.	Bildungspolitik von unten gestalten. Wir stülpen nichts über, sondern entwickeln passende Lösungen mit den Betroffenen vor Ort.
370	Die SPD Baden-Württemberg – die demokratischste Partei für die modernste Demokratie, das wollen wir sein. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, vertrauen wir unseren Mitgliedern. und denen, die sich an	Die SPD Baden-Württemberg – die demokratischste Partei für die modernste Demokratie, das wollen wir sein. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, vertrauen wir unseren Mitgliedern. und denen, die sich an
375	uns wenden. Bevor wir Geschlossenheit einfordern können, müssen wir offene Debatten führen und fair miteinander umgehen. Wir dürfen den Widerspruch nicht nur zulassen sondern Meinungsvielfalt als	uns wenden. Bevor wir Geschlossenheit einfordern können, müssen wir offene Debatten führen und fair miteinander umgehen. Wir dürfen den Widerspruch nicht nur zulassen sondern Meinungsvielfalt als
380	Chance zu besseren und breiter akzeptierten Lösungen begreifen. Sachentscheidungen dürfen keine Personenschicksale sein, das ist notwendig für mehr Beteiligung.	Chance zu besseren und breiter akzeptierten Lösungen begreifen. Sachentscheidungen dürfen keine Personenschicksale sein, das ist notwendig für mehr Beteiligung.
385	Wir hören zu und setzen auf Transparenz und einen Informationsfluss auf vielen Kanälen und in beide Richtungen. In unseren Veranstaltungen ist Raum, sich mit seinen eigenen Anliegen zu Wort zu melden und	Wir hören zu und setzen auf Transparenz und einen Informationsfluss auf vielen Kanälen und in beide Richtungen. In unseren Veranstaltungen ist Raum, sich mit seinen eigenen Anliegen zu Wort zu melden und
390	dafür Gehör zu finden. Wir laden nicht nur	dafür Gehör zu finden. Wir laden nicht nur

ein, sondern gehen auch verstärkt hin, insbesondere zu denen, die kaum eine Stimme in unserem Land haben. Denn unser repräsentatives System funktioniert nur, wenn die Gewählten –Mandatsträger, wie Delegierte – ein echtes Interesse an den Menschen haben und mehr als nur sich selbst vertreten.

395

400 Eine moderne Beteiligungskultur muss der heutigen Lebenswirklichkeit der Menschen gerecht werden. Diese lässt beispielsweise aufgrund veränderter Erwerbssituationen oft nur noch punktuellen oder projektbezogenes

405 Mitwirken zu. Wir wollen also sowohl eine gesteigerte Wertschätzung und mehr Entscheidungskompetenzen für unsere Mitglieder, als auch eine Einladung und Angebote zum Mitmachen für Bürgerinnen

410 und Bürger. Die aktuelle Parteireform kann dabei nur ein erster Schritt sein, die einen Bewusstseinswandel unterstützt.

415 Dabei achten wir darauf, dass sich jeder und jede entsprechend seiner und ihrer Möglichkeiten einbringen kann.

420

425

430

Parteireform

5 Der Kreisvorstand der Enzkreis-SPD begrüßt grundsätzlich alle Überlegungen, die Partei für interessierte außen Stehende und Sympathisanten attraktiver zu machen.

10 Als gewählte Vertretung von 750 Parteimitgliedern im Enzkreis nimmt der Kreisvorstand zu folgenden Themenbereiche der angedachten Reform wie folgt Stellung:

I. Mitglieder stärker beteiligen

15 Wir begrüßen Überlegungen des Parteivorstands, die darauf abzielen, die Mitglieder und deren Rechte innerhalb der Partei zu stärken. Aus diesem Grund unterstützen wir auch die Idee, bei der Wahl eines (neuen) Vorsitzenden, den Mitgliedern das letzte Wort zuzugestehen. Auch bei der
20 Aufstellung von Einzelkandidatinnen und -kandidaten unterstützen wir Überlegungen, die Mitglieder in ihrer Gesamtheit über diese entscheiden zu lassen. Allerdings, darauf legen wir Wert, sollte dies eine „Kann-“ und keine
25 „Soll“-Vorschrift sein. Hier ist der jeweilige Einzelfall zu betrachten. Aus unserer Sicht machen solche Entscheide nur Sinn, wenn mehrere Kandidatinnen oder Kandidaten zur Wahl stehen. Wenn Mitglieder entscheiden sollen, muss es auch etwas zu entscheiden geben.

35 Eine Initiative zur Änderung des Parteiengesetzes, die das Ziel hat, Urwahlen von Vorsitzenden auch per Briefwahl zuzulassen, findet unsere Zustimmung.

40 Wir sehen es als sehr kritisch an, die Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten für öffentliche Ämter und Mandate auch unter Beteiligung von Nichtmitgliedern

Erledigt durch Annahme von PR 1 in der Fassung der Antragskommission

(Punkte 9 und 11 unter "Konkret wollen wir ..." in der Fassung der Antragskommission)

	durchzuführen. Wir fürchten dabei um den Wert der SPD-Mitgliedschaft als solche.	
45	Äußerst positiv stehen wir der Idee gegenüber, die Mitglieder durch den verstärkten Einsatz von Sachentscheiden am Kurs der Partei teilhaben zu lassen.	
50	II. Mitglieder gewinnen und pflegen	Ablehnung
55	Überlegungen zur Schaffung von sog. „Mitgliederbeauftragten“ erteilen wir eine klare Absage. Unser Kreisverband besteht aus vielen kleinen Ortsvereinen, die schon jetzt darunter leiden, dass nur noch eingeschränkt Parteimitglieder bereit sind, administrative Aufgaben innerhalb der Ortsvereine zu übernehmen. Mitgliederpflege verstehen wir nicht als von „oben“ zu verordnende Pflicht-Aufgabe, sondern als eine Selbstverständlichkeit.	
60		
65	Eine bundesweite Servicestelle für Mitglieder können wir uns nur schwerlich vorstellen, wollen uns dieser Idee jedoch nicht grundsätzlich verschließen. Aus unserer Sicht sind hier noch zu viele Fragen offen. Sollte der Sinn und Zweck der Einrichtung einer solchen Servicestelle nur darin bestehen, das Netz an SPD-Geschäftsstellen im Land auszudünnen, erteilen wir dieser Idee eine klare und unmissverständliche Absage.	
70		
75	III. Ortsvereine unterstützen	Annahme
80	Wir unterstützen jede Überlegung, die dazu führt, dass die Ortsvereine unserer Partei von bürokratischen Arbeiten entlastet werden. Dies gilt sowohl für kleine Ortsvereine, wie auch gleichermaßen für große Ortsvereine.	
85	Als Kreisverband mit 22 in der Regel eher kleinen Ortsvereinen stellen wir uns jederzeit der Diskussion über die Größe unserer Ortsvereine. In unserer täglichen Arbeit machen wir immer wieder die Erfahrung, dass Größe allein, kein Qualitätsmerkmal ist und im Übrigen auch nicht sein kann. Wir sprechen uns	

90 daher entschieden gegen von übergeordneten
Gremien vorgegebenen Mindestgrößen von
SPD-Ortsvereinen aus. Wer Mitglieder stärken
möchte, darf hier keine Vorgaben von „oben“
machen.

95 Den Kreisverbänden sollte es dagegen ein
Anliegen sein, schwächeren Ortsvereinen
aufzuhelfen und, wenn nötig, im Einvernehmen
mit den betroffenen Ortsvereinen (Vorstand
100 und Mitgliedern) Lösungen zu suchen. Dies
können auch Ortsvereinsfusionen sein.

IV. Mehr Verantwortung für Unterbezirke/Kreisverbände

105 Bei den zu schaffenden beitragsfinanzierten
Innovationsfonds gehen wir davon aus, dass
diese aus Mitteln der Bundes- und Landespartei
finanziert werden und dass Kreisverbände
110 sowie Ortsvereine damit nicht zusätzlich
belastet werden.

V. SPD für Unterstützer öffnen

115 In den vergangenen Jahren hat unser
Kreisverband gute Erfahrungen damit gemacht,
wenn Veranstaltungen mit lokalen
Organisationen und Nichtmitgliedern
durchgeführt wurden.

120 Allerdings lehnen wir es rundum ab,
Nichtmitgliedern und Organisationen
obligatorisch Antrags- und Rederechte
einzuräumen.

125 Diesen kann das Rederecht jederzeit mit einem
Beschluss durch die jeweilige SPD-
Versammlung eingeräumt werden. Wir halten
dies eigentlich für selbstverständlich.

VI. Reform der Arbeitsgemeinschaften

130 Der Kreisvorstand der SPD im Enzkreis schlägt
eine Reform der Arbeitsgemeinschaften,
Beiräte, Foren und sonstiger innerparteilicher
135 Gesprächskreise vor:

Erledigt durch Annahme von PR 1 in der
Fassung der Antragskommission

(Einfügung der Antragskommission in
Punkt 12 unter "Konkret wollen wir ..." in
der Fassung der Antragskommission)

Erledigt durch Annahme von PR 1 in der
Fassung der Antragskommission

(Punkte 12 und 13 unter "Konkret wollen
wir ..."in der Fassung der
Antragskommission)

Ablehnung

140 Bis auf die Arbeitsgemeinschaften der JUSO,
der AG 60plus, der AfA, der AGS sowie der
AsF werden sämtliche Arbeitsgemeinschaften,
Foren und Beiräte aufgelöst.

145 Wir sprechen uns statt dessen für mehr Projekte
aus, die zeitlich befristet und deren Ziele klar
definiert sind.

VII. Die SPD wird weiblicher

150 Alle guten Ideen, mehr Frauen für unsere Partei
zu gewinnen, werden von uns ausdrücklich
begrüßt. Allerdings lehnen wir eine
verbindliche Quotierung der Direktkandidaten,
sowohl für Bundestags-, als auch
155 Landtagswahlen ab. Eine Quotierung erscheint
uns auch als unsinnig, wenn nur ein Mandat
vergeben werden kann.

Nichtbefassung

VIII. Die SPD wird „bunter“

160 Alle guten Ideen, mehr Migrantinnen und
Migranten für unsere Partei zu gewinnen,
werden von uns ausdrücklich begrüßt.
Allerdings lehnen wir auch hier Zwang von
übergeordneten Parteigliederungen ab. Bei uns
165 entscheiden - in bester sozialdemokratischer
Tradition - Qualität und Persönlichkeit von
Bewerberinnen und Bewerbern.

Annahme

X. Erneuerung der Parteigremien

170 Alle **guten** Ideen, die Arbeit der Parteigremien
auf Bundesebene zu Verbessern, finden unsere
Zustimmung.

Erledigt durch Annahme von PR 1 in der
Fassung der Antragskommission

175 Wir begrüßen die Überlegungen, jährlich eine
Konferenz der Kreisvorsitzenden stattfinden zu
lassen. Leider mussten wir in den vergangenen
Jahren jedoch immer wieder feststellen, dass
180 diese terminlich immer so gelegt wurden, dass
sie nur von hauptberuflichen Mandats- und
Funktionsträgern der Partei besucht werden
konnten. Wir beantragen daher, diese zwingend
an einem Samstag stattfinden zu lassen.

(Punkte 3 und 5 unter "Konkret wollen wir
..." in der Fassung der Antragskommission)

185 Die Überlegungen, alle zwei Jahre einen

190 ordentlichen Bundesparteitag stattfinden zu lassen, finden unsere Zustimmung. Darüber hinaus sprechen wir uns für halbjährlich stattfindende Kleine (Arbeits-)Parteitage aus, auf denen inhaltliche Themen breit diskutiert werden. Wir sprechen uns an dieser Stelle dafür aus, die Teilnehmerzahl bei Parteitagern eher zu vergrößern.

195 Aus Rücksicht auf berufstätige Teilnehmer sind mehrtägige Parteitage zwingend auf Wochenenden zu legen.

200

205

Antragsbereich PR

Antrag 3

Kennnummer 59

Kreisverband Ludwigsburg

Parteireform

Wer Demokratie wagt, gewinnt

5 Leitantrag des SPD-Kreisvorstandes im Kreisverband Ludwigsburg zum Thema Parteireform

Präambel

10 Der SPD-Kreisvorstand hat sich in verschiedenen Gremiensitzungen mit dem Thema Parteireform auseinander gesetzt. Die Notwendigkeit, neue Veranstaltungs- und Beteiligungsformen zu ermöglichen, sehen auch wir und begrüßen dementsprechende
15 Impulse durch die Bundes- und Landespartei. Es ist aber wenig hilfreich, wenn am Anfang einer Debatte der Eindruck entsteht, dass

Wird Begründung

gewisse Veränderungen „kommen müssen“
und wenn sensible Fragen, wie beispielsweise
20 die Beteiligung von Nichtmitgliedern, zuerst in
der Presse diskutiert werden, bevor dies mit
den Mitgliedern selbst geschieht. Wer
Transparenz und Partizipation predigt sollte
dies gerade in einem solchen Prozess nach
25 innen leben.

Zudem erlauben wir uns den Hinweis, dass
viele Reformvorschläge nur als Anregung
30 ohnehin schon vielerorts praktizierter Dinge zu
verstehen sind. Denn für funktionierende
Mitgliederpflege und Mitgliedergewinnung
braucht es nicht mehr und nicht weniger als
einen funktionierenden Orts- und/oder
Kreisverband. Die Wirtschaftsvokabeln
35 „Qualitätskriterien“ und „Zentrale
Servicestelle“ halten wir dabei für wenig
förderlich. Die entscheidende Frage lautet:
„Wer kann das leisten“ und wie müssen Orts-
und Kreisverband aufgebaut, personell und
40 finanziell ausgestattet sein, um dies leisten zu
können“. Auch die Beteiligung von
Nichtmitgliedern an der Sacharbeit, genauso
wie der (wieder) engere Schulterschluss mit
„natürlichen“ Bündnispartnern (Bsp.
45 Gewerkschaften), ist vorbehaltlos zu begrüßen,
bedarf aber keiner Parteireform. Es sollte im
Übrigen selbstverständlich sein, dass jeder
Landes- und jeder Kreisverband strukturelle
Defizite im Auge behält und sinnvolle und
50 notwendige Zusammenschlüsse von Kreis-
bzw. Ortsverbänden unterstützt und
gegebenenfalls anregen sollte. Es ist effektiver,
einen funktionierenden Dreierverbund zu
etablieren, als dass drei (zu) kleine Einheiten
55 wirkungslos bleiben.

Eine Entlastung der Ortsvereine von
administrativen Aufgaben wird angestrebt wo
notwendig und gewünscht. Eine realitätsnahe
60 Beitragsbemessung für die Mitglieder wird
gewünscht.

Zu den bisher im Umlauf befindlichen
Reformvorschlägen stellen wir folgende
65

	Anträge:	Erledigt durch Annahme von PR 1 in der Fassung der Antragskommission
70	1. Ein <u>themenbezogenes</u> Antrags- und Rederecht für Verbände und Gewerkschaften ist grundsätzlich positiv zu bewerten und soll eingeführt werden. Zu welcher Konferenz bzw. zu welchem Parteitag es eingesetzt wird, entscheidet die jeweilige Ebene autonom (also zum Beispiel der Kreisverband)	(Formulierung übernommen in Punkt 13 unter "Konkret wollen wir ..." in der Fassung der Antragskommission)
75	2. Die Beteiligung von Nichtmitgliedern an (Sach- und Personal-)Diskussionen und Veranstaltungen soll ermöglicht, darf der jeweiligen Entscheidungsebene aber nicht aufgezwungen werden.	Erledigt durch Annahme von PR 1 in der Fassung der Antragskommission (Punkt 11 unter "Konkret wollen wir ..." in der Fassung der Antragskommission)
80	Im Moment erscheint uns eine Beteiligung nur in Ausnahmefällen als sinnvoll, da ansonsten die vornehmsten Mitgliederrechte eines (politischen) Vereins nivelliert werden und dies gerade nicht das Ziel der angestrebten Reformen ist. Daher muss das Letztentscheidungsrecht bei den Mitgliedern verbleiben.	
90	Einen Mitgliedertypus als „funktionale“ Mitgliedschaft oder „Unterstützer“ lehnen wir ab.	Erledigt durch Annahme von PR 1 in der Fassung der Antragskommission
95	3. Das Quorum für Mitgliederentscheide ist auf 20 % zu senken.	(Punkt 8 unter "Konkret wollen wir ..." in der Fassung der Antragskommission)
100	4. Die stärkere Beteiligung und Einbeziehung von Mitgliedern, speziell in der Form von Urwahlen, ist wünschenswert und ist dementsprechend umzusetzen,	Erledigt durch Annahme von PR 1 in der Fassung der Antragskommission (Punkt 9 unter "Konkret wollen wir ..." in der Fassung der Antragskommission)
105	muss aber immer auf die jeweilige Finanzierbarkeit überprüft werden.	Erledigt durch Annahme von PR 1 in der Fassung der Antragskommission
110	5. Die Reform der Partei muss als Daueraufgabe begriffen werden, weshalb die organisationspolitische Kommission zu einer	

115	Dauereinrichtung gemacht werden sollte,	
	um strukturell „am Puls der Zeit“ zu bleiben und um erneute Hauruckverfahren und Mammutreformen zu vermeiden. Hierbei sollten vor allem digitale	(Ergänzung der vorgeschlagenen Formulierung unter "Was wir erreichen wollen ...)
120	Partizipationsmöglichkeiten erforscht und getestet werden, um die Generation 2.0 erfolgreich politisch einbinden zu können.	
125	6. Die Kreis- und Ortsverbände sind mit deutlich verbesserten Zuschüssen bzw. Anteilen an den Mitgliedsbeiträgen auszustatten.	Erledigt durch Annahme von PR 1 in der Fassung der Antragskommission
130	Die wirksamste politische Arbeit ist jene vor Ort – in den Städten, Gemeinden und Kreisen. Kommunalpolitik und Orts- bzw. Kreisverband sind nicht immer so gut verzahnt, wie es zu wünschen wäre. Wenn sich nach den Geschäftsstellen auch Kreis- und Ortsverbände	
135	langsam aber sicher aus der Fläche zurückziehen, dann werden wir dort politisch keinen Fuß mehr auf den Boden bekommen.	Überweisung an Landesvorstand
140	7. Der Landesvorstand erarbeitet eine transparente Alternative für die Aufstellung der Landesliste bei Bundestagswahlen, die am Prinzip der Urwahl orientiert ist.	
145	Die Art und Weise, wie wir für Bundestagswahlen Landeslisten aufstellen macht Teile der Reformdiskussion ungläubwürdig. Einerseits wollen wir Nichtmitglieder beteiligen und Mitglieder so oft es geht per Urwahl beteiligen, andererseits	
150	wird die, gerade in Baden-Württemberg oft viel wichtigere, Landeslistenaufstellung weiterhin im kleinen erlauchten Kreis erledigt. Die bald unzähligen Schablonen der verschiedenen Quoten und Proporzansprüche	
155	erscheinen der (Landes-)partei als heilig und beinhalten keinerlei Anspruch auf Vorqualifikationen, wie zum Beispiel die vorherige Ausübung eines kommunalpolitischen Mandats.	
160		

165	Denkbar wäre auch eine der Kommunalwahl ähnliche Listenwahl, die allen Mitgliedern im Land offen steht und bei der beispielsweise 30 Stimmen vergeben werden können, inklusive kumulieren und panaschieren.	
170	Jegliche Vorfestlegungen zur Bestimmung von Europawahl-, Bundestags- oder Landtagskandidaten lehnen wir ab (zB die Aussage 40 % der KandidatInnen für eine bestimmte Wahl müssen Frauen sein).	
175 180	8. Den beabsichtigten Länderrat lehnen wir als Alternative zum Parteirat ab. Der Parteirat selbst sollte grundlegend reformiert werden bzw. durch einen Arbeitsparteitag ersetzt werden, der Beschlussrechte haben sollte und mindestens so oft tagt wie heute schon der Parteirat (ohne Grußworte und mit Redezeitbegrenzung für ALLE!).	Erledigt durch PR 1 in der Fassung der Antragskommission (Punkt 3 unter "Konkret wollen wir ..." in der Fassung der Antragskommission
185 190	9. Bei den Delegiertenwahlen zu Bundesparteitagen (auch und speziell dem oben erwähnten Arbeitsparteitag) ist ernsthaft in Erwägung zu ziehen, Mandatsträger von Bund und Land grundsätzlich nicht zuzulassen, um ein breiteres Meinungs- und Mitgliederspektrum bei Parteitag zu erhalten.	Ablehnung
195 200	Den Abgeordneten aus Bund und Land ist für diese Parteitage dennoch ein Antrags-, Rede- und Stimmrecht zu gewähren, so dass diese in keiner Weise benachteiligt werden. In Zuge dessen ist aber auch über einen Mandatsträger(höchst-)quote nachzudenken – egal ob bei Delegiertenwahlen oder der Besetzung von Gremien.	
205	Als wünschenswert erachten wir auch, dass beim Ablauf von Landes- und Bundesparteitagen offizielle Pausen, speziell vor Beginn der allgemeinen Aussprache, eingebaut werden, damit nicht – wie üblich – die Hälfte der Delegierten beim Mittagessen sitzt, wenn u.a. „einfache Delegierte“ Ihre Meinung kund tun.	Erledigt durch Annahme von PR 1 in der Fassung der Antragskommission (Punkt 5 unter "Konkret wollen wir ..." in der Fassung der Antragskommission).

Antragsbereich PR

Antrag 4

Kennnummer 60

Kreisverband Mannheim

Eckpunkte zur Parteireform

5	1. Die Mitglieder müssen stärker beteiligt werden, in dem Mitgliederentscheide zu Sachentscheidungen erleichtert werden.	Erledigt durch Annahme von PR 1 in der Fassung der Antragskommission (Punkte 6, 7 und 8 unter "Konkret wollen wir ..." in der Fassung der Antragskommission)
10		
15	2. Die SPD-Mitglieder können stärker bei Personalentscheidungen beteiligt werden, die durch Mitgliederversammlungen oder Urwahlen erfolgen.	Erledigt durch Annahme von PR 1 in der Fassung der Antragskommission (Punkte 1 und 9 unter "Konkret wollen wir ..." in der Fassung der Antragskommission)
20	3. Nur zahlende Mitglieder sollen über Kandidatinnen und Kandidaten entscheiden dürfen.	Erledigt durch Annahme von PR 1 in der Fassung der Antragskommission (Punkt 11 unter "Konkret wollen wir ..." in der Fassung der Antragskommission)
25		
30	4. Die SPD soll das Delegiertenprinzip beibehalten.	Erledigt durch PR 1 in der Fassung der Antragskommission (Punkt 1 unter "Konkret wollen wir ..." in der Fassung der Antragskommission)
35	5. Die Arbeitsgemeinschaften müssen gestärkt werden, da sie Zielgruppen vertreten, die für die SPD weiterhin von großer Relevanz sind.	Überweisung an den Parteivorstand
	6. Die SPD arbeitet offensiv an der Gewinnung von Mitgliedern, die die Vielfalt unserer Gesellschaft spiegeln (zum Beispiel	Ablehnung

40	Geschlecht, Alter, Herkunft, sexuelle Orientierung). Diese Vielfalt muss auch in den Mandaten repräsentiert sein. Das bedeutet eine konsequente Umsetzung der	
45	Geschlechterquote, schon aus unserer Satzung heraus, sowie, in einem weiteren Schritt, die Einführung einer Migrantenquote.	
50	7. Außerhalb der originären Aufgaben Ortsvereine und der Arbeitsgemeinschaften soll eine themen- und projektorientierte Beteiligung der Mitglieder ermöglicht werden. Die Bildung solcher Projektgruppen erfolgt auf der jeweiligen Organisationsebene durch Beschluss und Förderung der Vorstände wie es bereits jetzt gemäß § 10, Absatz 2 SPD-	Erledigt durch Annahme von PR 1 in der Fassung der Antragskommission (Punkte 12 und 13 unter "Konkret wollen wir ..." in der Fassung der Antragskommission)
55	Organisationsstatut möglich ist (Auszug aus dem Organisationsstatut: „Von den Vorständen der Partei können Projektgruppen und Foren, in denen auch Nichtmitglieder	
60	mitarbeiten können, eingerichtet werden. Projektgruppen und Foren steht das Antrags- und Rederecht für den Parteitag auf der jeweiligen Ebene zu.“)	

Antragsbereich PR

Antrag 5

Kennnummer 61

Kreisverband Rhein-Neckar

Parteireform

	Partei öffnen, Mitglieder beteiligen	
5	Der SPD-Bundesparteitag wird vergrößert auf 1000 Delegierte.	Erledigt durch Annahme von PR1 in der Fassung der Antragskommission (Punkt 2 unter (Konkret wollen wir ..." in der Fassung der Antragskommission)
10	Alle SPD-Mitglieder haben grundsätzlich Rederecht auf Parteitag.	Ablehnung
15	Künftig wird nicht mehr über das Votum der Antragskommission, sondern über den ursprünglichen Antrag abgestimmt. Vorschläge	Kein Votum

	der Antragskommission sind als normale Änderungsanträge zu behandeln.	
20	Wir wollen mehr Mitgliederversammlungen und weniger Delegiertenversammlungen.	Erledigt durch Annahme von PR1 in der Fassung der Antragskommission (Punkt 1 unter "Konkret wollen wir ..." in der Fassung der Antragskommission)
25	Befreundete Organisationen (DGB-Gewerkschaften, Naturfreunde, AWO, ASB, Falken) haben Antragsrecht auf der jeweiligen Ebene. Die letzte Entscheidung muss immer bei den Mitgliedern liegen.	Erledigt durch Annahme von PR1 in der Fassung der Antragskommission (Punkt 13 unter "Konkret wollen wir ..." in der Fassung der Antragskommission)
30	Wir wollen uns so äußern, dass wir auch von anderen verstanden werden.	Annahme
35	Ortsvereine sollen von organisatorischem Aufwand entlastet werden.	Zur Beschlussfassung nicht geeignet
40	Schulungen der Funktionsträger sind sinnvoll.	Erledigt durch Annahme von PR 1 in der Fassung der Antragskommission (Punkt 14 unter "Konkret wollen wir ..." in der Fassung der Antragskommission)
45	Aufgaben im Vorstand müssen klar verteilt werden: weniger Beisitzer, mehr Funktionsträger. Potenziale müssen gezielt erkannt werden.	Zur Beschlussfassung nicht geeignet
50	Sitzungen von Vorstand und Fraktion sollen mitgliederöffentlich sein.	Ablehnung
	Wir wollen künftig mehr miteinander sprechen.	Zur Beschlussfassung nicht geeignet

Antragsbereich PR

Antrag 6

Kennnummer 62

Ortsverein Schw.Gmünd Bettringen

Ortsverein Schwäbisch-Gmünd

Ortsverein Schw.Gmünd-Herlikofen

Ortsverein Mögglingen

(Kreisverband Ostalb)

Quorum auf Bundesebene

5	<p>Der Landesparteitag möge beschließen: Der Landesverband Baden-Württemberg wird sich auf Bundesebene für die Senkung des Quorums für einen Mitgliederentscheid einsetzen. Dabei soll zukünftig ein Mitgliederbegehren zustande kommen, wenn dieses von 5% der Mitglieder unterstützt wird. Die Frist zum Sammeln der Unterschriften wird auf 6 Monate erhöht. Für den Mitgliederentscheid ist eine Beteiligung der stimmberechtigten Parteimitglieder von 1/4 zukünftig ausreichend. Gleichzeitig soll der Bundesvorstand ein Verfahren erarbeiten, welches die neuen Kommunikationsmedien für solche Abstimmungen stärker einbindet.</p>	<p>Erledigt durch Annahme von PR 1 in der Fassung der Antragskommission.</p> <p>(Übernahme der vorgeschlagenen Formulierung in Punkt 8 unter "Konkret wollen wir ..." in der Fassung der Antragskommission)</p>
10	<p>Begründung:</p>	
15	<p>Die SPD steht für mehr Bürgerbeteiligung und für die Einführung von Volksbegehren auf Bundesebene. Innerhalb der Partei wurde diese Möglichkeit geschaffen, jedoch mit hohen Hürden versehen. Wenn einzelne Mitglieder oder eine Gruppierung keine bundesweite Vernetzung in der Partei haben, werden sie kaum auf die notwendigen 10% Unterstützung durch die Mitglieder kommen. Auch die bisherige Frist von 3 Monaten ist dafür viel zu hoch.</p>	
20		
25		
30		

Antragsbereich PR

Antrag 7

Kennnummer 63

Arbeitsgemeinschaften

Mitgliederrechte

	Antragsteller: 60 plus, AfA, AGS, ASF, ASG, ASJ, Jusos, Schwusos	Erledigt durch Annahme von PR 1 in der Fassung der Antragskommission
5	Wir wollen die Mitgliedschaft aufwerten. Die Ausübung von Parteiämtern bleibt nach wie vor den Genossinnen und Genossen vorbehalten, aber wir wollen ihnen mehr Möglichkeiten zur Beteiligung an der Debatte und an den Entscheidungen an die Hand geben. Die Gliederungen vor Ort – und damit die Mitglieder selbst – sollen entscheiden können, ob und welches Instrument (Mitgliederbefragung, Vollversammlung, Mitgliederentscheid, Vorwahlen usw.) sie nutzen wollen.	(Punkt 11 unter "Konkret wollen wir ..." in der Fassung der Antragskommission)
10		
15		
	Begründung:	
20	Die SPD ist eine Mitgliederpartei und muss dies auch in Zukunft bleiben. Letztlich entscheidend ist die Souveränität der Mitglieder, in welcher Form Nichtmitglieder beteiligt werden können. Für uns hat die Mitgliedschaft nach über 140 Jahre	
25	Parteigeschichte einen hohen Stellenwert. Ziel der Beteiligung von Nichtmitgliedern ist es, diese als neue Genossinnen und Genossen begrüßen zu dürfen.	

Antragsbereich PR

Antrag 8

Kennnummer 64

Kreisverband Ravensburg

Beteiligung von Nichtmitgliedern

Der Landesverband Baden-Württemberg der SPD spricht sich gegen Änderungen der Parteistatuten aus, die Nichtmitgliedern Mitentscheidungsrechte bei Personal- und	Erledigt durch Annahme von PR 1 in der Fassung der Antragskommission (Punkt 11 unter "Konkret wollen wir ..." in
---	---

5 Sachentscheidungen einräumen. Insbesondere (der Fassung der Antragskommission)
lehnt es der Landesverband ab, dass
Nichtmitglieder über die Nominierung
sozialdemokratischer Kandidaten für
10 öffentliche Ämter in sogenannten Vorwahlen
mitbestimmen.

Begründung:

15 Die SPD muss als Partei den drei zentralen
Funktionen von Parteien in unserem
politischen System gleichermaßen gerecht
werden:

20 Sie soll durch Programme auf der Basis
identitätsstiftender gemeinsamer Werte
Mitglieder binden und Wähler überzeugen
(**Programmpartei**).

25 Sie soll durch demokratische innerparteiliche
Strukturen und eine demokratische politische
Kultur ihre Mitglieder an der politischen
Gestaltung beteiligen (**Mitgliederpartei**).

30 Sie soll durch Bürgernähe und politische
Offenheit breite Schichten und unterschiedliche
soziale Milieus ansprechen und deren
Anliegen, Bedürfnissen und Interessen im
politischen Raum Gehör verschaffen
(**Bürgerpartei**).

35

40 Die jetzt anstehende Organisationsreform als
Reaktion auf die bittere Niederlage in der
Bundestagswahl 2009 sollte zunächst die
Rechte und Einflussmöglichkeiten der
Mitglieder auf die inhaltlichen und personellen
Entscheidungen der Partei stärken. Sie sollte
ferner die Partei in die Gesellschaft öffnen und
dabei engagierte Bürger und Gruppen an der
Entwicklung sozialdemokratischer Politik
45 beteiligen. Dabei muss es jedoch eine klare
Abgrenzung zwischen Mitgliedschaft und
Unterstützung geben. Die Entscheidung über
die Programmatik der Partei (Parteiprogramm,
Wahlprogramm, Regierungsprogramm) und
50 die Nominierung von Kandidaten für
öffentliche Ämter sind Sache der Mitglieder.
Die Mitglieder konstituieren die Partei.

55 Programm und Personen bilden eine Einheit.
Mit diesem Vorschlag stellt sich die Partei den
Bürgern zur Wahl.

Antragsbereich PR

Antrag 9

Kennnummer 65

Ortsverein Blaubeuren

(Kreisverband Alb-Donau)

Nichtmitglieder

5 Eine bis dato proklamierte Mitbestimmung durch Nichtmitglieder der SPD bei wichtigen Abstimmungen bis hin in den Personalbereich wird vom Landesverband BaWü nicht mitgetragen. Erledigt durch Annahme PR 1 in der Fassung der Antragskommission (Punkt 11 unter "Konkret wollen wir ..." in der Fassung der Antragskommission)

Begründung:

10 Es ist zu bezweifeln ob eine derartige
Strukturreform unserer SPD benötigt wird um
wieder mit scharfen Konturen
kampagnenfähig zu werden. Kreative
Anpassungsprozesse an die Veränderungen
15 des Lebensumfeldes der Menschen waren
schon immer gefragt, sicher man kann
feststellen dass diese samt
sozialdemokratischer Ideen im neuen
Jahrtausend reichlich unter die Räder geraten
waren.

20 Defizite in den politischen Inhalten und damit
der Verlust an Akzeptanz sowie an Motivation
für den eigenen Antrieb der Menschen sind
mit Strukturreformen generell nicht
25 auszugleichen. Hier müssen wieder
konturenscharfe Inhalte in einem
Spannungsfeld von wertkonservativ / links bis
strukturkonservativ / rechts erkennbar und für
die Menschen berechenbar werden. Die
30 Unsitte des sowohl / als auch mit
vorgeblichen Blicken zur Mitte muss wieder
aufhören.

35 Interessierte Menschen in die Diskussion bzw.
in die Erarbeitung von politischen Inhalten

einzu beziehen ist ganz sicher richtig und findet mindestens auf der Ebene kommunaler Arbeit bereits erfolgreich statt.

40 Letztgültige Entscheidungen durch Mitgliedervoten in deutlich verstärktem Maße würden zweifelsohne die Attraktivität einer sozialdemokratischen Mitgliedschaft stärken und darum muss es uns doch gehen.

45 Bitte nach dem Verwässern des inhaltlichen Parteiprofils durch neoliberales Gequatsche nicht auch noch den Wert als Parteimitglied fragwürdig werden lassen!

50

Antragsbereich PR

Antrag 10

Kennnummer 66

Schwusos

Schwusos auf Bundesebene

Der Landesverband Baden-Württemberg fordert, den Schwusos auch auf Bundesebene den Status einer Arbeitsgemeinschaft anzuerkennen (gleiche Rechte und Pflichten gemäß den bestehenden Arbeitsgemeinschaften). Annahme

Begründung:

10 Eine der Leitlinien der SPD Politik ist die „Bunte Gesellschaft“. Laut Beschluss des Landesparteitags vom November 2009 in Karlsruhe haben die Schwusos in Baden-Württemberg den Status einer gleichwertigen
15 Arbeitsgemeinschaft auf Landesebene. Die Anerkennung unserer Arbeit in der LAG Schwusos in BW ist erfolgreich. Die Partei zeigt durch uns, wie offen sie gegenüber
20 homosexuellen bi- und transsexuellen Menschen ist.

Das Engagement der Schwusos in BW hat die Partei durch den gleichwertigen Status einer Arbeitsgemeinschaft honoriert. Unsere
25 vielfältigen guten Kampagnen im Land BW bestätigen das. Eine gute Arbeit wird auch im

Bund geleistet.

30 Wir beantragen den Arbeitsgemeinschaftsstatus
auf Bundesebene über den Landesparteitag Ba-
Wü. Eine Reduzierung der
Arbeitsgemeinschaften, wie sie die
Bundespartei plant, führt nicht zu mehr, sondern
35 zu weniger Handlungsfähigkeit. Die
Arbeitsgemeinschaften haben den Vorteil,
zeitnah für die entsprechenden Zielgruppen da
zu sein.

Antragsbereich PR

Antrag 11

Kennnummer 67

Arbeitsgemeinschaften

Schwusos auf Bundesebene

Antragsteller: 60 plus, AfA, AGS, ASF, ASG, ASJ, Schwusos Erledigt durch Annahme von PR 10

5 Die Arbeitsgemeinschaften fordern, die
Schwusos auf Bundesebene als
Arbeitsgemeinschaft anzuerkennen.

Begründung:

10 Eine der Leitlinien der SPD Politik ist die
„Bunte Gesellschaft“. Die Anerkennung
unserer Arbeit in der LAG Schwusos in BW ist
erfolgreich. Die Partei zeigt durch uns wie
15 offen sie gegenüber homosexuellen bi- und
transsexuellen Menschen ist.

20 Das Engagement der Schwusos in BW hat die
Partei durch den gleichwertigen Status einer
Arbeitsgemeinschaft honoriert. Unsere
vielfältigen guten Kampagnen im Land BW
bestätigen das. Eine gute Arbeit wird auch im
Bund geleistet.

Themenforen

	Antragsteller: 60 plus, AfA, AGS, ASF, ASG, ASJ, Jusos, Schwusos	Erledigt durch Annahme von PR 1 in der Fassung der Antragskommission
5	Wir lehnen die Einführung inhaltlicher Themenforen mit Antrags- und Rederecht ab. Wir fordern, die inhaltliche Arbeit bei den Arbeitsgemeinschaften und bestehenden Gliederungen der Partei zu belassen.	(Punkt 13 unter "Konkret wollen wir ..." in der Fassung der Antragskommission)
10	Begründung:	
15	Die Arbeitsgemeinschaften begrüßen grundsätzlich eine Organisationsreform. Aus jahrelanger Zielgruppenarbeit resultiert eine genaue Kenntnis der Bedürfnislage vor Ort. Ein hohes Maß an Sachkompetenz bestimmt die inhaltliche Auseinandersetzung mit den sozialdemokratischen Schwerpunktthemen.	
20	In unseren Arbeitsgemeinschaften gehört ein konstruktives Miteinander mit Gewerkschaften, Fachverbänden, Interessensgemeinschaften und Kammern schon immer zu unserem Selbstverständnis.	
25	Die Öffnung der SPD nach außen wird von uns schon lange praktiziert und es findet ein stetiger Dialog auf Augenhöhe statt. Nichtmitglieder werden seit jeher einbezogen und sind jederzeit gerne willkommen.	
30	Eine verlässliche und erkennbare Struktur in der SPD sind die Arbeitsgemeinschaften. Hier beginnt ein wesentlicher Teil der politischen Willensbildung. Jedes politische Thema findet hier seinen angemessenen Platz. Eine weitere Zersplitterung in Themenforen schwächt die Partei und führt zu einer politischen Unschärfe. Dies trifft die Arbeitsgemeinschaften genauso wie die Partei an sich. Arbeitsgemeinschaften haben eine Adresse und Ansprechpartner,	
40		

Themenforen noch nicht mal ein Gesicht.

45 Auch die Arbeitsgemeinschaften beteiligen
sich selbstredend an der zukünftigen
Reformdebatte und überprüfen ihrerseits die
Verzahnung untereinander. Die Schaffung von
Themenforen ist noch kein Beispiel für eine
50 Öffnung der Partei, sondern schafft
zusätzlichen Verwaltungsaufwand, kleine
Parallelwelten ohne Anbindung an die Partei
und schwächt identitätsstiftende Basisarbeit.

55 Wir verstehen uns als Dienstleister für die
Partei. Die Arbeitsgemeinschaften können zur
Mobilisierung beitragen, indem sie ihre
inhaltlichen Themen stärker und zielgerichteter
vermitteln. Dazu gehören schnelle und
60 einfache Wege für Interessierte und Mitglieder
zur Ansprache der jeweils Verantwortlichen
sowie eine gute Mitgliederbetreuung durch die
Arbeitsgemeinschaften und Ortsvereine. Dies
ist durch eine professionelle Zuarbeit der
hauptamtlichen Mitarbeiter zu unterstützen.

65 Gern greifen wir die Idee der Themenforen
auf, Zusammenschlüsse projektbezogen

70

Antragsbereich PR

Antrag 13

Kennnummer 69

Arbeitsgemeinschaften

Parteirat

Antragsteller: 60 plus, AfA, AGS, ASF, ASG, ASJ, Schwusos

Erledigt durch Annahme von PR 1 in der Fassung der Antragskommission

5 Wir fordern, den Parteirat in seiner bisherigen
Form beizubehalten. Die Schaffung eines
Länderrates lehnen wir ab.

(Neuer Punkt 3 unter "Konkret wollen wir ..." in der Fassung der Antragskommission)

Begründung:

10 Der Parteirat sorgte bisher für eine breitere
basisdemokratisch legitimierte Vertretung der
Landesverbände auf Bundesebene. Das

15 Konzept des Länderrates konterkariert das Konzept der Mitmachpartei und kann den Parteirat, das höchste Gremium zwischen den Parteitagen auf Bundesebene nicht ersetzen. Wir brauchen auch weiterhin die Vielfalt der Meinungen und die Diskussion in diesem Gremium

20

Antragsbereich PR

Antrag 14

Kennnummer 74

Ortsverein Schw.Gmünd Bettringen

Ortsverein Schwäbisch-Gmünd

Ortsverein Schw.Gmünd-Herlikofen

Ortsverein Mögglingen

(Kreisverband Ostalb)

Parteirat

5 Der Landesverband Baden-Württemberg lehnt die Abschaffung des Parteirates bzw. eine wesentliche Verkleinerung dieses Gremiums ab. Im Gegenteil wird sich der Landesverband für die Stärkung des Gremiums einsetzen. Der Parteirat soll zu einem kleinen Parteitag aufgewertet werden, der die wichtigen inhaltlichen Entscheidungen zwischen den großen Parteitagen trifft. Hierfür wird die Anzahl der Delegierten erhöht, um eine breitere Diskussion zu ermöglichen. Den geplanten Länderrat lehnt der Landesverband ab.

15 Begründung:

20 Wer sich politisch engagiert muss sich ernst genommen fühlen. Die SPD braucht gerade auch Ehrenamtliche, die sich in die Entscheidungsprozesse einbringen. Der Parteirat ist hierfür das wichtigste Gremium in der SPD derzeit. Seine Funktion muss gestärkt und nicht etwa geschwächt werden. Eine Diskussion durch mehr Delegierte schafft eine größere Akzeptanz der Beschlüsse und verhindert ein Durchdelegieren von oben nach unten.

Erledigt durch Annahme von PR1 in der Fassung der Antragskommission

(Neuer Punkt 3 unter "Konkret wollen wir ..." in der Fassung der Antragskommission)

Antragsbereich PR

Antrag 15

Kennnummer 73

Ortsverein Schw.Gmünd Bettringen

Ortsverein Schwäbisch-Gmünd

Ortsverein Schw.Gmünd-Herlikofen

Ortsverein Mögglingen

(Kreisverband Ostalb)

Wahl von Delegierten zum Bundesparteitag

5 Der Landesverband Baden-Württemberg wird sich bei der anstehenden Parteistrukturereform auf Bundesebene für die Veränderung des Delegiertensystems bei Bundesparteitagen einsetzen. Die Delegierten werden für den Bundesparteitag zukünftig nicht mehr durch den Landesverband gewählt, sondern durch die Kreisverbände. Der Bundesvorstand soll dazu zeitnah ein Modell erarbeiten.

10

Begründung:

15 Die SPD braucht mehr Beteiligung der Mitglieder. Diese Mitglieder müssen wie in allen anderen Parteien entsprechend durch die Möglichkeit der Teilnahme als Delegierte in die Lage versetzt werden auch bei Parteitag mitwirken zu können. Die Wahl durch die Kreisverbände trägt dazu bei, dass auch
20 Mitglieder am Bundesparteitag teilnehmen, die landesweit nicht in hohem Maße vernetzt und bekannt sind.

Ablehnung

Antragsbereich PR

Antrag 16

Kennnummer 75

Ortsverein Schw.Gmünd Bettringen

Ortsverein Schwäbisch-Gmünd

Ortsverein Schw.Gmünd-Herlikofen

Ortsverein Mögglingen

(Kreisverband Ostalb)

Größe des Parteitages

Der Landesverband Baden-Württemberg wird sich bei der anstehenden Parteistrukturereform auf Bundesebene für die Erweiterung des

Erledigt durch Annahme von PR 1 in der Fassung der Antragskommission

5 Delegiertenschlüssels für Bundesparteitage einsetzen, so dass zukünftig mehr Delegierte an Bundesparteitage teilnehmen und mitstimmen können. Eine Verdopplung ist anzustreben. (Punkt 2 unter "Konkret wollen wir ..." in der Fassung der Antragskommission)

10 **Begründung:**

15 Die SPD braucht mehr Beteiligung der Mitglieder. Diese Mitglieder müssen wie in allen anderen Parteien entsprechend durch die Möglichkeit der Teilnahme als Delegierte in die Lage versetzt werden auch bei Parteitage mitwirken zu können. Die SPD ist die Partei in Deutschland mit den wenigsten Delegierten bei Bundesparteitage. Im Sinne einer
20 Stärkung der Basis soll diese Zahl deutlich erhöht werden, um eine breite Diskussion anzuregen und nicht nur wenigen eine Beteiligung an den Parteitage zu ermöglichen.

25

Antragsbereich PR

Antrag 17

Kennummer 76

Ortsverein Schwäbisch-Gmünd

Ortsverein Schw.Gmünd-Herlikofen

Ortsverein Mögglingen

(Kreisverband Ostalb)

Zusammenlegung von Ortsvereinen

5 Die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit von Ortsvereinen darf nicht gegen den Willen der Mitglieder des betreffenden OV's verändert werden. Dies bezieht sich zum Beispiel auf mögliche OV-Zusammenlegungen oder auch Eingriffe in die ehrenamtliche Tätigkeit von OV-Funktionsträgern (Z.B. Kassenführer). Entsprechende Passagen sind im Entwurf der
10 Strukturreform zu streichen. Erledigt durch Annahme von PR 2 , III

Nominierung von EU-Kommissionspräsident

	Der Landesparteitag/Bundesparteitag möge beschließen:	Erledigt durch Annahme von PR 1 in der Fassung der Antragskommission
5	Der Landesvorstand/Bundesvorstand möge beschließen:	(Vorschlag eingefügt in Punkt 9 unter "Konkret wollen wir ..." in der Fassung der Antragskommission)
	Die SPD unterstützt und setzt sich zukünftig, unter anderem im November 2011 auf dem	
10	SPE Kongress, dafür ein, allen Mitgliedern einer sozialdemokratischen Partei in Europa, bis	
	spätestens Anfang 2014, das Recht zu geben, mittels ihrer Stimme, einen	
15	sozialdemokratischen Kandidaten für das Amt des europäischen Kommissionspräsidenten	
	wählen zu dürfen.	
20	Begründung:	
	Europa beeinflusst das Leben aller. Unabhängig davon, ob wir in Stuttgart, Hamburg, München oder Berlin leben, tagtäglich betrifft uns Europa und oftmals sind wir uns dies nicht in vollem	
25	Masse bewusst. Allein die folgenden Beispiele zeigen, dass selbst Entscheidungen der Gemeinderäte in Deutschland nicht unabhängig von den Entscheidungen der Europäischen	
30	Institutionen insbesondere des Europäischen Parlaments getroffen werden:	
	- Diskussionen um eine städtische Energieversorgung kann nur unter	
35	Berücksichtigung der vom Europäischen Parlament getroffenen Richtlinien 2009/72/EG und 2009/73/EG geführt werden.	
	- Diskussionen und Entscheidungen in	
40	Gemeinderäten über Rückkäufe von	

Wassernetzen, wie sie zur Zeit in Stuttgart anstehen, können nur unter Berücksichtigung des Artikels 106 des Vertrages der Arbeitsweise der Europäischen Union geführt werden.

45

- Diskussionen und Entscheidungen über Vergabe und Qualitätsstandards des ÖPNV, können nur unter Berücksichtigung der vom Europäischen Parlament getroffenen Richtlinie EG 1370/ 2007 geführt werden.

50

- Die Diskussion und schlussendliche Einführung der Feinstaubregelung in den Städten und Gemeinden Deutschlands musste aufgrund der vom Europäischen Parlament getroffenen Richtlinie 2008/50/EG durchgeführt werden.

55

- Selbst Kinderspielzeuge, die wir für unsere Kinder in Deutschland kaufen, unterliegen den Produktsicherheitsregelungen, die vom Europäischen Parlament beschlossen wurden.

60

Europa hat maßgeblichen Einfluss auf unser Leben. Wir Sozialdemokraten dürfen Europa und die Entscheidungen, die das Leben unser aller betreffen, nicht den Konservativen oder noch übleren Parteien, da anti-demokratisch, überlassen. Wir müssen etwas tun, was uns hilft aus dem Tal der katastrophalen Europa Wahlergebnisse herauszukommen (2004 – 21,5%; 2009 20,8%).

65

70

Wir fordern daher eine Sozialdemokratie, die keine Angst hat vor ihren eigenen Mitgliedern und ihnen daher ein Recht gibt, das bisher nur Staatspräsidenten und Regierungschefs vorbehalten war. Das Recht den Kandidaten für das Amt des Europäischen Kommissionspräsidenten selbst wählen zu dürfen. Das Recht die höchsten Repräsentanten europäischer Institutionen wählen zu dürfen darf nicht mehr in der Hand einiger weniger verbleiben, die diesbzgl. nie einen Auftrag von uns oder ganz allgemein vom europäischen Bürger erhalten haben. Darüber hinaus steht inzwischen im Lissabon Vertrag Artikel 17 (Vertrag der Europäischen Union, in Kraft

75

80

85

getreten am 1. Dezember 2009):

90

Der Europäische Rat (die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union), schlägt dem Europäischen Parlament einen Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Kommission vor; dabei berücksichtigt er das Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament. Das Europäische Parlament wählt diesen Kandidaten mit der Mehrheit seiner Mitglieder.

95

100

Dieser neue Artikel des Lissabon Vertrages, der de facto erst im Jahr 2014 zur Anwendung kommen wird, hat Ähnlichkeit mit dem Artikel 63 des deutschen Grundgesetzes, nachdem der Bundespräsident den Kanzler vorschlägt. Im Gegensatz zu Europa Wahlen ist allerdings bei nationalen Wahlen jedem Wähler weit im voraus bekannt, wer, so im Falle des deutschen Grundgesetzes, vom Bundespräsidenten als zukünftiger Bundeskanzler vorgeschlagen wird. Gleiches muss der Demokratie wegen auch auf europäischer Ebene geschehen. Dem Wähler muss im voraus bekannt sein, welcher sozialdemokratischer Kandidat der mögliche neue Kommissionspräsident werden wird. Der Lissabon Vertrag ermöglicht dies. Dies in diesem Sinne durchzusetzen ist insofern wichtig, um einen Präzedenzfall zu schaffen um den kein nationaler Regierungschef mehr umhin kann.

105

110

115

120

Ein Vorwahlkampf für die Nominierung eines europaweiten sozialdemokratischen Kandidaten auf das Amt des Kommissionspräsidenten hat daher den Vorteil, dass sich die zur Wahl stehenden sozialdemokratischen Kandidaten positionieren müssen und somit auch zu einer europaweiten sozialdemokratischen Programmatik entscheidend beihelfen werden. Darüberhinaus ermöglicht dies die Entwicklung einer Diskussionskultur, die über Grenzen hinweggeht. Dies ist eine einmalige Gelegenheit auf sozialdemokratische Anliegen, mittels eines Gesichts, europaweit aufmerksam zu machen und dabei ein ganz neues Kapitel sozialdemokratischer Geschichte aufzuschlagen. Ein Kapitel moderner Sozialdemokratie, das

125

130

135

zum Ausdruck bringt, dass bei uns auch das
einfachste Mitglied das Recht hat die höchsten
staatlichen Ämter mitzubestimmen und somit ein
wesentlich höheres Maß an Demokratie und
Transparenz durchgesetzt wird als es bisher
jemals auf europäischer Ebene der Fall war.

Dieser Ansatz ist eine Forderung der Basis und
ein Bottom-Up Ansatz und ein Zeichen für ein
Ende des Top-Down Ansatzes des letzten
Jahrzehnts. Es ist eine Forderung der untersten
organisatorischen Ebene unserer Partei, eines
einfachen Ortsverbandes, und wir treten dafür
ein, dass dieser Antrag von unten bis ganz oben
durchgetragen wird und bis Anfang 2014 so
umgesetzt wird, dass er jedem Mitglied das
Recht auf Mitbestimmung gibt.

Wir fordern daher, dass sich die SPD und Ihre
Führung dafür einsetzen, dass bis spätestens
2013/2014 ein Wahlsystem ins Leben gerufen
wird, das jedem Mitglied einer europäischen
Sozialdemokratischen Partei das Recht gibt,
seine Stimme für einen Kandidaten für das Amt
des Kommissionspräsidenten abgeben zu
können. Der Kandidat/-in, der die Mehrheit der
abgegebenen Stimmen auf sich vereinen kann,
ist der Kandidat/-in, der für das Amt des EU
Kommissionspräsidenten kandidiert. Hinter
diesem Kandidat/-in wollen wir als
Sozialdemokraten/-innen geschlossen stehen und
diesem unserem gemeinsamen Kandidaten zum
Sieg verhelfen.

170

175

180

Antrag 19**Forum Digitale Gesellschaft**

Der SPD-Parteivorstand wird aufgefordert, ein offenes „Forum Digitale Gesellschaft“ auf Bundesebene gemäß Organisationsstatut §10, Abs. 2 einzurichten. Das neue „Forum Digitale Gesellschaft“ ersetzt den „Gesprächskreis Netzpolitik“.

Annahme

Antrag 20**Forum Netzpolitik**

Der SPD-Parteivorstand wird aufgefordert, ein offenes „Forum Netzpolitik“ auf Bundesebene gemäß Organisationsstatut §10, Abs. 2 einzurichten. Das neue „Forum Netzpolitik“ ersetzt den „Gesprächskreis Netzpolitik“.

Erledigt durch Annahme von PR 19

Begründung:

Die Bedeutung des Internet spielt im Leben jeder Bürgerin und jedes Bürgers eine zunehmende wichtige Rolle: Themen wie digitale Chancengleichheit, freier und ungehinderter Zugang zu Informationen, Verbraucherschutz, Medienregulierung sowie technologische Folgenabschätzung kommen deshalb eine zunehmend wichtigere Rolle zu.

Die zwei letzten Jahre haben gezeigt, dass die geschlossene Struktur des „Gesprächskreis Netzpolitik“ ein Problem darstellt: die interessierten Basismitglieder erfahren nichts von den Debatten und Fragestellungen, die von den Gesprächskreis-Mitgliedern diskutiert werden. Hinzu kommt, dass der „Gesprächskreis Netzpolitik“ kein

Antragsrecht auf dem Bundesparteitag hat.

30 Auf dem Bundesparteitag 2009 versäumte die
SPD die Chance, sich rechtzeitig gegen
Netzsperrern auszusprechen. Dieses
Versäumnis wurde mittlerweile unter
Schmerzen korrigiert. Damit ein solcher Fehler
35 nicht noch einmal passiert, brauchen wir ein
funktionierendes Gremium innerhalb der
Partei.

40 Im Zuge der Öffnung der Partei im Rahmen
der Parteireform ist es unabdingbar, dass die
Partei die offenen Strukturen nutzt, die
vorhanden sind. Es ist sinnvoll, sich auf dem
Boden der Satzung zu bewegen, da dann die
Befugnisse und Rechte einer Fachgruppierung
klar sind.

45

Anhang:

50 Organisationsstatut §10, Abs. 2: „Von den
Vorständen der Partei können Projektgruppen
und Foren, in denen auch Nichtmitglieder
mitarbeiten können, eingerichtet werden.
Projektgruppen und Foren steht das Antrags-
und Rederecht für den Parteitag auf der
jeweiligen Ebene zu.“

55

Antragsbereich PR

Antrag 21

Kennummer 80

Arbeitsgemeinschaften

Vertagung der Entscheidung auf Bundesebene

**Antragsteller: 60 plus, AfA, AGS, ASF, Ablehnung
ASG, ASJ, Schwusos**

5 Wir fordern den Parteivorstand auf, die
Entscheidung über die Organisationsreform zu
vertagen und dafür im nächsten Jahr einen
dialoggeführten Arbeitsparteitag einzuberufen.

Begründung:

10

Die notwendige Parteireform bedarf einer

15 fundierten, ausführlichen Beratung und kann
nicht innerhalb von sechs Monaten in der
Mitgliedschaft diskutiert werden. Die
vorgeschlagenen Maßnahmen haben
einschneidende finanzielle, strukturelle und
inhaltliche Auswirkungen. Der
Arbeitsparteitag sollte Aufbruchstimmung
signalisieren und nicht in Personaldebatten
20 untergehen.

Antragsbereich PR

Antrag 22

Kennummer 81

Kreisverband Böblingen

Verschiebung der Entscheidung über die Parteireform

5 a) Wir fordern den Parteivorstand auf, die
Organisationsreform bei einem späteren
Parteitag, nach eingehender Diskussion in den
Parteigliederungen - Zeitrahmen etwa 6-12
Monate - zu verabschieden. Erledigt durch Ablehnung von PR 21

10 b) Wir fordern den Landesparteitag auf, sich
dafür einzusetzen, die Entscheidungen zur
Parteireform um ca. 6 – 12 Monate zu
verschieben, um den Parteigliederungen
ausreichend Gelegenheit zur Diskussion und
Meinungsbildung zu geben.

Begründung:

15 Eine Parteireform mit dem Ziel der
intensiveren Beteiligung der Basis an den
Parteientscheidungen sowie Beteiligung von
Nichtmitgliedern an Parteientscheidungen
20 sollte nicht in so kurzer Zeit vom
Bundesvorstand durchgesetzt werden.

25 Wenn der Parteivorstand die stärkere
Beteiligung der Basis ernst meint, muss er
allen Basiskräften genügend Zeit geben, zu
diskutieren und sich eine Meinung zu bilden.
Das ist in dieser kurzen Zeit nicht möglich.
Eine Entscheidung unter Zeitdruck legt die
Vermutung nahe, dass der Parteivorstand die
30 Basis nicht wirklich fragen möchte sondern die

eigenen Ideen mit möglichst geringen Störungen durchsetzen will.

Antragsbereich PR

Antrag 23

Kennnummer 82

Ortsverein Schw.Gmünd Bettringen

Ortsverein Schwäbisch-Gmünd

Ortsverein Schw.Gmünd-Herlikofen

Ortsverein Mögglingen

(Kreisverband Ostalb)

Vertagung der Entscheidung über die Parteireform

5 Der Landesverband Baden Württemberg spricht sich dafür aus, die Entscheidung über die Parteistruktureform zu vertagen und dafür im kommenden Jahr einen Arbeitsparteitag einzuberufen, der die Reform ausführlich und gesondert behandelt.

Begründung:

10 Die Parteistruktureform soll zu mehr Belebung und Beteiligung in der SPD führen. Um dieses Ziel zu erreichen muss man allen Gliederungen die Zeit zu ausführlichen Beratungen und zur Entwicklung von eigenen
15 Ideen und Konzepten geben. Sechs Monate zur Beratung sind in diesem Fall zu kurz. Ein Arbeitsparteitag, der nur dieses Thema behandelt, ist dafür der beste Weg.

Erledigt durch Ablehnung von PR 21

Antragsbereich PR

Antrag 24

Kennnummer 83

Arbeitsgemeinschaften

Beschlussbuch

Antragsteller: 60 plus, AfA, AGS, ASF, ASG, ASJ, Jusos, Schwusos Annahme in folgender Fassung

5 Wir fordern, die zeitnahe Übersendung eines Beschlussbuches an die Delegierten, Ortsvereins- und Kreisvorsitzende elektronisch oder auf Wunsch in Papierform. Die Delegierten des Landesparteitages erhalten ein Beschlussbuch elektronisch oder auf Wunsch in Papierform.

Die Antragsteller werden bei Überweisung Empfänger gebeten, die Antragsteller zu

10 vom Empfänger benachrichtigt, wann und wo ihr Antrag behandelt wird und dazu eingeladen. | benachrichtigen, wann und wo ihr Antrag behandelt wird und dazu einzuladen.

Begründung:

15 Parteitagsbeschlüsse und ihre weitere Behandlung müssen für alle Beteiligten transparent und nachvollziehbar sein.

Antragsbereich PR

Antrag 25

Kennnummer 84

Ortsverein Schw.Gmünd Bettringen

Ortsverein Schwäbisch-Gmünd

Ortsverein Schw.Gmünd-Herlikofen

Ortsverein Mögglingen

(Kreisverband Ostalb)

Berichtspflicht gegenüber Delegierten

Zukünftig gilt eine Berichtspflicht des Bundesvorstands/Landesvorstands und der Bundestagsfraktion/Landtagsfraktion gegenüber den Delegierten über die Behandlung und Bearbeitung von Anträgen, welche von den Parteitagen an die Bundestagsfraktion/Landtagsfraktion überwiesen wurden. Dies erfolgt in schriftlicher oder elektronischer Form. Allgemein werden Antragsteller bei Überweisung vom Empfänger benachrichtigt, wann und wo ihr Antrag behandelt wird und sie werden dazu eingeladen.

5 | Berichtspflicht LTF: Annahme
Berichtspflicht BTF: Erledigt durch Praxis

10 | Erledigt durch Annahme von PR 24 in der Fassung der Antragskommission

Begründung:

15 Die Beschlüsse von Bundes- oder Landesparteitagen müssen klar und transparent sein. Jeder Ortsverein hat ein Interesse daran zu erfahren was mit seinem Antrag passiert. Hier muss insbesondere die Landtagsfraktion mit den Ortsvereinen kommunizieren.

20

Antragsbereich PR

Antrag 26

Kennnummer 85

Kreisverband Heidelberg

AG Bildung

	<i>Überweisen vom LPT Ulm vom 16.10.2010</i>	Ablehnung
	<i>Antragsbereich</i>	<i>P&O</i>
	<i>Antrag4</i>	
5	<i>(Kennnummer:</i>	<i>17)</i>
	<i>Kreisverband Heidelberg</i>	
	<i>Bildung einer Arbeitsgemeinschaft für Bildung auf Landesebene</i>	
10	<i>(Überwiesen an nächsten ordentlichen Landesparteitag)</i>	
15	Innerhalb des SPD-Landesverbandes Baden-Württemberg wird eine Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD (AfB) gebildet. Aufgaben und Organisation der AfB richten sich nach dem Organisationsstatut der SPD und den ergänzenden statutarischen Bestimmungen	
20	für den Landesverband Baden-Württemberg, sowie den Grundsätzen und Richtlinien für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften in der SPD. Die Berechnung der Mitgliederstärke erfolgt jeweils am Schluss des Kalenderjahres,	
25	das den Parteiwahlen vorangeht. Die Wahlperiode der AfB entspricht der der Partei.	
30		
	<i>Antragsbereich PR</i>	
	Antrag 27	
	<i>Kennnummer 86</i>	
	<i>Ortsverein Blaubeuren</i>	
	<i>(Kreisverband Alb-Donau)</i>	

Onlinevoten vor Parteitag

Nach Antragsschluss werden alle Anträge auf www.meinespd.net des SPD-Landesverbandes veröffentlicht. Die Mitglieder sollen dann

Ablehnung

5 online Empfehlungen eingeben können, JA –
NEIN – ENTH. Diese Voten werden saldiert
und den Delegierten vor Beginn des
Landesparteitages zugeleitet. Bei
Personalentscheidungen wird entsprechend
verfahren.

10

Begründung:

15 Dies soll ein Weg sein um einerseits die
innerparteiliche Demokratie zu stärken.
Andererseits soll er helfen das Chaos in der
Bearbeitung durch die Antragskommission
einzudämmen und auch ein Stück weit deren
Willkür in der Zusammenfassung von Anträgen
bzw. deren Erledigungsbeurteilungen
20 zurückzudrängen.

25 Es ist dringend notwendig, dass die Mitglieder
im heutigen Zeitalter von Kommunikation und
Technik diese Mittel auch progressiv nutzen
können. So bekommen sie wenigstens die
Möglichkeit selbst kund zu tun was sie für
richtig halten und wie sie Anträge einschätzen.

30 Für die Wenigen die am Online-Verfahren nicht
teilnehmen können (deren Zahl wird immer
geringer werden) müssen die Ortsvereine
Möglichkeiten anbieten Einblick in das
Antragsbuch zu nehmen. Eine Empfehlung
kann dann per Brief abgegeben werden.

35

Antragsbereich PR

Antrag 28

Kennummer 88

Ortsverein Schw.Gmünd Bettringen

Ortsverein Schw.Gmünd-Herlikofen

Ortsverein Mögglingen

(Kreisverband Ostalb)

Quorum auf Landesebene

Die Satzung des SPD-Landesverbands Baden-
Württemberg wird durch mehr
Mitgliederbeteiligung ergänzt. Dafür wird ein
weiterer § 17a in die Satzung aufgenommen.

Nichtbefassung. Der Antrag ist aufgrund des
Bundesstatuts unzulässig.

(Das Bundesstatut regelt Mitgliederbegehren

- 5 Dabei soll zukünftig ein Mitgliederbegehren und Mitgliederentscheide für alle Ebenen der
zustande kommen, wenn dieses von 5% der Partei.)
Mitglieder unterstützt wird oder wenn 1/4 der
Kreisverbände dies fordern. Die Frist zum
Sammeln der Unterschriften wird auf 6
10 Monate erhöht. Für den Mitgliederentscheid
ist eine Beteiligung der stimmberechtigten
Parteimitglieder von 1/4 zukünftig ausreichend.
Gleichzeitig soll der Landesvorstand ein
Verfahren erarbeiten, welches die neuen
15 Kommunikationsmedien für solche
Abstimmungen stärker einbindet.

Begründung:

- 20 Die SPD strebt einen neuen Politikstil im Land
an. Sie steht für ein Mehr an
Bürgerbeteiligung und eine deutliche
Absenkung der Hürden für einen
Volksentscheid. Auch innerhalb der SPD muss
25 es Einzelnen oder einer Gruppe von
Mitgliedern möglich sein ihren Vorschlag den
Mitgliedern zur Abstimmung zu stellen. Dafür
müssen die Hürden so gewählt werden, dass
dies realistisch möglich wird und nicht nur auf
30 dem Papier besteht. Die Hürden müssen
deswegen entsprechend gesenkt werden.

Antragsbereich PR

Antrag 29

Kennnummer 89

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Rederecht für Mitglieder auf Parteitag

Im Statut der SPD Baden-Württemberg wird Ablehnung
unter § 9 neu eingefügt:

- 5 „(4) Mitglieder der SPD Baden-Württemberg
haben Rederecht auf dem SPD-
Landesparteitag.“

Beratende Delegierte auf Landesparteitagen

5	Der Landesparteitag soll vom Ballast der vielen „Beratenden Stimmen“ befreit werden und zum Parteitag des Landesvorstandes und der Delegierten werden – dazu reicht es aus, das Landesstatut (§9) dem Bundesstatut (§15) anzupassen und nur noch folgende Gruppen mit beratender Stimme zuzulassen:	Ablehnung
10	1. Die Mitglieder der Kontrollkommission und der Schiedskommission.	
	2. Die Mitglieder des Parteirats aus dem Land.	
15	3. Ein Zehntel der SPD-Landtagsfraktion	
	4. Ein Teil der im Land gewählten Bundestagsabgeordneten (z.B. ein Drittel) und die im Land gewählten Europa-Abgeordneten.	
20	Begründung:	
	Dieser Antrag zur Organisationsreform soll die innerparteiliche Demokratie der SPD stärken.	
25	Der Landesparteitag soll ein Parteitag der Delegierten sein, nicht mit der Vielzahl der „beratenden Stimmen“ wie seither. Nicht nur –	
30	aber vor allem – die Antragskommission hat ihre Aufgaben vor dem Parteitag zu erledigen. Im Parteitag selbst ist sie nicht mehr notwendig.	
35	Wer Beratung braucht, sollte diese vor dem Parteitag einholen und nicht die ohnehin knappe Zeit der Delegierten damit noch weiter reduzieren.	
40	Die große Abweichung vom Bundesstatut ist ohnehin fragwürdig, eine Anpassung möglicherweise sogar notwendig.	

Antragsbereich PR

Antrag 31

Kennnummer 91

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Abschaffung der Antragskommission

1.	Die Antragskommission der SPD Baden-Württemberg wird abgeschafft.	Kein Votum
5	2. Das Statut der SPD Baden-Württemberg wird deshalb in folgenden Punkten geändert: § 9 (2): Streichung von „6. die Mitglieder der Antragskommission;“ § 11 (5): Streichung von „mit einer Stellungnahme der Antragskommission“ § 12 (1): Streichung von „sowie der Mitglieder der Antragskommission“.	
15	3. Die Geschäftsordnung der Antragskommission tritt außer Kraft.	
20	Begründung: Die inhaltliche Debatte über die Positionen der SPD Baden-Württemberg gehört auf den SPD-Landesparteitag. Wir wollen die Antragskommission abschaffen, weil die Delegierten des Parteitags souverän genug sind, um ihre Entscheidungen selbständig, ohne vorweggenommene inhaltliche Bewertungen der Antragskommission, zu treffen.	
25		
30	Die formalen Aufgaben der Antragskommission können die SPD-Landesgeschäftsstelle und das Tagungspräsidium des SPD-Landesparteitages übernehmen.	
35		

Antrag 32

Aufgaben der Antragskommission

	Die Aufgaben der Antragskommission werden folgendermaßen festgelegt:	Kein Votum
5	1. Die Antragskommission Ordnet die Anträge nach Themenbereichen Fasst Anträge zur gleichen Sache zusammen.	
10	Dem Antrag wird als Kommentar beigefügt, welche anderen Anträge bzw. Teile von Anträgen mit diesem zur gemeinsamen Abstimmung vorliegen.	
15	Stellt die Beschlusslage fest und fügt sie ggf. als Kommentar dem Antrag bei.	
20	2. Diese Aufgaben hat die Antragskommission nicht: Anträge inhaltlich zu bewerten (z.B. Ablehnung / Annahme)	
25	Organisatorische Empfehlungen zu geben (z.B. Überweisung an den Landesvorstand).	
30	Die Feststellung „Erledigt durch Antrag ...“ anzugeben.	
35	Empfehlungen aller Art werden nicht ins Antragsbuch geschrieben, sondern sind Sache des Parteitags. Ob ein Antrag zu empfehlen sei, an wen er weiterzuleiten sei, durch welchen anderen Antrag eine Abstimmung schon erledigt sei – das Alles wird erst im Parteitag zuerst diskutiert und dann entschieden.	
	Begründung:	
40	Dieser Antrag zur Organisationsreform soll die	

innerparteiliche Demokratie der SPD stärken.

45 Frustr bei vielen Mitgliedern haben in der
Vergangenheit häufig die „Stellungnahmen“
der Antragskommission verursacht. Deshalb
sind Verbesserungen notwendig. Es ist durch
nichts zu rechtfertigen, dass hier eine politische
Funktion mit fragwürdiger demokratischer
50 Legitimation erhalten bleibt – eine technische
Funktion ist jedoch notwendig und
ausreichend.

Es ist dringend erforderlich, dass die
55 Antragskommission ausschließlich ihre
technischen Aufgaben wahrnimmt, aber keine
Möglichkeiten zur politischen Einflussnahme
hat. Politischen Einfluss hat sie in der
Vergangenheit ausgeübt nicht nur durch ihre
Abstimmungs-Empfehlungen, sondern auch
60 durch organisatorische Vorgaben.

65

Organisation

Antragsbereich O

Antrag 1

Kennummer 93

AsF Baden-Württemberg

Gleichstellungsreferentin

Wir fordern eine Gleichstellungsreferentin –als
Querschnittsaufgabe- für den SPD
Landesverband Baden Württemberg. Diese
wird folgende Aufgaben haben:
5 die Novellierung des
Chancengleichheitsgesetzes mit dem
Koalitionspartner auf den Weg zu bringen
10 für das Prinzip „Gender Budgeting“ zu
sensibilisieren und einen Zeitplan für dessen
Einführung auf allen Politikebenen zu

Zur Beschlussfassung nicht geeignet

erarbeiten

15 auf eine nachhaltige innerparteiliche Struktur
zur Beseitigung bestehender
Geschlechterbenachteiligung zu achten bzw.
diese einzufordern.

20 **Begründung:**

Im Jahre 2011 stellen die Grünen und die SPD
erstmalig die Landesregierung in Baden
Württemberg. Der Anteil weiblicher
25 Abgeordneten liegt nur bei 18 % und somit
befindet sich das Landesparlament im
Ländervergleich auf dem letzten Platz wieder.

Erfreulich deshalb, dass bei den Besetzungen
30 der Ministerien, die Quote durch die Grünen
und der SPD eingehalten wurde und zu einem
Ergebnis von 5 Ministerinnen geführt hat. Die
zweiten und dritten Reihen innerhalb der SPD
geführten Ministerien haben noch nicht einmal
35 einen Anteil von 18% weiblicher
Führungskräfte, geschweige denn politische
Staatssekretärinnen oder politische Beamtinnen,
einzig eine Ministerialdirektorin im
Ministerium für Kultus, Jugend und Sport.

40 Eine Gleichstellungsreferentin arbeitet
referatsübergreifend an der Umsetzung einer
echten Chancengleichheit. Wir können keine
Quote weiblicher Führungskräfte von 30 % in
45 der Wirtschaft fordern, wenn wir diese SPD-
intern auch nicht annähernd erreichen.

Antragsbereich O

Antrag 2

Kennummer 94

AsF Baden-Württemberg

Sicherung von Beschlüssen

Es werden verbindliche Regelungen getroffen,
um die Nachhaltigkeit von
Parteitagsbeschlüssen zu gewährleisten. Dazu
wird es notwendig sein, ein entsprechendes
5 Konzept zu entwickeln. Die dafür

Überweisung an den Landesvorstand

erforderlichen Voraussetzungen, wie z.B. die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, sind zu schaffen.

10 **Begründung:**

15 In den Ortsvereinen und Kreisverbänden findet die politische Meinungsbildung statt. Genossinnen und Genossen diskutieren und beschließen und machen damit die SPD vor Ort und in der Region sichtbar. Arbeitsgemeinschaften definieren inhaltliche Schwerpunkte und beteiligen sich aktiv. Das Profil der SPD in Baden-Württemberg wird durch alle gemeinsam gestaltet. Aus dieser Arbeit resultieren Anträge, die auf Landesparteitagen behandelt werden.

25 Wenn das Ergebnis dieser Antragsbehandlung keinerlei Verbindlichkeit für die politisch verantwortlich Handelnden bedeutet, wenn z.B. in der Landtagsfraktion ein anderes Meinungs- und Stimmungsbild vorherrscht und die politischen Entscheidungen auf dieser Basis getroffen werden, so verstehen wir dies als Missachtung der Parteibasis. Es spricht für mangelnde Wertschätzung und mangelnden Respekt uns selbst gegenüber. Welchen Wert hat der von den Delegierten in Vertretung ihrer Basis mit Leidenschaft durchgebrachte Antrag, wenn der Beschluss des Parteitages nicht bindend ist? Wir wünschen uns mehr Beteiligung – es wäre Motivation und Ansporn, wenn AntragstellerInnen feststellen, dass sie etwas bewirkt haben. Auf diese Weise wird das Profil der SPD geschärft und es entsteht nicht nur eine Stärkung des gemeinsamen politischen Willens sondern auch das Gefühl eines Miteinanders auf Augenhöhe. Ein von den Delegierten des Parteitages herbeigeführter Beschluss verdient und braucht Verbindlichkeit!

50

Antragsbereich O

Antrag 3

Kennnummer 95

AsF Baden-Württemberg

Quotierte Redeliste

Wir fordern für den Landesparteitag eine Annahme
quotierte Redeliste.

Begründung:

5

Die SPD muss ihr weibliches Gesicht auch in
der Debattenkultur deutlicher als bisher
zeigen.

Antragsbereich O

Antrag 4

Kennnummer 96

Kreisverband Heidelberg

Termine Landesparteitage

Landesparteitage sollen künftig terminlich so Ablehnung
gestaltet sein, dass Abstimmungen und
Wahlen innerhalb eines Tages stattfinden.
Gegebenenfalls werden weitere Parteitage
durchgeführt.

Begründung:

5

Die zeitliche Aufteilung von Abstimmungen
und Wahlen auf zwei Tage, wobei der erste
Tag als Freitag und Anreisetag neben
Begrüßung, Grußworten, Verabschiedungen
und Grundsatzreden nur wenig Zeit für
Abstimmungen und Wahlen lässt, führt dazu,
dass die Mehrzahl der Kreisverbände für alle
ihre Delegierten Übernachtungen einplanen
müssen. Nicht für alle Delegierte und
Kreisverbände sind diese Kosten neben der
Anreise vernachlässigbar.

10

Eine terminliche Gestaltung, die die
Teilnahme an den Abstimmungen und Wahlen
an einem einzigen Tag vorsieht, erlaubt den
Kreisverbänden eine interne Absprache, die es
ermöglicht, erst am Abstimmungstag in

20

25

vollständiger Delegiertenzahl zu erscheinen.

Antragsbereich O

Antrag 5

Kennnummer 97

Ortsverein Kehl

(Kreisverband Ortenau)

Information der SPE

Wir SozialdemokratInnen fordern die Annahme und Überweisung an den
Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit - Parteivorstand.
und fangen Konsequenterweise bei uns selbst
an, in dem wir die Inhalte der
5 Sozialdemokratischen Partei Europa - seien sie
im Netz oder auf Papier - auch in deutscher
Sprache zur Verfügung stellen, damit deutlich
mehr Menschen sich informieren und
mitbestimmen können. Einhergehend damit
10 werden die Webangebote der SPD auf Landes-
und Bundesebene mit dem der SPE verbunden
- zumindest durch eine gut sichtbare
Verlinkung.

15 **Begründung:**

Bisher ist die Webpräsenz der SPE lediglich
Menschen zugänglich, die Englisch oder
Französisch beherrschen. Selbst wichtige
20 Dokumente (z.B. der Tätigkeitsbericht) gibt es
auf deutsch nicht. Die auf teilen der Website
angebotene Google-Übersetzung funktioniert
oft nur für die Menüführung, nicht aber für den
eigentlichen Text. Ohnehin ist diese Form der
25 ungenauen, weil automatisierten Übersetzung
für politische Inhalte nicht akzeptabel.

Antragsbereich O

Antrag 6

Kennnummer 98

Ortsverein Bad Dürkheim

(Kreisver. Schwarzwald-Baar)

Erreichbarkeit

Parteistruktur in der Fläche stärken – Überweisung an den Landesvorstand

Erreichbarkeit sichern

5 Der Landesvorstand und die Geschäftsführung
werden aufgefordert, die Parteistruktur in der
Fläche zu stärken und die Erreichbarkeit für alle
Ortsvereine und Kreisverbände zu verbessern.
Dazu soll bei künftigen Entscheidungen über
Geschäftsräume und Personal die gleichmäßige
10 Erreichbarkeit Vorrang gegenüber der bisherigen
Konzentration auf wenige zentrale Standorte in
jedem Regierungsbezirk haben. Hauptamtliches
Personal muss zum Beispiel unter Nutzung von
Internet und gegebenenfalls Heimarbeitsplätzen
15 in erreichbarer Nähe sein.

Begründung:

20 Das Wahlergebnis vom 27. März 2011 hat dazu
geführt, dass weite Landstriche keine SPD-
Vertreter mehr im Landtag haben.
Geschäftsstellen in Reichweite stehen vor dem
Aus.

25 Auch in Zeiten von Internet müssen
hauptamtliche Kräfte in erreichbarer Nähe sein.
Dazu müssen wir als Partei uns vom Bezug zu
Regierungsbezirken lösen und uns an
Verkehrsachsen orientieren. Wir denken dabei
30 beispielsweise im Süden Baden-Württembergs –
von West nach Ost – an die Regionen
Oberrheintal (A5) / Östlicher Schwarzwald-
Baar-Heuberg-Gäu-Westlicher Bodensee (A81
und B 14) und Oberschwaben/Allgäu/Bodensee
35 (B 30).

Dies fördert gleichzeitig das Zusammenwachsen
und Zusammenarbeiten benachbarter
Kreisverbände, was im Sinne gegenseitiger
40 Unterstützung zukünftig an Bedeutung gewinnt.

45

Antrag 7

Kennnummer 99

Ortsverein Bad Dürrhein

(Kreisver. Schwarzwald-Baar)

Mandatsträgerabgabe

5	Der Landesvorstand wird aufgefordert, seinen Beschluss vom 20. Juli 2011 zur Verwendung der Mandatsträgerabgaben der MdL dahingehend zu ändern, dass die Mandatsträgerabgaben der MdL mindestens zur Hälfte in einen Fond einbezahlt werden, der der Finanzierung künftiger Landtagswahlkämpfe aller Wahlkreise zu Gute kommt.	Überweisung an den Landesvorstand
10	Begründung:	
15	In der Regel werden KandidatInnen der SPD nicht direkt gewählt, sondern kommen über sogenannte „Zweitmandate“ in den Landtag, deren Anzahl auf der Grundlage der von allen SPD-Bewerbern errungenen Stimmzahl im jeweiligen Regierungsbezirk ermittelt wird.	
20	Für Südbaden beispielsweise zeigen die Wahlergebnisse vom 27. März 2011, dass die Gewählten mit einer Ausnahme in Prozenten Stimmanteile gegenüber 2006 verloren haben, während in den Wahlkreisen der Nicht-	
25	Gewählten die SPD in Prozenten überwiegend leichte Stimmgewinne verzeichnen konnte. Die Gewählten verdanken ihren Einzug in den Landtag dem Wahlkampf aller Wahlkreise ihres Regierungsbezirks.	
30	Das Wahlergebnis vom 27. März 2011 hat dazu geführt, dass weite Landstriche keine SPD-Vertreter mehr im Landtag haben. Dies allein schon führt zu einer politisch schlechten	
35	Ausgangssituation bei der künftigen Landtagswahl im Ringen mit dem politischen Gegner um Stimmen. Dies darf nicht auch noch durch wesentliche finanzielle	
40	Schlechterstellung verstärkt werden.	

Kommunales

Antragsbereich KOM

Antrag 1

Kennnummer 31

AsF Baden-Württemberg

Stärkung des kommunalen Ehrenamtes

Ehrenamtliche Kommunalpolitik ist der Grundstein unserer repräsentativen Demokratie und unserer Bürgergesellschaft. Sie ist Bestandteil und Garant für die kommunale Verankerung und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Um ehrenamtliches Engagement und unsere demokratische Gesellschaft zu sichern und zu fördern, muss die ehrenamtliche Kommunalpolitik als Motor des Ehrenamts und der Demokratie weiterentwickelt und gepflegt werden, damit sie auch zukünftige Herausforderungen bewältigen kann.

Deshalb fordern wir:

Teil der Anerkennungskultur muss es sein, dass ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker von ihrer beruflichen Tätigkeit für die Ausübung des Mandats freigestellt werden und dies in Betrieben nicht nur „geduldet“, sondern als betrieblicher Beitrag zum Gemeinwohl verstanden und gefördert wird.

Zudem müssen sich ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker die für die Ausübung des Mandats notwendigen Kenntnisse aneignen können. Fort- und Weiterbildung sind jedoch derzeit in der baden-württembergischen Gemeindeordnung nicht geregelt.

Um den hohen Anforderungen in den kommunalen Vertretungskörperschaften gerecht

Annahme

werden zu können, müssen Mandatsträgerinnen
und Mandatsträger Fachkenntnisse erwerben
können. Auch ist die Schulung in Management,
strategischer Öffentlichkeitsarbeit oder
40 Teamarbeit als Fraktion ein Fortbildungsfeld,
dessen Wahrnehmung ermöglicht werden sollte.
Wir möchten eine Konkretisierung der
Gemeindeordnung dahin gehend, dass mit der
45 „Ausübung“ oder „Wahrnehmung“ des Mandats
auch die Fort-und Weiterbildung für dieses
gemeint ist. Darüber hinaus ist ein einheitlicher
Fortbildungsanspruch sinnvoll, um
kommunalpolitische Mandatsträgerinnen und
Mandatsträger in allen Kommunen den Zugang
50 zu Informationen und Weiterbildung
gleichermaßen zu gewährleisten. Dazu soll ein
konkreter Anspruch in die baden-
württembergische Gemeindeordnung
aufgenommen werden.

55
Außerdem ist eine Regelung aufzunehmen, um
einen Anspruch auf Erstattung der
Aufwendungen zur Kinderbetreuung während
der Fortbildung zu gewähren. Das heißt auch
60 auf familienfreundliche Sitzungszeiten zu
achten und ggfs. auch eine Kinderbetreuung zu
ermöglichen.

Der baden-württembergische Landtag muss
65 daher den Umfang der zuwendungsfähigen
Ausgaben der Fraktionen für Sachmittel und
Personal dem Grunde nach regeln, indem sie die
Aufgaben der Fraktionen und damit auch den
Anspruch auf deren finanzielle Ausstattung
70 festlegen. Die Höhe der den Aufgaben
entsprechenden Zuwendung muss den
gewachsenen Aufgaben der Fraktionen
Rechnung tragen. Die Festlegung der Höhe soll
auf Grundlage einer Bedarfsermittlung im
75 pflichtgemäßen Ermessen der kommunalen
Vertretung stehen oder landeseinheitlich durch
Bestimmung einer Mindestausstattung der
Fraktionen sichergestellt werden, die jedenfalls
die Gemeindegröße und die Anzahl der
80 Mitglieder der Vertretung in der Fraktion
berücksichtigt und regelmäßig an die Preis und
Lohnentwicklung angepasst wird.

85 Zur Sicherung einer angemessenen
Entschädigung des Aufwandes für die
Wahrnehmung eines kommunalpolitischen
Mandates sind Anspruchsgrundlagen und
Festlegungen über die Höhe der
90 Aufwandsentschädigungen bzw. Sitzungsgelder
zu schaffen, die nach Gemeindegrößenklassen
und nach Funktionen der Mandatsträger
gestaffelt sein können. Die
Aufwandsentschädigungen sind regelmäßig an
die Preisentwicklung anzupassen. Da sie einen
95 tatsächlichen Aufwand der Mandatsträger
entschädigen sollen, müssen diese auch
vollständig steuer- und abgabenfrei belassen
werden. Aufwandsentschädigungen dürfen nicht
als Einkommen bei sozialen Transferleistungen
100 angerechnet werden.

Begründung:

105 Ehrenamtliche Kommunalpolitik ist der
Grundstein unserer repräsentativen Demokratie
und unserer Bürgergesellschaft. Sie ist
Bestandteil und Garant für die kommunale
Verankerung und Förderung des
bürgerschaftlichen Engagements. Um
110 ehrenamtliches Engagement und unsere
demokratische Gesellschaft zu sichern und zu
fördern, muss die ehrenamtliche
Kommunalpolitik als Motor des Ehrenamts und
der Demokratie weiterentwickelt und gepflegt
115 werden, damit sie auch zukünftige
Herausforderungen bewältigen kann.

120 Gerade von Frauen wird immer ein starkes
ehrenamtliches Engagement erwartet,
unentgeltlich und möglichst stets verfügbar.

125 Bei der Besetzung wichtiger
kommunalpolitischer Ehrenämter sieht es dann
schon anders aus. Oftmals scheitert eine
Kandidatur und die Ausübung eines
kommunalpolitischen Amtes an den
Bedingungen vor Ort. Dies muss dringend
verbessert werden, denn Frau hat einen anderen
Blick auf die Gesellschaft, setzt andere
130 Schwerpunkte und bewirkt damit eine
ausgewogenere Gestaltung der

Kommunalpolitik.

135 Zugleich wird die ehrenamtliche
Kommunalpolitik immer komplexer, neue
Kenntnisse werden immer rascher erwartet und
vorausgesetzt, um beispielsweise die Steuerung
kommunaler Unternehmen, die Umwandlung
privater in kommunale Unternehmen oder die
140 notwendigen Veränderung der
Prioritätensetzung bei der
Haushaltskonsolidierung sozial und gerecht
gestalten zu können.

145 Wer ein Ehrenamt in der Kommune anstrebt
oder bereits innehat, muss wissen, welche
zeitlichen Ressourcen und welche Kenntnisse
eingebracht werden müssen und welche
Ansprüche und Rechte sich aus dem Ehrenamt
150 gegenüber der Hauptamtlichkeit ergeben. Auch
die Aufwandsentschädigung, die steuerliche
Geltendmachung des Mandats, die Freistellung
für die Wahrnehmung des Mandats und die
Rechte und Pflichten aufgrund einer
155 Fraktionszugehörigkeit müssen offen liegen.

Ehrenamtliche Kommunalpolitik ist Teil des
bürgerschaftlichen Engagements und bietet
einen wechselseitigen Austausch zwischen den
160 vom Volk gewählten Mandatsträgern, den
hauptamtlichen Mitarbeitern der Verwaltung
und den in projektbezogenen Initiativen
engagierten Menschen. Wir brauchen eine
Anerkennungskultur, um Kommunalpolitik als
165 eine wichtige Möglichkeit des Engagements
bewusst zu machen und geeignete Bürgerinnen
und Bürger – auch und gerade über
Parteilinien hinaus – dafür zu gewinnen.

170

175

Stärkung des kommunalen Ehrenamtes

	Ehrenamtliche Kommunalpolitik ist der Grundstein unserer repräsentativen	Erledigt durch Annahme von KOM 1
5	Demokratie und unserer Bürgergesellschaft. Sie ist Bestandteil und Garant für die kommunale Verankerung und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Um ehrenamtliches Engagement und unsere demokratische Gesellschaft zu sichern und zu	
10	fördern, muss die ehrenamtliche Kommunalpolitik als Motor des Ehrenamts und der Demokratie weiterentwickelt und gepflegt werden, damit sie auch zukünftige Herausforderungen bewältigen kann.	
15	Zugleich wird die ehrenamtliche Kommunalpolitik immer komplexer, neue Kenntnisse werden immer rascher erwartet und vorausgesetzt, um beispielsweise die Steuerung kommunaler Unternehmen, die Umwandlung privater in kommunale Unternehmen oder die	
20	notwendigen Veränderung der Prioritätensetzung bei der Haushaltskonsolidierung sozial und gerecht	
25	gestalten zu können. Wer ein Ehrenamt in der Kommune anstrebt oder bereits innehat, muss wissen, welche zeitlichen Ressourcen und welche Kenntnisse eingebracht werden müssen und welche Ansprüche und Rechte sich aus dem	
30	Ehrenamt gegenüber der Hauptamtlichkeit ergeben. Auch die Aufwandsentschädigung, die steuerliche Geltendmachung des Mandats, die Freistellung für die Wahrnehmung des Mandats und die Rechte und Pflichten aufgrund einer	
35	Fraktionszugehörigkeit müssen offen liegen.	
40	Ehrenamtliche Kommunalpolitik ist Teil des bürgerschaftlichen Engagements und bietet einen wechselseitigen Austausch zwischen den vom Volk gewählten Mandatsträgern, den hauptamtlichen Mitarbeitern der Verwaltung	

45 und den in projektbezogenen Initiativen
engagierten Menschen. Wir brauchen eine
Anerkennungskultur, um Kommunalpolitik als
eine wichtige Möglichkeit des Engagements
bewusst zu machen und geeignete Bürgerinnen
und Bürger – auch und gerade über
Parteigrenzen hinaus – dafür zu gewinnen.

50 Teil der Anerkennungskultur muss es sein, dass
ehrenamtliche Kommunalpolitiker von ihrer
beruflichen Tätigkeit für die Ausübung des
Mandats freigestellt werden und dies in
Betrieben nicht nur „geduldet“, sondern als
55 betrieblicher Beitrag zum Gemeinwohl
verstanden und gefördert wird.

Zudem müssen sich ehrenamtliche
60 Kommunalpolitikern die für die Ausübung des
Mandats notwendigen Kenntnisse aneignen
können. Fort- und Weiterbildung sind jedoch
derzeit in der baden-württembergischen
Gemeindeordnung nicht geregelt. Um den
hohen Anforderungen in den kommunalen
65 Vertretungskörperschaften gerecht werden zu
können, müssen Mandatsträger Fachkenntnisse
erwerben können. Auch ist die Schulung in
Management, strategischer Öffentlichkeitsarbeit
oder Teamarbeit als Fraktion ein
70 Fortbildungsfeld, dessen Wahrnehmung
ermöglicht werden sollte. Wir möchten eine
Konkretisierung der Gemeindeordnung dahin
gehend, dass mit der „Ausübung“ oder
„Wahrnehmung“ des Mandats auch die Fort-
75 und Weiterbildung für dieses gemeint ist.
Darüber hinaus ist ein einheitlicher
Fortbildungsanspruch sinnvoll, um
kommunalpolitische Mandatsträger in allen
Kommunen den Zugang zu Informationen und
80 Weiterbildung gleichermaßen zu gewährleisten.
Dazu soll ein konkreter Anspruch in die baden-
württembergische Gemeindeordnung
aufgenommen werden. Außerdem ist eine
Regelung aufzunehmen, um einen Anspruch auf
85 Erstattung der Aufwendungen zur
Kinderbetreuung während der Fortbildung zu
gewähren.

Der baden-württembergische Landtag muss

90 daher den Umfang der zuwendungsfähigen
Ausgaben der Fraktionen für Sachmittel und
Personal dem Grunde nach regeln, indem sie die
Aufgaben der Fraktionen und damit auch den
Anspruch auf deren finanzielle Ausstattung
95 festlegen. Die Höhe der den Aufgaben
entsprechenden Zuwendung muss den
gewachsenen Aufgaben der Fraktionen
Rechnung tragen. Die Festlegung der Höhe soll
auf Grundlage einer Bedarfsermittlung im
100 pflichtgemäßen Ermessen der kommunalen
Vertretung stehen oder landeseinheitlich durch
Bestimmung einer Mindestausstattung der
Fraktionen sichergestellt werden, die jedenfalls
die Gemeindegröße und die Anzahl der
105 Mitglieder der Vertretung in der Fraktion
berücksichtigt und regelmäßig an die Preis- und
Lohnentwicklung angepasst wird.

110 Zur Sicherung einer angemessenen
Entschädigung des Aufwandes für die
Wahrnehmung eines kommunalpolitischen
Mandates sind Anspruchsgrundlagen und
Festlegungen über die Höhe der
115 Aufwandsentschädigungen bzw. Sitzungsgelder
zu schaffen, die nach Gemeindegrößenklassen
und nach Funktionen der Mandatsträger
gestaffelt sein können. Die
Aufwandsentschädigungen sind regelmäßig an
120 die Preisentwicklung anzupassen. Da sie einen
tatsächlichen Aufwand der Mandatsträger
entschädigen sollen, müssen diese auch
vollständig steuer- und abgabenfrei belassen
werden. Aufwandsentschädigungen dürfen nicht
125 als Einkommen bei sozialen Transferleistungen
angerechnet werden.

130

Elternzeit für GemeinderätInnen

5 1. Die Gemeindeordnung für Baden-Annahme
Württemberg wird dahingehend geändert, dass
es den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten
ermöglicht wird eine Elternzeit zwischen 3 und
12 Monaten im Anschluss an die Geburt ihres
Kindes zu nehmen.

10 2. Ein finanzieller Ausgleich ist nicht
vorgesehen.

15 3. Es wird sichergestellt, dass Nachrückerinnen
beziehungsweise Nachrücker im Vergleich zum
heutigen Recht strukturell nicht schlechter
gestellt werden.

Begründung:

20 1. Die Tätigkeit im Gemeinderat ist ein
Ehrenamt. Es besteht eine gesetzliche Pflicht,
dieses Ehrenamt wahrzunehmen. Ohne die
Möglichkeit Elternzeit zu nehmen, ist man
durch dieses Ehrenamt schlechter gestellt als in
einem Beschäftigungsverhältnis. Dadurch
entsteht ein Ungleichgewicht. Die Vereinbarkeit
25 dieses Ehrenamtes mit der Familie ist eine
große Herausforderung für junge Eltern.

30 Die Möglichkeit das Mandat aus familiären
Gründen zurückzugeben kann nicht die Lösung
des Problems sein. Zum einen sind Menschen in
Familiengründungsphase in den Stadt- und
Gemeinderäten unterrepräsentiert. Zum anderen
ist es nicht zwangsläufig so, dass die familiäre
Herausforderung die gemeinderätliche Arbeit
35 dauerhaft beeinträchtigt. Vielmehr ist gerade
das erste Jahr bei einem Neugeborenen nur
schwer so zu organisieren, dass die - festen
Terminen folgende - Gremienarbeit geleistet
werden kann. Das gilt bei stillenden
40 Gemeinderätinnen umsomehr.

45 Die Möglichkeit eine geordnete Auszeit aus dem Gemeinderat zu nehmen stellt eine deutliche Verbesserung sowohl in der Familienpolitik als auch eine strukturelle Stärkung des Ehrenamtes dar.

50 Man könnte an dieser Stelle auch noch weitere Möglichkeiten zu einer zeitlichen Auszeit diskutieren. Allerdings ist nichts davon vergleichbar mit der Situation im ersten Jahr eines Neugeborenen. Alleinstellungsmerkmal ist der grundrechtlich garantierte Schutz der Familie, dem im ersten Jahr nach der Geburt eines Kindes besonderes Gewicht zukommt.

60 2. Stadträtinnen und Stadträte erhalten für ihre Arbeit eine Aufwandsentschädigung. Sie steht naturgemäß den Nachrückerinnen bzw. Nachrückern, welche für die Zeit der Elternzeit als Stadträtinnen und Stadträte arbeiten, zu. Ein finanzieller Ausgleich hat hier, anders als beim Elternzeitgesetz, keine gesellschaftspolitisch gewollte Steuerungswirkung. Es soll nicht darum gehen, dass möglichst viele Stadträtinnen oder Stadträte in Elternzeit gehen, sondern dass es ihnen überhaupt möglich ist, im ersten Babyjahr die Familie zu priorisieren, ohne gleich ganz auf das Ehrenamt verzichten zu müssen.

75 3. Es ist für die nachrückende Person nicht einfach sich auf dieses Mandat auf Zeit einzustellen. Die Wahrnehmung der Aufgaben kann vielleicht nicht in der optimalen Tiefe, eine Verankerung in einer Fraktion nicht vollständig erfolgen. Dieselbe Problemlage kann jedoch jeden Nachrücker bzw. jede Nachrückerin treffen. Auch schon nach heutigem Recht. Hier ist etwa an ein Nachrücken kurz vor Ende der Gemeinderatsperiode zu denken.

85 Ein weiteres Problemfeld ist ein eventueller zweiter Wechsel. Die Person in Elternzeit soll in einer solchen Situation eine vorzeitige Rückkehr erklären können. Es ist wichtig, dass sich der Status des vorläufigen Nachrückens bei einem weiteren Wechsel auf den oder die

90 nächste Person verschiebt. So wird das
ursprünglich befristete Mandat zu einem
unbefristeten.

95 Verfassungstheoretischen Bedenken
hinsichtlich eines gewählten Mandats auf fünf
Jahre kann insofern entgegengetreten werden,
als die Besetzung der Gemeinderäte auch bei
einer Elternzeitregelung eindeutig und
transparent ist.

100

105

Antragsbereich KOM

Antrag 4

Kennummer 34

SGK Baden-Württemberg

Bürgerbeteiligung

Annahme in folgender Fassung

5 Nicht nur bei milliardenschweren
Infrastrukturvorhaben, auch in der ganz
alltäglichen Kommunalpolitik offenbart sich
eine gewachsene Entfremdung zwischen
Politik und Bürgerinnen und Bürgern. Diese
10 Entfremdung äußert sich nicht nur in
sinkenden Mitgliedszahlen der Parteien oder
schwacher Wahlbeteiligung. Im Gegenteil:
Bürgerinnen und Bürger mischen sich
verstärkt ein, sei es in Bürgerinitiativen, mit
15 Bürgerbegehren oder durch öffentlichen
Protest – und sie mischen den politischen
Raum damit gehörig auf.

20 Niemand kennt das Haltbarkeitsdatum dieser
Entwicklung. Aber es spricht doch einiges
dafür, dass wir es hier mit einer den großen
sozialen Bewegungen der 1970/80er Jahre
vergleichbaren Erscheinung zu tun haben.
Damit öffnet sich ein Zeitfenster für alle, die

25	ebenfalls über eine Erneuerung der Demokratie nachdenken und für sie arbeiten. In diesem Zeitfenster entscheidet sich, wem es gelingt, die neue Bewegung und ihre Anliegen aufzunehmen.	ebenfalls über eine Erneuerung der Demokratie nachdenken und für sie arbeiten. In diesem Zeitfenster entscheidet sich, wem es gelingt, die neue Bewegung und ihre Anliegen aufzunehmen.
30	Eine moderne und lebendige demokratische Kultur: Repräsentatives System, direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung intelligent verknüpfen	Eine moderne und lebendige demokratische Kultur: Repräsentatives System, direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung intelligent verknüpfen
35	Wir sind stolz auf die Stabilität unserer repräsentativen Demokratie und die Beiträge, die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf allen politischen	Wir sind stolz auf die Stabilität unserer repräsentativen Demokratie und die Beiträge, die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf allen politischen
40	Ebenen hierfür geleistet haben. Eine moderne Demokratie verlangt aber gleichzeitig mehr direkte Einwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger. Direktdemokratische Verfahren wie	Ebenen hierfür geleistet haben. Eine moderne Demokratie verlangt aber gleichzeitig mehr direkte Einwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger. Direktdemokratische Verfahren wie
45	Bürgerentscheide oder -begehren finden daher unsere Zustimmung und gehören für uns zu einer reifen und lebendigen Demokratie. Wir wollen Politik mit den Bürgerinnen und Bürgern gestalten und so gemeinsam mehr	Bürgerentscheide oder -begehren finden daher unsere Zustimmung und gehören für uns zu einer reifen und lebendigen Demokratie. Wir wollen Politik mit den Bürgerinnen und Bürgern gestalten und so gemeinsam mehr
50	bewegen. Die besten Antworten können nur gemeinsam gefunden werden.	bewegen. Die besten Antworten können nur gemeinsam gefunden werden.
55	Wir wollen die repräsentative Demokratie allerdings nicht durch die direkte Demokratie ersetzen, sondern beide zusammenbringen, intelligent miteinander verkoppeln und so insgesamt die Demokratie stärken.	Wir wollen die repräsentative Demokratie allerdings nicht durch die direkte Demokratie ersetzen, sondern beide zusammenbringen, intelligent miteinander verkoppeln und so insgesamt die Demokratie stärken.
60	Wir sind überzeugt: Vor allem bei größeren Vorhaben müssen die Bürgerinnen und Bürger sehr viel frühzeitiger informiert und beteiligt werden. Wenn sich Planungen über Jahre erstrecken und über Jahre erhebliche finanzielle Mittel gebunden werden, müssen	Wir sind überzeugt: Vor allem bei größeren Vorhaben müssen die Bürgerinnen und Bürger sehr viel frühzeitiger informiert und beteiligt werden. Wenn sich Planungen über Jahre erstrecken und über Jahre erhebliche finanzielle Mittel gebunden werden, müssen
65	wir Modalitäten finden, wie Bürgerbeteiligung bei diesen Vorhaben organisiert werden kann.	wir Modalitäten finden, wie Bürgerbeteiligung bei diesen Vorhaben organisiert werden kann.
70	Bürgerbeteiligung verlangt einen hohen Informationsgrad und intensiven Austausch von Argumenten, um die Meinungsbildung zu unterstützen, zum Beispiel in öffentlichen	Bürgerbeteiligung verlangt einen hohen Informationsgrad und intensiven Austausch von Argumenten, um die Meinungsbildung zu unterstützen, zum Beispiel in öffentlichen

75 Veranstaltungen und neutral moderierten
Bürgerforen, bei den alle unterschiedlichen
Interessen am Tisch sitzen. Wenn
Bürgerbeteiligung so verstanden wird, gibt es
eine große Chance auf bessere und breiter
akzeptierte Lösungen. Im Austausch von
Argumenten lernt man Ziele, Wünsche und
80 Einschätzungen aller Seiten kennen, kann
Dissens und Konsens ausloten und die
Faktenlage klären. So kann man eine
Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger
erreichen, die über "ja" oder "nein", "hopp"
85 oder "topp" hinausgeht. Es wird nicht nur der
Protest abgerufen, sondern konstruktiv nach
Verbesserungen gesucht. Das Ergebnis ist
eine von Bürgerinnen und Bürgern
mitgestaltete Planung.

90

Aufruf an die Mitglieder der SGK Baden- Württemberg

95 In den Städten und Gemeinden unseres
Landes erleben die Bürgerinnen und Bürger
Demokratie hautnah, Tag für Tag. Hier
entscheidet sich, ob eine Veränderung im
Politikstil wahrgenommen wird. Hier wird der
100 Unterschied deutlich zwischen einer Politik
von oben herab und einer Politik auf
Augenhöhe. Zwischen rein formaler
Beteiligung und echten Beteiligungschancen.
Zwischen obrigkeitlich oder partnerschaftlich.
105 Politik auf Augenhöhe zu gestalten, echte
Beteiligungschancen anzubieten,
partnerschaftlich im Umgang mit Bürgerinnen
und Bürgern das ist Chance und Auftrag für
alle sozialdemokratischen
Kommunalpolitikerinnen und
110 Kommunalpolitiker.

115 Die SPD ist *die* Demokratiepartei in
Deutschland. Die Durchsetzung der
Demokratie m 19. Jahrhundert, die
Einführung des Frauenwahlrechts, Willy
Brandts „Mehr Demokratie wagen“ –
untrennbar ist die Geschichte der
Sozialdemokratie verwoben mit der
Demokratisierung unseres Landes. In den
120 Städten und Gemeinden Baden-Württembergs

Veranstaltungen und neutral moderierten
Bürgerforen, bei den alle unterschiedlichen
Interessen am Tisch sitzen. Wenn
Bürgerbeteiligung so verstanden wird, gibt es
eine große Chance auf bessere und breiter
akzeptierte Lösungen. Im Austausch von
Argumenten lernt man Ziele, Wünsche und
Einschätzungen aller Seiten kennen, kann
Dissens und Konsens ausloten und die
Faktenlage klären. So kann man eine
Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger
erreichen, die über "ja" oder "nein", "hopp"
oder "topp" hinausgeht. Es wird nicht nur der
Protest abgerufen, sondern konstruktiv nach
Verbesserungen gesucht. Das Ergebnis ist
eine von Bürgerinnen und Bürgern
mitgestaltete Planung.

Aufruf an die Mitglieder der SGK Baden- Württemberg

In den Städten und Gemeinden unseres
Landes erleben die Bürgerinnen und Bürger
Demokratie hautnah, Tag für Tag. Hier
entscheidet sich, ob eine Veränderung im
Politikstil wahrgenommen wird. Hier wird der
Unterschied deutlich zwischen einer Politik
von oben herab und einer Politik auf
Augenhöhe. Zwischen rein formaler
Beteiligung und echten Beteiligungschancen.
Zwischen obrigkeitlich oder partnerschaftlich.
Politik auf Augenhöhe zu gestalten, echte
Beteiligungschancen anzubieten,
partnerschaftlich im Umgang mit Bürgerinnen
und Bürgern das ist Chance und Auftrag für
alle sozialdemokratischen
Kommunalpolitikerinnen und
Kommunalpolitiker.

Die SPD ist *die* Demokratiepartei in
Deutschland. Die Durchsetzung der
Demokratie m 19. Jahrhundert, die
Einführung des Frauenwahlrechts, Willy
Brandts „Mehr Demokratie wagen“ –
untrennbar ist die Geschichte der
Sozialdemokratie verwoben mit der
Demokratisierung unseres Landes. In den
Städten und Gemeinden Baden-Württembergs

125	sind es vielfach die sozialdemokratischen (Ober-)Bürgermeisterinnen, (Ober-)Bürgermeister und Ratsfraktionen, die an einer modernen, lebendigen Bürgerkommune arbeiten. Sozialdemokraten stehen für bürgerorientierte Kommunen und arbeiten gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern weiter an der „Bürgerstadt“.	sind es vielfach die sozialdemokratischen (Ober-)Bürgermeisterinnen, (Ober-)Bürgermeister und Ratsfraktionen, die an einer modernen, lebendigen Bürgerkommune arbeiten. Sozialdemokraten stehen für bürgerorientierte Kommunen und arbeiten gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern weiter an der „Bürgerstadt“.
130	Die SGK Baden-Württemberg ruft Ihre Mitglieder auf, diesen Weg engagiert weiter zu gehen und Demokratisierung und Bürgerbeteiligung zu einem unverkennbaren	Die SGK Baden-Württemberg ruft Ihre Mitglieder auf, diesen Weg engagiert weiter zu gehen und Demokratisierung und Bürgerbeteiligung zu einem unverkennbaren
135	Markenzeichen sozialdemokratischer Kommunalpolitik auszubauen.	Markenzeichen sozialdemokratischer Kommunalpolitik auszubauen.
140		Überweisung als Material an die sozialdemokratischen Parteien in Kommunalparlamenten ab "Folgende Beispiele ...
145	Folgende Beispiele empfehlen wir zur Nachahmung, denn sie können Schritte zu mehr Demokratisierung und Bürgerbeteiligung sein:	Folgende Beispiele empfehlen wir zur Nachahmung, denn sie können Schritte zu mehr Demokratisierung und Bürgerbeteiligung sein:
150	Wir fordern unsere Ratsfraktionen auf, ihre Haltung und Zielstellungen zu Bürgerbeteiligung und der demokratischen Gemeinde der Zukunft zu klären und gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern transparent zu machen. Das Beispiel eines	Wir fordern unsere Ratsfraktionen auf, ihre Haltung und Zielstellungen zu Bürgerbeteiligung und der demokratischen Gemeinde der Zukunft zu klären und gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern transparent zu machen. Das Beispiel eines
155	„Selbstverständnisses der SPD-Fraktion“ aus Wiesloch kann als Orientierung dienen (Anhang I).	„Selbstverständnisses der SPD-Fraktion“ aus Wiesloch kann als Orientierung dienen (Anhang I).
160	Bürgerbeteiligung ist kein eigenes Politikfeld für Spezialisten sondern integraler Bestandteil jeglichen politischen Handelns. Sowohl	Bürgerbeteiligung ist kein eigenes Politikfeld für Spezialisten sondern integraler Bestandteil jeglichen politischen Handelns. Sowohl
165	Verwaltungen als auch Fraktionen sind gehalten, sich bei allen anstehenden Fragen in die Bürgerinnen und Bürger, für die man arbeitet oder gewählt ist, hineinzusetzen: Welche Information muss wem gegeben werden? Wer sollte einbezogen werden? Wie kann bei Bedarf eine geeignete Beteiligung	Verwaltungen als auch Fraktionen sind gehalten, sich bei allen anstehenden Fragen in die Bürgerinnen und Bürger, für die man arbeitet oder gewählt ist, hineinzusetzen: Welche Information muss wem gegeben werden? Wer sollte einbezogen werden? Wie kann bei Bedarf eine geeignete Beteiligung

170	der Bürgerinnen und Bürger aussehen? Der beigefügte Musterantrag zur Ergänzung der Gemeinderatsvorlagen kann ein geeignetes Instrument sein, um Bürgerbeteiligung selbstverständlicher zu machen (Anhang II).	170	der Bürgerinnen und Bürger aussehen? Der beigefügte Musterantrag zur Ergänzung der Gemeinderatsvorlagen kann ein geeignetes Instrument sein, um Bürgerbeteiligung selbstverständlicher zu machen (Anhang II).
175	Es ist Kennzeichen reifer Demokratinnen und Demokraten, dass sie keine Angst vor Bürgerinnen und Bürgern haben, sondern ihnen offen und mit Vertrauen begegnen. Vielfach erleben wir, dass dann nach	175	Es ist Kennzeichen reifer Demokratinnen und Demokraten, dass sie keine Angst vor Bürgerinnen und Bürgern haben, sondern ihnen offen und mit Vertrauen begegnen. Vielfach erleben wir, dass dann nach
180	Bürgerbeteiligung verlangt wird, wenn man der eigenen Position in den zuständigen Gremien nicht zur Durchsetzung verhelfen konnte. Das ist legitim, aber kein Kennzeichen einer reifen Demokratie. Hier	180	Bürgerbeteiligung verlangt wird, wenn man der eigenen Position in den zuständigen Gremien nicht zur Durchsetzung verhelfen konnte. Das ist legitim, aber kein Kennzeichen einer reifen Demokratie. Hier
185	offenbart sich vielmehr ein sehr instrumentelles Verhältnis zur Bürgerbeteiligung. Wer Bürgerbeteiligung aber nur dort fordert, wo sie den eigenen	185	offenbart sich vielmehr ein sehr instrumentelles Verhältnis zur Bürgerbeteiligung. Wer Bürgerbeteiligung aber nur dort fordert, wo sie den eigenen
190	Interessen dient, schadet der Idee eines guten demokratischen Miteinanders mehr als er nützt. Entsprechend können beispielsweise	190	Interessen dient, schadet der Idee eines guten demokratischen Miteinanders mehr als er nützt. Entsprechend können beispielsweise
195	Anträge auf Bürgerentscheide aus den Reihen des Gemeinderats nicht ausschließlich danach bewertet werden, ob sie der eigenen Position	195	Anträge auf Bürgerentscheide aus den Reihen des Gemeinderats nicht ausschließlich danach bewertet werden, ob sie der eigenen Position
200	nützen, sondern müssen vorrangig in der Sache behandelt werden. Der beigefügte Kriterienkatalog zum Umgang mit Anträgen auf Bürgerentscheid aus den Reihen des Gemeinderats kann hier eine Hilfestellung	200	nützen, sondern müssen vorrangig in der Sache behandelt werden. Der beigefügte Kriterienkatalog zum Umgang mit Anträgen auf Bürgerentscheid aus den Reihen des Gemeinderats kann hier eine Hilfestellung
205	geben (Anhang III).	205	geben (Anhang III).

Antragsbereich KOM

Antrag 5

Kennummer 35

SGK Baden-Württemberg

Förderung kommunalpolitischer Vereinigungen

<p>Die Landesregierung von Baden-Württemberg wird aufgefordert, im nächsten Landeshaushalt einen Titel zur Förderung kommunalpolitischer Vereinigungen einzurichten. Über Höhe und Verteilungsmodalität der Gelder soll im Vorfeld mit Vertretern der Kommunalvereinigungen der im Landtag vertretenen Parteien verhandelt werden.</p> <p>5</p> <p>10 Wir bitten die SPD-Landtagsfraktion, sich für dieses Vorhaben einzusetzen.</p>	<p>Überweisung an die Landtagsfraktion</p>
--	--

Innenpolitik und Recht

Antragsbereich I&W

Antrag 1

Kennnummer 36

AsF Baden-Württemberg

Chancengleichheitsgesetz

<p>Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, umgehend die Novellierung des baden-württembergischen Chancengleichheitsgesetzes voranzutreiben wie es im Koalitionsvertrag auf S. 45 angekündigt ist.</p> <p>5</p> <p>10 Dabei sollen insbesondere folgende Elemente Berücksichtigung finden:</p> <p>Verpflichtung von Kommunen mit mehr als 8000 Einwohnern, eine Gleichstellungsbeauftragte zu bestellen.</p> <p>15</p> <p>die für diese Tätigkeit zur Verfügung stehende Wochenarbeitszeit bemisst sich an der Einwohnerzahl und soll –gestaffelt- mind. ein Viertel der wöchentlichen Arbeitszeit betragen.</p> <p>20</p> <p>Die Gleichstellungsbeauftragte und ihre Vertreterin sind innerhalb von vier Monaten</p>	<p>Annahme in folgender Fassung</p> <p>Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion auf; umgehend die Novellierung des baden-württembergischen Chancengleichheitsgesetzes voranzutreiben wie es im Koalitionsvertrag auf S. 45 angekündigt ist.</p> <p>Dabei sollen insbesondere folgende Elemente Berücksichtigung finden:</p> <p>Verpflichtung von Kommunen mit mehr als 8000 Einwohnern, eine Gleichstellungsbeauftragte zu bestellen.</p> <p>die für diese Tätigkeit zur Verfügung stehende Wochenarbeitszeit bemisst sich an der Einwohnerzahl und soll –gestaffelt- mind. ein Viertel der wöchentlichen Arbeitszeit betragen.</p> <p>Die Gleichstellungsbeauftragte und ihre Vertreterin sind innerhalb von vier Monaten</p>
--	---

25 nach In-Kraft-Treten dieses Gesetzes zu bestellen.

Ein Frauenförderplan ist erstmals innerhalb von zwölf Monaten nach In-Kraft-Treten dieses Gesetzes zu erstellen. Sechs Monate nach Ablauf des Frauenförderplans ist der Bericht der Aufsichtsbehörde vorzulegen. Wird der Frauenförderplan nicht fristgemäß aufgestellt, sind Einstellungen, Beförderungen und Übertragungen höherwertiger Tätigkeiten im Tarifbereich bis zum In-Kraft-Treten des Frauenförderplans auszusetzen.

40 Über den Frauenförderplan hinaus haben die Kommunen gegenüber ihrer Aufsichtsbehörde eine Berichtspflicht über die Bestellung einer Gleichstellungsbeauftragten und einen jährlichen Tätigkeitsbericht über deren Aktivitäten.

Kommunen, die die Vorgaben des Gesetzes nicht erfüllen, müssen mit Sanktionen belegt werden, die im Gesetz definiert werden.

Begründung:

55 Im aktuellen Chancengleichheitsgesetz lesen wir:

(2) Auf die Gemeinden, die Landkreise, die Zweckverbände, die Gemeindeverwaltungsverbände, den Kommunalverband für Jugend und Soziales, die Gemeindeprüfungsanstalt, die Datenzentrale, den Kommunalen Versorgungsverband, die Nachbarschaftsverbände, die Regionalverbände und den Verband Region Stuttgart finden ausschließlich §§ 23 und 24 Anwendung.

§ 23 Aufgaben der Gemeinden und der Landkreise

(1) Die Verwirklichung des Verfassungsgebots

75 der Gleichberechtigung von Frauen und
Männern ist auch eine kommunale Aufgabe.
Die Gemeinden und die Landkreise stellen
durch geeignete Maßnahmen sicher, dass
Aufgaben der Frauenförderung
80 wahrgenommen werden und
Chancengleichheit als durchgängiges
Leitprinzip in allen kommunalen
Aufgabenbereichen berücksichtigt sowie
inhaltlich und fachlich begleitet wird.

85 (2) Die Stadt- und Landkreise benennen eine
Person oder eine Organisationseinheit, die
Aufgaben der fachlichen und inhaltlichen
Begleitung wahrnimmt. Ihr stehen zur
Wahrnehmung der behördeninternen
Frauenförderung insbesondere folgende Rechte
90 zu:

1. In Angelegenheiten der behördeninternen
Frauenförderung hat sie ein unmittelbares
Vortragsrecht bei der Behördenleitung.
95

2. Bei Stellenbesetzungen in Bereichen
geringerer Repräsentanz von Frauen kann sie
an Vorstellungs- und Auswahlgesprächen
teilnehmen, soweit nicht nur Frauen oder nur
100 Männer die vorgesehenen Voraussetzungen für
die Besetzung der Personalstelle oder des zu
vergebenden Amtes erfüllen und soweit an der
Personalentscheidung nicht mindestens eine
weibliche Person beteiligt ist.

105 3. Bei der Planung und Gestaltung von Fort-
und Weiterbildungsmaßnahmen ist ihr
Gelegenheit zur Beteiligung zu geben.

110 4. Sie besitzt ein Initiativrecht für Maßnahmen
zur gezielten beruflichen Förderung von
Frauen.

115 **§ 24 Chancengleichheitspläne**

(1) Gemeinden mit mehr als 8.000 Einwohnern
sowie Stadt- und Landkreise sollen
Chancengleichheitspläne erstellen.

120 (2) Der Kommunalverband für Jugend und

Soziales soll einen Chancengleichheitsplan erstellen.

125 (3) Für die Zweckverbände, die
Gemeindeverwaltungsverbände, den
Kommunalen Versorgungsverband, die
Gemeindeprüfungsanstalt, die Datenzentrale,
130 die Nachbarschaftsverbände, die
Regionalverbände und den Verband Region
Stuttgart gilt, soweit sie 50 und mehr Personen
beschäftigen, Absatz1 entsprechend.

135 (4) Die vorstehend bezeichneten Stellen regeln
in eigener Verantwortung die Erstellung der
Chancengleichheitspläne und das Verfahren.

Im Koalitionsvertrag auf S. 45 lesen wir:

140 Durch Erweiterung des Geltungsbereiches des
Chancengleichheitsgesetzes sowie durch
Ergänzungen in der Gemeindeordnung und der
Landkreisordnung werden wir auch auf
kommunaler Ebene Gleichstellungsbeauftragte
gesetzlich verankern.

145

150

Antragsbereich I&W

Antrag 2

Kennnummer 37

AG 60 plus Baden-Württemberg

NPD-Verbot

Die SPD (im Bund und in den Ländern) setzt sich mit allen demokratischen Mitteln für ein erneutes Verbotsverfahren gegen die NPD und andere rechtsradikale Organisationen ein. Annahme

5

Begründung:

10 Demokratie muss wehrhaft sein. Die
rechtsextreme NPD ist eine Bedrohung für
unsere Demokratie. Wir wollen nicht weiter
hinnehmen, dass eine extremistische Partei wie

15 die NPD vom Parteienprivileg profitiert und
ihre menschenfeindliche und – verachtende
Politik mit Steuergeldern finanziert. Der
Aufmarsch der „Rechten“ am 1. Mai 2011 in
Heilbronn hat wieder einmal deutlich gezeigt,
wie frech und unverfroren sich die
„Ewiggestrigen“ öffentlich darstellen dürfen.
20 Deshalb setzen wir uns für ein Verbot der NPD
ein!

Antragsbereich I&W

Antrag 3

Kennnummer 38

*Ortsverein FR-Haslach-Weingarten-Rieselfeld
(Kreisverband Freiburg)*

FIFA

	SPD-Ortsverein Haslach-Weingarten-Rieselfeld	Annahme in folgender Fassung
5	Die SPD Baden-Württemberg fordert den Deutschen Fußballbund DFB auf, sich das Ziel zu setzen, dass demokratische, rechtsstaatliche und finanzielle Reformen in der FIFA durchgeführt werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert Ihren Einfluss dahingehend geltend zu machen, dass dieses Ziel auch verfolgt und die Bemühungen geprüft werden. Bei Reformunwilligkeit oder -verschleppung des DFB ist dem DFB die Gemeinnützigkeit abzusprechen, falls Beiträge dann immer noch an die FIFA gezahlt, oder die FIFA mit Sach- und Personalkosten vom DFB unterstützt wird.	Die SPD Baden-Württemberg fordert den Deutschen Fußballbund DFB auf, sich das Ziel zu setzen, dass demokratische, rechtsstaatliche und finanzielle Reformen in der FIFA durchgeführt werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert Ihren Einfluss dahingehend geltend zu machen, dass dieses Ziel auch verfolgt und die Bemühungen geprüft werden.
15	Begründung:	
20	Fußball, auch professioneller Fußball, hat eine hohe gesellschaftliche Bedeutung. Die FIFA ist seit Jahren immer wieder unter erheblichem Korruptionsverdacht. Vorwürfe lässt die FIFA nicht mit rechtsstaatlichen Mitteln untersuchen. Es besteht der Eindruck, dass nicht der Fußball alleine, sondern Macht und Geld die Hauptmotive der FIFA-Politik (geworden) sind.	
25	Der DFB ist ein großer und bedeutender Verband in der FIFA. Bisher hat sich der DFB	

30 und seine Repräsentanten zu wenig dafür
eingbracht, dass wichtige Werte wie
Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und
Transparenz auch bei der FIFA gelten. Sonst
könnte dieser Verband nicht unter dem ständig
35 unter Korruptionsverdacht seiner
Repräsentanten und Vertreter stehen. Es ist
nicht hinzunehmen, dass Eltern von
fußballbegeisterten Kindern die FIFA in ihrem
derzeitigen Zustand und Politik über ihre
40 Beiträge und über Steuereinnahmемinderungen
im Rahmen der Gemeinnützigkeit an den DFB
mitfinanzieren.

45

Antragsbereich I&W

Antrag 4

Kennnummer 39

AsF Baden-Württemberg

Fachberatungsstellen gegen Menschenhandel

Die Landesregierung Baden-Württemberg und der Landtag von Baden-Württemberg werden dazu aufgefordert, die Fachberatungsstellen gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution in Baden-Württemberg unter Berücksichtigung des Gender Budgeting in die Regelfinanzierung zu überführen. Annahme

Begründung:

10 Zwangsprostitution und Menschenhandel zählen zu den schwersten Menschenrechtsverletzungen der Gegenwart. Schätzungsweise 500.000 Frauen sind in Deutschland davon betroffen, aus Vertuschungsgründen wechseln sie sehr häufig den Standort über Landesgrenzen hinweg.

20 Auch das Land Baden-Württemberg steht in der Pflicht, Menschenhandel und Zwangsprostitution zu bekämpfen sowie Frauen, die Opfer geworden sind, zu schützen. Die drei Fachberatungsstellen für Opfer von

25 Zwangsprostitution und Menschenhandel in
Baden-Württemberg arbeiten immer noch in
finanziell ungesichertem Rahmen und müssen
die Personalkosten jährlich neu beantragen. Pro
Vollzeitstelle ist dabei von einem Betrag von
60.000 € jährlich auszugehen. Es ist dringend
30 geboten, die Finanzierung dieser Arbeit sicher
zu stellen und sie in die Regelfinanzierung zu
überführen.

35 Folgende Fachberatungsstellen sind in Baden-
Württemberg tätig:

Fraueninformationszentrum FIZ/Stuttgart

40 FreiJa Freiburg/Kehl, Weil am Rhein
Mitternachtsmission Heilbronn

Antragsbereich I&W

Antrag 5

Kennnummer 41

Ortsverein Stuttgart-Ost

(Kreisverband Stuttgart)

Quorum bei Volksabstimmungen

5 Die Landtagsfraktion möge darauf hinwirken,
dass das Qualifikationsquorum für die
Zulassung von Volksbegehren an die
Wahlbeteiligung im Land gekoppelt wird: Erledigt durch Beschlusslage
(Regierungsprogramm, Koalitionsvertrag)

10 Das Volksbegehren ist zustande gekommen,
wenn die Anzahl der Wahlberechtigten, die
das Begehren unterstützen, mindestens 10
Prozent der Wähler bei der jeweils
vorangegangenen Landtagswahl beträgt.

Begründung:

15 Die SPD hat auf dem Landesparteitag am 16.
September 2010 in Ulm beschlossen, die
Hürden für Volksbegehren zu senken. Dieser
Beschluss ist im Koalitionsvertrag auf Seite
67 konkretisiert, wonach das

20 Zustimmungsquorum entfallen und das
„Unterschriftenquorum“
(Qualifikationsquorum) abgesenkt werden
soll.

25 Durch die Kopplung des
Qualifikationsquorums von Volksbegehren an
die Wahlbeteiligung gelingt es, plebiszitäre
mit repräsentativen Elementen der Demokratie
auszusöhnen. Einerseits stärkt eine hohe
Wahlbeteiligung die Parlamente gegenüber
30 Interessengruppen in der Bevölkerung, da
diese für die Zulassung eines
Volksentscheides eine höhere Hürde nehmen
müssen als im Falle einer geringen
Wahlbeteiligung. Auf der anderen Seite ist die
35 Bevölkerung umso weniger adäquat im
Parlament repräsentiert, je geringer die
Wahlbeteiligung ist. In diesem Fall hat es die
Bevölkerung bei einem relativen/dynamischen
Qualifikationsquorum leichter, die
40 Gesetzgebung selbst in die Hand zu nehmen.
So stärkt eine geringe Wahlbeteiligung die
Bevölkerung gegenüber dem Parlament. Die
Kopplung des Qualifikationsquorums an die
Wahlbeteiligung bewirkt eine wirkungsvolle
45 Balance zwischen repräsentativer und direkter
Demokratie.

Bisher::

50 Den Antrag auf Zulassung eines
Volksbegehrens müssen gemäß § 25(4)
VAbstG 10000 Wahlberechtigte
unterzeichnen. Dann wird das Begehren zur
Eintragung in Gemeinden aufgelegt. Das
55 Begehren kommt gemäß Art. 59(2)
Landesverfassung zustande, wenn mindestens
ein Sechstel der Wahlberechtigten sich
einträgt (*Qualifikationsquorum*). Demnach
müssen derzeit knapp 1,3 Mio. der gut 7,6
60 Mio. Wahlberechtigten in Baden-
Württemberg ein Begehren unterstützen,
damit es zustande kommt.

*Beispiel im Falle eines dynamischen
65 Qualifikationsquorums:*

70 Bei der Landtagswahl 2011 haben in Baden-
Württemberg 5.051.941 Wahlberechtigte
(Wahlbeteiligung 66,3 %) ihre Stimme
abgegeben. Bei einer Kopplung des
Qualifikationsquorums an die
75 Wahlbeteiligung im Sinne des Antrags,
müssten mindestens 505.195 Wahlberechtigte
das Volksbegehren unterstützen, um es zu
Stande zu bringen.

Bildungspolitik

Antragsbereich B

Antrag 1

Kennnummer 42

AsF Baden-Württemberg

LehrerInnenauswahl

Wir fordern umfassendere Mitbestimmung der
SchulleiterInnen und der Schulkonferenz bei der
Ausschreibung und bei der Auswahl der
Lehrerinnen und Lehrer an ihrer Schule.

5

Begründung:

10 Im Koalitionsvertrag steht auf der Seite 9 unter
der Überschrift: „Schulleitung und Lehrerberuf
weiterentwickeln“, im ersten Satz, dass bei der
Besetzung der Schulleitungsposten der
Schulkonferenz und dem Schulträger mehr
Mitentscheidungskompetenzen eingeräumt
werden sollen.

15

20 Diesem richtigen ersten Schritt hat ein wichtiger
zweiter Schritt zu folgen. Da die Auswahl der
Lehrerinnen und Lehrer in der Zukunft eine noch
wichtigere Rolle spielen wird, muss den
Schulleiterinnen und Schulleitern sowie der
Schulkonferenz ein größerer
Entscheidungsspielraum gegeben werden als
bisher.

25 Die neue Freiheit der Schulen, sich ein eigenes
Profil zu erarbeiten, erfordert motivierte und an

Annahme

diesem Curriculum interessierte Lehrkräfte. Eine individuelle Auswahl fördert eine passgenauere Auswahl.

30

Antragsbereich B

Antrag 2

Kennnummer 43

Kreisverband Lörrach

Suchtprävention

Antragsteller: Juso Kreisverband Lörrach

Annahme

Lehrkräfte für Informationen zur Suchtprävention

5

Der SPD Kreisverband Lörrach fordert, den Lehrkräften für Suchtprävention, wie es bei Beratungslehrer/innen in Baden-Württemberg längst der Fall ist, Anrechnungsstunden zu gewähren (vgl. Verwaltungsvorschrift über die Arbeitszeit der Lehrer an öffentlichen Schulen vom 10. November 1993, K.u.U. S. 469).

10

Die Lehrkraft erhält an einer Schule bis 500 Schüler/innen pro Woche 2 Anrechnungsstunden, von 500-750 3 Stunden, bei 750-1250 Schüler/innen 4 Stunden und bei mehr als 1250 Schüler/innen 5 Anrechnungsstunden. Diese sind unabhängig vom Schultyp zu vergeben und werden nicht vom allgemeinen Verfügungspool der Schule abgezogen.

15

20

Begründung:

25

Jede allgemein bildende und berufliche Schule in Baden-Württemberg ist dazu verpflichtet eine Lehrerin bzw. einen Lehrer für Informationen zur Suchtprävention zu benennen. Diese Lehrkräfte sollen die Vorbeugungsmaßnahmen an der Schule koordinieren, und deren Wirksamkeit verbessern. Fortbildungsmaßnahmen im Bereich Suchtprävention werden für diese Lehrkräfte regelmäßig angeboten. Allerdings erhalten

30

35

Lehrkräfte für Informationen zur Suchtprävention weder für die an der Schule geleistete Arbeit, noch für die Teilnahme an Fortbildungen eine Anrechnung auf ihr Stundenbudget. Es besteht ausschließlich die Möglichkeit, dass die Lehrkräfte für ihren geleisteten Aufwand eine Entlastungsstunde aus dem Verfügungspool der Schule erhalten. Dieser Verfügungspool ist zumeist sehr knapp bemessen und die Konkurrenz unter den einzelnen Lehrkräften ist groß. Die wichtige Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer für Informationen zur Suchtprävention wird so deutlich erschwert und liegt an einigen Schulen aus diesem Grund völlig brach.

Eine flächendeckende, gute Arbeit von Suchtpräventionslehrkräften kann nur geleistet werden, wenn diese dafür die entsprechende Zeit zur Verfügung gestellt bekommen.

Umwelt- und Verkehrspolitik

Antragsbereich U&V

Antrag 1

Kennnummer 44

Kreisverband Heidelberg

Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz

Die SPD Landtagsfraktion setzt sich dafür ein, dass das Gesetz über Zuwendungen des Landes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden (Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz – LGVFG) dahingehend geändert wird, dass in begründeten Fällen die Trassenführung auf „besonderem Bahnkörper“ ausgesetzt werden kann.

10 **Begründung:**

In historisch gewachsenen Innenstädten ist es nicht immer möglich, Bahngleise auf eigenen Bahnkörper

Annahme

zu legen.
15 In Heidelberg haben wir ein „Mobilitätsnetz“ für
den Straßenbahn-Ausbau beschlossen, das aus
verschiedenen Straßenbahnprojekten aus dem
20 Nahverkehrsplan zusammengesetzt ist und für
GVFG-Bundesmittelförderung angemeldet werden
kann.

Das Straßenbahnnetz soll von Eppelheim, über
25 Plankstadt bis nach Schwetzingen verlängert werden
und in Heidelberg in die Altstadt zum Uni-Platz.
Besonders für gewachsene Quartiere ist es wichtig,
dass die Forderung nach einen „eigenen
Gleiskörper“ weitgehend ausgesetzt werden kann.
Wir kennen aus verschiedenen Städten (z.B. Erfurt)
30 solche Trassen, die sollten auch bei uns ohne Abzug
gefördert werden.

Auch vom Städtetag Baden-Württemberg wurde
35 gefordert, bei neuen Straßenbahntrassen in
gewachsene Quartiere auf diese starre Vorgabe zu
verzichten.

Leider wurde der Anlauf der SPD, auch in Baden
40 Württemberg solche Ausnahmen zuzulassen, im
Dezember 2010 abgelehnt.

Wir fordern hiermit die Landtagsfraktion auf, diese
Entscheidung zu revidieren – auch im Sinne des
45 Koalitionsvertrages, der einen zielgerichteten
Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs
fordert.

50

Antragsbereich U&V

Antrag 2

Kennnummer 45

Ortsverein Blaubeuren

(Kreisverband Alb-Donau)

Mischfinanzierung S21

Die SPD-Landtagsfraktion und ihre Mitglieder | Empfehlung erfolgt mündlich
in der Landesregierung werden aufgefordert,
zusammen mit dem Koalitionspartner die

5 Verfassungsmäßigkeit der Mischfinanzierung
von Stuttgart 21 vom zuständigen
Verfassungsgericht in geeigneter Form prüfen
zu lassen.

Begründung:

10 Hans Meyer, Professor für Staats-,
Verwaltungs- und Finanzrecht hat in einer
umfassenden Expertise dargelegt (siehe auch
Süddeutsche Zeitung vom 11.8.2011), dass
15 Bahnfernstrecken und Fernbahnhöfe die allein
zum Aufgabenbereich des Bundes gehören
(Art. 87e Abs. 3 u. 4 GG), nicht von Ländern,
Regionalverbänden oder Kommunen
mitfinanziert werden dürfen (Art. 104a Abs. 1
20 GG). Dies entspringt einer Änderung des GG
im Jahr 1969.
Deshalb hält er die von der alten
Landesregierung ausgehandelten und
unterschiedenen Finanzierungsverträge zu
25 Stuttgart21 vom 22. April 2009
(Landtagsdrucksache 14/4382) für
verfassungswidrig und daher für unwirksam.
Die Abgeordneten und Regierungsvertreter der
SPD tragen hinsichtlich eines
30 verfassungskonformen Regierungshandelns
eine besondere Verantwortung. Zu dieser
besonderen Verantwortung gehört auch der
sorgsame, wie bestimmungsgemäße Umgang
mit Steuergeldern. Daher ist es geradezu eine
35 Pflicht nicht gesetzeskonforme Maßnahmen
der Vorgängerregierung zu revidieren.

Antragsbereich U&V

Antrag 3

Kennummer 46

Ortsverein Dettenhausen

(Kreisverband Tübingen)

Mischfinanzierung S21

Die SPD-Landtagsfraktion und ihre Mitglieder
in der Landesregierung werden aufgefordert,
zusammen mit dem Koalitionspartner die
Verfassungsmäßigkeit der Mischfinanzierung
5 von Stuttgart 21 vom zuständigen
Empfehlung erfolgt mündlich

Verfassungsgericht in geeigneter Form prüfen zu lassen.

Begründung:

10

Hans Meyer, Professor für Staats-, Verwaltungs- und Finanzrecht hat in einer umfassenden Expertise dargelegt (siehe Süddeutsche Zeitung vom 11.8.2011), dass Bahnfernstrecken und Fernbahnhöfe, die allein zum Aufgabenbereich des Bundes gehören (Art. 87e Abs. 3 u. 4 GG), nicht von Ländern, Regionalverbänden oder Kommunen mitfinanziert werden dürfen (Art. 104a Abs. 1 GG). Deshalb hält er die von der alten Landesregierung ausgehandelten und unterschriebenen Finanzierungsverträge zu Stuttgart 21 vom 22. April 2009 (Landtagsdrucksache 14/4382) für verfassungswidrig und daher für unwirksam. Die Abgeordneten und Regierungsvertreter der SPD tragen hinsichtlich eines verfassungskonformen Regierungshandelns eine besondere Verantwortung. Zu dieser besonderen Verantwortung gehört auch der sorgsame Umgang mit Steuergeldern.

15

20

25

30

Antragsbereich U&V

Antrag 4

Kennnummer 47

Ortsverein Dettenhausen

(Kreisverband Tübingen)

Mitgliederbefragung S21

Die SPD Baden-Württemberg soll zum Projekt Stuttgart 21 eine Mitgliederbefragung durchführen.

Empfehlung erfolgt mündlich

5

Begründung:

Das Projekt Stuttgart 21 spaltet unsere Gesellschaft. Um diese gesellschaftliche Spaltung zu überwinden, fordert die SPD Baden-Württemberg zu Recht die Durchführung einer Volksabstimmung über Stuttgart 21.

10

Stuttgart 21 spaltet aber auch unsere Partei.
Wir erleben wie ein Riss durch unsere
15 Ortsvereine geht.
**Eine Mitgliederbefragung wird hier eine
befriedende Wirkung für unsere Partei
haben.**
Der Karlsruher Parteitagsbeschluss zu Stuttgart
20 21 ist stets davon ausgegangen, dass durch den
Bau des Tiefbahnhofs ein noch
leistungsfähigerer Bahnknoten in Stuttgart
entsteht. Spätestens seit der Faktenschlichtung
zu Stuttgart 21 müssen wir erkennen, dass dies
25 nicht der Fall ist.
Die geplante Infrastruktur von Stuttgart 21
wird sich auf dem Leistungsniveau des jetzigen
Kopfbahnhofes bewegen, bei erhöhter
Störanfälligkeit und Verschlechterungen für
30 Alte und gehandicapte Bahnreisende.
Stuttgart 21 kann ohne Nachbesserungen nicht
mehr leisten als der jetzige Kopfbahnhof. Der
Tiefbahnhof wird damit weit mehr kosten als
bisher angegeben. Sein Kosten/Nutzen-
35 Verhältnis wird entsprechend schlechter. Für
den Karlsruher Beschluss ist damit die
Grundlage entfallen.
Eine Mitgliederbefragung schafft hier wieder
eine gemeinsame Grundlage.
40

Antragsbereich U&V

Antrag 5

Kennummer 48

Ortsverein Blaubeuren

(Kreisverband Alb-Donau)

Mitgliederbefragung S21

Die SPD Baden-Württemberg soll zum Projekt
Stuttgart 21 eine Mitgliederbefragung
durchführen

5 **Begründung:**

Das Projekt Stuttgart 21 spaltet unsere
Gesellschaft. Um diese gesellschaftliche
Spaltung zu überwinden, fordert die SPD
10 Baden-Württemberg zu Recht die
Durchführung einer Volksabstimmung über

Empfehlung erfolgt mündlich

Stuttgart 21.
Stuttgart 21 spaltet aber auch unsere Partei.
Wir erleben wie Risse durch unsere
15 Ortsvereine gehen.
Eine Mitgliederbefragung wird ganz erheblich
eine befriedende Wirkung für unsere Partei
entfalten.
Der Karlsruher Parteitagbeschluss zu Stuttgart
20 21 ist stets davon ausgegangen, dass durch den
Bau des Tiefbahnhofs ein noch
leistungsfähiger Bahnknoten in Stuttgart
entsteht. Spätestens seit der Faktenschlichtung
zu Stuttgart 21 müssen wir erkennen, dass dies
25 nicht der Fall ist.
Die geplante Infrastruktur von Stuttgart 21
wird sich bestenfalls auf dem Leistungsniveau
des jetzigen Kopfbahnhofes bewegen, bei
erhöhter Störanfälligkeit und deutlichen
30 Verschlechterungen für Alte, für gehandicapte
Bahnreisende und für Familien mit Kindern.
Ein Bahnhof Stuttgart 21 kann ohne erhebliche
Nachbesserungen nicht mehr leisten als der
jetzige Kopfbahnhof. Er wird damit weit mehr
35 kosten als bisher angegeben. Sein
Kosten/Nutzen-Verhältnis wird entsprechend
schlechter. Für den Karlsruher Beschluss ist
damit die Grundlage entfallen.
Eine Mitgliederbefragung schafft hier wieder
40 eine gemeinsame Grundlage.

Antragsbereich U&V

Antrag 6

Kennnummer 49

Ortsverein Kehl

(Kreisverband Ortenau)

Gentechnisch veränderte Pflanzen

Der Parteitag stellt fest:

Die Bürgerinnen und Bürger wollen keine
gentechnisch veränderten Pflanzen auf dem Acker
5 und im Essen. Seit Jahren wird dies durch
Umfragen bestätigt. So ergab zuletzt im Oktober
2010 eine im Auftrag des
Bundesumweltministeriums vom Bundesamt für

Annahme

10 Naturschutz (BfN) durchgeführte Untersuchung
zum Naturbewusstsein, dass 87 Prozent der
Befragten den Einsatz der Agrogentechnik
ablehnen.

15 Die Agrogentechnik darf den Verbraucherinnen
und Verbrauchern nicht aufgezwungen oder
heimlich untergeschoben werden.

20 Immer häufiger werden gentechnische
Verunreinigungen in Saatgut und auch in
Lebensmitteln festgestellt (z.B. Müsli und
Backmischungen mit nicht zugelassenem
genverändertem Leinsamen, illegaler
25 genveränderter LL 601-Reis in Reisnudeln und
Langkornreis, genveränderter Raps in Senf,
genveränderte Soja in Nuss-Nougat-Cremes).

Die Agrogentechnik ist nicht kontrollierbar.

30 Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner
Entscheidung vom 24. November 2010 darauf
hingewiesen, dass die Ausbreitung von
gentechnisch verändertem Material, einmal in die
Umwelt ausgebracht, schwer oder gar nicht
35 begrenzt sei. Es verwies auf die besondere
Sorgfaltspflicht des Gesetzgebers, der nach Artikel
20a des Grundgesetzes den Auftrag habe, „in
Verantwortung für die künftigen Generationen die
natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen“.

40

Die langfristigen Folgen des Einsatzes der
Agrogentechnik sind wissenschaftlich noch nicht
geklärt.

45

Die Bürgerinnen und Bürger wollen keine
gentechnisch veränderten Pflanzen auf dem Acker
und im Essen. Seit Jahren wird dies durch
Umfragen bestätigt. So ergab zuletzt im Oktober
50 2010 eine im Auftrag des
Bundesumweltministeriums vom Bundesamt für
Naturschutz (BfN) durchgeführte Untersuchung
zum Naturbewusstsein, dass 87 Prozent der
Befragten den Einsatz der Agrogentechnik
55 ablehnen.

60 Die Agrogentechnik darf den Verbraucherinnen
und Verbrauchern nicht aufgezwungen oder
heimlich untergeschoben werden.

65 Immer häufiger werden gentechnische
Verunreinigungen in Saatgut und auch in
Lebensmitteln festgestellt (z.B. Müsli und
Backmischungen mit nicht zugelassenem
genverändertem Leinsamen, illegaler
genveränderter LL 601-Reis in Reismudeln und
Langkornreis, genveränderter Raps in Senf,
genveränderte Soja in Nuss-Nougat-Cremes).

70 Die Agrogentechnik ist nicht kontrollierbar.

75 Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner
Entscheidung vom 24. November 2010 darauf
hingewiesen, dass die Ausbreitung von
gentechnisch verändertem Material, einmal in die
Umwelt ausgebracht, schwer oder gar nicht
begrenzbar sei. Es verwies auf die besondere
Sorgfaltspflicht des Gesetzgebers, der nach Artikel
80 20a des Grundgesetzes den Auftrag habe, „in
Verantwortung für die künftigen Generationen die
natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen“.

85 Die langfristigen Folgen des Einsatzes der
Agrogentechnik sind wissenschaftlich noch nicht
geklärt.

90 **Der Parteitag fordert die SPD dazu auf,**

- 95 • sich auf allen Ebenen gegen den Anbau
von genveränderten Pflanzen und deren
Verwendung zu Lebensmittel- und
Futtermittelzwecken zu engagieren;
- 100 • sich dafür einzusetzen, dass die mit dem
aktuellen Vorschlag der EU-Kommission
zur Änderung der Freisetzungsrichtlinie
erweiterten Möglichkeiten nationaler
Anbauverbote als Chance für
gentechnikfreie Felder in Deutschland
genutzt werden;
- sich dafür einzusetzen, dass die
Möglichkeiten der neuen Koexistenz-
Leitlinien der EU-Kommission genutzt

- 105 werden, um den Status der
gentechnikfreien Regionen rechtlich
abzusichern;
- sich dafür einzusetzen, dass die in den
110 Koexistenz-Leitlinien der EU-
Kommission gegebenen Möglichkeiten
genutzt werden, um im Sinne der
Verbraucherinnen und Verbraucher, der
Landwirte, der Imker und der gesamten
gentechnikfreien Wirtschaft
115 Schadenersatzansprüche auch für GVO-
Verunreinigungen unterhalb von 0,9%
rechtssicher zu regeln;
 - sich einzusetzen für eine Überarbeitung
des EU-Zulassungsverfahrens, die
120 konsequent dem Vorsorgeprinzip folgt.
Das Verfahren muss transparenter und
demokratischer werden, ökologische
Fragen stärker berücksichtigen und
sozioökonomische Nutzen und Risiken
125 und die agronomische Nachhaltigkeit als
wichtige Kriterien in die Bewertung
einbeziehen. Solange das EU-
Zulassungsverfahren diese Bedingungen
nicht erfüllt, sollten keine weiteren GVO
130 zugelassen werden (Moratorium);
 - nach Lösungen zu suchen, wie die
gentechnikfreie Wirtschaft von
Analysekosten und Aufwand für den
Schutz vor GVO-Verunreinigungen
135 entlastet und ein konsequentes
Verursacherprinzip realisiert werden kann;
 - sich einzusetzen für höchste
Sicherheitsstandards bei der Trennung der
Warenströme, damit Verunreinigungen
140 verhindert werden. An der Nulltoleranz
für nicht zugelassene GVO muss
festgehalten werden. sich einzusetzen für
echte Transparenz:
 - Beim Saatgut als erstem Glied der
145 Erzeugungskette muss jeder nachweisbare
GVO-Eintrag zur entsprechenden
Kennzeichnungspflicht führen. Oberstes
Gebot muss die Saatgutreinheit bleiben!
 - Tierische Erzeugnisse müssen in den
150 Geltungsbereich der EU-
Kennzeichnungspflicht für gentechnisch
veränderte Lebens- und Futtermittel

155 aufgenommen werden. damit
Verbraucherinnen und Verbraucher
erkennen können, ob genveränderte
Pflanzen verfüttert wurden. Außerdem
brauchen wir Alternativen zur
Abhängigkeit von importierten
genveränderten Futtermitteln.

160 • Forschung zu unterstützen, die nicht
technologiebasiert sondern
problemlösungsorientiert ist. Dabei wird
auch die Agrotechnik als EINE
165 Methode unter vielen nicht
ausgeklammert. Agrotechnik soll aber
nicht länger auf Kosten anderer Methoden
Forschungsförderungsschwerpunkt sein.

170 • sich weiterhin gegen Biopatente auf Tiere
und Pflanzen, auf Tierarten und
Pflanzensorten zu engagieren und
einzusetzen für ein klares Verbot von
175 Patenten auf Tiere, Tierarten, Pflanzen,
Pflanzensorten und auf konventionelle
Züchtungsverfahren wie Kreuzung und
Selektion – auch wenn diese durch
technische Verfahrensschritte wie
180 Genanalyse ergänzt sind. Denn nach
derzeitiger Praxis sind die Anforderungen
an eine Erfindungsleistung zu niedrig. Sie
führen dazu, dass sich durch
weitreichende und massenhafte Patente
die Nutzungsrechte in den Händen
weniger Konzerne konzentrieren: Zu
185 Lasten der Landwirte, der Züchter, der
Tiere, der biologischen Vielfalt und der
globalen Nahrungsmittelsicherheit.

190

195

200

205

210

Sonstiges

Antragsbereich SO

Antrag 1

Kennnummer 50

Kreisverband Enz-Kreis

Gesellschaftsdienst

Die SPD-Bundestagsfraktion möge sich dafür einsetzen, dass	Erledigt durch Beschlusslage
5 für junge Frauen und Männer verpflichtend ein Gesellschaftsdienst von einem Jahr eingeführt wird. Dieser Dienst kann nach Wahl als sozialer oder ökologischer Dienst oder bei der Bundeswehr oder bei Hilfsdiensten (im Umfang wie bei der bisherigen Ersatzdienstregelung) geleistet werden.	(LPT 2003, BPT 2006)
10 Die Besoldung liegt deutlich über der Grundsicherung.	
15 Begründung:	
20 Seit der Aussetzung der Wehrpflicht und des damit einher gehenden Wegfalls des Zivildienstes sind im sozialen Bereich große Lücken entstanden. Die Zivildienstleistenden waren ein wichtiger Bestandteil in allen sozialen Einrichtungen. Sie ermöglichten in vielen Fällen mehr intensive Betreuung. Darüber hinaus wurde dadurch der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft	
25 gestärkt.	

Das Freiwillige Soziale Jahr wird dadurch
überflüssig und entfällt.

30

Antragsbereich SO

Antrag 2

Kennummer 51

AsF Baden-Württemberg

Bericht Regierungsbildung

Der SPD-Landesvorstand erstattet in
Zusammenarbeit mit der SPD-Landtagsfraktion
zeitnah ausführlich Bericht darüber, in welcher
Weise die – lt. Beschluss des Landesparteitags
vom 7. Mai 2011 festgelegte – Quotierung
ALLER im Rahmen der Regierungsbildung
neu zu besetzenden Positionen durch die
Landesregierung erfolgt ist. Die Darstellung
soll getrennt den eigenen und den Anteil des
Koalitionspartners abbilden.

5
10

Begründung:

Auf dem Landesparteitag am 7. Mai 2011 in
Sindelfingen ist dieser Punkt des
Forderungskatalogs durch die
Antragskommission zur Annahme empfohlen
worden, die Delegierten des Parteitages folgten
dem Votum.

15
20

Der Prozess der Regierungsbildung ist
abgeschlossen, die personelle Ausstattung der
Ministerien ist erfolgt.

Der von der Antragstellerin geforderte Bericht
gibt Auskunft über die Art und Weise der
Umsetzung und damit das Ergebnis eines
Antrags. Nur mit einem Feedback können wir
in dieser Frage zielgerichtete politische Arbeit
leisten. Wo ist weiterhin Unterstützung
notwendig? Welche Aufgaben gilt es in Angriff
zu nehmen? Wo sind welche Maßnahmen
hilfreich?

Es ist ein wichtiger Teil der politischen
Basisarbeit, Anträge zu verfassen und sich so
an der politischen Gestaltung zu beteiligen.

25
30
35

Überweisung an Landesvorstand und
Landtagsfraktion

40 Wenn jedoch Ergebnisse nicht abgefragt werden, entwertet dies auch die Anträge und verhindert wichtige Entwicklungs- und Gestaltungsmöglichkeiten.

Geschäftsordnung der Antragskommission des SPD-Landesverbandes Baden-Württemberg

§ 1

(1) Die Antragskommission besteht aus 30 vom Landesparteitag gewählten Mitgliedern. Sie wählt aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden oder eine Vorsitzende.

(2) Die Antragskommission kann Unterkommissionen bilden.

(3) Die Antragskommission bestimmt aus ihrer Mitte die Berichterstatter.

§ 2

(1) Die Mitglieder der Antragskommission erhalten die Anträge unmittelbar nach Ablauf der Antragsfrist von der Geschäftsstelle.

(2) Die Antragskommission soll einen Vorschlag für den zweckmäßigen Verhandlungsablauf machen, über den der Parteitag als Geschäftsordnungsantrag entscheidet.

(3) Liegen zu einem Sachgebiet mehrere Anträge vor, schlägt die Antragskommission einen Antrag als Grundlage der Beratung vor.

Für die Behandlung von Anträgen kann sie empfehlen:

- zur Beschlussfassung nicht geeignet
- Nichtbefassung
- erledigt durch ...
- Annahme
- Annahme in folgender Fassung: ...
- Ablehnung
- Überweisung als Material an ...

(4) Empfehlungen der Antragskommission sollen keine inhaltlichen Änderungen der Anträge enthalten.

(5) Auf Verlangen hat die Antragskommission das Abstimmungsergebnis bekannt zu geben und die Meinung der Minderheit vorzutragen.

(6) Der Berichterstatter oder die Berichterstatterin der Antragskommission begründet die Empfehlungen der Antragskommission. Zur Sache selbst soll er oder sie nur Stellung nehmen, soweit dies zur Begründung der Empfehlung notwendig ist

(7) Die Antragskommission kann Empfehlungen für die zeitliche Weiterbehandlung von Anträgen machen.

§ 3

(1) Die erste Sitzung nach der Wahl der Antragskommission wird vom oder von der Landesvorsitzenden einberufen.

(2) Die Einberufung zu weiteren Sitzungen erfolgt durch den Vorsitzenden oder die Vorsitzende der Antragskommission. Auf Antrag eines Drittels der Mitglieder der Kommission hat er oder sie die Antragskommission in angemessener Frist einzuberufen.

§ 4

(1) An den Beratungen der Antragskommission nimmt je ein Vertreter oder eine Vertreterin des Landesvorstands, der Landtagsfraktion und der baden-württembergischen SPD-Bundestagsabgeordneten und der SPD-Europaabgeordneten teil.

(2) Die Sitzungen der Antragskommission sind delegiertenöffentlich.

(3) Die Antragskommission kann Sachverständige zur Beratung zuziehen.

§ 5

(1) Diese Geschäftsordnung wurde am 15./16. September 1995 in Pforzheim beschlossen.

(2) Änderungen dieser Geschäftsordnung erfolgen auf Beschluss des Parteitages.

Berichterstatter der Antragskommission

Gesellschaft: Familie und Integration:

Daniela Harsch und Tanja Sagasser

Arbeit und Soziales

Carsten Gilbert und Christoph Schwerdtfeger

Arbeitsplanung

Martin Rosemann

Parteireform

Elfriede Behnke, René Repasi, Martin Rosemann

Kommunales

Parsa Marvi und Tanja Sagasser

Organisation

Elfriede Behnke und René Repasi

Innenpolitik und Recht

Dorothea Kliche-Behnke und Deniz Schirin

Bildungspolitik

Dorothea Kliche-Behnke

Umwelt- und Verkehrspolitik

Martin Rosemann und Fabien Verper

Sonstiges

René Repasi

Mitglieder der Antragskommission

Ahmadi-Marvi, Parsa	Harsch, Daniela	Schwarz, Andrea
Arnold, Rainer	Jehle, Jochen	Schwerdtfeger, Christoph
Barteit, Lars	Kliche-Behnke, Dorothea	Sorg, Anette
Behnke, Elfriede	Lange, Christian	Uzun, Cenkut
Binding, Lothar	Mast, Katja	Vesper, Fabien
Boos, Luisa	Rehbock-Zureich, Karin	Weber, Jonas
Eckert, Klaus	Repasi, René	Weckenmann, Ruth
Gilbert, Carsten	Rosemann, Martin	Weigle, Sebastian
Gilitschenski, Igor	Sagassser, Tanja	Weirauch, Boris
Haller-Haid, Rita	Schirin, Deniz	Wöllenstein, Natalie
Martin Rosemann	Vorsitzender	
Elfriede Behnke	stv. Vorsitzende	
René Repasi	stv. Vorsitzender	

Impressum

Herausgeber

SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart

www.spd-bw.de

Texterfassung- und Gestaltung:

Joachim Thomas

Druck

braunschweig-druck GmbH

